

# DAS ARGUMENT 122

Editorial: Theorie und Kultur 475

## Ideologie-Theorie: Diskussion

- Joachim Bischoff  
Marxistische Theorie des Ideologischen 479
- Projekt Ideologie-Theorie  
Klassencharakter und ökonomische Determination des Ideologischen 490
- Stuart Hall: Rasse — Klasse — Ideologie 507
- Harold Woetzel: Diskursanalyse in Frankreich 511

\*\*\*

Lucien Sève: Krise des Marxismus? 518

### Strategien gegen Arbeitslosigkeit

- Michael Ernst-Poerksen: Demokratische Alternativen in der Wirtschaftspolitik 524
- Ulrich Ewers: Aktionsbereiche für eine Vollbeschäftigungspolitik 533

### Arbeitergeschichtsschreibung

Frank Deppe: Hätten die Gewerkschaften die Weimarer Republik retten können? 546

### Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (4)

Ulrich Hampicke: Alternativen zur industrialisierten Landwirtschaft 561

Replik: Gerhard Hauck: Zu Preiswerks entwicklungspolitischem Konzept 573

### Kongreßankündigungen und -berichte

Soziologentag; Sozialistische Konferenz; Biographische Methode; Mikroelektronik 578

Dokumentation: ADSen FU: Für ein Schwulenreferat 584

Interventionen: Spontaneismus; Kritische Theorie 587

### Besprechungen

Praktische Philosophie; Sprach- und Literaturdidaktik; Geschichte der Soziologie; Unterrichtsvorbereitung; Gramsci; Staat und Monopole/USA; VR China; Arbeitsmarkt 589

Zeitschriftenschau III

Über die Autoren IX

22. Jahrgang Juli/August 1980

# DAS ARGUMENT

## Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

### Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

### Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

### Redaktionssekretariat: August Soppe

### Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon ► 030/8314079 ◀

### Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Oelmüller, Willi, u.a. (Hrsg.): Philosophische Arbeitsbücher (G. Miller)</i> .....	589
<i>Albert, Hans: Traktat über rationale Praxis (U. Richter)</i> .....	590
<i>Pieper, Annemarie: Pragmatische und ethische Normenbegründungen (H.-D. Strüning)</i> .....	591
<i>Hegselmann, Rainer: Normativität und Rationalität. Zum Problem praktischer Vernunft in der Analytischen Philosophie (M. Haupt)</i> .....	592
<i>Zeil-Fahlbusch, Elisabeth: Wissen und Handeln. Zur Begründung praktischer Philosophie bei Rousseau (G. Miller)</i> .....	593
<i>Isnenghi, Mario: Intellettuali militanti e intellettuali funzionari. Appunti sulla cultura fascista (M. Hinz)</i> .....	594

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1980 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig geschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin.  
1. — 9. Tausend Juli 1980.

**Beilagenhinweis:** Dieses Heft enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages.

## Editorial

*Zum vorliegenden Heft:* Gegen Ökonomismus und Klassenreduktionismus, gegen die schleichende Verewigung staatlicher, von oben nach unten wirkender Vergesellschaftung bei den Theoretikern des realen Sozialismus: Das sind Stoßrichtungen des Argument-Sonderbandes *Theorien über Ideologie* (AS 40). Die Herausforderung ist angenommen worden. Der Diskussionsbeitrag von *Joachim Bischoff* öffnet ein neues Kapitel unserer Auseinandersetzung mit dem »Projekt Klassenanalyse« (bzw. den »Sozialistischen Studiengruppen«) über den Ökonomismus — seit Holzkamps Aufsatz über »Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkenning durch J. Bischoff« (*Argument* 84/1974) ein Standard-Thema in dieser Zeitschrift. Trotz der noch immer scharfen Gegensätzlichkeit in der Sache signalisiert der neue Beitrag von Bischoff sowie die Antwort des *Projekts Ideologietheorie (PIT)* außer Fortschritten in der Sache auch eine Wiedergewinnung von Diskussionsfähigkeit.

Auch die Sozialistische Einheitspartei Westberlins veröffentlichte (in ihrem theoretischen Organ) einen Gegenangriff auf das PIT. Der Ton könnte kaum schärfer sein, das Urteil überbietet noch das von Opitz in *Argument* 121 und lauter kurz und bündig: »Bruch mit dem Marxismus«. — Der Beitrag des PIT antwortet auf die beiden Kritiken.

Der praktische Sinn der Kontroversen: Wie begreift man die Wirksamkeit ideologischer Phänomene, um auf diesem Feld, die großen Niederlagen der Sozialisten verarbeitend, Politik zu machen? — *Hall* untersucht den Rassismus, der in Großbritannien akut ist, und macht Vorschläge zur Weiterentwicklung der Ideologietheorie. Ein Hauptbegriff ist »Diskurse«. *Woetzel* informiert über die Forschungsrichtung »Diskursanalyse«. Man sieht: Marxisten stellen neuen Fragen und sprengen dogmatische Fesseln. Dies, meint *Lucien Sève* in seinem Beitrag, ist es, was als »Krise des Marxismus« modisch propagiert wird.

In der Konzipierung einer *Alternativen Wirtschaftspolitik* ist eine Diskussion zwischen marxistischen Ökonomen und Gewerkschaften in Gang gekommen, in der es um die Ziele und die Durchsetzbarkeit (vgl. dazu AS 52 »Alternative Wirtschaftspolitik 2«) einer die Krise an der Wurzel packenden Strategie geht. *Michael Ernst-Poerksen* analysiert die Diskussionsbeiträge des DGB. *Ulrich Ewers* wertet neuere Untersuchungen zur Umstrukturierung des Produktions- und Dienstleistungssektors in Richtung einer langfristigen Vollbeschäftigungspolitik aus. Zur Arbeitsmarktpolitik folgt demnächst ein Beitrag über »Regionalstruktur und regionalen Arbeitsmarkt«.

*Frank Deppe* geht historisch der wieder aktueller werdenden Frage nach, ob die Gewerkschaften 1933 den Machtantritt des deutschen Faschismus hätten verhindern können. Zu angrenzenden Fragen der Arbeitergeschichtsschreibung bereiten wir für 1981 zwei Sonderbände vor.

In der Kommentierten Bibliographie zu Umweltfragen geht es diesmal um biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, radikalen Ökologismus und Leben auf dem Land. Für das nächste Heft ist eine Folge über alternative Technologien vorgesehen.

*Struktur dieses Heftes:* Manche beklagen sich, daß soviel Verschiedenes im *Argument* steht. Das schaffe Verwirrung und mindere den Nutzen der Hefte für den, der lieber ein Thema umfassender behandelt haben möchte. Wir bringen umfassende Darstellungen zu einzelnen Bereichen in den Sonderbänden und verstehen die Aufgabe der Zeitschrift so: den Marxismus weiterentwickeln, wissenschaftliche Zuarbeit für die sozialen Bewegungen (der Gewerkschafter, der Studenten, der Frauen, der Grünen und der alternativen Kultur) leisten, dazu auf Studium und Beruf bezogene Dienstleistungen für die Leser bringen (vgl. die Themenplanung in Heft 121).

Jedes Heft soll ein multifunktionelles Organ sein. Man darf das nicht verwechseln: Wir drucken nicht alles Mögliche. Die drei Hauptaufgaben sind zugleich Auswahlkrite-

rien. Aber wir wünschen eine große Vielfalt und Breite, weil sich nur so eine lebendige theoretische Kultur der unterschiedlichen Bewegungen, Ansätze und Kulturen der Linken entwickeln kann.

*Verlagsmitteilungen:* Ende Juli erscheint der Band *Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur* (AS 47). Die noch aus dem AS-Programm 1979 ausstehenden AS 42: *Musik 50er Jahre* und der 4. Band des Projekts *Automation und Qualifikation*, AS 43: *Automationsarbeit: Empirie (I)* werden im August ausgeliefert.

Im September erscheinen AS 51: *Sozialliberalismus und rechter Populismus* (vgl. die Themenauswahl in *Argument* 119: »Wie gefährlich ist Franz Josef Strauß?«) und der schon für Juli angekündigte AS 48: *Jahrbuch für kritische Medizin 5* mit Beiträgen von der gesundheitspolitischen Fachtagung des BdWi.

Auch in diesem Jahr bringen wir ein *Argument-Beiheft* heraus mit über 100 Rezensionen. Die Themengebiete der besprochenen Bücher: Christentum und Revolution; Dialektik; Kritische Theorie; Literaturgeschichte; Ernologie; Sozialgeschichte; BRD; Schweiz; Sozialistische Länder; u. a.

Das *Argument-Beiheft '80* erscheint gleichzeitig mit diesem Heft. 192 Seiten, Preis wie ein *Argument-Sonderband* (AS): 15,50 DM; Stud. 12,80 DM (für Abonnenten der Zeitschrift, der AS-Reihe, des Forums *Kritische Psychologie*, der *Gulliver-* oder *Medizin-Reihe*: 12,80 bzw. 11,— DM) zzgl. 1,50 DM Versandkosten. Bitte mit der beiliegenden Karte oder per Zahlkartenabschnitt bestellen.

## Theorie und Kultur

Theorie fassen wir als Bestandteil der theoretischen Kultur der Linken. In der Praxis hat das zu einer Ausweitung unserer Aktivitäten geführt. *Argument* ist nicht nur dieser Verlag, in dem inzwischen mehrere Zeitschriften (*Deutsch-Englische Jahrbücher*, *Forum Kritische Psychologie*, *Jahrbuch für kritische Medizin* etc.) und eine Reihe von Taschenbüchern und Studienhefte erscheinen; sondern *Argument* ist auch der inzwischen über 20jährige Versuch einer wachsenden Zahl von Wissenschaftlern, über ihr Medium, die Wissenschaft, Beiträge zur Kultur der sozialen Bewegung(en) in der Perspektive eines umfassenden Linksbündnisses zu leisten. Dabei kommen — allen Reibereien zum Trotz — fortschrittliche Ansätze miteinander in Berührung, die sich im unmittelbar politischen Feld sonst meiden. Darin sehen wir einen wesentlichen Aspekt unserer Arbeit. Sie bleibt nicht aufs Schreiben beschränkt. In Gestalt der *Argument-Foren\** haben wir einen Rahmen geschaffen für vielfältige Diskussionsveranstaltungen. Die Annäherung von Theorie und Kultur erforderte den Ausbruch aus den Schranken des Akademischen. Wie schon einmal beim Gründungskonzert des Hanns-Eisler-Chores betätigen wir uns als Konzertagentur und organisieren die Tournee von Johannes Hodek und Thomas Kühn mit ihrem Programm »Hanns Eisler — Musik gegen die Dummheit«. Das Konzert fand großen Anklang in Berlin, Frankfurt, Tübingen, Bremen, Oldenburg, Zürich...

Im Mai 1980 beteiligten wir uns an der Organisation und Gestaltung dreier Kongresse: der Volksuniversität, dem Gesundheitstag und dem Tübinger Brecht-Colloquium.

Die »Volksuni« fand breites publizistisches Echo. Wenn man bedenkt, daß z. B. das *Argument* seit 20 Jahren von der bürgerlichen Presse mehr oder weniger totgeschwiegen wird (zum Glück ohne Todesfolge), signalisiert allein schon dieses Echo den vollen Er-

\* Auf *Argument-Foren* referieren *Argument*-Autoren über *Argument*-Themen. Die Veranstaltungen werden von ASten, Volkshochschulen, politischen Organisationen usw. gemeinsam mit dem *Argument*-Verlag durchgeführt. Ein »Vorlesungsverzeichnis« — *Argument-Forum* 1 '80 — weist mehr als 80 Referenten und über 100 Themen aus (direkt beim Verlag bestellen).

folg eines Versuchs, »auf breiter Basis den längst überfälligen Dialog zwischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern in Gang zu bringen, zwischen Gewerkschaftern, Ökologiebewegung, fortschrittlichen Christen, der Frauenbewegung und der alternativen Kultur nach dem Gemeinsamen und Verbindenden statt nach dem Trennenden zu suchen« (*Die Neue*, 28.5.1980). Da es sich unerwartet kräftig und vergnügt gezeigt hat, kann die FAZ (29.5.1980) dieses Bündnis nicht länger totschweigen; jetzt geht es ihr darum, wenigstens die Rezeption zu steuern und die Volksuni irgendwie zu isolieren. Dafür widmet sie dem Thema gleich mehrere Spalten. Mit dem Titel »Brüder, zur Sonne ... Die Berliner Volksuni auf der Suche nach einer planetarischen Religion« versucht sie, ein Doppeltes zu signalisieren: Wohl handelt es sich hier um eine Bewegung in der Tradition der Arbeiterbewegung — also heißt es aufmerksam sein —, gleichzeitig gilt es, das neue Bündnis mit der Ökologiebewegung, den Christen, der Frauenbewegung so auszusprechen, daß es zugleich als Gefahr und als überwindbar wahrgenommen werden kann. Da ist die Rede vom »alten sozialistischen Traum« und zugleich davon, daß es »kühn« sei, von Arbeitern »für theoretische Unterweisung ... stattliche Gebühren« zu fordern. Hoffnungsvoll wird behauptet, Arbeiter seien nicht erschienen, um im Anschluß kunstvoll die auf der Volksuniversität gemeinsam Auftretenden auseinanderzudividieren, gegeneinanderzuhetzen, einzelne zu isolieren, mögliches Wohlmeinen gar unter den Lesern der FAZ zu verhindern. Da wird Bahro gegen Robert Jungk ausgespielt, W.F. Haug zusammen mit Harich zu den »dogmatischen Kommunisten« gezählt und zugleich behauptet, Haug hätte die Arbeiterklasse ins Reich der Möglichkeit exmatrikuliert. Dabei wird nicht verschwiegen, was die FAZ beunruhigt: »das Volksfrontbündnis«. Wichtig für die FAZ, den Versuch in der Benennung so zu bekämpfen, daß es nicht das Bündnis selber scheint, welches ihnen tadelnswert ist, sondern seine mangelhafte Durchführung. Das schlechte Zeugnis wird hergestellt durch Individualisierung und Personalisierung. Die in den größeren Veranstaltungen diskutierten Themen werden entweder als lächerlich (Holzkamp über Individuum und Organisation) oder als Legitimierung eigener Existenz (Haug's Ökonomismusvortrag) oder als vom Publikum abgelehnt (Harich) bedeutet. Einzig Jungk findet zustimmende Erwähnung, dies aber ausschließlich, um die oben erwähnte religiöse Deutung zu ermöglichen. — Die Beunruhigung über das Gelingen eines Bündnisses zwischen Arbeitern, Wissenschaftlern, der Ökologiebewegung und der Frauenbewegung zieht sich durch fast alle Pressestimmen und äußert sich zumeist negativ als angebliche Besorgnis, es sei nicht dazu gekommen (so insbesondere die »Frankfurter Rundschau«). Unverständlich, daß die linke »Tageszeitung« (TAZ) nicht bemerkt hat, daß sie — die ja auf der Volksuni einen Stand hatte — dazugehörte; sie informierte unter der säuerlichen Überschrift »Nicht so ganz gelungen« eher mager, sprach sich aber doch dafür aus, der Versuch sollte »durchaus wiederholt werden«. Wie wichtig *Die Neue* für die Linke ist, zeigte eine Berichterstattung, die sich nicht nur bemühte, Absicht und Bedeutung der Volksuni zu verdeutlichen, sondern darüber hinaus ihren Lesern einen Teil des stattgefundenen Lernprozesses nachvollziehbar zu machen. Auch die Zeitung der SEW, »Die Wahrheit«, konnte sich in diesem Bündnis überwiegend positiv zur Volksuni äußern.

Im nächsten Heft veröffentlichen wir einige der Vorträge, die sich mit »Subjektivität und Gesellschaft« befassen.

\* \* \*

Argumente für eine soziale Medizin machen wir seit mehr als 10 Jahren, seit die von uns mitgetragene und mit viel Hoffnung und selbstlosem Einsatz verfolgte Initiative für die Gründung eines sozialmedizinischen Instituts (vgl. dazu SH 4: Kampagnen-Analysen) im Staatsapparat verdorrte. Unsere bisher 12 veröffentlichten Bücher zur Sozialen Medizin haben den größten Teil der kritischen Medizinergeneration beeinflusst.



Sie hatten Pionierfunktion. Inzwischen ist die Bewegung breiter geworden und vielfältiger. Wie stark sie ist, zeigt der von ca. 10.000 Teilnehmern besuchte *Gesundheitstag*, an dem die Medizin-Kommission des *Argument* mitarbeitete. — Wer da noch glaubte, es herrsche Friedhofsruhe im Land, wurde eines besseren belehrt. Aufbruch ausgerechnet im Medizinsektor, diesem durch numerus clausus, schwindelerregend hohe Ärztegehälter, riesige Pharmaprofite konservativ abgegrenzten Raum. Krankenschwestern, Sozialarbeiter, Medizinstudenten, aber auch zahlreiche Ärzte bevölkerten gleich drei Universitäten. Halb organisiert und strukturiert, halb der Masseninitiative von unten überlassen, gab es alternative Lebensberatung, Bücherstände und Diskussionen überall und immer.\*

Fast alle Veranstaltungen waren überfüllt, zu allen Themen fanden sich Leute, die etwas wissen und ändern wollten, die etwas zu sagen hatten. Hoffentlich gelingt es, auch dieser Bewegung Dauer zu verleihen. — Wir werden verstärkt an ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung, Unterstützung und an der Analyse für den Gesundheitsbereich bedeutsamer Gegenstände arbeiten. Bände zu den Themen »Alternative Medizin«, »Medizin und Gewerkschaften«, »Primärprävention« sind in Vorbereitung. — Für Mediziner haben wir ein spezielles Abonnement eingerichtet. Pro Jahr erscheinen zwei Bände, in der Regel ein *Jahrbuch für kritische Medizin* und ein Band *Argumente für eine soziale Medizin*. Für die Bestellung kann man die beiliegende Karte benutzen.

\*\*\*

Das Brecht-Colloquium, gemeinsam mit dem Landestheater Tübingen veranstaltet, diente der Sammlung der versprengten Brechtianer aus den unterschiedlichen Praxisbereichen. Der Sammlungsversuch schien notwendig angesichts der weithin grassierenden Brecht-»Müdigkeit« und der Verwandlung von Brechts Werk teils in faden Schulstoff, teils in »folgenlose Klassik«. Die Tagung erbrachte nicht den großen Aufschwung, sie ermöglichte die Besichtigung der Kräfteverhältnisse und erste Artikulationen der Aufgabe, eine neue und erneuernde Phase der Brecht-Aneignung einzuleiten. Grundlage der Tagung bildete der *Argument-Sonderband 50: Aktualisierung Brechts*. Im Redaktionsprogramm ist die Brecht-Linie von besonderer Bedeutung. Brecht als marxistischen Theoretiker zu entdecken, scheint uns besonders wichtig angesichts der Notwendigkeit, eine ebenso undogmatische wie konsequente Linie des Marxismus zu entwickeln. Und es gibt sie, die Brecht-Eislersche Linie im Marxismus; und sie ist entwicklungsfähig. Der Band *Aktualisierung Brechts* dient auch der Herausarbeitung von Brechts Beitrag zu einer Erneuerung des Marxismus, sowie zur Entwicklung progressiver Artikulationsfähigkeit in kulturellen und ästhetischen Praxen.

\*Der »Gesundheitsladen« bereitet eine Dokumentation zum Gesundheitstag vor (Adresse: Kantstraße 148, 1000 Berlin 12).



Gegenstand, Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. Kultur und Ideologie. Produktästhetik. Alltag der Lohnarbeiter. Vereinskultur. Tourismus. Stadtfest. Haug, Hillgärtner, Maase u.a. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Joachim Bischoff

## Marxistische Theorie des Ideologischen

### Anmerkungen zum Projekt Ideologie-Theorie

Innerhalb der marxistischen Theorie gibt es wenig brauchbare Analysen über die immaterielle Produktion der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. die ideologischen Bewußtseinsformen, die Wirkungsweise der ideologischen Instanzen oder Apparate und den Zusammenhang zwischen Bewußtseinsformen des Alltagslebens und dem ideologischen Effekt. Über den Tatbestand dieses Mangels besteht innerhalb der marxistischen Diskussion seit langem Konsens; dieser erstreckt sich auch auf die Frage, wie jener zu beheben sei; im allgemeinen oder grundsätzlichen gibt es kaum mehr Differenzen: die »Überbauten« der bürgerlichen Gesellschaft sind in ihrem inneren Zusammenhang und ihrer Wirkung nur zu bestimmen, wenn wir uns zuvor über die ökonomischen Strukturzusammenhänge dieser Gesellschaftsformation, den Entwicklungsgrad der sozialen Antagonismen und die Verzahnung der Überbauten mit der ökonomischen Basis (den gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozeß) klar geworden sind. Der Konsens über die grundsätzliche Vorgehensweise bei der Analyse von Überbaustrukturen wird durch zwei zentrale Thesen abgesteckt:

1. Über die Ausgestaltung und die Wirkungsweise der ideologischen Bewußtseinsformen und ideologischen Apparate läßt sich dann Brauchbares ausmachen, wenn wir die materielle Produktion in ihrer eigenen Form betrachtet haben. Es gibt so wenig eine Produktion im Allgemeinen wie eine allgemeine Produktion.

»Um den Zusammenhang zwischen der geistigen Produktion und der materiellen zu betrachten, (ist es) vor allem nötig, die letzte selbst nicht als allgemeine Kategorie, sondern in bestimmter historischer Form zu fassen ... Wird die materielle Produktion selbst nicht in ihrer spezifischen historischen Form gefaßt, so ist es unmöglich, das Bestimmte an der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider aufzufassen. Es bleibt sonst bei Gemeinplätzen.« (MEW 26.1, 256)

2. Der erste Schritt der materialistischen und daher wissenschaftlichen Methode besteht darin, aus den bestimmten Lebensverhältnissen die juristischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen, kurz ideologischen, Formen zu entwickeln. Die Wirkungsweise der immateriellen Produktion und die relative Autonomie der Überbauten müssen aber selbst eine Rückwirkung auf die materielle Produktion, den Gesamtproduktionsprozeß der Gesellschaft, erzeugen. Auf Basis des inneren Zusammenhanges der beiden »Stockwerke« der bürgerlichen Gesellschaft muß dann die Wechselwirkung dieser verschiedenen Seiten dargestellt werden.

Dieses Fundament, »auf dem allein teils die ideologischen Bestandteile der herrschenden Klasse, teils die freie geistige Produktion dieser gegebenen Gesellschaftsformation begriffen werden kann« (ebd., S.257), löst sich auf, sobald es an die konkrete Umsetzung des theoretischen Leitfadens geht. Entgegen vielen selbst proklamierten Ansprüchen muß festgestellt werden, daß innerhalb der marxistischen Theorie der letzten Jahrzehnte kaum weiterführende Analysen von Überbaustrukturen der kapitalistischen Gesellschaft erstellt worden sind.

Vom »Projekt Ideologie-Theorie« ist auf Basis einer umfangreichen kritischen Betrachtung der ideologietheoretischen Positionen in der Geschichte der sozialen Bewe-

gungen ein Umriss eines theoretischen Leitfadens vorgelegt worden, der in Kürze durch Materialanalysen ergänzt werden soll. Diese Untersuchung ist ein Ausdruck der verstärkten Bemühungen in jüngster Zeit, das grundlegende Defizit der marxistischen Theorie zu beseitigen. Wir greifen vier Thesen aus diesem theoretischen Leitfaden und seiner Begründung heraus, um durch die Erörterung einiger Probleme zur Lösung offener Fragen des von den Autoren selbst als fragmentarisch eingeschätzten Leitfadens beizutragen.

### 1. These

Das Neue und Riskante des Untersuchungsansatzes wird im »Projekt Ideologie-Theorie« (PIT) folgendermaßen definiert: es geht »um ein Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Ideologie, also um den Versuch einer neuen materialistischen Theorisation des Ideologiebegriffs.« (Haug 1979, 1) Die Wiederaufnahme an sich ist nicht das Entscheidende. Denn »seit Jahren wird vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Entwicklung einer materialistischen Theorie des Politischen und des Ideologischen wieder aufgenommen.« (Haug 1979, 5) Nach Ansicht der Autoren steht nun dieses Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Ideologie »unter der Losung des Bruchs mit dem Ökonomismus« (5)\*. Und genau an diesem Punkte setzt nun der eigenständige Untersuchungsansatz des PIT ein: »Entscheidend ist daher der — aus der hier skizzierten Methode folgende — Bruch mit allem Ökonomismus und Klassenreduktionismus. Orte, Gehalte und Wirkungsweisen des Ideologischen werden in ihrer eigenen Qualität ernst genommen als Orte und Einsätze der Klassenkämpfe. Der Klassenreduktionismus und andere Formen des Ökonomismus und vulgärmaterialistischer Reflextheorien erklären Ideologisches zum dummen Zeug, rückübersetzen alles in ökonomische Klasseninteressen. Ihre Methode gleicht einer verbalradikalen Aufforderung zum Desertieren von allen Kampfplätzen mit Ausnahme dessen, was ihre Vertreter sich als unmittelbaren Klassenkampf zurechtenden. Es bleibt ihnen daher stets nur das Warten auf »die Krise«, in der es reflexartig allen noch in den Mystifikationen des Warenfetischs Befangenen wie Schuppen von den Augen fallen wird.« (202)

In dieser Abgrenzung treten die wohl entscheidenden Punkte des theoretischen Leitfadens klar hervor: die politischen, juristischen, religiösen, künstlerischen, kurz, ideologischen Formen des Klassenkampfes werden von den Ökonomen immer in den unmittelbaren Klassenkampf, d.h. seine ökonomische Form, rückübersetzt. Die Eigenständigkeit der anderen Formen des Klassenkampfes werde durch dieses Rückübersetzungsverfahren bestritten. Eigentlich — darin kann man dem PIT nur beipflichten — sollte die Frage zwischen der unmittelbaren und den mittelbaren Formen des Klassenkampfes unter Marxisten aber nicht strittig sein. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften gesellschaftlicher Arbeit und den sozialen Verhältnissen der Produktion kann sich in einer Verschärfung ökonomischer Konflikte und Krisen ausdrücken, wird aber zugleich immer bestimmte Nebengestalten annehmen: »als Totalität von Kollisionen, als Kollisionen verschiedener Klassen, als Widerspruch des Bewußtseins, Gedankenkampf etc., politischer Kampf etc.« (MEW 3, 74)

Diese Frontstellung gegen eine Beschränkung der Betrachtung auf die unmittelbare Form des Klassenkampfes ist nach Ansicht des PIT von Gramsci begründet worden. Erst

\* Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf PIT 1979



im Gefolge der sich schrittweise über verschiedene kapitalistische Staaten Westeuropas ausbreitenden Rezeption der Gramscischen Position kommt es zur Wiederaufnahme der Sache des Ideologischen unter der Losung des Bruchs mit dem Ökonomismus:

»Gramsci Problemstellung impliziert eine anti-ökonomistische Stoßrichtung: die Hegemonie einer Klasse gründet sich auf ihre 'entscheidende Funktion' im ökonomischen Bereich, es wäre jedoch 'primitiver Infantilismus', 'jede Fluktuation der Politik und Ideologie als unmittelbaren Ausdruck der Basis aufzufassen'.« (63f.) Auch Gramsci geht es um das Verhältnis von ökonomischen Entwicklungstendenzen und den politischen, religiösen Formen des Klassenkampfes. »Wollte man von jedem ideologischen Kampf innerhalb der Kirche die unmittelbare, ursprüngliche Erklärung an der Basis suchen, wäre man schön dran« (Gramsci 1967, 201). Der Einschätzung, daß es gerade Gramsci darum geht, das Verhältnis von Basis und Überbau gegen ökonomistische Verzerrungen wieder differenziert zu entwickeln, kann vorbehaltlos zugestimmt werden. Es ist sicher auch richtig, daß Gramsci bei aller Schärfe der Problemstellung selbst bestimmte Probleme nicht löst. »Durch die imponierende Einseitigkeit seiner Frage- und Untersuchungsrichtung fördert Gramsci zutage, was der Ausarbeitung im Rahmen ideologietheoretischer Forschungen noch harrt: eine Theorie des Alltagsbewußtseins und seiner Entwicklungsmöglichkeiten, eine Intellektuellentheorie, eine Theorie hegemonialer Praxen und Blöcke, wichtige Neuerungen in der materialistischen Theorie des Staates. Zugleich entwickelt er seine Vorstellungen ohne einen klaren Begriff vom Ideologischen als spezifischer Form der Vergesellschaftung.« (80).

Das Projekt Ideologie-Theorie nimmt also von Gramsci die zentrale Frontstellung gegen den Ökonomismus auf; unter kritischer Aufhebung der Position von Gramsci soll eben der Begriff des Ideologischen als spezifische Form der Vergesellschaftung bestimmt werden. Mit der These von der spezifischen Form der Vergesellschaftung wird aber der Kern der Problematik, die Beziehung von ökonomischen Formen, unmittelbaren Formen des Klassenkampfes auf seine abgeleiteten, entwickelten oder Nebengestalten, aufgelöst in die Unverbundenheit mehrerer Faktoren. Gramscis Plädoyer, daß nicht jede Nebengestalt des Klassenkampfes auf seine Grundform reduziert werden kann, läßt sich nicht dahingehend verlängern, daß kein klares Begründungsverhältnis zwischen den verschiedenen Gestalten des Klassenkampfes bestehe.

Gramsci argumentiert nicht gegen eine Berücksichtigung der ökonomischen Formen des Klassenkampfes, gegen eine Reduktion politischer Bewegungen auf die Kollisionen von Klassen schlechthin, sondern gegen eine erhebliche Verkürzung bei dieser Betrachtung, wie sie gerade in der sozialistischen Bewegung bei der Einschätzung und Analyse der faschistischen Bewegung praktiziert wurde.

Den Grundfehler des Ökonomismus könne man — so Gramsci — bei der Betrachtung bestimmter politischer Entwicklungen gut demonstrieren. Als Typus für solche politische Bewegungen könne man sich an die Analyse des 18. Brumaire des Louis Bonaparte halten, die Boulanger-Bewegung (1886-1890) zugrunde legen oder — so können wir hinzufügen — den Aufstieg der faschistischen Massenbewegung in Italien setzen. Bei der Untersuchung dieser politischen Bewegungen muß jetzt festgestellt werden, »welche relative Wichtigkeit dort dem unmittelbar ökonomischen Faktum beigemessen wird und welchen Platz die konkrete Untersuchung der Ideologien« einnimmt (Gramsci 1967, 316). Eine ökonomistische Betrachtung reduziert alles auf die Frage, wem nutzt diese Bewegung? Der Trugschluß mit samt seinen gefährlichen politischen Implikatio-

nen ist dann offenkundig: »Unmittelbaren Nutzen daraus ziehe eine gewisse Fraktion der herrschenden Gruppe« (Gramsci 1967, 317). Die Anspielung auf eine völlig unzulängliche Faschismusanalyse ist unübersehbar: Faschismus, das ist die offene Klassenherrschaft, Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Hinter der Frage, wem die Bewegung nützt, verschwindet der Aspekt, daß sich der Funktionswandel des politischen Überbaus der bürgerlichen Gesellschaft im Gefolge zugespitzter ökonomischer Widersprüche über eine breite Massenbewegung und Paralisierung der traditionellen politischen Willensbildungs- und Herrschaftsprozesse vollzogen hat. Der Aufstieg des Faschismus ist mit einem Wechsel der führenden gesellschaftlichen Gruppe und einer Umgruppierung des sozialen Blocks verschiedener Klassenkräfte verknüpft. Gerade die faschistische Bewegung belegt, daß eine soziale Gruppe bereits vor der Machtergreifung führend ist. Die hegemoniale Schwäche der bis zu den zwanziger Jahren führenden bürgerlichen Gruppe und die schrittweise Herausbildung eines neuen Blocks sozialer Kräfte sind nicht in die Formel von einer adäquateren Interessenvertretung für bestimmte Teile des Monopolkapitals zu pressen.

Die Analyse dieser politischen Bewegung, die in einem Hegemoniewechsel mündet, kann nun auch nicht unter Abstraktion der unmittelbaren Formen des Klassenkampfes erfolgen. Zwar ist nicht jede Fluktuation der Politik und der Ideologie auf ökonomische Interessen zurückführbar, aber die Dynamik und die Verlaufsformen des politischen Prozesses werden durch soziale Zusammenhänge bestimmt, die daher in einer wesentlich differenzierteren Weise aufzunehmen sind. »Die 'ökonomische' Hypothese geht von einem unmittelbaren Machtelement aus, das heißt von der Verfügung über einen gewissen direkten oder indirekten finanziellen Rückhalt... und damit hat es sich. Das ist aber zu *wenig*. Auch in diesem Falle muß die Untersuchung der verschiedenen Stufen des Kräfteverhältnisses in der Analyse der Hegemonie und der ethisch-politischen Verhältnisse kulminieren.« (Gramsci 1967, 318) Gramscis Kritik am Ökonomismus muß also als eine Kritik an der Behandlung von ökonomischen Fragen im Sinne bürgerlicher Fachökonomie verstanden werden. Ökonomie ist nicht einfach Verfügung über finanzielle Ressourcen, sondern es handelt sich um die detaillierte Betrachtung der sozialen Verhältnisse der Produktion. Nur wenn wir die These von Marx ernst nehmen, daß sich die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft durch eine Kritik der politischen Ökonomie, eine Transzendierung der bloßen Fachökonomie, erschließen, läßt sich die Darstellung von den ökonomischen Formbestimmungen über die sozialen Beziehungen in der Produktion in eine Betrachtung des Alltagsbewußtseins verlängern, eine Betrachtung, die in ethisch-politischen Kräfteverhältnissen kulminiert. Auf dieser Grundlage läßt sich ohne einfachen Reduktionismus ein innerer Zusammenhang zwischen den unmittelbaren Formen des Klassenkampfes und seinen abgeleiteten Gestalten herstellen.

Gramsci benennt fünf zentrale Aspekte, die eine solch differenzierte Betrachtung einer politischen Bewegung des umschriebenen Typus zutage fördern könnte: »1. gesellschaftlicher Inhalt der Masse, die dieser Bewegung angehörte; 2. welche Funktion hatte diese Masse im Gleichgewicht der Kräfte, das sich wandelt, wie die Bewegung durch ihr Entstehen beweist? 3. Welche politische und gesellschaftliche Bedeutung haben die von den Führern erhobenen und beifällig aufgenommenen Forderungen und welchen wirklichen Bedürfnissen entsprechen sie? 4. Entsprechen die Mittel dem vorgegebenen

Ziel? 5. Nur zuletzt, mit politischer und nicht moralistischer Fragestellung, kann die Hypothese aufgestellt werden, daß eine derartige Bewegung notwendig entarten und ganz anderen Zielen dienen wird, als den von den meisten Anhängern erhofften.« (Gramsci 1967, 317)

Den gesellschaftlichen Inhalt einer Massenbewegung oder gar einer aus sehr heterogenen sozialen Kräften gespeisten Massenbewegung kann man nur auf Grund einer präzisen Kenntnis von der Klassenstruktur eines Landes bestimmen. Diese sozialen Verhältnisse der Produktion unterstellen selbst schon eine Analyse über den Entwicklungsgrad der sozialen Antagonismen der bürgerlichen Gesellschaft. Schließlich hängt jede Bestimmung von Bedürfnissen gesellschaftlicher Klassen und jede Aufschlüsselung von illusionären, weil nicht mehr der faktischen sozialen Situation entsprechenden, Bewußtseinslagen an einer genauen Kenntnis der Strukturzusammenhänge der Produktion und den Verlaufsformen des unmittelbaren Klassenkampfes. Es kommt hier allerdings auf die Entwicklung aller abgeleiteten Gestalten des Klassenkampfes aus den sozialen Verhältnissen der Produktion an und jede einfache Reduktion einer verhimmelten Nebenform des Überbaus auf ein ökonomisches Verhältnis unterliegt der Gefahr der falschen Abstraktion. Wenn man ausgehend von den unmittelbaren Formen des Klassegegensatzes die Analyse zu der Betrachtung der Hegemonie und der ethisch-politischen Verhältnisse fortführt, ist man weit entfernt, jede Fluktuation der Politik oder der Ideologie auf ein einfaches Grundverhältnis zurückzunehmen. Hinter der Frontstellung gegen den Ökonomismus steht also eine Abgrenzung gegen eine schematische, selbst noch in den Schranken der bürgerlichen Fachökonomie verbleibende Betrachtungsweise. Eine ökonomistische Betrachtung kann weder eine genaue Bestimmung der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft, noch eine Aufschlüsselung der Klassenstruktur erbringen. Die Überwindung des Ökonomismus ist somit zugleich eine Aufhebung jener arbeitsteiligen Spezialisierung in ökonomische, sozialwissenschaftliche und politische Analysen.

## 2. These

Für das Projekt Ideologie-Theorie ist das Ideologische eine spezifische Form der Vergesellschaftung. »Das Ideologische im Allgemeinen ist die Grundstruktur der entfremdeten Vergesellschaftung von oben, unlösbar verbunden mit der staatsförmigen Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft und der Funktionen des Gemeinwesens. Es ist also nicht primär Ideengebäude oder Bewußtsein, ist auch nicht als Objektivation des Geistes zu fassen. Die Ideologien als Komplexe praktischer Normen und als Ideengebäude bilden sich, entsprechend der Wirkungsweise und als konkrete Betätigungsform des Ideologischen, in dessen Rahmen.« (187). Für das PIT ist das Ideologische sekundär gegenüber den Produktionsverhältnissen und die ideologischen Anschauungs- und Bewußtseinsformen wiederum sekundär gegenüber dem Ideologischen als praktisch-idealistischem Verhältnis. Konsequenterweise ist daher immer schon der Staat — zumindest in seiner Funktion als repressiver Staatsapparat, als das öffentliche Gewaltmonopol voraussetzend, unterstellt; der Staat ist die erste ideologische Macht, weil nur so die Verknüpfung eines inneren Zusammenhanges zwischen sozialen Verhältnissen und dem Ideologischen hergestellt werden kann. »Die gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft ist von Anfang an ideologische Macht und könnte sich anders nicht über der Gesellschaft stabilisieren.« (181) Ursprünglich werden alle Kompetenzen gesellschaftlicher Hand-

lungsfähigkeit von den Subjekten selbst, also horizontal, wahrgenommen. Schließlich werden durch einen sich »langsam und wechselfull in einem über Jahrtausende ... erstreckenden konfliktreichen Prozeß« (181) einige Funktionen aus der Horizontalen in die Vertikale verlagert. Es bilden sich Überbauinstanzen mit der Kompetenz einer Vergesellschaftung von oben. Die so entstehende Funktion der Vergesellschaftung von oben enthält immer schon ideelle Momente der Vergesellschaftung von oben. »Arbeitsdefinition: Im Ideologischen fassen wir den Wirkungszusammenhang ideeller Vergesellschaftung von oben.« (181)

Dieser hier unter dem Aspekt einer Ideologie im Allgemeinen abgehandelte Entstehungsprozeß einer Losreißung von gesellschaftlichen Funktionen, samt ihrer ideellen Aspekte, läßt sich vor dem Hintergrund einer Epochengeschichte der verschiedenen Gesellschaftsformationen wahrlich in Frage stellen. Da aber das Verhältnis von materieller und immaterieller Produktion bereits auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft genug Probleme aufwirft, wollen wir uns bei der Erörterung der These auch auf dieses Terrain beschränken.

Mit dieser These vom Ideologischen als der ideellen Form der Vergesellschaftung von oben wird eine von Gramsci aufgeworfene zentrale Unterscheidung bei der Analyse der Überbaustrukturen verworfen. Nach Gramsci ist es wichtig, »zwei große Stockwerke des Überbaus« auseinanderzuhalten: »einmal das, was man 'bürgerliche Gesellschaft' nennen kann, das heißt die Gesamtheit aller gemeinhin 'privat' genannten Organismen, zum anderen die 'politische Gesellschaft oder den Staat'; sie entsprechen der 'hegemonialen' Funktion der herrschenden Klasse innerhalb der Gesamtgesellschaft und der 'direkten Herrschaft' oder dem Befehl, wie er sich im Staat oder durch die 'legale' Regierung ausdrückt.« (Gramsci 1967, 412) Die Analyse des zweiten Stockwerkes, die politische Gesellschaft im engeren Sinne, setzt aber bereits die Kenntnis der Gesamtheit der Strukturen der privaten Organismen voraus: dies gilt umso mehr, je mehr die bürgerliche Gesellschaft insgesamt sich parlamentarischer Formen der Willensbildung zu ihrer Selbstherrschaft bedient. Um zu untersuchen, wie die ideologische Struktur einer herrschenden Klasse oder eines hegemonialen Blocks sozialer Kräfte organisiert ist, muß vor allem die Gesamtheit der Presse oder der Medien zur Artikulation von Willensbildungsprozessen erfaßt werden. »Alles was auf die öffentliche Meinung direkt oder indirekt einwirkt oder einwirken kann, gehört dazu: die Bibliotheken, die Schulen, die verschiedenen Zirkel und Clubs, bis hin zur Architektur, der Anlage von Straßen und deren Namen. Man könnte sich nicht die von der Kirche in der modernen Gesellschaft behauptete Stellung erklären, wüßte man nicht von den täglich geduldigen Anstrengungen, die sie unternimmt, um ständig ihren besonderen Sektor dieser materiellen Struktur der Ideologie weiter zu entwickeln.« (Gramsci 1967, 423)

Für Gramsci unterstreicht gerade der Entwicklungsprozeß der faschistischen Bewegung in Italien die Notwendigkeit, bei der Untersuchung von Hegemonieverhältnissen auf diese Weise in der Untersuchung vorzugehen. Die Vorherrschaft einer gesellschaftlichen Gruppierung manifestiert sich im Gegensatz zur traditionellen führenden Gruppe der bürgerlichen Klasse längst vor der Verfügung über die »legalen« Strukturen der politischen Gesellschaft (Auflösung der Justiz, Privatarmeen etc.). Es kommt immer auf die Ermittlung der bestimmten Willens- und Bewußtseinsverhältnisse an und diese entstehen innerhalb bestimmter sozialer Verhältnisse der Produktion. Für Gramsci ist daher die Gesamtheit der privaten Organismen — von der informellen Gruppe (Stamm-

tisch), über die Vereine und Gesellschaften bis hin zu den großen gesellschaftlichen Organisationen Kirche, Sportverbände etc. — die notwendige Vorstufe für die Ausbildung und Funktionsweise des zweiten Stockwerks des Überbaus. (Was freilich nicht ausschließt, daß unter dem Aspekt der Wechselwirkung, jenes erste Stockwerk bereits als durch die politische Gesellschaft erheblich modifiziert aufgefaßt werden kann.)

Faßt man das Ideologische als ideelle Vergesellschaftung von oben, vermittelt einer Kompetenzverlagerung von an sich gesellschaftlichen Funktionen in die »Vertikale«, d.h. die Staatsapparate, so ist diese Unterscheidung in verschiedene Etagen im Überbau hinfällig. Die Gesamtheit der privaten Organismen und die ihnen entsprechenden praktisch-idealistischen und theoretischen Bewußtseinsformen sind gegenüber der ersten ideologischen Macht, dem Staate, sekundär, weil ihnen ja keine vermittelnde Funktion in der Vergesellschaftung von oben zukommen kann.

Das PIT schließt sich mit dieser Verwerfung einer von Gramsci herausgestrichenen Unterscheidung an die Argumentation von Althusser an, der die Differenz von öffentlicher oder privater Organisationsform als ausdrücklich nebensächlich verwirft. »Es kümmert nicht, ob die Institutionen, die sie bilden, 'öffentlich' oder 'privat' sind. Was kümmert ist ihre Funktionsweise. Private Institutionen können durchaus 'funktionieren' als Ideologische Staatsapparate. Eine ein wenig genauere Analyse eines beliebigen Ideologischen Staatsapparates würde genügen, um dies zu beweisen.« (Althusser 1973, 129) Von Gramsci ist nicht bestritten worden, daß auch alle öffentlichen Institutionen Träger von Ideologie und ideologische Instanzen sein können; es geht aber um die Frage, ob die aus der bürgerlichen Gesellschaft, ihrem Alltagsleben, in sehr differenzierter Weise herauswachsenden ideologischen Strukturen (private Organismen, teils auch immaterielle Produktion als kapitalistisch produzierte Waren — Presse, Musik, Kino etc.) wesentliche Vermittlungsformen für Willensbildungsprozesse innerhalb der Sphäre des Politischen sind. Durch die These vom ideologischen Effekt, der entweder durch die Schule, die Familie, die Justiz etc. erzeugt werde, ist diese Unterscheidung verschwunden.

Halten wir an der Unterscheidung fest, kann auch die These von der ideellen Vergesellschaftung von oben keinen Bestand haben. Die ideologischen Formen sind entweder praktisch-idealistische oder theoretische Bewußtseinsformen der Individuen jenseits des Bereiches der materiellen Produktion. Ihre Vergesellschaftungsformen in Vereinen, Clubs, größeren gesellschaftlichen Organisationen etc. sind zwar ideologisch geprägt, d.h. die sozialen Verhältnisse der materiellen Produktion und die Revenueverteilung voraussetzend, aber sie schließen vorab keine Vergesellschaftung von oben ein. Es läßt sich gesondert begründen, weshalb das zweite Stockwerk des Überbaus wegen seiner Funktion der Zusammenfassung dieser verschiedenen Willensbildungsprozesse in bestimmten Aspekten eine Vergesellschaftung von oben aufweist.

Bestimmt man hingegen als Inhalt der Ideologie im Allgemeinen die ideelle Vergesellschaftung von oben, hat man notwendig Schwierigkeiten, einzelnen Bereichen der »ideologischen Instanzen« jene Funktion auch nachzuweisen: »Selbst bei den Grundbegriffen herrscht noch Unklarheit. Daß der Staat, Recht und Kirche als ideologische Mächte zu fassen sind, scheint uns klar, aber wie verhält es sich mit der Familie? Wie mit der Schule? Ist letztere als relativ selbständige ideologische Macht — nach Art der Kirche — aufzufassen oder bloß als spezialisierter Staatsapparat?« (204)

Mitte der siebziger Jahre waren ca. 60% der Bevölkerung der BRD Mitglied einer

Vereinigung, wobei alle informellen sozialen Gruppen nicht mit einbezogen sind. Läßt sich noch bei einer ersten Betrachtung des Einflusses der Kirchen das Argument von einer Vergesellschaftung-von-oben anführen, hat man es bei diesen sozialen Verflechtungen schon schwerer. Bei den überwiegenden Bereichen dieser Vergesellschaftung können wir darüber hinaus ein Vordringen der kapitalistischen Produktion feststellen; neben informellen Zusammenschlüssen, privaten Vereinigungen etc. werden die diesen Bereichen unterliegenden sozialen und individuellen Bedürfnisse durch kapitalistisch produzierte Waren befriedigt; zum Teil werden diese Gesellschaftsphären noch vervollständigt durch öffentliche Einrichtungen. Die Herausbildung dieser Strukturen kann ausgehend von der These der Vergesellschaftung-von-oben nicht erklärt werden.

### 3. These

Ideologie kann es für das PIT nur dann geben, wenn wir in der Gesellschaftsformation ideologische Mächte nachweisen mit ihrer Kompetenz der materiellen und ideellen Vergesellschaftung von oben.

Nun kommt die Arbeitsgruppe nicht umhin, einen Entfremdungsprozeß bei Vergesellschaftungsstufen einzuräumen, die noch nicht oder nicht nur durch eine Kompetenzverlagerung ins Vertikale charakterisiert sind. »Wir nennen die Ausdifferenzierungen von Funktionen, die auf den Gesellschaftszusammenhang gerichtet sind, das Gesamt von ansatzweisen Spezialisierungen, Ritualisierungen und die Erfahrungsgrundlage überschießenden Imaginationen usw., die später von der abgehobenen staatsförmigen Macht 'entrückt' und umstrukturiert werden: Protoideologisches Material. Seine scharfe Unterscheidung vom Ideologischen ist notwendig, weil nur so für eine genetische Rekonstruktion das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität zu fassen ist.« (183) Den Vorzug, daß die scharfe Unterscheidung in protoideologisches Material und Ideologie auch für die sozialistische Gesellschaftsformation die Fortführung von protoideologischen Prozessen anzuerkennen erlaubt, wollen wir nicht bestreiten. Feststeht aber, daß mit der Unterscheidung das PIT zwei unterschiedliche Begründungszusammenhänge für die Ausbildung von relativ verselbständigten praktisch-idealistischen und theoretischen Bewußtseinsformen kennt:

- 1.) Eine Form der Entfremdung drückt sich in der Vergesellschaftung von oben aus.
- 2.) »Undurchschaute Natur und die Notwendigkeit der Stabilisierung sozialer Beziehungen sind die wichtigsten Gründe für die Ausbildung protoideologischer Phänomene. Integrative Gruppenkräfte und Wirkkräfte von Pflanzen und anderen Naturstoffen geben Anlässe für sich abhebende Stellungen von Ältesten, Medizinmännern oder Kräuterhexen und für die Entwicklung von magischen Techniken. Aber diese Abhebungstendenzen bleiben eingebunden in die Grundstruktur der horizontalen Vergesellschaftung.« (183)

Solange das Bewußtsein der Menschen von der Natur noch als beherrscht durch fremde, allmächtige und unangreifbare Mächte charakterisiert werden muß, solange bleiben die Subjekte auf der Ebene der Naturreligion, des Rituals von Medizinmännern oder des Kultus irgendwelcher imaginerter Übermächte. Es soll sich in diesem Fall um protoideologische Instanzen (Medizinmänner, Kräuterhexen etc.) und protoideologische Bewußtseinsformen handeln. Die Entfremdung bleibe in die Grundstruktur der horizontalen Vergesellschaftung gebannt; d. h. die Menschen beherrschen weder die Naturkräfte, noch die gesellschaftliche Aneignung der Natur; aber ihre Kompetenzen der



Vergesellschaftung sind horizontal ausgerichtet, verbleiben in der sozialen Basisstruktur.

Überspringen wir die Phase, wo die Menschen sich der Mimesis ihrer Mythen hingaben, und kommen zur Kulturreligion. Die übermächtigen Kräfte der Natur werden mehr und mehr durch die gesellschaftliche Praxis der Naturaneignung zurückgedrängt, die Notwendigkeit der Stabilisierung sozialer Beziehung besteht wegen der beständigen Umwälzung der Produktionsmethoden umso mehr; aber jetzt ist aus dem Protoideologischen das Ideologische geworden: horizontale Tugenden und Kompetenzen werden von den ideologischen Apparaten in die Vertikale gedreht und entsprechend transformiert. »Stets werden protoideologische Funktionen und Formen der Urgemeinschaft von der Gesellschaft losgerissen, entrückt und zu spezifischen Kompetenzen für die Regelung von Vergesellschaftungsfunktionen umgeformt.« (192)

Die Abgrenzung ist wenig begründet. Weshalb die Unterwerfung eines Subjektes unter die magische, rituelle Handlung eines Medizinmannes, die Beteiligung an der Mimesis eines Mythos oder die Subsumtion unter eine rituelle Zeremonie der Kirchen in der modernen Gesellschaft sich durch »horizontale oder vertikale« Vergesellschaftungen unterscheiden sollten, ist nicht einzusehen.

Gerade die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsformation, die im Grunde bei der differenzierten Betrachtung des Verhältnisses von Basis und Überbau zugrunde liegen sollte, belebt durch die tendenzielle Beschränkung der Religion auf das erste Stockwerk der Überbauten, den Bereich der privaten Organismen: eine Funktion oder Kompetenz der idealen Vergesellschaftung-von-oben bei der Kirche oder den religiösen Bewußtseinsformen kann nicht einfach unterstellt werden. Gleichmaßen vermag die Trennung in einerseits Stabilität der Klassengesellschaft und andererseits Stabilisierung sozialer Beziehung horizontalen Mustern nicht zu befriedigen. Es stellt sich erneut die Frage, ob auf die unterschiedlichen Begründungsansätze für zwei Arten oder Formen relativer Eigenständigkeit (Verselbständigung) sozialer Verhältnisse — protoideologischer und ideologischer — nicht verzichtet werden kann, wenn ausgehend von der jeweiligen spezifischen historischen Form der materiellen Produktion die Ausbildung protoideologischer und ideologischer Verhältnisse näher bestimmt würde. »Ritualisierungen« und »die Erfahrungsgrundlage überschneidende Imaginationen« beziehen sich immer auf soziale Verhältnisse jenseits der materiellen Produktion, ihre inhaltliche Ausformung ist durch die Produktivkräfte der sozialen Arbeit und die gesellschaftlichen Verhältnisse der Naturaneignung bedingt, und diesen sozialen Beziehungen (praktisch-idealistischen Bewußtseinsformen) entsprechen wiederum theoretische Produktionen und Anschauungsformen. Statt mit einer in der Geschichte der Gesellschaftsformationen eingetretenen Verselbständigung einer Vergesellschaftung zu operieren, wäre der innere Zusammenhang zwischen bestimmten Formen der materiellen Produktion und den abgeleiteten Gesellschaftssphären aufzudecken.

#### 4. These

Sind wir schließlich bei der Betrachtung der sozialen Verhältnisse der materiellen Produktion in der bürgerlichen Gesellschaftsformation angelangt, hat sich das Begründungsverhältnis fast verdreht: es werden nicht mehr aus der spezifischen Form der gesellschaftlichen Naturaneignung die eigentümlichen Strukturen der immateriellen Produktion entwickelt, sondern die Formen der sozialen Produktion begünstigen die ver-

meintliche Vergesellschaftung von oben. »Im bürgerlichen Fall kommen der ideologischen Integrationsleistung die — selber noch nicht ideologischen — objektiven Gedankenformen der Tauschbeziehungen ... entgegen.« (186) Der Grundtatbestand ist vermutlich unstrittig: in der bürgerlichen Gesellschaft kann jeder Geld als Geld gebrauchen, ohne zu wissen was Geld ist. Geld, wie alle anderen beständig wiedererzeugten und beständig verschwindenden Objektivierungen gesellschaftlicher Arbeit, alle anderen verknöcherten Formen, worin der Reichtum erscheint und in verschiedenen Bestandteilen verschiedenen Gruppierungen der Gesellschaft zufließt, spiegelt sich im Bewußtsein sehr verkehrt ab. Die gesellschaftlichen Produzenten sind in Verhältnisse gesetzt, die ihr Bewußtsein bestimmen, ohne daß sie sich über diese Bestimmtheit im klaren wären. Die einfachsten Formen dieser Verkehrung oder der Mystifikation der sozialen Beziehungen der Produktion sind die von Ware und Geld. Aber in dem die bürgerliche Produktionsweise beherrschenden sozialen Verhältnis, dem Kapital, in seinen verschiedenen Bestimmtheiten, entwickelt sich diese verzauberte und verkehrte Welt noch viel weiter. Es reduziert sich diese Struktur auch nicht auf die Mystifikationen des Warenfetischs, wie das PIT unterstellt (202), da bekanntlich die Ware nur ein Teilaspekt der Gesellschaftsformation ist und die dominanten Produktionsstrukturen sich erst über die kapitalistisch produzierte Ware erschließen. Diese die bürgerliche Gesellschaftsformation charakterisierende Verselbständigung und Verknöcherung der verschiedenen gesellschaftlichen Elemente des Reichtums gegeneinander, diese Personifizierung der Sachen und die Versachlichung der Produktionsverhältnisse faßt sich in einer verhimmelten Struktur des Alltagslebens zusammen. Die Subjekte werden in dieser Produktionsweise von den Machwerken ihrer eigenen Hand beherrscht. Dieses Bewußtsein vom Alltagsleben ihrer materiellen Produktion bestimmt sowohl ihre sinnliche Anschauung der Natur und das Bewußtsein über ihre eigene subjektive Beschaffenheit. Auf dieser Grundlage entwickeln sich die sozialen Beziehungen jenseits der materiellen Produktion, ihrer Bedürfnisse nach Produktion und Konsumtion immaterieller Produkte und damit die Gesamtheit ihrer praktisch-idealistischen und theoretischen ideologischen Anschauungs- und Verarbeitungsformen.

Das PIT reduziert die komplizierte Struktur der Mystifikation und Verkehrung der gesellschaftlichen Produktion in der bürgerlichen Gesellschaft auf die Ware-Geld-Beziehungen, also auf die einleitenden Grund- oder Oberflächenformen des bürgerlichen Gesamtproduktionsprozesses. Statt aus der Gesamtstruktur die Formen ideologischer Verarbeitung zu entwickeln, werden die »objektiven Gedankenformen« zum bloßen Komplement der Vergesellschaftung von oben. »Die objektiven Gedankenformen der Ware-Geld-Beziehungen werden von den Tauschenden unweigerlich (!) für die Artikulation ihrer Interessen und Konsenssuche ausgearbeitet. Rein als solche Ausarbeitung stellt dieser Vorgang indes noch keine Ideologieproduktion dar. Erst wenn diese Vorstellung in die Wirkungsstruktur der ideologischen Mächte hineingedacht und nach deren Regeln angeordnet werden, ist ihre Verarbeitung im strengen Sinn ideologisch zu nennen. Dies kann durch die Ideologen in den ideologischen Apparaten geschehen. Es pflegen aber auch die »gewöhnlichen Sterblichen«, die ideologisch Vergesellschafteten also, spontan und widersprüchlich in den ideologischen Formen zu denken und damit ihre lebenspraktischen Erfahrungen zu verarbeiten. Dies kann dann zur Ausbildung von Privatideologemen führen ...« (186f.) Die gewöhnlichen Sterblichen verarbeiten nicht ihre lebenspraktischen Erfahrungen in der Weise, wie sich ihnen die gegeneinan-

der verselbständigten Formen gesellschaftlicher Arbeit darstellen, sondern sie sind ja von oben vergesellschaftet und nehmen in diesen Anschauungsformen dann die lebenspraktischen Verhältnisse wahr. Wir haben zu guter letzt das Resultat, daß die lebenspraktischen Erfahrungen oder unmittelbaren Erscheinungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses den Subjekten als solche nicht mehr notwendig ins Bewußtsein treten. Sie verarbeiten ihre sozialen Verhältnisse der Produktion schon in vorgegebenen oder privaten ideologischen Mustern.

Was uns anfangs als Problem der Bestimmung des Verhältnisses von unmittelbaren Formen des Klassenkampfes mit seinen abgeleiteten und Nebengestalten erschien, hat sich schließlich dahingehend gedreht, daß es eine Wahrnehmung von sozialen Verhältnissen der Produktion ohne vorausgesetzte Ideologie nicht gibt. Das Verhältnis der Ableitung hat sich, zumindest für die »gewöhnlichen Sterblichen«, in ein Begründungsverhältnis gedreht. Wechselwirkung heißt so, daß die Subjekte die gesellschaftliche Produktion schon ideologisch verarbeiten. Die Auflösung dieser Verblendung der ideologisch Vergesellschafteten kann dann nur durch einen Münchhauseneffekt erfolgen: die Überwindung der ideologischen Vergesellschaftung durch die Ideologie.

### Literaturverzeichnis

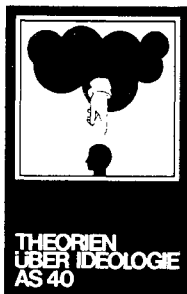
*Althusser*, Louis 1973: *Marxismus und Ideologie*. Berlin/West.

*Gramsci*, Antonio 1967: *Philosophie der Praxis*. Frankfurt.

*Haug*, Wolfgang Fritz 1979: *Ideologie, Warenästhetik, Massenkultur*. Argument-Studienhefte SH 33. Berlin/West.

*PIT* = *Projekt Ideologie-Theorie* 1979: *Theorien über Ideologie*. Argument-Sonderband AS 40. Berlin/West.

*SOST* = *Sozialistische Studiengruppen: Ideologie und Alltagsbewußtsein*, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4/79* (im Herbst wird eine ausführliche Studie zu den Entwicklungstendenzen des Überbaus der BRD und zu den aufgeworfenen theoretischen Fragen erscheinen).



Marx, Engels, Lenin, Lukács, Gramsci, Althusser, Bürgerliche Ideologietheorie, Luhmann, Berger/Luckmann. Eigene Position des PIT. Projekt Ideologie-Theorie (PIT). 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Manfred Behrens, Herbert Bosch, Wieland Elfferding,  
Jan C. Rehmann, Eckhard Volker (Projekt Ideologie-Theorie)

## Klassencharakter und ökonomische Determination des Ideologischen. Ein Beitrag zur Diskussion

### 1. Vorbemerkung zum Stand der Debatte

*Joachim Bischoff* kommt in seiner Kritik des PIT in diesem Heft zu dem Schluß, daß hier die Methode des historischen Materialismus, Bewußtsein und Ideologie aus der materiellen Produktion abzuleiten, zugunsten einer Ableitung der materiellen Produktion aus dem Ideologischen aufgegeben sei (Bischoff 1980, 487f.). Darin trifft er sich mit der Kritik der Redaktion von »Konsequent« insofern, als diese dem PIT das Ideologische als das »Wesen« der bürgerlichen Gesellschaft unterstellt und den Rest als bloße »Erscheinung« (Konsequent 1980, 91). »Konsequent« interessiert sich allerdings weniger als Bischoff für die Determination durch das Ökonomische, als vielmehr für den Klassencharakter des Ideologischen: das PIT habe einen klassenneutralen Begriff vom Staat und vom Ideologischen (Konsequent 1980, 89). So sind die beiden Positionen angetreten: Ökonomismus und Klassenreduktionismus, denen das PIT in den »Theorien über Ideologie« den Streit angesagt hatte.

Die Möglichkeit und Fruchtbarkeit einer Diskussion hängt entscheidend davon ab, ob sie von gemeinsamen Problemen ausgeht und vom Willen zur — durch den wissenschaftlichen Streit hindurengehenden — gemeinsamen Lösung. Wie sich die Auseinandersetzung um die Fragen der Ideologietheorie anläßt, sind wir in beiden Punkten skeptisch — Wir gehen davon aus, daß wir die Schwäche linker Politik auf vielen Feldern, z.B. im antifaschistischen Kampf, als theoretisches Problem und als theoretische Aufgabe formulieren müssen. Der Mangel an Begriffen *im Marxismus* für die besondere Funktionsweise des Politischen und Ideologischen kann nicht durch die nochmalige Rückversicherung bei den Klassikern behoben werden. Die Weiterentwicklung des Kapitalismus selbst, die neuen Probleme verlangen energische Anstrengungen aller, den Marxismus weiterzuentwickeln und nicht nur eine neue Auslegung zu liefern. Von diesem Problemdruck ist in den Antworten wenig zu merken. Den *Problemiestand* in der internationalen marxistischen Diskussion ignorieren sie. Die Redaktion von »Konsequent« setzt der, vielleicht falschen oder mangelhaften, Position des PIT auch nicht die Spur eines neuen Gedankens entgegen, wie der ideologische Klassenkampf heute begriffen und in ihn eingegriffen werden kann — obwohl doch von großen praktischen Erfolgen auf dem Feld bisher nicht berichtet werden kann. Joachim Bischoff beteuert zwar die Notwendigkeit, eine Theorie des Ideologischen zu entwickeln, läßt sich aber auf den Versuch, für ungelöste Probleme neue Begriffe anzubieten, nicht ein, sondern referiert nur die alten, längst bekannten aus den Werken von Marx und Engels. Das Problem des Ideologischen scheint dort schon gelöst zu sein.

Dem mangelnden Sich-Einlassen auf die theoretischen und politischen Probleme des ideologischen Klassenkampfes entspricht die jede Diskussion zerstörende *Exkommunikation*. Das theoretische Zentralorgan der SEW bedient sich hier jener Methode des Unterstellens und Aburteilens, die noch unlängst in den »Beiträgen zum wissenschaftlichen Sozialismus« gang und gäbe war. Den »Konsequent«-Schreibern ist es weniger um einen marxistischen Begriff von Ideologie zu tun als vielmehr um die politische Zuord-

nung des PIT und seine »Ausgrenzung« (97) aus »dem« Marxismus. Wir landen in »Konsequent« bei den Linksbürgerlichen (90), bei den Reaktionären (93) und zum Schluß im Antikommunismus. Man mag dieses Verfahren mit dem unterentwickelten Stand der Linken und ihrer politischen Kultur erklären oder entschuldigen — für die Perspektive marxistischer Diskussion kann es nur als katastrophal bezeichnet werden. Das Organisierende dieser theoretischen Strategie ist, wie kürzlich in der Diskussion um »Faschismus und Ideologie« im *Argument* von Reinhard Opitz vorgeführt, die Behauptung, es gebe »den« Marxismus — wobei die Behauptenden ihn verwalten und über den Zugang zu ihm sowie seine Weiterverwendung entscheiden. — Joachim Bischoff, das wollen wir ausdrücklich betonen, schreibt hier nicht auf Ausgrenzung hin, sondern auf Diskussion; seine Überlegungen münden allerdings in der moderat vorgetragenen Unterstellung, das PIT habe mit seinem Ideologie-Begriff den historischen Materialismus verlassen.

## 2. Kritik des Ökonomismus (J. Bischoff)

### 2.1. »Notwendig falsches Bewußtsein«

Jeder Fortschritt in der Wissenschaft durch Kontroverse schließt die *Übersetzung* einer Theorie in die eigenen Begriffe ein — erst so werden die kontroversen Ansätze auf dem eigenen begrifflichen Terrain vergleichbar und die Kontroverse entscheidbar. Die Voraussetzung dafür ist allerdings die Markierung dieses Vorgangs der Übersetzung, der selbst diskutierbar sein muß. Bischoff übersetzt unsere Problematik und unsere Begriffe in seine, macht dies aber nicht kenntlich, verdunkelt es eher durch die Unterstellung: »Eigentlich... sollte die Frage zwischen den unmittelbaren und mittelbaren Formen des Klassenkampfes unter Marxisten aber nicht strittig sein.« (Bischoff 1980, 480) Aus den *ideologischen Mächten* — ein Begriff, den wir von Engels aufnehmen — werden bei Bischoff »Nehengestalten« des Klassenkampfes (Bischoff 1980, ebd.); aus dem Ideologischen wird die »immaterielle Produktion« und damit etwas Geistiges (Bischoff 1980, 479); Bischoff faßt das Ideologische als »Mystifikation« und hebt damit gegen unsere Fragestellung (was leistet die Ideologie?) den Aspekt »falsches Bewußtsein« hervor; aus dem ideologischen Klassenkampf wird der »mittelbare« im Gegensatz zum »unmittelbaren« Klassenkampf und die ideologischen Staatsapparate verflüchtigen sich zu »praktisch-idealistischen Bewußtseinsformen«.

Das PIT hatte sich gerade von der Konzeption des »unmittelbaren Klassenkampfes« und der damit verbundenen Verkürzung des Ideologischen auf bloße »mittelbare Formen«, »Nebengestalten« abgegrenzt. Über den Begriff der »immateriellen Produktion« schmuggelt Bischoff das Konzept des Ideologischen als bloß »Immaterielles«, Geistiges, den Dualismus von »Materiellem« und »Immateriellem« wieder ein. Ideologie als Bewußtsein und als falsches Bewußtsein (»Mystifikation«, »Verkehrung«), das ist der die Bischoffsche Kritik organisierende Ideologiebegriff. Die gleiche Verkürzung liegt in Bischoffs Begriff der »praktisch-idealistischen Bewußtseinsformen«. Bei Marx und Engels heißt es, daß die aus dem Besitz der herrschenden Klasse hervorgehende Macht »in der jedesmaligen Staatsform ihren *praktisch-idealistischen* Ausdruck hat« (MEW 3, 69). »*Praktisch-idealistisch*« bezieht sich hier ausdrücklich nicht auf Bestimmungen des Bewußtseins, sondern auf den Staat: a) der Staat (das Ideologische) hat eine »idealistische« Grundstruktur, d.h. er wirkt von oben nach unten; b) gleichzeitig ist er »*praktisch*«, d.h. der Gesellschaft real-übergeordnete Macht. Marx und Engels erklären den Idealis-

mus, die »Gedankenherrschaft« (MEW 3, 49) aus der wirklichen Klassenherrschaft in der Form des Staates und seiner Verwaltung der Gedanken, die mit Gewalt gepanzert das Leben von oben nach unten durchregeln. Sinnvoll könnte gesagt werden, daß die ideologischen Formen (Politik, Recht, Religion etc.) »praktisch-idealistische Formen« sind, also gerade nicht bloß Bewußtseinsformen wie bei Bischoff. »Die ideologischen Formen sind entweder praktisch-idealistische oder theoretische Bewußtseinsformen der Individuen jenseits des Bereichs der materiellen Produktion.« (Bischoff 1980, 485).

Bischoffs Hauptvorwurf gegen den Ideologie-Begriff des PIT (Ideologie = ideelle Vergesellschaftung von oben) lautet: das Ideologische werde verselbständigt von der ökonomischen Basis, es finde eine »Drehung« der materialistischen Determinationsbeziehung zwischen Ideologischem und Ökonomie statt. »Mit der These von der spezifischen Form der Vergesellschaftung (von oben, d. Verf.) wird ... der Kern der Problematik, die Beziehung von ökonomischen Formen, unmittelbaren Formen des Klassenkampfes auf seine abgeleiteten, entwickelten oder Nebengestalten, aufgelöst in die Unverbundenheit mehrerer Faktoren.« (Bischoff 1980, 481) Zum Schluß heißt es: »Was uns anfangs als Problem der Bestimmung des Verhältnisses von unmittelbaren Formen des Klassenkampfes mit seinen abgeleiteten und Nebengestalten erschien, hat sich schließlich dahingehend gedreht, daß es eine Wahrnehmung von sozialen Verhältnissen der Produktion ohne vorausgesetzte Ideologie nicht gibt.« (Bischoff 1980, 489)

Bischoff will das Ideologische, verstanden als bloße Denkform, aus den »unmittelbaren Formen des Klassenkampfes« ableiten. Wir sind mitten in der alten ökonomistischen Problematik der Ableitung von Bewußtsein aus der Ökonomie — Spezialthema des Projekts Klassenanalyse (PKA) seit Anfang der 70er Jahre.

## 2.2. Kontinuität ökonomistischer Bewußtseinstheorie

Zu den ersten, die den Vorwurf des Ökonomismus erhoben, gehört ein Vertreter der anderen hier zur Diskussion stehenden theoretischen Position. *Erich Hahn* warf dem PKA »handfesten Ökonomismus« und eine »ausgesprochene Spontaneitätskonzeption« vor (Konsequent Sonderheft 1, 1972, 77). In seiner Replik entwarf das PKA eine Skizze der Ableitung von Klassenbewußtsein. Das Problem wird als Frage nach dem Verhältnis von *Kapitalbewegung* und *Klassenbewußtsein* (der Arbeiter) theoretisch aufbereitet. Zwischen beiden wird ein *unmittelbares Ableitungsverhältnis* postuliert.

»Die konfligierenden Tendenzen des Kapitals setzen sich in der zyklischen Bewegung der Industrie durch und bewirken den ständigen Wechsel von Attraktion und Repulsion der Arbeitsarmeen (...). Das Dasein der Arbeiter wird als das disponibler Arbeitskräfte erkennbar. Es muß also ins Bewußtsein treten, daß alle Arbeitskräfte nur arbeiten können, wenn sie sich der Despotie des Kapitals unterordnen, und damit wird zugleich deutlich, daß die Arbeiter für die Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen einer Organisation bedürfen, die die Konkurrenz unter ihnen aufhebt. (...) Da die konfligierenden Tendenzen des Kapitals sich im industriellen Zyklus durchsetzen, ist diese Auflösung (des durch Zirkulation und Produktion widersprüchlich bestimmten Arbeiterbewußtseins; d. Verf.) durch die Art und Weise bestimmt, wie sich für die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse die zyklische Bewegung auswirkt. Entsprechend ihrer Stellung im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ergeben sich für die einzelnen Klassenfraktionen unterschiedliche Bewußtseinsausprägungen, deren Auflösungsprozeß also auch nicht einheitlich, sondern dieser Differenzierung entsprechend verläuft. Im zeitlichen Ablauf ergibt sich demnach eine mehr oder weniger vollständige Herausbildung von Klassenbewußtsein.« (PKA 1972, 124f.)

Wir wollen zunächst die *Worte* sammeln, mit denen die Beziehung von Kapitalbewegung und Klassenbewußtsein beschrieben wird, um daraus den dieses Denken orga-



nisierenden *Begriff* herauszuarbeiten. Wir können Satz für Satz, dem Gedankengang folgend (die inhaltlichen Hauptstationen sind: »zyklische Bewegung des Kapitals«, »Auflösungsprozeß der unterschiedlichen Bewußtseinsausprägungen«, »Klassenbewußtsein«), vorgehen:

Kapitalbewegung (»Despotie des Kapitals«)	»wird erkennbar« »muß ins Bewußtsein treten« »wird deutlich«
Kapitalbewegung (»Stellung der Klassenfraktionen«)	»entsprechend ergeben sich Bewußtseinsausprägungen« »ergibt sich demnach eine Herausbildung von Klassenbewußtsein«

Die Bewegungen des Kapitals und die Bewegungen des Bewußtseins (der Gedanken, der Erkenntnis) werden als unmittelbares Entsprechungsverhältnis dargestellt. Der diese Bewußtseinstheorie organisierende theoretische Begriff ist der des *Reflexes* (vgl. dazu PIT 1979, 8: 48-50).

*Bensussan* kritisiert entsprechend die Auffassungen des PKA als »mechanistische Ideologie«.

»Wenn die bloße Verständlichkeit der materiellen Produktionsverhältnisse diejenige ihrer ideellen Reproduktion erzeugt, kann es offenbar nur gleiche Entwicklung geben: man bedarf keiner Dialektik mehr, es genügt dann eine 'Reproduktionstheorie', die in einer einzigen Kategorie besteht, dem 'Reflex'.« (Bensussan 1976, 134).

Das *Reflex-Theorem* (die damit verbundene Leugnung der Möglichkeit materialistischer Erkenntnistheorie ist von Holzkamp umfassend kritisiert worden; vgl. Holzkamp 1974, besonders 44 und 53-57) ist der theoretische »rote Faden« bei Bischoff (Bischoff 1973, vgl. 75 und öfter). Eingeführt wird der Begriff anknüpfend an zwei Engels-Zitate (MEW 21, 293 und MEW 37, 493; vgl. Bischoff 1973, 75 und 141). Das Wort »Reflex« wird bei Bischoff nicht auf seine methodische Brauchbarkeit hin untersucht; er benutzt das Engelssche Wort einfach weiter und setzt es als *begriffliche Lösung* seines Ausgangsproblems, das Verhältnis von *Denkbewegung* und *Materiebewegung*: »Da die Bewegung des Denkens *nur der Reflex* der sich in der Außenwelt geltend machenden Bewegung ist ...« (Bischoff 1973, 75, Hervorh.d.Verf.)

Die Reflextheorie läuft in politischer Perspektive auf die Auffassung hinaus, daß aus den »Verhältnissen *zwangsläufig* jene bewußte Assoziation der unmittelbaren Produzenten *herauswächst*, mittels und in der die Äußerlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgehoben wird« (Bischoff 1973, 295, Hervorh.d.Verf.; vgl. auch 316). Aus ihr folgt eine Politik des Wartens auf den durch die Kapitalbewegung (Krise) produzierten *richtigen Bewußtseinsreflex*.

Der Reflex-Begriff bleibt auch in den neueren Publikationen Bischoffs oder des PKA bestimmend. Der Aufsatz von Bischoff in diesem Heft hakt genau an der Stelle in PIT 1979, 202 ein, wo eine Abgrenzung von der Reflextheorie erfolgt. Gegenüber dem frühen Reflexmodell ist in den neueren Publikationen des PKA (bzw. der Sozialistischen Studiengruppen) das Feld zwischen Kapitalbewegung und Bewußtsein genauer unterteilt: sie geben eine Folge mehrerer abzuleitender Stufen an: »... läßt sich die Darstellung von den ökonomischen Formbestimmungen über die sozialen Beziehungen in der Produktion in eine Betrachtung des Alltagsbewußtseins verlängern, eine Betrachtung, die in ethisch-politischen Kräfteverhältnissen kulminiert.« (Bischoff 1980, 482) Bischoff gibt hier vier Stufen an, wobei er zwischen Stufe 2 und 3 anscheinend den Übergang von »Materiellem« zu »Immateriellem« sieht:

- »Materielles« 1. ökonomische Formbestimmungen
- 2. soziale Beziehungen
- »Immaterielles« 3. Alltagsbewußtsein
- 4. ethisch-politische Kräfteverhältnisse

Festgehalten wird an der Grundthese, daß die »mittelbaren« Stufen Reflexe des »unmittelbaren Klassenkampfes« (1. Stufe) darstellen. Es handelt sich hier also um ein ausgebautenes Grundmodell, eine Art verlängerten Ökonomismus. Diese Art des Ableitungsverfahrens, das ausgehend von der Ökonomie alle anderen Formen des gesellschaftlichen Lebensprozesses zu bloßen Reflex-Stufen degradiert, nennen wir *Gradualismus*.

Auf Basis dieses gradualistischen Vorgehens kann Bischoff die Leistung des Ideologischen nur als Verdoppelung der Effekte der darunterliegenden Stufe des Alltagsbewußtseins bestimmen: der »ideologische Effekt« besteht in der »doppelten Mystifikation der bürgerlichen Wirklichkeit« (Bechmann, Bischoff u.a. 1979, 173, 179).

Bischoff ebnet den gesellschaftsgeschichtlichen Bruch ein, der sich mit der Entstehung des Staates, des Ideologischen vollzieht: daß das Ideologische »von unten nach oben entstanden« ist und »von oben nach unten wirkt« (PIT 1979, 182), kann im Ableitungsschema nicht gedacht werden. Aber erst auf Basis der Wirkungsweise des Ideologischen lassen sich die Probleme der relativen Autonomie des Ideologischen und der ideologische Klassenkampf wirksam angehen.

Den Anschein des Neuen gewinnen die »Sozialistischen Studiengruppen« gegenüber den Arbeiten des PKA dadurch, daß sie sich in die neuere marxistische Diskussion jargonmäßig einkaufen, ohne die verwandten Begriffe auszuweisen und ernsthaft zu diskutieren. In einer Zusammenfassung ihrer BILD-Analyse steht:

»BILD widerspiegelt folglich real vorhandenes Alltagsbewußtsein *rechts-verschoben*. Unter diesem Aspekt der Verschiebung ist BILD *Ideologie als Ware*.« (1979, 179)

»Verschiebung« heißt hier — ignorant gegenüber der Theorietradition Freud-Lacan-Althusser, die auch das PIT kritisch aufarbeitet (vgl. PIT 1979, 108f., 188-190) — nur noch »einer politischen Richtung zugehörig«. Ausgesprochen ist hier auch die ideologietheoretische Hauptthese des Buches: Ideologie als Ware (so auch der Titel des Buches). Nach dieser These liegt die Spezifik des Ideologischen im Kapitalismus in seiner *Warenform*, die omnihistorischen »immateriellen (ideologischen) Produkte« werden zu Waren verwandelt (»Kommerzialisierung«). Wie die Produktionsmittel- und Lebensmittel-Waren sind nach Auffassung der Autoren auch die Ideologie-Waren vom »gesellschaftlichen Bedürfnissystem« abhängig.

»Wird die immaterielle Produktion als Kapitalanlagesphäre betrachtet oder die Produktion und Distribution doch nach den Gesetzen des Warentauschs geregelt, ist eine weitergehende Vonselbständigung der politischen, literarischen Repräsentanten ausgeschlossen, da sie sich immer an der zahlungsfähigen Nachfrage, d.h. den unterliegenden Bedürfnissen zu orientieren haben.« (Bechmann, Bischoff u.a. 1979, 28)

Wenn aber eine »weitergehende Vonselbständigung« der Ideologen durch die Ausbreitung der kapitalistischen Warenproduktion im Bereich des Ideologischen verhindert wird, wenn also — weiter gefolgert — durch die Entwicklung des Kapitalismus die ideologischen Mächte wieder eingezogen werden in einer Bindung an die »zahlungsfähige Nachfrage der Basis«, dann ist ein gestiegenes Interesse an der »dringend notwendigen theoretischen Reformulierung... des Gesamtkomplexes der Überbauten« (Bechmann u.a. 1979, 9) nicht glaubwürdig.

## 2.3. »Vergesellschaftung von oben« oder »Determinatio von unten«?

Gramsci behandeln wir in den »Theorien über Ideologie« als den — vor Althusser — wichtigsten Begründer und Anreger einer neuen, ideologietheoretischen Problematik im Marxismus. Aus der doppelten Erfahrung: Aufhalten und Versickern der Weltrevolution in den »Gräben« der westlichen kapitalistischen Gesellschaften und Ersticken der Arbeiterbewegung im Faschismus folgte Gramsci, daß nun die nicht-ökonomischen und nicht über Zwang vermittelten Formen der Klassenherrschaft in Angriff genommen werden müßten. — Bischoff will dem PIT diese Problematik auf dem Terrain »Gramsci« streitig machen. Das tut er in zwei Schritten.

*Erstens:* Bischoff übersetzt Gramscis Kritik des Ökonomismus so lange in entschärfende Fassungen seiner Problematik einer »Ableitung« von Alltagsbewußtsein und Ideologie aus der materiellen Produktion, bis seine — Bischoffs — eigene Position nicht mehr unter diese Kritik fällt. Gramsci formuliert die neue Aufgabenstellung des Marxismus in mehrfachen Paraphrasen des vielzitierten Satzes aus dem Vorwort von »Zur Kritik der politischen Ökonomie« (MEW 13, 9) und spitzt ihn so zu, daß die Menschen sich gerade in den ideologischen Formen über die Basis-Widersprüche klarwerden und sie in ihnen ausfechten; Lenin habe diese eigenständige Rolle der ideologischen Praxen im Klassenkampf erkannt und eben deswegen veränderte politische Praxen der Arbeiterbewegung vorgeschlagen, damit eine grundlegende Veränderung im Ökonomischen überhaupt denkbar und machbar würde (vgl. Gramsci 1967, 163 und 316).

In Bischoffs Referat verdünnt sich Gramscis Fundamentalkritik jedes ökonomischen Reduktionismus zu der Meinung, »daß nicht jede Nebengestalt des Klassenkampfes auf seine Grundform reduziert werden kann, ...« (Bischoff 1980, 481). Hätte Gramsci also sein Hauptaugenmerk in den »Kerkerheften« den Nebengestalten des Klassenkampfes gewidmet? Staat, Kirche, Schule sollen »Nebengestalten« sein, wo doch in ihnen der Kampf um die Integration der ausgebeuteten Klassen in das System ihrer Ausbeutung nicht nur geführt, sondern auch entschieden wird!? Bischoff übernimmt den Begriff »Nebengestalten« von Marx. Marx meint damit die Nebengestalten des »Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und der Verkehrsform«, die mit diesem Hauptwiderspruch in Revolutionen zu einer »Totalität von Kollisionen« verdichtet werden. Aus dem in der »Deutschen Ideologie« folgenden Satz erfahren wir, wogegen der Begriff »Nebengestalten« gebildet ist: »Von einem bornierten Gesichtspunkte aus kann man nun eine dieser Nebengestalten herausnehmen und sie als die Basis dieser Revolutionen betrachten, was um so leichter ist, als die Individuen, von denen die Revolutionen ausgingen, sich je nach ihrem Bildungsgrad und der Stufe der historischen Entwicklung über ihre eigne Tätigkeit selbst Illusionen machten.« (MEW 3, 74) Was Marx hier polemisch gegen den Idealismus formulierte, wird bei Bischoff zum allgemeinen Begriff für die ideologischen Mächte und ihre Praxen. Zusammen mit der Vorstellung der »Ableitung« (»abgeleitete Formen«) suggeriert die »Nebengestalt« ein bruchloses Entwicklungsverhältnis, in dem das Ökonomische jederzeit dominiert. Bischoff unterschlägt, daß sich bei Gramsci gegenüber Marx die Problemfront des Marxismus vom Idealismus und metaphysischen Materialismus zum Ökonomismus der III. Internationale verschoben hatte.

Nicht genug damit, daß Gramscis Hauptanliegen in die »Nebengestalt« gepackt wird — der prinzipielle Antireduktionismus von Gramsci wird ein zweites Mal verleugnet:

»... *nicht jede* Nebengestalt« könne auf »die Grundform« des Klassenkampfes reduziert werden, — dann aber doch einige, oder sogar die meisten?! — Gramsci ist nach Bischoff nur noch »gegen eine erhebliche Verkürzung« bei der Untersuchung von Klassenkämpfen und »nicht gegen eine Berücksichtigung der ökonomischen Formen des Klassenkampfes« (Bischoff 1980, 481). Gewiß doch — aber wer wäre *nicht* für eine »Berücksichtigung« der ökonomischen Formen?

Aus Gramscis Kritik an der Erklärung politischer Bewegungen und Parteien aus ihrer Finanzierung, der er die Untersuchung von Zersetzung und Aufbau hegemonialer Blöcke entgegensetzt, macht Bischoff eine Kritik an der »bürgerlichen Fachökonomie« (Bischoff 1980, 482). Gramsci unterscheidet für die politische Analyse das *ökonomische*, das *politische* und das *militärische* Kräfteverhältnis (Gramsci 1967, 326ff.). Die Untersuchung des ökonomischen Kräfteverhältnisses »ermöglicht die Untersuchung, ob die Gesellschaft über die notwendigen und ausreichenden Bedingungen ihrer Veränderung verfügt, erlaubt also, den Grad von Realismus und Anwendbarkeit der verschiedenen Ideologien zu kontrollieren, die auf dem Boden dieser Kräfteverhältnisse entstanden sind...« (Gramsci 1967, 327). Die Logik des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses, die *Funktionsweise* der politischen Formen kann auch bei noch so gründlicher Kritik der »bürgerlichen Fachökonomie« *nicht* bruchlos aus dem Ökonomischen »abgeleitet« werden (vgl. zu einer ausführlicheren Interpretation des Gramsci-Textes: PIT 1979, 68ff.). Bischoff reduziert Gramscis Problem mit Gewalt auf das der *Kritik der politischen Ökonomie* von Marx, und alles, was wir von Gramsci Neues lernen könnten, wäre auch schon im »Kapital« nachzulesen.

*Zweites:* Mit dem Begriff des Ideologischen als ideeller Vergesellschaftung von oben verwerfe das PIT die von Gramsci eingeführte Unterscheidung zweier »Stockwerke« des Überbaus, der *società civile* und der *società politica*. Für Gramsci sei die »Gesamtheit der privaten Organismen« in der *società civile* »die notwendige Vorstufe für die Ausbildung und Funktionsweise des zweiten Stockwerks des Überbaus« (Bischoff 1980, 484f.). Werde der ideologische Effekt durch eine Vergesellschaftung von oben — praktisch vom zweiten Stockwerk des Überbaus aus — organisiert, dann könnten, so Bischoff, die Instanzen der *società civile* nicht als »*vermittelnde*« begriffen werden und die Unterscheidung zwischen den beiden Stockwerken werde hinfällig.

Bischoff zieht sich versuchsweise mit einem einfachen Trick aus der Schlinge des Ökonomismus: statt *Reduktion* der »entwickelten Formen« auf die ökonomischen, schlägt er die *Ableitung* der ersteren aus den letzteren vor und unterschiebt das Gramsci als seine Auffassung. Dann sei man »weit entfernt, jede Fluktuation der Politik oder der Ideologie auf ein einfaches Grundverhältnis zurückzunehmen« (Bischoff 1980, 483). Das kommt aber ganz darauf an, was man unter »Ableitung« oder »Entwicklung« versteht; Bischoff geht von einem Verständnis von »Ableitung« der Überbauverhältnisse aus den Produktionsverhältnissen aus in Form einer »Verlängerung« der Entwicklung der ökonomischen Formen in die Sphäre des Überbaus hinein. Auf dem Papier mag das ganz gut gehen — so wie man eine Gerade über zwei Punkte hinaus zu einem dritten und vierten »verlängern« kann. Über die wirkliche Geschichte kann diese Redeweise nur Illusionen erzeugen: als seien der Staat, die Kirche usw. durch eine »Verlängerung« der Produktionsweisen über sich selbst hinaus entstanden. Da ist jede Vorstellung getilgt vom Kampf der Klassen gegeneinander, von der Errichtung dieser Instanzen über der Gesellschaft zur Unterdrückung und Integration bestimmter Klassen; kein Wort von

Brüchen und Sprüngen in der Geschichte. Kurzum: methodisch schlägt Bischoff eine akademische und unhistorische Auffassung von »Entwicklung« und »Ableitung« vor, während Marx und Engels ihre Methode als begrifflichen Nachvollzug der wirklichen geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft auffaßten. Diese genetisch-rekonstruktive oder funktional-historische Methode gilt allgemein auch für die Untersuchung des Ideologischen (vgl. PIT 1979, 201).

Hier macht sich bemerkbar, daß Bischoff nicht zwischen dem wirklichen Gang der Geschichte, der Entwicklung und Herauslösung der ideologischen Mächte aus der Gesellschaft, und dem theoretisch-verallgemeinernden Nachvollzug dieser Entwicklung unterscheidet. Er kommt daher zu seiner Behauptung, für Gramsci sei »die Gesamtheit der privaten Organismen ... die notwendige Vorstufe für die Ausbildung und Funktionsweise des zweiten Stockwerks des Überbaus« (Bischoff 1980, 484f.). Man stelle sich das einmal konkret vor: zuerst entstehen Vereine, Kirche, Presse usw. und dann der Staat im engeren Sinne — und: zuerst muß man wissen, wie die Kirche arbeitet, dann kann man auch die Funktionsweise von Militär und Polizei begreifen. Das ergibt überhaupt keinen Sinn. Das Bürgertum bildete historisch seine Organe der *società civile* unter der Bedingung eines bestehenden Staates, nämlich des feudal-absolutistischen, aus. Wie soll man die Entstehung und Entwicklung von Parteien begreifen, wenn man nicht untersucht, wie sie die Übernahme und Umformung des bestehenden Staates zu einem der bürgerlichen Herrschaft angemessenen bewirkten? Was ist ein Verein ohne das *Vereinsrecht*, das vom Staat letztlich mit Gewalt garantiert wird? Jedenfalls kein Verein im heutigen Sinne. Form und Funktion der Instanzen der *società civile* sind ohne die Existenz des Staates nicht richtig zu analysieren. Umgekehrt ist wahr, daß der »Gewaltstaate« (*società politica*) funktionell auf der *società civile* aufruht — reine Gewaltherrschaft kann auf Dauer nicht stabilisiert werden. Wenn Gramsci in den von Bischoff zitierten Passagen eine Analyseweise »von unten nach oben« empfiehlt, so nicht aus dem akademischen Interesse der »Ableitung«, sondern aus der Überzeugung heraus, daß die politische Macht nur »von unten«, von der *società civile* ausgehend unterminiert und letztlich gebrochen werden kann.

»Die wichtigste Beobachtung bei jeder konkreten Analyse der Kräfteverhältnisse ist folgende: dergleichen Analysen können und dürfen nicht Selbstzweck werden (es sei denn: man schreibe ein Kapitel vergangener Geschichte), sondern sie erhalten erst Gewicht, wenn sie zur Begründung einer praktischen Aktivität, einer Initiative des Willens, dienen. Sie enthüllen die Punkte des geringsten Widerstands, wo die Willenskraft am fruchtbarsten einzusetzen ist, sie regen unmittelbar taktische Operationen an, zeigen, wie eine Kampagne politischer Agitation am besten zu führen ist, welche Sprache die Menge am besten versteht.« (Gramsci 1967, 331)

Der leitende Gesichtspunkt ist die Zersetzung der Hegemonie des Blocks an der Macht und der Aufbau einer Gegen-Hegemonie der um das Proletariat zu versammelnden Kräfte. Er ist an wissenschaftlicher wie politischer Klarheit haushoch der Frage überlegen, die Bischoff Gramsci unterschiebt: »ob die aus der bürgerlichen Gesellschaft, ihrem Alltagsleben, in sehr differenzierter Weise herauswachsenden ideologischen Strukturen ... wesentliche Vermittlungsformen für Willensbildungsprozesse innerhalb der Sphäre des Politischen sind.« (Bischoff 1980, 485) Gramsci geht es gar nicht um ein Ableitungs-Verhältnis zwischen den beiden »Stockwerken« des Überbaus; ihre Unterscheidung ist wesentlich für die Analyse von Hegemonie, weil sie den Zwangsaspekt und den konsensuellen, ideologischen Aspekt der Herrschaftserhaltung unterscheiden läßt und beide zum Staat rechnet. Gramsci betont daher, daß die Unterschei-

dung durch eine räumliche Metapher nicht »organisch«, sondern analytisch-methodisch aufzufassen sei (Gramsci 1967, 310).

Bischoff führt an, daß Mitte der 70er Jahre ca. 60% der bundesdeutschen Bevölkerung Mitglieder einer Vereinigung waren — für ihn ein Argument gegen eine Vergesellschaftung von oben (Bischoff 1980, 485f.). Gerade an diesem Beispiel sieht man schon auf den ersten Blick, wie dürr und absurd die These von der »Ideologie als Ware« und der Ableitung des Ideologischen unmittelbar aus der materiellen Produktion ist. Wie sollten z.B. die herrschenden *Sportverhältnisse*, charakterisiert durch eine (umkämpfte) Grenzziehung zwischen Sport und Politik, die in ihnen in Abtrennung von der Politik (gesamtgesellschaftliche *Kompetenz*) entwickelte *Kultur-für-die-Massen* aus dem Kartenverkauf am Stadioningang »abgeleitet« werden? Wie sollte in Bischoffs Begriffen die Überformung und Durchregelung des Massensports in den Vereinen durch staatliche *Sportpolitik* untersucht werden, wie die Elemente einer *horizontalen Kultur* der Massen selbst davon unterschieden werden? Was könnte schon an den Vereinen begriffen werden ohne eine Analyse der herrschenden, von ideologischen Apparaten ausgearbeiteten Sportideologie (Medien, Schule), oder der »höheren« ästhetischen Normen im Leben der Musikvereine? (Vgl. dazu den Aufsatz von Friedhelm Kröll in: Materialistische Kulturtheorie — Alltagskultur — Kulturarbeit 1980) Ohne eine Untersuchung des Kräfteverhältnisses von Selbstvergesellschaftung und ideeller Vergesellschaftung von oben in der *società civile* steht marxistisch fundierte Politik der Macht des Ideologischen in den Herzen und Hirnen der Millionen von Fußballfans, Fischerchorsängern usf. hilflos vis-à-vis.

Aber ist mit der Methode des PIT nicht doch, wie Bischoff uns vorhält, der historische Materialismus zugunsten einer Untersuchung »unverbundener Faktoren« (Bischoff 1980, 481) aufgegeben? Welche Bedeutung hat in einer Theorie der ideellen Vergesellschaftung von oben noch die »Determination in letztere Instanz« durch das Ökonomische? — Hier ist entscheidend, diese Determination nicht-substantialistisch und nicht-mechanisch aufzufassen, so als sei das Ökonomische eine aparte Realität neben oder »unter« anderen Lebenszusammenhängen. Das Ökonomische bestimmt die gesamte Lebenspraxis insofern, als es die Form der Regelung der elementaren und notwendigen Lebensbedingungen ist. Zum Überleben in diesen Verhältnissen müssen die ökonomischen Formen — Ware, Geld, Lohnarbeit usw. — bedient, ihre Widersprüche bewußt verarbeitet werden. Diese Widersprüche und die ideologischen — politischen, religiösen usw. — Formen ihrer Verarbeitung sind analytisch nach ihrer Wirkungsweise zu unterscheiden, aber nicht substantiell, als verteilt sie sich auf verschiedene Wirklichkeiten und Personen. Ohne die Analyse der Basis-Widersprüche und der von dort ausgehenden unabsehbaren Handlungsanforderungen können die darauf aufbauenden Lösungsformen im Überbau nicht untersucht werden. Insofern gilt der methodische Grundsatz: »von unten nach oben vorgehen« (PIT 1979, 201). Nur wenn man die einzelnen Praxen und Individuen in ihren gegensätzlichen Vergesellschaftungen substantialistisch und mechanisch-widerspruchslos auffaßt und unterstellt, sie könnten *entweder* durch die Entwicklung der Verhältnisse der materiellen Produktion determiniert sein *oder* durch die ideologischen Mächte vergesellschaftet, ist der Schluß von Bischoff plausibel, die Überwindung der ideologischen Vergesellschaftung sei nur durch die Ideologie möglich (489). Dieses »Münchhausen-Dilemma« stellt sich nicht, wenn auch die Individuen als Kampffelder gegensätzlicher Determinationen, gegensätzlicher »An-



gebote« zur Entwicklung und Vereinheitlichung ihrer gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit aufgefaßt werden, als »historische Blöcke«, wie Gramsci sagt (Gramsci 1967, 160).

### 3. Kritik des Klassenreduktionismus («Konsequent«)

#### 3.1. *Moralischer oder wissenschaftlicher Ideologiebegriff*

Eine für die fortschrittlichen Kräfte nützliche Ideologietheorie muß gerade an der Diskrepanz zwischen objektivem, ökonomischem Klasseninteresse und politischem Verhalten der antimonopolistischen Schichten ansetzen, sie beginnt erst dort, wo sie erkennt, daß zwischen dem ökonomischen Klasseninteresse und der Ideologie kein Ausdrucksverhältnis und keine Wesen-Erscheinungs-Relation besteht. Die theoretische Zeitschrift der SEW, »Konsequent«, hat es bisher nicht für nötig erachtet, die Gründe für die Niederlage der sozialistischen Revolution in Westeuropa zu analysieren: sie verhöhnt ihr ureigenstes Problem als das »frustrierter Kreise der Intelligenz« (93). Ansätze einer Theorie des Ideologischen in anderen westeuropäischen Ländern, besonders die Analysen Gramscis und Althussters, wurden von »Konsequent« in seinen zahlreichen Artikeln über »ideologischen Klassenkampf« und »Ideologie der Arbeiterklasse« nicht rezipiert, die Bemühungen anderer westeuropäischer kommunistischer Parteien, diese ideologietheoretischen Ansätze für die politische Praxis fruchtbar zu machen, sind an »Konsequent« spurlos vorübergegangen. Dieses theoretische Defizit bestimmt auch die Besprechung unserer »Theorien über Ideologie«, die unter dem bezeichnenden Titel »Ideologie-Theorie oder Bruch mit dem Marxismus? Kritische Bemerkungen zu einem Westberliner Projekt« in »Konsequent« Nr. 2, 1980 veröffentlicht wurde (im Folgenden mit einfachen Seitenangaben gekennzeichnet).

Die »Konsequent«-Autorengruppe unterschiebt uns bereits in der Darstellung unseres Ideologiebegriffs ein Bedürfnis nach Wahr-Falsch-Klassifikation: »Das PIT vertritt einen Ideologie-Begriff, in dem Ideologie schlechthin etwas Negatives, Verdrehtes, Interessen-Verhaftetes, Nichtwissenschaftliches, Nicht-der-Wahrheit-Entsprechendes ist.« (84) Unfähig, sich transitorische Notwendigkeiten als real existierende vorzustellen, übersetzt die Autorengruppe unseren kritischen Ideologiebegriff in eine »negative« Ablehnungskategorie. Marxistische Analyse reduziert sich hier offenbar auf eine Ansammlung positiver oder negativer moralischer Urteile. Haben Marx und Lenin etwa einen »negativen« Kapital- und Staatsbegriff?

Da wir das Ideologische nicht primär als »Ideelles« fassen, sondern als »äußere Anordnung«, als spezifische, materielle Organisationsform des »Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse«, interessieren wir uns für den Wahr-Falsch-Gegensatz allenfalls sekundär, da er für die Untersuchung ideologischer Wirksamkeit ebensowenig taugt wie für die Untersuchung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und staatlicher Strukturen.

Der Dreh- und Angelpunkt bei der Verurteilung des PIT durch die »Konsequent«-Autorengruppe ist die Befürchtung, auch die »proletarische Ideologie« als transitorische Notwendigkeit in der Perspektive der klassenlosen Gesellschaft denken zu müssen. Dies wird als Zumutung empfunden, denn — man beachte die für die Verwaltung fertiger Lehrgebäude typische, selbstherrliche und einschüchternde Sprechweise — »Sozialisten und Marxisten (sprechen) aber von der wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse, der sozialistischen Ideologie.« (84) Diese Identifizierung von Wissenschaft und sozialistischer Ideologie suggeriert, daß die Verwissenschaftlichung des Alltagsbewußt-

seins der Arbeiterklasse in der »proletarischen Ideologie« bereits gelöst ist, während wir dies als Anspruch und noch zu lösende Aufgabe begreifen. »Konsequent« macht daraus: eine gleichermaßen »negative« Bewertung von bürgerlicher und sozialistischer Ideologie (84).

Diesen zentralen Kritikpunkt verstecken die »Konsequent«-Autoren in einer Dramaturgie von Zweifeln an der *Seriosität* unserer wissenschaftlichen Arbeit (87). Bei dem Versuch, das vernichtende politische Urteil über das PIT durch seine wissenschaftliche Diskreditierung vorzubereiten, scheuen die Autoren vor keinem Mittel zurück — auch wenn dabei wichtige Einsichten bisheriger marxistischer Diskussion über Bord gehen. Gegen die begriffliche Rekonstruktion des Ideologischen in seiner historischen Entwicklung in der Perspektive der klassenlosen Gesellschaft setzen sie einen bürgerlichen Begriff von »empirischer Forschung« (85). Ihr Vorwurf der »theoretischen Beliebigkeit« (85), der umstandslos gegen das »Kapital« von Marx gerichtet werden könnte, empfiehlt den Marxisten ein Wissenschaftsverständnis, nach dem sich unbegriffenes »empirisches Material« und unwirkliche Begriffe dualistisch gegenüberstehen. »Das Kapital« kann aber als ein Musterbeispiel marxistischer Empirie betrachtet werden; man stelle sich vor, Marx hätte zuerst alle mit bürgerlicher Alltagsphilosophie oder mit der Spontantheorie der Vulgärökonomie getränkten »Fakten« bzw. »Protokollsätze« (Popper) vor uns aufgehäuft, um sie im Nachhinein theoretisch anzuordnen! Die »Kritik der politischen Ökonomie« ist von der ersten Seite an eine neue Anordnung des »empirischen Materials« auf den Fluchtpunkt *unmittelbarer Vergesellschaftung der Produzenten* hin. Auch die Beobachtung, daß die Auseinandersetzung mit den anderen ideologietheoretischen Ansätzen in unserem Buch schon von einem bestimmten Standpunkt aus geschieht, der im 10. Kapitel ausformuliert ist, kann nur von einer nicht-marxistischen Vorstellung von Objektivität und Voraussetzungslosigkeit in der Wissenschaft aus als Vorwurf formuliert werden. — Der Leser der »Konsequent«-Kritik am PIT wird mit einer ganzen Reihe von nichtausgewiesenen Versatzstücken aus der vergangenen marxistischen Diskussion konfrontiert; ein Beispiel mag hier zur Orientierung genügen. Der Vorwurf der »theoretischen Beliebigkeit« durch die genetische Rekonstruktion des Ideologischen in kommunistischer Perspektive« wiederholt den zentralen Vorwurf des PKA vor einigen Jahren gegenüber unserer »Kapital«-Lektüre. — nur mit dem kleinen Unterschied, daß die Kritik des PKA damals Lenin mit einschloß sowie Klaus Holzkamp (vgl. »Haug's Standpunktlogik«, o.J., S.3).

### 3.2. Genetische Rekonstruktion und Perspektive der klassenlosen Gesellschaft

Die genetische Rekonstruktion des Staates als »erster ideologischer Macht« (MEW 21, 302) und die Behandlung des Ideologischen in der Perspektive des Abbaus des Staates in der klassenlosen Gesellschaft ist — »Konsequent« zufolge — eine metaphysische und utopische Denkweise: die Theorie des PIT richte sich nicht danach, »was wirklich ist«, sondern danach, »was sein soll« (85), in theoretischer Beliebigkeit werde Denken aus reinem Denken abgeleitet, und in dualistischer Betrachtungsweise der historische Entwicklungsprozeß in den abstrakten Gegensatz zweier gesellschaftlicher Zustände aufgelöst (90). Dies bedeute »die Reduzierung der Klassenkämpfe auf den Fluchtpunkt 'klassenloser Gesellschaft' bei gleichzeitiger Negation der Klassengegensätze hier und heute...« (93).

Einen allgemeinen, an die Staatsförmigkeit gebundenen Begriff des Ideologischen zu

entwickeln, ist also für »Konsequent« bereits identisch mit der Ausblendung der jeweils konkreten ideologischen Klassenauseinandersetzungen. Diese Gegenüberstellung könnte man auf jeden allgemeinen Begriff der marxistischen Klassiker übertragen: der allgemeine Begriff der *Arbeit* blendet notwendig die historisch besonderen Arbeitsformen aus, der allgemeine Staatsbegriff die jeweiligen Staatsformen etc. — Genetische Rekonstruktion und die Perspektive der klassenlosen Gesellschaft sind unter Marxisten nicht so unüblich, wie es im »Konsequent«-Artikel erscheint: Wenn Marx die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus (also das, »was wirklich ist«) untersucht, analysiert er den Kapitalismus als Nicht-Sozialismus: die ihn kennzeichnenden Begriffe (Ware, Tausch, Wert, privat-planlose Produktion, Durchsetzung der Gesetze hinter dem Rücken der Beteiligten etc.) erhalten ihren Charakter als Negativbegriffe durch die Beziehung zur klassenlosen Gesellschaft, die den Stoff perspektivisch ordnet und die Unterscheidung der kapitalistischen Form vom Allgemeinen der Produktion ermöglicht. Im Unterschied zur theoretischen Beliebigkeit der utopischen Sozialisten wird die Perspektive der klassenlosen Gesellschaft nicht von außen an den Stoff herangetragen, sondern die Negation wird in der Gesellschaft als dort real wirkend aufgefunden: in den sich negierenden Klassenauseinandersetzungen, in der Entstehung des Kapitals (Negation des Kleineigentums), in der Selbstverneinung des Kapitals (Konkurrenz, tendenzieller Fall der Profitrate etc. [siehe Haug 1972]).

Ein weiteres Beispiel für die Fruchtbarkeit der genetischen Rekonstruktion ist die Entwicklung der Grundbegriffe der *Kritischen Psychologie*: um die Komplexität und Widersprüchlichkeit konkreter psychischer Prozesse analytisch auseinanderlegen zu können, gewinnt sie ihre Begriffe für die Spezifik der menschlichen Wahrnehmung und Motivation aus genetischer Rekonstruktion aus dem Tierreich und dem Tier-Mensch-Übergangsfeld. Sie »leitet« sich nicht — und das ist entscheidend — aus den Interessen, Bedürfnissen, Verhaltensnormen der Arbeiterklasse oder der sozialistischen Bewegung »ab« und kann gerade dadurch typische psychische Konflikte in der kapitalistischen Gesellschaft erfassen (die Kritik Ute Osterkamps an Rubinstein, in der der in kommunistischer Perspektive entwickelte Begriff der auf Erweiterung der gesellschaftlichen Realitätskontrolle gerichteten »produktiven Bedürfnisse« konfrontiert wird mit den aus sozialistischen »Normen« abgeleiteten moralisierenden Begriffen Rubinsteins; v.a. Osterkamp 1976, S.131-135; vgl. auch Holzkamp 1973, 49ff.).

Sowohl Marx als auch Lenin analysieren den Staat in der Perspektive seines Abbaus in der klassenlosen Gesellschaft, ohne deshalb in das Fahrwasser eines utopischen und spontaneistischen Anti-Etatismus zu geraten, im Gegenteil: gerade die kommunistische Perspektive ermöglicht es ihnen, die transitorische Notwendigkeit des Staates auch im Sozialismus zu erkennen und (bei Lenin) auch die erforderlichen Schritte zu seinem Aufbau in Angriff zu nehmen.

»Konsequente« unterschlägt die Engellsche Analyse des Staates als ideologische Macht und die anderen im Marx-Kapitel unseres Buches gesammelten Belege aus den Früh- und Spätschriften, die zeigen, daß Marx und Engels den Begriff kritisch und in der Perspektive vom Absterben des Staates verwendet haben.<sup>1</sup> Stattdessen stürzen sie sich auf das berühmte Zitat aus dem »Vorwort« von »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, in dem Marx darauf hinweist, daß man in der Betrachtung der Umwälzungen im Überbau stets unterscheiden muß »zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juri-

stischen, politischen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.« (MEW 13, 9) »Konsequent« weist uns zu Recht darauf hin, daß unsere Interpretation, wonach hier das Bewußtsein in den ideologischen Formen der naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Erkenntnis (also der Wissenschaft) entgegengestellt ist (PIT 1979, 15), aus dieser *isolierten Textstelle* philologisch nicht zwingend ist (88). Auf Grund der (von ihnen verschwiegenen) zahlreichen Beispiele für eine solche Unterscheidung ist dies keine Widerlegung unserer Marx-Engels-Interpretation; zumal sie in ihrer philologischen Arbeit einen wichtigen Hinweis übersehen: in der Textstelle sind die ideologischen Formen nicht nur Formen des Bewußtwerdens, sondern auch Formen des »Ausfechtens« des Konfliktes zwischen Basis- und Überbaumwälzungen. Mit dieser Formulierung ist keineswegs lediglich der von den »Konsequent«-Autoren an anderer Stelle genannte Sachverhalt gemeint, die herrschende Klasse verteidige die bestehenden ökonomischen Verhältnisse »auch mit ideologischen Mitteln« (89): als »ideologisch« bezeichnete Marx die »juristischen« und »politischen« Formen, oder genauer formuliert: die Formen des Politischen und des Juristischen. Solange und insoweit die Klassenkämpfe *in* diesen Formen ausgetragen werden, wird das Handeln und Denken aller Kämpfenden durch die Logik dieser Formen bestimmt. Im Lichte der Engelsschen Spätschriften, und vor allem in der Perspektive des Absterbens des Staates, erhält die Bestimmung von Politik und Recht als »ideologische Formen« schärfere Konturen: Sie zielt dann auf alle Handlungs- und Denkformen, die durch die Überordnung des Staates über die Gesellschaft bestimmt sind, gegen die sich die Perspektive der klassenlosen Gesellschaft letztlich richtet.

Das Gerede von der angeblich mangelnden »Seriosität« der PIT-Lektüre (87), die subtile Praxis der fälschenden Übersetzungen und das Verschweigen des kritischen Ideologiebegriffs bei Marx sollen darüber hinwegtäuschen, daß »Konsequent« de facto die genetische Rekonstruktion des Staates aus der Urgesellschaft durch Marx und seine Perspektive der klassenlosen Gesellschaft zum alten Eisen geworfen haben.

So stützt sich ihr Utopismus-Vorwurf z.B. auf die Annahme (des PIT) »einer ur-sprungsmythisch verklärten, nicht entfremdeten Urgesellschaft« (90). »Ursprungsmythisch verklärt« ist die Unterstellung, anvisiert ist jedoch die Engelssche Analyse des Staates als eine »aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich mehr und mehr entfremdende Macht« (MEW 21, 165). Während Marx schreibt: Die Proletarier müssen »den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen« (MEW 3, 77), referierten die »Konsequent«-Autoren diese Passage distanzierend in indirekter Rede (so daß sie als eine Idee des PIT erscheint) und leiten daraus ihre Verurteilung unseres »individualistischen Ansatzes« ab (89).

Die ohne jeden Beleg vorgenommene Zuordnung unserer Ideologietheorie zur Frankfurter Schule<sup>2</sup> ist nur das »devant de la scène«; dahinter steht das Aufgeben des Anspruchs, für die Befreiung von *jeder* Herrschaft des Menschen über den Menschen zu kämpfen. Die geschilderten Abwehrstrategien der »Konsequent«-Autoren rühren daher, daß sie durch die eindeutigen Aussagen der Klassiker diese faktische Preisgabe der kommunistischen Perspektive nicht offen formulieren können, sondern »klassenlose Gesellschaft«, »Abbau des Staates« etc. als terminologische Pflichtübungen weiter benutzen müssen.<sup>4</sup>

Wir finden im »Konsequent-Artikel« kein überzeugendes Argument, warum sich

ausgerechnet im Ideologischen die Perspektive der klassenlosen Gesellschaft und die konkrete Untersuchung ideologischer Klassenkämpfe ausschließen sollten. Im Gegenteil sehen wir gerade in der Perspektive der klassenlosen Gesellschaft eine notwendige Voraussetzung für das Begreifen von und das Eingreifen in ideologische Klassenkämpfe.

In der gesellschaftlichen Realität stoßen wir auf soziale Praxen und Denkformen, die sich nicht auf *einen* Ursprung reduzieren lassen, weder auf die ökonomische Klassenzugehörigkeit noch auf eine alles durchdringende Verdinglichungsstruktur: Widerstand gegen staatliche Bevormundung, Bestrebungen, die eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, auf eigentümliche Weise vermischt mit der freiwilligen Zustimmung zu Entwicklungsbeschränkungen, Unterordnung unter nicht hinterfragte Autoritäten, ängstliche Ehrfurcht etc. Um diese heterogen zusammengesetzten Praxen als Überlagerungsphänomene analysieren zu können, um in diese widersprüchlichen Handlungs- und Denkformen eingreifen zu können, müssen wir die Gesellschaft als »strukturiertes Ganzes« (Althusser), als Ensemble unterschiedlicher, relativ verselbständigter Instanzen untersuchen<sup>4</sup>, brauchen wir Begriffe, mit denen die vorwärtsweisenden und entwicklungsfähigen Elemente von den sie hemmenden Vergesellschaftungseffekten unterschieden werden können. Der Verzicht auf genetische Rekonstruktion und Perspektive der klassenlosen Gesellschaft würde hierbei der intuitiven Spekulation alle Türen öffnen.

### 3.3. Klassencharakter der Ideologie

Der zentrale Vorwurf von »Konsequent« an die Adresse des PIT ist, es würde den Staats- und Ideologiebegriff klassenneutral fassen. Sie stimmen uns zu, daß Ideologie und Staat nicht mit einer »vulgärmaterialistischen Reflextheorie« (89) zu erfassen seien, die alles in »ökonomistische Klasseninteressen rückübersetze« (ebd.), kritisieren allerdings, wir könnten die »Existenz und Wirkungsweise ökonomischer Klasseninteressen (nicht) erkennen und in die Überlegungen einbeziehen« (ebd.). Dagegen setzen sie das Modell, Ideologisches und Staat mit dem Begriff der »Widerspiegelung« des »materiellen«, ökonomischen Klasseninteresses, im »ideellen« zu fassen. — Ohne sich auch nur ansatzweise mit unseren Argumenten, Ideologisches sei nicht nur als Bewußtseinsform zu begreifen, auseinandergesetzt zu haben, reduzieren sie Ideologisches auf Ideelles und fassen es als *Ausdruck* eines zugrundeliegenden materiellen *Interesses*. — Dem entspricht die theoretische Praxis des *Rückübersetzens* aller Überbauprozesse in ökonomische Begriffe, die klassifikatorische Zuordnung von Klasseninteresse zu den jeweiligen, auf Bewußtsein reduzierten, ideologischen Formen; als politische Praxis folgt daraus missionarisches *Aufklären* von »falschem Bewußtsein« sowie das Abtun aller Eigengesetzlichkeit und Spezifik von Überbauprozessen als bloße Ausdrucksform, als Unwesentliches und für das Schließen von Bündnissen Vernachlässigbares.

Die »Sozialtranszendenz« des Staates, zentraler Begriff zur Erfassung seiner realen Abgehobenheit und der darauf aufbauenden Leistung, die antagonistisch bestimmten Klassen zu integrieren, setzen sie starr und unvermittelt dem »Klasseninhalt« des Staates gegenüber: »Daß der Staat durchaus nicht 'sozialtranszendent' die 'Klassengesellschaft' allgemein beherrscht oder zusammenhält, sondern 'die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen' darstellt, ... geht im Zeichen des 'Antiökonomismus' verloren.« (89)

Die repressive Seite des Staates ist von uns allerdings nirgendwo gelehnet worden. Diese Formulierung jedoch des jungen Marx aus dem Kommunistischen Manifest, d. h. aus der Phase der Vorbereitung der Revolution von 1848, in der die hegemoniale Stabilität bürgerlicher Herrschaft noch nicht das zentrale Problem war, verabsolutiert die repressive Funktion des Staates; eine Tendenz der Frühschriften der Klassiker, vor deren ökonomistischem Mißverständnis der späte Engels, auf dessen Begriff des Staates als erster ideologischer Macht wir aufbauen, gewarnt hat.<sup>3</sup> Und tatsächlich ist schwer vorstellbar, wie die staatliche Organisation des Erziehungs-, des Gesundheitswesens usw. aus der verabsolutierten repressiven Funktion des Staates begriffen werden sollte.

Vollends undenkbar jedoch wird damit das Ausgangsproblem der Ideologietheorie: die Erfahrung der hegemonialen Stabilität bürgerlicher Herrschaft in der Niederlage der Revolutionen in den westeuropäischen Ländern; das Nicht-Umschlagen von ökonomischer Krise in Hegemoniekrise, die Integration antagonistischer Klassen durch ihre Tätigkeit in den Praxen der *société civile* und ihr Zusammenhalt in politischen Blöcken, die quer zu den Klassen liegen. »Konsequent« konzediert zwar, der Staat müsse seine Herrschaft »auch mit ideologischen Mitteln« (89) sichern, vermag aber der Formulierung von Marx, die Bourgeoisie müsse, um ihre ideologische Macht zu sichern, »ihre besonderen Klasseninteressen als allgemeine, als gesamtgesellschaftlich gültige sichern« (93), lediglich manipulationistischen Sinn zu geben. Über die alles entscheidende Frage des Wie, über die Wirksamkeit dieser ideologischen Sicherung verlieren die Autoren kein Wort.

Demgegenüber versuchen wir mit dem Begriff der »Sozialtranszendenz« ideologische Vergesellschaftung nicht manipulationistisch zu fassen. »Sozialtranszendenz« meint die reale Verselbständigung staatlicher Macht gegenüber den Klassen: die ideologischen Praxen und Werte, die in diese staatliche Struktur hineingebildet werden und unter dem Panzer von Gewalt das Leben »von oben-nach-unten« durchregeln, beziehen ihre Kohäsions- und Integrationskraft daraus, daß sie Elemente horizontaler Gesellschaftlichkeit umfassen. Der Klassencharakter dieser Vergesellschaftung liegt darin, daß — als Effekt der ideologischen Anordnung dieses Materials »von unten« durch die Struktur, in die es hineingebildet wird — mit der Kohäsion gleichzeitig die Klassenintegration, die Zustimmung zu den herrschenden Produktionsverhältnissen organisiert wird. Das Leben der Klassengesellschaft wird als Leben der Klassenlosigkeit organisiert.

Diese Sozialintegration als Effekt der Struktur von Praxen und Praxisfeldern und daraus resultierender Anordnung der vergesellschaftenden Elemente (Ideologeme) zu fassen, ermöglicht erst, Begriffe zu entwickeln für die Tätigkeit der Ideologen des Bürgertums: diese wird dann begriffen als Vertikalisierung horizontal gebildeter Denkformen und Verhaltensweisen; dieser Ideologiebegriff ermöglicht die begriffliche Grundlegung einer hegemonialen Praxis marxistischer Parteien, die nicht nur aufklärerisch, und damit erfolglos, falsches Bewußtsein durch richtiges zu ersetzen sucht, sondern die vergesellschaftenden Elemente aus ihrer ideologischen Anordnung herauslöst und umorganisiert, die die ideologisch durchregelten Praxen so umorganisiert, daß der Effekt nicht der Zustimmung, sondern eines Bruchs mit den bürgerlichen Produktionsverhältnissen entsteht.

Begreift man die Anordnung des Materials, mit dem die ideologischen Apparate arbeiten, als das Ideologische und Umkämpfte, so bricht man gleichzeitig mit einem dem Klassenreduktionismus entspringenden Verfahren, dem Material selbst, substantiali-

stisch. Klassencharakter zuzusprechen. — Dieses Material, Verhaltens- und Denkformen, entstammen einer Vielzahl von Praxen (ästhetische, sexuelle, pädagogische usw.), die sich nicht auf den Klassengegensatz reduzieren lassen. Sie haben unterschiedliche Ursprünge, sind z.T. älter als der Klassengegensatz und überdauern ihn. Diese Praxen und die ihnen entspringenden vergesellschaftenden Elemente besitzen demnach eine Eigenständigkeit und eigene Wirkung, die durch ihre Reduktion auf ökonomische Interessen abgestoßen und dem Klassegegner überlassen wird.

Für Elemente politischer Ideologien hat *Laclau* diese Nicht-Klassengebundenheit gezeigt: Nationalismus, autoritäre, militaristische, ja selbst rassistische Elemente existieren mit gegensätzlichem Klassencharakter sowohl in reaktionären, systemstabilisierenden wie in systemüberwindenden Ideologien. »Ich meine, daß die richtige Methode ... ist: anzunehmen, daß ideologische 'Elemente', isoliert genommen, keinen notwendigen Klassenbezug haben, und daß dieser Bezug erst das Resultat der Eingliederung dieser Elemente in einen konkreten ideologischen Diskurs ist.« (*Laclau* 1979, 66)

Für die Hegemoniegewinnung durch die marxistischen Parteien ist entscheidend, Begriffe für die Integration dieser nicht-klassengebundenen Praxiselemente in den bürgerlichen Klassendiskurs, für ihre Herauslösbarkeit aus ihm und Verknüpfbarkeit mit dem Diskurs des Bruches mit der bürgerlichen Gesellschaft zu bilden.

. . .

Die Kritik von »Konsequent« an unserer Position in Sachen Ideologie-Theorie ist also vor allem unter einem Aspekt ernstzunehmen: sie dokumentiert ein weiteres Mal das Dilemma einer Politik, die sich durch die theoretische und praktische Reduktion aller Schauplätze des ideologischen Klassenkampfes auf die ökonomischen Klasseninteressen Möglichkeiten eines bündnisstiftenden Eingreifens verbaut. Wir jedenfalls werden uns — unbeschwert durch die Vorwürfe, wir würden die Ökonomie oder den Klassenstandpunkt zu wenig »berücksichtigen« — daran machen, *Materialanalysen* zu treiben, das bedeutet: die ideologische Anordnung der Praxen zu analysieren, deren Umbau eine vordringliche Aufgabe marxistischer Politik ist.

### Anmerkungen

- 1 So bestimmt Engels z.B. in »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der deutschen Philosophie« Ideologie als »Beschäftigung mit Gedanken als mit selbständigen, sich unabhängig entwickelnden, nur ihren eigenen Gesetzen unterworfenen Wesenheiten. Daß die materiellen Lebensbedingungen der Menschen, in deren Köpfen dieser Gedankenprozeß vor sich geht, den Verlauf dieses Prozesses schließlich bestimmen, bleibt diesen Menschen notwendig unbewußt, denn sonst wäre es mit der ganzen Ideologie am Ende.« (MEW 21, 303)
- 2 »Auf den Nachweis der Übereinstimmungen (z.B. zwischen 'herrschaftsfreier Interaktion' bei Habermas und der 'horizontalen Vergesellschaftung' beim PIT) verzichten wir im einzelnen.« (95, Anm. 18)
- 3 Deshalb kann unsere Kritik, daß mit der in der DDR geläufigen Kategorie der »Ideologischen Verhältnisse« die Selbstvergesellschaftung der Produzenten nicht gedacht werden kann, nicht widerlegt werden durch ein Zitat aus einem DDR-Handbuch, in dem »Ideologische Verhältnisse« und »Abbau des Staates« zusammenformuliert werden. Unsere Kritik bestreitet nicht, daß eine solche Verbindung *gesagt* und *geschrieben* werden kann, sondern daß die Perspektive der klassenlosen Gesellschaft mit dem vorgeschlagenen Instrumentarium *theoretisch gedacht* werden kann (87). — Während wir versuchten, eine *Diskussion* in der DDR-Philosophie nachzuzeichnen, unterstellen unsere Kritiker durch das Zitieren *einer* Passage aus einem sowjetischen Lehrbuch die Existenz einer homogenen theoretischen Position, wo in Wirklichkeit

- Vielfalt und Streit vorkommen.
- 4 Obwohl das PIT vorschlägt, die Gesellschaft als Instanzenmodell zu fassen und seine ideologietheoretischen Begriffe in Frontstellung zum Denken in den Kategorien »Wesen« und »Erscheinung« entwickelt, unterstellt uns »Konsequent«, wir würden das Ideologische als das »Wesen« der kapitalistischen Gesellschaft bestimmen. Aus dieser absurden Konstruktion wird geschlossen, wir sähen das Wesentliche der kapitalistischen Gesellschaft als (Klassen-)»Einheit« und nicht als Klassenwiderspruch (90/91). Dies ist eine beispiellose »Übersetzungsleistung«; durch die Unterstellung des eigenen Kategoriensystems wird die zu kritisierende Theorie ad absurdum geführt und für die Exkommunizierung aufbereitet.
  - 5 Engels nennt in einem Brief an Franz Mehring die *Schuld*, die Marx und er dadurch auf sich geladen hätten, daß sie »zunächst das Hauptgewicht auf die *Ableitung* der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen ... aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt« hätten und hätten »*legen müssen*« (MEW 39, 96). Daß die ideologischen Formen letztlich keine gegenüber dem Ökonomischen »eigenständige historische Entwicklung« hätten, bedeute überhaupt nicht, daß sie keine »*historische Wirksamkeit*« haben. »Daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andre, schließlich ökonomische Ursachen in die Welt gesetzt, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eignen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herren oft fast absichtliche« (MEW 39, 98).

### Literaturverzeichnis

- Bechmann, R., J. Bischoff, K. Maldaner, L. Loop* (1979): BILD — Ideologie als Ware. Inhaltsanalyse der BILD-Zeitung, Hamburg
- Bensussan, G.* (1976): Comment lire Marx... in: *Dialectiques* 15/16. (Rez. von: PKA: Althusser — Marxistische Kritik am Stalinismus?, Westberlin 1975)
- Bischoff, J.* (1973): Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff, Westberlin
- Bischoff, J.* (1980): Marxistische Theorie des Ideologischen. Anmerkungen zum Projekt Ideologie-Theorie (in diesem Heft)
- Gramsci, A.* (1967): Philosophie der Praxis, hrsg. v. Ch. Riechers, Frankfurt/M.
- Hahn, E.* (1972): Dialektik und Klassenbewußtsein (= Konsequent-Sonderheft Nr. 1), Westberlin
- Haug, W.F.* (1972): Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in: *Argument* 74, 561-585
- Haug, Standpunktlogik (o.J.)* Diskussionsbeitrag zur Ringvorlesung »Staat und Gesellschaft« am Psychologischen Institut (FB 11) der FU Berlin (vervielf. Mskr.)
- Holzkamp, K.* (1973): Sinnliche Erkenntnis — Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M.
- Holzkamp, K.* (1974): Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verknennung durch J. Bischoff, in: *Argument* 84, 1-75
- Holzkamp-Osterkamp, U.* (1976): Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung Band 2, Frankfurt/M.
- Konsequent-Redaktion (Autorenkollektiv)* (1980): Ideologie-Theorie oder Bruch mit dem Marxismus? Kritische Bemerkungen zu einem Westberliner Projekt, in: *Konsequent* 2, 83-98
- Laclau, E.* (1979): Faschismus und Ideologie, in: *Argument* 117), 667-677
- Materialistische Kulturtheorie und Alltagskultur (1980)*, *Argument-Sonderband AS 47*, hrsg. v. W.F. Haug u. K.Maase, Westberlin
- Optiz, R.* (1980): Über vermeidbare Irrtümer. Zum Themenschwerpunkt »Faschismus und Ideologie«, in: *Argument* 121
- Projekt Ideologie-Theorie (PIT)* (1979): Theorien über Ideologie, AS 40, Westberlin
- Projekt Klassenanalyse (PKA)* (1972): Klassenbewußtsein und Partei, Westberlin
- Sozialistische Studiengruppen* (1979): Ideologie und Alltagsbewußtsein. Thesen zur Struktur des Alltagsbewußtseins bei Gramsci, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* 4, 48-73



Stuart Hall

## Rasse — Klasse — Ideologie\*

*Für eine materialistische Theorie des Ideologischen ist die Frage zentral, wie sich Klassenherrschaft in Formen durchsetzt und stabilisiert, die selbst nicht auf (ökonomische) Klasseninteressen reduzierbar sind. Am Beispiel des Rassismus führt Stuart Hall eine Lösungsrichtung dieses Problems mithilfe des Begriffs der »Artikulation« vor. (Vgl. dazu den Abschnitt »Artikulation« und »Übersetzung« in: Stuart Hall: Über Ideologieforschung in Großbritannien. Das Argument 118, 849f.; sowie: Populismus-Theorie. Das Argument 119, 33ff.). Die folgenden Überlegungen aus der ideologietheoretischen Werkstatt entstammen einem größeren Manuskript, das am Centre for Contemporary Cultural Studies (Birmingham) angefertigt wurde. Hall geht es um einen Bruch mit den bisherigen marxistischen Erklärungen des Rassismus, bei denen sich zwei Haupttendenzen unterscheiden lassen: ein ökonomistischer Reduktionismus, für den »ethnische und rassische Konflikte 'in Wirklichkeit' Erscheinungsformen von tiefertiegenden ökonomischen Widersprüchen« sind, und ein »Soziologismus«, der die Auseinandersetzungen auf der politischen und ideologischen Ebene als »autonome Faktoren« wertet. Beide Richtungen erlauben nicht, »Rassenverhältnisse« in der Perspektive des Eingreifens in den ideologischen Klassenkampf von links zu begreifen. Die Redaktion.*

Wie wir vor kurzem gezeigt haben (Hall u. a. 1978), sind die Strukturen, durch die schwarze Arbeitskraft reproduziert wird — diese Strukturen mögen allgemein für das Kapital auf einer bestimmten Entwicklungsstufe gelten, unabhängig von der rassischen Zusammensetzung der Arbeitskraft —, nicht einfach von der Rasse »gefabrt«; sie *wirken durch* die Rasse. Wir können uns die kapitalistischen Verhältnisse so vorstellen, daß sie Klassen in unterschiedlichen Weisen auf jeder der Ebenen oder Instanzen der Gesellschaftsformation artikulieren — ökonomisch, politisch oder ideologisch. Diese Ebenen sind die »Effekte« der Strukturen moderner kapitalistischer Produktion, wobei zwischen ihnen die notwendigen Verschiebungen von relativer Autonomie bestehen. Jede Ebene der Gesellschaftsformation verlangt ihre eigenen unabhängigen »Repräsentationsweisen«, wodurch die klassenmäßig strukturierte Produktionsweise erscheint und auf den Ebenen des ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes Wirksamkeit erlangt. Die Rasse ist wesentlich für die Art und Weise, in der die schwarzen arbeitenden Klassen auf jeder dieser Ebenen *komplex konstituiert* werden. Sie geht ein in die Weise, wie männliche und weibliche Arbeiter auf der Ebene der ökonomischen Praxen als ökonomische Agenten verteilt werden — und in die daraus hervorgehenden Klassenkämpfe; in die Weise, wie die Fraktionen der schwarzen arbeitenden Klassen durch politische Repräsentation (Parteien, Organisationen, Bürgerinitiativen, Veröffentlichungen und Kampagnen) im »politischen Theater« als politische Kräfte *rekonstituiert* werden — und in die daraus hervorgehenden politischen Kämpfe; und sie geht ein in die Art, wie die Klasse als die kollektiven und individuellen »Subjekte« der jeweils auftretenden Ideologien artikuliert wird — und in die daraus hervorgehenden Kämpfe um Ideologie, Kultur und Bewußtsein. Dies gibt dem Faktum oder der Di-

\* Aus dem Englischen übersetzt von Manfred Behrens und Thomas Laugstien.

mension der Rasse und dem Rassismus sowohl praktisch wie theoretisch eine zentrale Bedeutung für alle Verhältnisse, die die schwarze Arbeiterschaft betreffen. Die Konstitution dieser Fraktion als Klasse und die ihr zugeordneten Klassenverhältnisse funktionieren als *Rassenverhältnisse*. Die Rasse ist daher auch die Modalität, in der die Klasse »gelebt« wird, das Medium, durch das die Klassenverhältnisse erfahren werden, die Form, in der sie angeeignet und »ausgefochten« werden. Dies hat Folgen für die gesamte Klasse, nicht bloß für ihren »rassisch bestimmten« Ausschnitt. Es hat Folgen für die innere Zersplitterung und Spaltung der Arbeiterklasse, die, unter anderem, teilweise »durch Rasse« artikuliert ist. Dies ist keine bloße »rassistische Verschwörung« von oben. Denn Rassismus ist auch eines der herrschenden Mittel ideologischer Repräsentation, durch das die weißen Fraktionen der Arbeiterklasse ihr Verhältnis zu anderen Fraktionen »leben«, und dadurch zum Kapital selbst. Jene, die mit Erfolg versuchen, einige der bestehenden Syntagmen des Klassenkampfes (sei es auch korporativistischer oder sozialreformistischer Art) zu *desartikulieren* und die Klassenerfahrung durch die verdichteten Anrufungen einer rassistischen ideologischen Syntax zu *reartikulieren*, sind natürlich die Schlüsselagenten in dieser ideologischen Transformationsarbeit. Das ist der ideologische Klassenkampf, der genau dadurch geführt wird, daß die beherrschten Klassen mittels der Artikulation der inneren Widersprüche der Klassenerfahrung mit dem Rassismus für das Kapital eingespannt werden. In Großbritannien hat dieser Prozeß seit kurzem ein ungewöhnliches und allgemeines Ausmaß erreicht. Aber sie können nur in diesem Maße Erfolg haben, weil sie an realen Widersprüchen innerhalb und außerhalb der Klasse anknüpfen, an realen Wirkungen der Basis arbeiten (wie auch immer diese durch den Rassismus »verkannt« sein mögen) — nicht, weil sie geschickt Dämonen beschwören oder Hakenkreuze schwingen und *Mein Kampf* lesen.

Rassismus ist daher nicht nur ein Problem für Schwarze, die gezwungen sind, ihn zu »erleiden«. Auch ist er nicht nur ein Problem jener Teile der weißen Arbeiterklasse und jener Organisationen, die davon infiziert sind. Man kann ihm auch nicht, wie einem Virus, der sich im sozialen Körper ausgebreitet hat, mit einer kräftigen Dosis Liberalismus beikommen. Das Kapital reproduziert die Klasse, einschließlich ihrer inneren Widersprüche, als ganze — strukturiert durch die Rasse. Es beherrscht die gespaltene Klasse zum Teil durch jene inneren Spaltungen, deren einer Effekt der Rassismus ist. Es fesselt und verstümmelt Institutionen, die die Klasse repräsentieren, indem es sie neutralisiert — es beschränkt sie auf Strategien und Kämpfe, die rassenspezifisch sind, die ihre Grenzen und ihre Schranke nicht überschreiten. Durch den Rassismus kann es die Versuche zurückschlagen, alternative Mittel der Repräsentation zu konstruieren, die die Klasse als ganze angemessener repräsentieren würden oder die geeignet sind, die Einheit der Klasse zu bewirken: d.h. jene Alternativen, die die Klasse adäquat *als ganze* repräsentieren würden — *gegen den Kapitalismus und gegen den Rassismus*. Die lokalen Kämpfe, artikuliert durch die Rasse, erscheinen statt dessen weiterhin als notwendige Defensivstrategien einer gegen sich selbst gespaltenen Klasse im Angesicht des Kapitals. Sie sind deshalb auch der Ort, wo das Kapital weiterhin seine Hegemonie über sie ausübt. Das bedeutet sicher nicht, den Rassismus in irgendeinem platten Sinne als Produkt eines ideologischen Tricks zu behandeln.

Trotzdem müßte eine solche Analyse ergänzt werden durch eine Analyse der besonderen Formen, die der Rassismus in seiner ideologischen Funktionsweise annimmt. Anfangen müßten wir dabei mit der Untersuchung der unterschiedlichen Weisen, in de-

nen rassistische Ideologien bei unterschiedlichen historischen Bedingungen konstruiert und in Gang gesetzt wurden: die Rassismen der merkantilistischen Theorie und der Sklaverei, der Conquista und des Kolonialismus, des Handels und des »Hochimperialismus«, des »Volksimperialismus« und des sogenannten »Nachimperialismus«. In jedem dieser Fälle wurde in spezifischen Gesellschaftsformationen der Rassismus als eine ideologische Konfiguration von den herrschenden Klassenverhältnissen rekonstituiert und vollständig umgearbeitet. Wenn er die Funktion derjenigen zementierenden Ideologie erfüllt hat, die eine ganze Gesellschaftsformation unter einer herrschenden Klasse zusammenhält, müssen seine relevanten (pertinent) Unterschiede zu anderen derartigen hegemonialen Ideologien in allen Einzelheiten registriert werden. Der Rassismus ist dabei ungewöhnlich stark und sein Eindruck auf das Bewußtsein des Volkes ganz besonders tief, weil in solchen rassistischen Merkmalen wie Farbe, ethnische Herkunft, geographische Stellung usw. der Rassismus entdeckt, was andere Ideologien konstruieren müssen: eine offenbar »natürliche« und universale Basis in der Natur selbst. Aber trotz dieser offensichtlichen Verwurzelung in biologischen Gegebenheiten außerhalb der Geschichte hat der Rassismus, sobald er auftritt, eine Wirkung auf andere ideologische Formationen innerhalb der gleichen Gesellschaft, und seine Entwicklung treibt eine Transformation des gesamten ideologischen Feldes voran, in dem er tätig wird. Er kann dadurch *andere* ideologische Diskurse für sich einspannen — z.B. artikuliert er sich garantiert mit der Für-uns / für-sie-Struktur des korporativen Klassenbewußtseins — über die Mechanismen der konnotativen Verdichtung.<sup>1</sup> Seine Wirkungen ähneln denen anderer Ideologien, von denen er aus anderen Gründen unterschieden werden muß: auch Rassismen enthistorisieren, indem sie historisch-spezifische Strukturen in die zeitlose Sprache der Natur übersetzen, Klassen in Individuen zerlegen und diese vereinzelter Individuen wieder zusammensetzen in die rekonstruierten Einheiten, die großen Zusammenhänge neuer ideologischer »Subjekte«. Er übersetzt »Klassen« in »Schwarze« und »Weiße«, ökonomische Gruppen in »Völker«, gesellschaftliche Kräfte in »Rassen«. Dies ist der Prozeß der Konstitution neuer »historischer Subjekte« für ideologische Diskurse — der Mechanismus der Bildung neuer Anrufungsstrukturen. Er produziert als die natürlichen und gegebenen »Autoren« einer spontanen Form rassistischer Wahrnehmung das naturalisierte »rassistische Subjekt«. Dies ist keine äußerliche Funktion, die nur gegen jene wirksam ist, die er enteignet oder desartikuliert (zum Schweigen bringt). Er betrifft auch die beherrschten Subjekte — jene unterdrückten ethnischen Gruppen oder »Rassen«, die ihr Verhältnis zu ihren realen Existenzbedingungen und zur Herrschaft der herrschenden Klassen in und durch die imaginären Repräsentationen einer rassistischen Anrufung leben, und die sich selbst als die »Unteren« erfahren. *Les Autres*. Und doch sind auch diese Prozesse selbst niemals frei vom ideologischen Klassenkampf. Die rassistischen Anrufungen, selbst die Orte und Einsätze im ideologischen Kampf, können besetzt und neu bestimmt werden als die elementaren Formen einer oppositionellen Formation — wie da, wo der »weiße Rassismus« entschlossen bekämpft wird durch die symbolischen Umkehrungen des »Black Power«. Die Ideologien des Rassismus bleiben widersprüchliche Strukturen, die sowohl als Vehikel für die Aufbürdung herrschender Ideologien funktionieren können, *und* auch als die elementaren Formen für die Kulturen des Widerstands. Jeder Versuch einer Darstellung der Politik und der Ideologien des Rassismus, der diese beständigen Merkmale von Kampf und

Widerspruch übergeht, gewinnt den Anschein einer plausiblen Erklärung nur durch einen hilflos machenden Reduktionismus.

### Anmerkung

- 1 Ideologien weisen, als konkrete diskursive Formationen, eine eigentümliche »Einheit« auf. Diese Einheit entsteht zunächst durch das, was Laclau »Verdichtung« nennt: Jedes Element »erfüllt eine Verdichtungsfunktion in Bezug auf andere. Wenn beispielsweise eine familiäre Anrufung eine politische, eine religiöse oder eine ästhetische Anrufung *hervorruft*, und wenn jede dieser isolierten Anrufungen als ein *Symbol* der anderen fungiert, haben wir es mit einem relativ vereinheitlichten ideologischen Diskurs zu tun.« (Laclau 1979, 102) Man hat dies definiert als »ideologische Einheit« durch einen Prozeß *konnotativer Verdichtung* (vgl. O'Shea 1978).

### Literaturverzeichnis

Hall, S., J. Clarke, C. Critcher, T. Jefferson und B. Roberts 1978: Policing the Crisis. London (vgl. die Rezension in: Das Argument 119, 150ff.).

Laclau, E. 1979: Politics and Ideology in Marxist Theory. London (zuerst 1977).

O'Shea, A. 1978: A. Critique of Laclau's Theory of Interpellation, CCCS Birmingham (vervielfältigt).



Bürgerliche und sozialistische Literatur in Irland. O'Casey: Biographie/Autobiographie, Einakter. UE: Irlandkonflikt. »thought control« und »counter-intelligence« in den USA.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Realitätsbezug, Politisches Denken, Utopie und Bürgertum in Shakespeares Dramen.

Unterrichtseinheit Hamlet.

Bremer Shakespeare-Projekt u.a.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Harold Wotzel

## Diskursanalyse in Frankreich\*

Der Gegenstand der »matérialités discursives«<sup>1</sup> ist das mittlerweile schon bekannte »weite Feld«: »... private oder offizielle, wirkliche oder geträumte Berichte, Briefe jeder Art, Glaubensbekenntnisse, Versprechungen, Anklagen, Verurteilungen und Geständnisse, Gedichte, Romane und Lieder, Programme, Predigten, Aufrufe und Gebrauchsanweisungen, Gesetze und Regeln aller Bereiche, Beschreibungen, Rezepte, Vorlesungen, Kriegs- und Liebeserklärungen, Zitate, Anmerkungen«<sup>2</sup> und und und. Die — noch unvollständige — Liste macht deutlich, daß der Objektbereich der französischen Diskursanalyse mit dem der Gesprächsanalyse oder Dialogforschung hierzulande nichts zu tun hat. Auffällig ist die Fixierung aufs schriftliche Material, meist privilegierte Diskurse politischer Art.<sup>3</sup> Im Begriff des Diskurses sind drei Wissenschaften zusammengeschmolzen, die sich alle ihren Gegenstand jeweils über den Diskurs vermittelt erschließen müssen:

— Zum einen schreibt er sich in die Tradition der »Archäologie der Humanwissenschaften« Michel Foucaults ein.<sup>4</sup>

— Darüberhinaus bezieht er seine Legitimation aus der Auffassung der Psychoanalyse Lacans, welche die apriorisch dialogische Struktur von Sprache überhaupt setzt: ehe sie noch *etwas* bedeutet, bedeutet sie *für den Anderen*. Als symbolische Ordnung macht sie die Identifizierungsbeziehung als Konstitution des menschlichen Individuums zum Subjekt erst möglich, läßt das Subjekt aus ihr hervorgehen »wie einen Effekt« (Lacan).

— Die dritte Definition erhält der solchermaßen aufgeladene Begriff von der Linguistik. Saussures Dichotomie von »langue / parole« wird ersetzt durch jene von »langue / discours«.<sup>5</sup> Dabei sei jeder Diskurs sozusagen »doppelt determiniert«: einerseits von den ideologischen Formationen, welche die Beziehung des je konkreten Diskurses zu bestimmten Diskursformationen herstellen, und andererseits durch die relative Autonomie der langue, in der sich Bedeutungen als Effekte für das Subjekt realisieren, das dabei glaubt, Schöpfer dieser Bedeutungen zu sein.

Aus diesem dreifachen Verständnis von »Diskurs«: über die Geschichtswissenschaft (im Sinne einer »Archäologie«), die Psychoanalyse und die Linguistik, ergibt sich ein entsprechend breites Spektrum von Interessen, Fragestellungen und Methoden, die sich alle unter dem Begriff der »Diskursanalyse« zusammenfinden. Das manifestierte sich auch in der Dreiteilung der Themen:

— sprachkritische, historisch verführende Textanalysen des Phänomens der Wortführer (»porte-parole«) im französischen Jakobinismus (*Conein*), des »prophetischen, magischen Diskurses« (*Vidal*) im 16. Jahrhundert, der politischen Aufrufe Trotzkijs und Togliattis an das Volk (*Laclau*) und — als eigentlich politisches Ereignis des Kolloquiums<sup>6</sup> — der »Fizbin-Affäre« (*Guilbaumou* und *Maldidier*): in den Stellungnahmen der Parteispitze gegen den selbstkritischen Bericht des Sekretärs der Pariser KPF-Federation Fizbin konnten sie über sprachliche Analysen die »émergence d'un sujet bureau-politique« nachweisen sowie das (nicht nur sprachliche!) diskursive Para-

\* Bericht über das Kolloquium »matérialités discursives« in Paris vom 24.-27.4.1980.

dox, daß die »groupe dirigeante« stets als »sujet plein et unifié« von Problemen der Spaltung und Uneinheitlichkeit sprechen konnte.

— Die eigentlich linguistischen Fragestellungen zielten auf die Erarbeitung eines Instrumentariums, um die Verbindung von syntaktischen und diskursiven Prozessen, die jeweiligen Effekte der Bedeutung, in einer Semantik des Diskurses zu erklären. Verbunden damit waren die epistemologischen Überlegungen zur Entstehung der generativen Transformations-Grammatik (GTG) anhand ihrer Behandlung von Grammatikalität und Agrammatikalität (*Gadet*). Erwähnenswert die (späte) Entdeckung Wittgensteins, seine Konstruktion des Ortes dessen, was sich nicht sagen läßt im Innern der Philosophie: »Le regard regardant ne peut pas être visible à soi-même« (*Henry*).

— Der letzte Tag schließlich war für die Psychoanalytiker bestimmt. Eine Podiumsdiskussion mit *Culioli*, *Faye*, *Ranciere* und *Roudinesco* beschloß das Kolloquium.

Der Ort, von dem wir sprechen, ist der Ort, den es zu untersuchen gilt:  
 »Wir bestehen darauf, daß diese 'Subjektivität' ... im Sein nur das Hervortreten einer  
 Grundeigenschaft der Sprache ist. ...  
 Die Sprache lehrt die Definition des Menschen schlechthin.«  
 (*Benveniste*)

So verschieden sich das auf den ersten Blick ausnimmt, gemeinsam war die übergeordnete Frage, die mir die Diskursanalyse (DA) zu kennzeichnen scheint: die Auswirkungen der Sprache auf die Strukturierung der Subjektivität zu untersuchen<sup>7</sup> oder — in *Benvenistes* Terminologie — zu zeigen, inwiefern die Grundlage der Subjektivität buchstäblich in der Ausübung der Sprache liegt. »Die Diskursinstanz ist ... konstitutiv für alle Koordinaten, welche das Subjekt definieren.«<sup>8</sup>

Sucht man nach Gründen, warum die DA sich gerade in Frankreich entwickelt hat, so drängen sich die folgenden auf:

1. die französische »Besessenheit« von Phänomenen der Bedeutung (ihr Arrangement in semiologischen Systemen: z.B. *Levi-Strauss*, *Barthes*);
2. der frühe Bezug zwischen Linguistik, Soziologie und Ideologie;
3. der besondere Status der Psychoanalyse, die in Frankreich aufgrund besonderer wissenschaftsgeschichtlicher und -politischer Umstände selbst im universitären Rahmen ihren festen Platz finden konnte;
4. schließlich das leidenschaftliche Interesse auch der Philosophie an Kunst und Literatur, die in ihrer spezifischen Differenz zu anderen Praxis-Arten es erlauben, »das Neue und Niegesehene zu entdecken« (*Bachtin*) und eine Drohung für »das Symbolische« (als Gesetz der Ordnung) darstellen.

»Das Begierden-Erdreich, aus dem die Logik herausgewachsen ist — ...« —  
 »Heute sehen wir uns genau so weit im Irrtum verstrickt, als das Vernunft-Vorurteil uns zwingt. Einheit, Substanz etc. anzusetzen.«  
 (*Nietzsche*)

Schon die Existenz der DA ist der Beweis, daß menschliche Diskurse nicht so funktionieren, wie es Linguisten (vor der Notwendigkeit stehend, Wörterbücher oder Grammatiken zu verfassen) sich manchmal wünschen mögen: klar, eindeutig, fehlerfrei, über das nur redend, was es auch gibt, unideologisch, kurz: wahr. Das Projekt der DA wendet sich gegen eine von der Logik her begründete Konstruktion des Zusammenhangs von Sprache und Erkenntnis, die sie in der heute dominanten Semantik zu er-

kennen glaubt (die *Frege*-, *Russell*- und *Carnap*-Tradition, die *Leibniz*' Sprachkonzept fortsetzen). Für den Rationalismus war die Sprache der hemmende Faktor, um uns Einsicht in die immer schon vorgegebenen kognitiven Gehalte zu verschaffen.<sup>9</sup> Die Unvollständigkeit der natürlichen Sprachen muß beseitigt werden mit Hilfe einer perfekten Kunstsprache (»ars characteristica combinatoria«), die ein Werkzeug des Erkennens und der fehlerfreien Kommunikation darstellt. Diese »letzte Bemühung des menschlichen Geistes« (als Voraussetzung für das Glück der Menschheit!) hat zugleich »die vortreffliche Eigenschaft, den Ignoranten den Mund zu schließen. Denn man wird in dieser Sprache nur sprechen und schreiben können, was man versteht ...«<sup>10</sup> Logik und Grammatik werden deckungsgleich, »Fehler des Denkens«, Zweideutigkeiten, Mißverständnisse und andere Unvollkommenheiten der natürlichen Sprache werden vermieden: »Ein Irrtum des Geistes ist dasselbe wie ein Rechenfehler.« Von diesen Voraussetzungen her ist das berühmte »Calculamus!« zu verstehen, mit dem *Leibniz* jede Art von Konflikt zu lösen, den anderen (»mit Feder und Tinte«!) zu überzeugen und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen glaubt. Die Logik des Kalküls als Vorläufer der Projekte einer universellen Semantik, die mithilfe von Kombinationssystemen klar definierter Begriffe die Erzeugung und Interpretation jeder Art von Aussagen (warum nicht auch politischer?) regeln könnte: über solche universellen Begriffskataloge, »encyclopédies démonstratives«, ist von wissenschaftshistorischem und -theoretischem Standpunkt aus das Wichtigste von *Foucault* gesagt worden (vgl. seine Erklärung der »Tableaus« in der Einleitung zu »Die Ordnung der Dinge«). Gegen die Konzeption von Sprache als ungenügende — Magd unseres Denkens, gegen die Absicht, Realität, Diskurs und Denken zur Übereinstimmung zu bringen, steht die Auffassung der DA: »La langue est affectée par la lutte des classes.«

»Si le sens est le produit d'une rencontre, est-ce qu'il y a des rencontres sans schiboleths?« (*Pêcheux*)

Der stete Argwohn der DA gegen eine solchermaßen rationalistisch legitimierte Instanz, welche die Zulässigkeit von Äußerungen (auch wissenschaftlicher und politischer) überwachen könnte, bezieht seinen Impuls, wie schon angedeutet, aus der französischen Debatte über neue »pratiques signifiantes«, »écritures subversives«, welche durch ihre radikale Andersartigkeit imstande wären, das herrschende Denken, die »normalen« Wahrnehmungs- und Kommunikationsweisen zu unterhöheln, um somit erst beim eigentlich Anderen, der Wirklichkeit ankommen zu können. Der »effet de choc« (von *Benjamin* an *Baudelaire* gezeigt) oder »d'incongruité«, die Subversion der Logik im logischen Raum selbst durch einen Schriftsteller wie *Borges*<sup>11</sup>, die Identitätsbrüche oder paradoxen Referenzbezüge in *Joyces* Schreibweise oder der fast surrealistische Effekt bei *Lewis Carrolls* Zusammentreffenlassen »beliebiger« Aussagen, zwischen denen er durch logische Manipulationen einen Zusammenhang konstruiert; das sind Mechanismen, die über bloß literaturwissenschaftliche Interessen hinausweisen: gerade die literarischen Praktiken werden ernst genommen als Versuch, den »hermeneutischen Zirkel« zu sprengen, denn gäbe es ihn, bliebe die Erkenntnis ein Rätsel. In der Tat: wenn alle Erkenntnis — wie in der Erkenntnistheorie des Rationalismus — auf eine Identifikation hinausliefe, indem das Aufgefundene nach einem »catalogus mundi« in eine bereits verfügbare Kategorie eingeordnet wird, so gibt es keine »rencontres sans schiboleths«. Denken besteht dann nur im Gebrauch der characteristica (wie der Zahlen in der

Arithmetik), weil alle möglichen Erkenntnisse in den Begriffen solcher Tableaus keimhaft schon vorhanden sind: mittels einer geregelten Anwendung kombinieren sie sich und bringen wahre Aussagen hervor.

Nun hatten die Franzosen schon ihren *Bachelard* und *Canguilhem*, als es unseren *Kuhn* oder *Feyerabend* noch gar nicht gab. Deren historische Auffassung von Wissenschaft (»Jede Wissenschaft hat eine Geschichte«) erklärte die wissenschaftlichen Revolutionen als Umwälzung und teilweises Außerkraftsetzen solcher »Tableaus« (ein Typ von wissenschaftsgeschichtlicher Reflexion, der noch ein Desiderat der Linguistik ist).

»Wir werden Gott nicht los, weil wir noch an die Grammatik glauben.« (*Nietzsche*)

Die DA bringt die Tatsache, daß die Menschen (miteinander) sprechen, mit dem Begriff des Unbewußten zusammen. Die Auffassung, daß jedes Denken unbewußt ist, bevor es bewußt wird, macht es unmöglich, ein sprechendes Subjekt anzunehmen, das Herr seiner selbst und seiner Sprache ist. Sie wendet sich gegen eine Konzeption von Kommunikation (hier deutlich *Derrida* verpflichtet), in der es einen Sprecher gibt »als Besitzer seiner Botschaft«, der weiß, »was er sagen will« und was er sagt, sowie eines Hörers, der bloß eine notwendig transparente und eindeutige 'message' zu dekodieren hätte. Gerade in der Sprache werden wir vielmehr ständig vom Unbewußten hintergangen, weil »Ça parle et pense avant« (*Lacan*). Ein Teil der Diskussion entspannt sich denn auch um den Begriff der »trahison«: nicht nur das »Nicht-Sagen, was man denkt« (was noch im Feld der Psychologie als Manipulation oder Täuschung zu behandeln wäre), sondern — grundlegender — das »Nicht-Wissen, was man sagt« (und was nicht mehr innerhalb der Ordnung der Psychologie zu diskutieren ist): »montrer ce qu'on fait se passe par des mots.« (*Pêcheux*) Die DA, die das sprechende Subjekt als zerteilt und als »Effekt der Sprache« versteht, will den »notwendig spontanen« Effekt der Verwechslung von Äußerungssubjekt und Aussagesubjekt auf der Ebene des »Ich« sichtbar machen, denn gerade diese Verwechslung garantiert die automatische Identifikation des (sprachlichen) »Ich« mit dem, der spricht.<sup>12</sup> In Wirklichkeit spricht das Äußerungssubjekt des Unbewußten, als unsichtbare Seite des Imaginären, das sichtbar wird v.a. im Traum, Lapsus, Witz, in den systematischen Mehrdeutigkeiten, ungeschicktem Benehmen, im Versprecher (und natürlich — in zugespitzter Form — in der Neurose und Psychose). Die DA begreift hier ihre Aufgabe analog zur Arbeit der (Psycho-)Analyse: nachzuweisen, daß dieses Äußerungssubjekt in jedem Diskurs existiert. Das Symbolische konstituiert und strukturiert das Subjekt im Diskurs, und gerade die Syntax setzt bestimmte grundlegende Effekte in dieser Subjektstrukturierung fest: z.B. die Illusion, sich spontan als Ursprung seiner Gedanken und Handlungen sowie seines Sprechens zu denken.

»Le mot c'est le meurtre de la chose.  
de la représentation et de la représentation du mot.« (*Lacan*)

Die Einsicht, daß die begrifflich-abstrakte Funktion der Sprache nicht die Sprachfunktion per se ist, sondern selbst Ergebnis einer jüngeren Entwicklung der Sprachgeschichte, daß unsere aktuelle rationale Sprachverwendung selbst ein Effekt ist, der spezifisch für die historische Ausbildung der Subjektstruktur und der Subjektrepräsentanzen ist, stellt aber auch hierzulande nicht die neueste Erkenntnis dar.<sup>13</sup> Daß die Logisierung der Sprache zugleich eine »Entpsychologisierung« ist, d.h. ein Abzug der libidinö-



sen Besetzung von Wörtern, weist darauf hin, daß in vorindustriellen Gesellschaften die Sprache — onto- wie phylogenetisch gesehen — die Funktion hatte, durch das Wort magische und libidinös besetzbare Ersatzobjekte zu bilden. Nicht libidinös besetzbare Objekte werden aus dem Wahrnehmungssystem ausgegrenzt. Das Wort steht also nicht »als Zeichen für eine gewisse Bedeutung«, ist keine begriffliche Verallgemeinerung, sondern — für die vorindustriellen Gesellschaften — ein sinnlich gegebenes Ding bzw. — für das Unbewußte des modernen Menschen, das strukturiert ist wie eine Sprache — »das, was ein Subjekt darstellt für einen anderen Signifikanten« (*Lacan*).

Die Kodifikation der Sprache als System wissenschaftlicher Begriffe ist als Vorgang zu verstehen, der sich im Über-Ich vollzieht.

»Zahlreiche Begriffe in der Linguistik, vielleicht auch in der Psychologie, werden in einem anderen Licht erscheinen, wenn man sie in den Rahmen des Diskurses zurückstellt, der die Sprache ist, so wie sie von dem sprechenden Menschen angenommen wird ...« (*Benveniste*)

Nachdenkenswert erscheint der Anspruch, der aus dem allem zu folgen scheint, nämlich eine Epistemologie der Linguistik zu schreiben, welche die Ablehnung oder Ausgrenzung, das »Nicht-denken-können« bestimmter Fragestellungen, welche von der Linguistik oder der Psychologie mit spontan funktionierenden Evidenzen verdeckt werden, vergleicht mit dem Verfahren dessen, der seine Träume erzählen will.<sup>14</sup> Stets kommt das Urteil dazwischen, daß die eigenen Einfälle, Fragestellungen, Erinnerungen oder Beobachtungen »unwichtig« seien oder unsinnig, nicht hierher gehörten oder nur zufällig außerhalb des Zusammenhangs stünden. Derselbe Mechanismus tritt in dem Argument vieler Linguisten zutage, sowas sei ja alles recht und schön, bloß »was hat das alles mit Sprache zu tun?« *Freud* äußert dazu: »Man merkt sofort, daß es diese Kritik ist, welche alle diese Einfälle (Fragestellungen, Untersuchungsmethoden; H.W.) von der Mitteilung, ja bereits vom Bewußtwerden ausgeschlossen hat.«<sup>15</sup> Von diesem Anliegen her können manche Arbeiten der DA verständlicher und relevanter werden: »das Unbewußte der Wissenschaften« (*Foucault*) im wissenschaftlichen Diskurs selbst nachzuweisen und nach den Bedingungen zu fragen, unter denen das Verdrängte in Form theoretischer Schwierigkeiten im Feld der Linguistik wieder auftaucht (sei es als Problem der Präsupposition, der Behandlung von Relativsätzen in der GTG, der syntaktischen und semantischen Selektionsmerkmale o.a.m.). Wird auch nur teilweise die Berechtigung solcher Interessen anerkannt, wie sie sich aus den o.g. »Besessenheiten« ableiten, wird man auch von den Fragen der DA als besonderer Form der »Dekonstruktion« eines epistemologischen Feldes lernen können. (Allerdings stecken diese Bedingungen der Möglichkeit der DA nicht nur ihre Erkenntnisinteressen, sondern auch deren Grenzen ab — vielleicht eine Erklärung dafür, daß ein gewisser Herr *Marx* aus Trier ein Schattendasein am Rande dieses Kolloquiums führen mußte.)

»Le débile n'a pas de disciple.« (*Manier*)

Die außerordentliche Wertschätzung, die den Psychoanalytikern bei diesem Kolloquium entgegengebracht wurde, deutet darauf hin, daß das Interesse an der Psychoanalyse auch (wenn nicht vornehmlich) praktisch-persönlicher Natur ist. Es liegt auf der Hand, daß ein Wissenschaftler, z. B. ein Linguist, der seine Erfahrungen aus dem bezieht, was ihm in der eigenen Analyse widerfährt, eine existentielle Betroffenheit an den gestellten Fragen besitzt, die über die bloße theoretische Neugier nach Wissen hin-

ausgeht. Daraus resultiert aber auch das Gefühl der unendlichen Überlegenheit gegenüber jenen Wissenschaftlern, die von vornherein »gefangen in der spontanen Ideologie« ihrer Arbeit nachgehen, weil sie sich dem »Abenteuer des Unbewußten« nicht stellen wollen; ein Gefühl, das man manchen Arbeiten anzusehen glaubt und das eine deutlich immunisierende Funktion gegen Kritik »von außerhalb« besitzt.

Auch die Inflation solcher Schlüsselbegriffe wie »Verwerfung (forclusion)«, »Kastration«, »déphallisation« (sic), »der Andere des Diskurses«, das »préconstruit« usw., die von den Teilnehmern beifällig wiedererkannt wurden, läßt auf den Kreis von Eingeweihten schließen (offensichtlich ein Spezifikum des intellektuellen Lebens in Paris). Die Koketterie mit dem Wahnsinn, dem »discours délirant« als wesentliche Erfahrung der Alterität, von der aus der ideologische Zirkel durchbrochen, die bloße »Als-Ob«-Attitüde aufgegeben und so zu wirklichen Erkenntnissen gelangt werden könnte (so schon der Titel von *Maniers* Beitrag »Propédeutique à un éloge de la débilité«) ist der universitären Konvention gerade der hiesigen Linguistik so entgegengesetzt, daß ein Dialog nicht eben wahrscheinlich ist.<sup>16</sup> Ein bloßer »Export« der DA in unsere Gefilde erscheint also weder möglich noch wünschenswert. Sollen die angedeuteten Fragen und Erkenntnisinteressen der DA fruchtbar gemacht werden, ist selbst wieder viel »Dekonstruktions«-Arbeit nötig; eigene Wege müssen eingeschlagen werden.

### Anmerkungen

- 1 Dieser Begriff (als die materielle Instanz der Ideologien) ist wohl in Anlehnung an *Althusser*s Terminologie der »Materialität der Ideologien« gebildet worden. Zur allgemeinen Einführung in *Althusser*s Denken vgl. Argument-Sonderband AS 40: Theorien über Ideologie, Berlin/W. 1979, sowie *Fuchs/Pêcheux*: Das Subjekt und der Sinn, in: *alternative* 104, Berlin/W. 1975.
- 2 *Pêcheux*, Présentation.
- 3 Bemerkenswert übrigens, daß bislang nur Diskurse der politischen Linken, v.a. der KPF, von der DA behandelt wurden; nach einer Kritik der Sprache der französischen Rechten sucht man vergebens.
- 4 Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt/M. 1974.
- 5 Vgl. dazu *Harocbe/Henry/Pêcheux*: La sémantique et la coupure saussurienne. In: *Langages* 24, Paris 1971.
- 6 Die Mehrzahl der Teilnehmer gehört wohl zur KPF oder steht ihr kritisch nahe. Zur Debatte der Intellektuellen in der KPF vgl. z.B. *H. Bornes* in: *lendemains* 15, Berlin/W. 1979.
- 7 Diese Fragestellung hat schon *E. Benveniste* in seinem Aufsatz über »Die Subjektivität in der Linguistik« in luzider Form für die Sprachwissenschaft begründet: »In der Sprache und durch die Sprache stellt der Mensch sich als Subjekt dar; weil in Wirklichkeit die Sprache allein, in ihrer Realität, die die des Seins ist, den Begriff des 'ego' begründet.« In: *Probleme der allgemeinen Sprachwissenschaft*, München 1974, 289. Daß die DA weiter geht als *Benveniste*, versteht sich durch ihren Bezug auf die Psychoanalyse. Eine ausführliche Begründung dieses Zusammenhangs findet sich bei *M. Safouan*: Die Struktur in der Psychoanalyse. Beitrag zu einer Theorie des Mangels. In: *F. Wahl* (Ed.): Einführung in den Strukturalismus. Frankfurt/M. 1973, gleichzeitig der Schlüsseltext für die Vermittlung von Psychoanalyse und Linguistik durch die DA.
- 8 *Benveniste*, a.a.O., 293.
- 9 Nach *Leibniz* ist jedes menschliche Individuum ein Spiegel des Universums, d.h. jedem Individuum ist die Gesamtheit des Universums in Form angeborener Ideen immanent (die »ideae innatae«); jede Idee, die ganze Vielfalt der möglichen Welten, ist in jedem Individuum als *facultas cogitandi* angelegt.
- 10 *Leibniz/Coutourat*: Opuscules et Fragments inédits. Hildesheim 1966, 156f.
- 11 Vgl. *Foucault*s Einleitungssatz zur »Ordnung der Dinge« über *Borges'* taxinomischen, jede Logik sprengenden Klassifikationssystemen.

- 12 Auch dieses Problem hat — mit ähnlicher Begrifflichkeit — *Benveniste* schon sehr früh gesehen, wenn er »die Bedeutungseffekte betrachtet, die der Wechsel der Personen in bestimmten Verben des Sagens hervorruft.« Die Bedingung, daß bei manchen performativen Verben wie »ich schwöre« oder »ich verspreche« die Aussage mit der Handlung selbst zusammenfällt, »ist in der Bedeutung des Verbs nicht gegeben: die 'Subjektivität' des Diskurses ist es, welche sie möglich macht.« a.a.O., 295f.
- 13 Stellvertretend für viele andere (ohne von der sowjetischen Psycholinguistik reden zu wollen) seien die Überlegungen von *K.H. Osterlob*: Sprachverhalten und Sozialisation in vorindustriellen Kulturen (in: *Die Dritte Welt* 3/4, Meisenheim/Glan 1974) genannt, der sich auf die Ergebnisse der Ethnologen und Psychoanalytiker *Parin/Morgenthaler* stützt (*Die Weißen denken zuviel*, München o.J., und: *Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst*, Frankfurt/M. 1971).
- 14 *Freud*: Über den Traum (1901).
- 15 Man vgl., was *Chomsky* schon auf der ersten Seite seiner »Aspects« als irrelevant für den Gegenstandsbereich seiner linguistischen Theorie ausgrenzt: »... begrenztes Gedächtnis, Zerstreuung und Verwirrung, Verschiebung in der Aufmerksamkeit und im Interesse, Fehler (zufällige und typische).« *Aspekte der Syntaxtheorie*, Frankfurt/M. 1970, 13. Die Performanz ist nur noch »der defiziente Modus des In-Erscheinung-Tretens der Kompetenz.« (*Hörmann*: *Meinen und Verstehen*, Frankfurt/M. 1976, 53).
- 16 Die Tatsache, daß *Woody Allan* bei einigen Beiträgen oder Auftritten viel Stoff für einen Fortsetzungsfilm zu »Manhattan« hätte finden können, spricht weder *gegen* *Woody Allan* bzw. diese Beiträge noch *für* den hierzulande üblichen akademischen Stil.

DAS  
ARGUMENT  
123

K. Holzkamp: Individuum und Organisation. F. Haug: Frauen — Opfer oder Täter? G. Mattenklott: Linke Romantik und Arbeiterbewegung. Lebensläufe, Gesellschaftsgeschichte: Lorenzer, Hoerning, Hauck, Bader u.a.  
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-)



Historische, rechtliche, psychoanalytische Aspekte der Emanzipation. Autorität und Familie. Geschlechterspannung. Bloch, Marcuse, Heinrich u.a. (aus: *Argument* 22/23/24)  
SH 36 126 S. 8,00 DM.

## Krise des Marxismus?\*

(...) Die Idee, daß der Marxismus in der Krise sei, ist nicht neu. Das Besondere an ihr ist heutzutage, daß sie auf den Marxismus den Begriff der Krise überträgt, mit dem wir den gegenwärtigen Kapitalismus denken. Demnach wäre dies nicht eine konjunkturelle oder begrenzte Krise in einer weiterhin aufsteigenden Entwicklung, sondern eine dauerhafte und globale Krise in einem Prozeß, der mehr und mehr auf unüberwindbare historische Schranken trifft. Und was führt man gewöhnlich an, um auf den Marxismus diesen Begriff der Krise anzuwenden? Drei Dinge vor allem.

*Zunächst* habe der Marxismus, indem er seinen Einfluß und seine Aktion in weltweitem Maßstab ausdehnte, jede Einheit verloren. Er sei das »zusammengebrochene Imperium« der Theorie. Der Marxismus? Welcher Marxismus, fragen Theoretiker und Journalisten seiner »Krise« und reiben sich die Hände: der sowjetische, der jugoslawische, der chinesische, der italienische, der kubanische, der französische — und außerdem, wenn es sich um den französischen handelt, von welchem will man sprechen in dem Zustand der Zersplitterung? Dieser geopolitische Zusammenbruch des Marxismus sei nicht nur ein Identitätsverlust, sondern eine Dequalifikation. Wenn es so viele Marxisten gibt wie Parteien und, im äußersten Falle, wie Forscher, die sich darauf berufen, dann sei er im Grunde nichts anderes als eine Ideologie, historisch relativ und ohne Wahrheit, die die Widersprüche des Realen widerspiegelt, ohne sie zu beherrschen.

*Zweitens* folglich zwingt dieser Zusammenbruch zur Ernüchterung bezüglich der klassischen Vision des Marxismus als universeller Theorie. Bei genauerem Hinsehen gäbe es keine marxistische Philosophie, sondern nur einige Leitsätze für die Erkenntnis; keine marxistische Politische Ökonomie, sondern nur die Kritik der bürgerlichen Vorstellungen über die kapitalistische Produktionsweise; keinen wissenschaftlichen Sozialismus, denn was der Marxismus uns zu Staat, Revolution, Sozialismus, Nation, Partei, Individuum, Frauenfrage, Religion und zu vielen anderen Dingen noch sagt, sei insgesamt sehr ärmlich, oder gar nicht vorhanden. Lange Zeit an die Universalität des Marxismus geglaubt zu haben, sei nichts gewesen als eine tiefe Illusion, und eine von denen, für die teuer bezahlt werden muß. Denn sie habe uns verdeckt, daß auf theoretischem Gebiet die Hauptsache noch zu tun bleibt.

Deshalb habe, *drittens*, die Krise des Marxismus sich in eine improvisierte und pragmatische Strategie umgesetzt. Ohne theoretische Vorräte hätten wir uns eingelassen auf die Fragen der Diktatur des Proletariats oder der Moral auf dem 22. Parteitag, auf die des Marxismus-Leninismus, der historischen Bilanz des Sozialismus oder der Selbstverwaltung (*autogestion*) auf dem 23. Parteitag. Unterschätzen wir nicht die Rolle dieser geistigen Verfassung für das Zurückweichen einiger Genossen vor der Aufgabe des ideologischen Kampfs: sie zögern umso mehr, sich zu engagieren, wie sie sich ihrer *Grundlagen* nicht sicher fühlen. Wie soll man die Moral haben in einem Klassenkampf, dessen nationale und internationale Intensität sich verdoppelt, wenn man zweifelt, daß unsere Untersuchungsweise der Realität eine objektive Leistungsfähigkeit be-

\* Gekürzte Fassung des Beitrags auf der ersten nationalen Tagung des Institut de Recherches Marxistes (IRM) am 1. — 2.12.1979 in Bobigny (vgl. den Kongreßbericht in *Argument* 120). Ins Deutsche übertragen von Thomas Laugstien und Eckhard Volker.

sitzt, und daß die Zukunft in jeder Weise dem Sozialismus gehört?

Ich meine, daß diesen drei Ideen wirkliche Probleme zugrundeliegen, die eine gemeinsame Vertiefung fördern. Aber ich bin weit davon entfernt, darin ebensoviele Anzeichen einer Zerfallskrise des Marxismus zu sehen und verstehe sie als die Auswirkung seiner *konstruktiven* Entwicklung seit den 60er Jahren, einer sicherlich ungleichen, unvollständigen, sogar widersprüchlichen Entwicklung, die mir aber bereits jetzt eine der fruchtbarsten Perioden seiner Geschichte zu sein scheint.

*Zum ersten Punkt.* Ist es wahr, daß die ehemalige Einheit des Marxismus im internationalen Maßstab »zusammengebrochen« sei? Ja, in einem bestimmten Sinne ist das wahr. Für die Kommunisten meines Alters, die den Marxismus zum Teil aus den Texten Stalins gelernt haben, aus den sowjetischen Handbüchern der Philosophie oder der Politischen Ökonomie, Welch eine Veränderung im Zeitraum eines Vierteljahrhunderts! Heute gibt es, in der Theorie genauso wenig wie in der Politik, weder ein Zentrum noch ein Modell. Jede Partei muß die Theorie von ihren eigenen materiellen und intellektuellen Bedingungen aus vorantreiben. Ist das eine Krise? Das ist im Gegenteil ein immenser Fortschritt. Es ist die Folge davon, daß in einer endlos wachsenden Zahl von Ländern die Zeit vorbei ist, wo zum Beispiel die kubanischen Genossen uns bitten mußten, Anfang der 60er Jahre, ihnen beim Aufbau ihrer Schulungskurse zu helfen. Was dadurch verschwunden ist, ist nicht die grundlegende Einheit des Marxismus, sondern im Gegenteil die von außen hereingetragene Einheit, die man nicht zögerte, uns als »Monolithismus« an den Kopf zu werfen.

Es ist wahr, daß sich diese Verwurzelung des Marxismus in allen Erdteilen nicht nur in einer bereichernden Vielfalt der Erfahrungen und Standpunkte niederschlägt, sondern auch in tiefgreifenden theoretischen Divergenzen. Sind diese Divergenzen größer als früher, wenn man hinter dem Stroh der Wörter betrachtet, was der Kern der Dinge zur Zeit der III. Internationale war? Ich würde es nicht beschwören. Aber sie sind viel besser zu sehen und haben viel mehr politische Bedeutung in dem Maße, wo sie die staatliche Politik von Parteien in Gang setzen, die sich an der Macht befinden. Es ist zum Beispiel klar, daß für den Marxismus die Tatsache, zur offiziellen Philosophie in einer Anzahl sozialistischer Länder geworden zu sein, eine objektive Grundlage theoretischer Divergenz mit denen darstellt, die, wie wir, der Meinung sind, daß der kritische Gehalt des Marxismus dadurch notwendig verlieren muß. Wie es ein Genosse aus einem sozialistischen Land sagte, der den antifaschistischen Kampf im Untergrund gekannt hat: Für uns konnte das *Manifest* zu lesen die Todesstrafe bedeuten; für unsere Kinder, es nicht gelesen zu haben, einmal Nachsitzen. Dieses Bonmot erfaßt besser als ein langer Diskurs die, in meinen Augen schwerwiegend deformierenden, Auswirkungen einer staatlichen Offizialisierung des Marxismus, die unsere Partei für sich ohne Vorbehalt zurückweist.

Andererseits wird nicht immer genügend berücksichtigt, daß, wenn wir mit dieser oder jener Partei Differenzen haben — wie, auf einer anderen Ebene, mit diesem oder jenem marxistischen Wissenschaftler — dies deshalb so ist, weil wir wesentliche *gemeinsame Grundlagen* haben, in Bezug auf welche wir divergieren. Das ist die Dialektik: Differenz gibt es nur, wenn es Identität gibt. Mit dem Großkapital haben wir keine Divergenz, sondern eine Rechnung zu begleichen. Gerade weil die Universalität des Marxismus weniger als jemals ein bloßes Wort ist, können wir die Demokratie zu einem universell notwendigen Bestandteil des Sozialismus machen. Sicher ist diese prinzipiell-

le Universalität heute noch keine faktische Universalität — wenn auch unsere Übereinstimmung mit mehreren Bruderparteien in diesem Punkt von großer Bedeutung sein mag. Aber wenn wir materialistisch denken, dürfen wir nicht glauben, daß die Zukunft in dieser Hinsicht vermauert ist. »Die Realität ist das beste Heilmittel für alle theoretischen Streitigkeiten«, sagte Lenin. Und heute durchdringen sich mehr und mehr die Notwendigkeit des Klassenkampfes und die Forderung der bis zum Ende getriebenen Demokratie. Das sind im Grunde die zwei universellen Elemente des wissenschaftlichen Sozialismus. Nehmen wir, so wie wir es tun, einen festen Klassenstandpunkt ein angesichts der Gegenoffensive des Imperialismus und stellen wir *gleichzeitig* die Demokratie ins Zentrum des Kampfes, dann halten wir die beiden Enden der Kette fest, dann kämpfen wir für einen überlegenen Zusammenhalt der internationalen kommunistischen Bewegung.

In diesem Sinne voranzuschreiten setzt voraus, daß man Divergenzen diskutieren kann — zwischen Parteien wie auch zwischen Wissenschaftlern — und daß infolgedessen ihr Vorhandensein nicht als unvereinbar gilt mit der Solidarität. Von diesem Standpunkt ist die gemeinsame Erklärung der KPDSU und unserer Partei von historischer Bedeutung. In der katastrophenhaften Vorstellung, die bestimmte Genossen über den Zustand des Marxismus in der Welt haben, geht in die Evidenz zu einem guten Teil die vom Großkapital organisierte Ignoranz bezüglich des intellektuellen Lebens der sozialistischen Länder ein. Wir sind noch viel zu »provinziell« im Fach Marxismus — und ein gewisses Pariser Flair fügt diesem Provinzialismus nichts Gutes hinzu. Sorgen wir dafür, daß in unsere theoretische Arbeit der Stil der internationalen politischen Aktivität der Partei einfließt und setzen wir dem Zittern und Stöhnen über die »internationale Krise«, die der Marxismus angeblich erfährt, den energischen Einsatz für seine Festigung entgegen.

*Zum zweiten Punkt.* Ist es wahr, daß der Marxismus nicht das vollendete Lehrgebäude ist, die Universalwissenschaft, zu deren Vorstellung wir einst neigten? Ja, das ist wahr. Wir haben die Idee aufgegeben, daß die »Klassiker des Marxismus« alles für uns gedacht hätten, von der Ökonomie bis zur Ästhetik, und daß nichts mehr bliebe, als ihre Lehre zu adaptieren und anzuwenden. Wir mußten uns ernsthaft mit der Tatsache vertraut machen, daß der Marxismus uns lehrt, die Fragen zu stellen, aber uns nicht im voraus alle Antworten gibt, daß die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft kein ein für allemal abgeschlossener Prozeß ist, sondern für jede Epoche ein neues Ziel. Ist das eine Krise? Auch das ist, im Gegenteil, ein immenser Fortschritt. Indem sie nicht mehr auf den Marxismus-Leninismus Bezug nehmen, haben unsere neuen Leitsätze deshalb, statt ein Zurückweichen anzuzeigen, eine tote Formel wiederbelebt, die hinter unserem lebendigen Denken und unserer lebendigen Praxis seit Jahren offen zurückblieb. Der Marxismus ist und wird niemals, in keinem Bereich, eine handbuchartige Doktrin sein. Indem wir das sagen, befinden wir uns wahrhaft auf der Linie von Marx und Lenin.

Heißt dies, daß der Marxismus sich theoretisch beschränkt, sich zu wenigen Dingen äußert, ja sogar auf eine bloße »geistige Haltung« reduziert? Überhaupt nicht. Indem wir die marxistische Theoriebildung hinter der bereits gebildeten marxistischen Theorie (*le marxisme constituant derrière le marxisme constitué*) wieder in Besitz nehmen, geben wir der marxistischen Philosophie, der marxistischen Geschichtskonzeption, dem wissenschaftlichen Sozialismus ihre ganze Fruchtbarkeit zurück, die eine Zeitlang durch

den Stalinschen Dogmatismus kompromittiert war. Ich füge hinzu, daß man, wenn man auf die wirklichen Vorgänge unter dem Schaum der herrschenden Ideologie achtet, allen Grund hat, die These eines Zurückweichens des Materialismus und der Dialektik im gegenwärtigen Prozeß der theoretischen Wissenschaften zu bestreiten. Darf ich daran erinnern, daß vor erst 25 Jahren Teilhard de Chardin starb, ohne die Veröffentlichung der Schriften erlebt zu haben, in denen er die katholische Kirche beschwor, endlich ihren Bannfluch gegen den biologischen Evolutionismus zurückzunehmen. Wie weit scheinen wir davon entfernt zu sein! Kaum ein Jahrzehnt ist es her, daß die Humanwissenschaften, durch die schillernde Mode des Strukturalismus hindurch, ihrerseits bedeutende Schritte auf den Materialismus zu machten. Dort liegt die große, allgemeine Tendenz des Erkenntnisprozesses.

Dies ist wohl der Grund für die Heftigkeit der internationalen Gegenoffensive der Großbourgeoisie im Bereich des Wissens selbst. Denn dies ist eine *Gegenoffensive*, ein Versuch, den offensichtlichen Rückzug der reaktionären Konzeptionen zu stoppen, sogar teilweise rückgängig zu machen. Warum so viele Anstrengungen, um unter den Wissenschaftlern den rückständigsten aller sektiererischen Irrationalismen zu verbreiten, wenn nicht, um dem neuen Bündnis zwischen Wissenschaft und materialistischer Philosophie entgegenzutreten. Warum so viele Anstrengungen, um neue epistemologische Idealismen zu propagieren, wenn nicht als Versuch, die Tragweite der konkreten Fortschritte des wissenschaftlichen Materialismus abzuschwächen oder zu annullieren, indem der objektive Wert der Wissenschaft bestritten wird. Warum diese Maßnahme des Giscardismus gegen den Philosophie- und Geschichtsunterricht, wenn nicht deshalb, weil letzten Endes dieser Unterricht sich gegen seine Ideologie wenden würde. Warum diese wütende Kampagne für die angeblichen natürlichen Ungleichheiten zwischen den menschlichen Wesen, wenn nicht deshalb, weil wir beigetragen haben zum spektakulären Rückzug der Vorurteile über die Unterlegenheit der Frauen und der Ungleichheit der Rassen als intellektueller »Begabungen«? Ja, auch im theoretischen Bereich neigt sich das Kräfteverhältnis, nicht ohne Verzögerungen und partielle Rückschläge, zugunsten der fortgeschrittenen Ideen, für die der Marxismus der Schrittmacher ist.

Wie können wir schneller und weiter vorankommen? Meiner Meinung nach, indem wir erkennen, daß das größte Hindernis *in uns selbst* liegt. In den letzten 20 Jahren mußten wir, häufig umhertastend und widersprüchlich, die umfassende und insgesamt fruchtbare Arbeit bewältigen, die dogmatische Konzeption des Marxismus, wie Gramsci sagte, kritisch zu zerstören. Das ist erreicht. Doch der Preis für diese Arbeit war, angesichts der Bedingungen, unter denen sie getan wurde, der fragmentarische, ja zersplitterte Charakter vieler unserer grundlegenden Vorstöße. Daher kommt bei manchen der Eindruck eines Ruinenfelds, wo es sich in Wirklichkeit um eine Baustelle handelt. Als Aufgabe stellt sich jetzt die Wiederherstellung einer *Gesamtkonzeption* des Marxismus, wie wir ihn praktizieren; dazu haben wir bereits die wesentlichen Materialien, haben wir genügend Kräfte — die Tage von Bobigny zum Thema »Forschung« haben das eindrucksvoll bewiesen.

Diese Gesamtkonzeption auf unserer neuen Grundlage wiederherzustellen, ist vor allem in der Philosophie besonders nötig, und zu diesem Ziel habe ich mir vorgenommen, einen persönlichen Beitrag zu leisten, als ich vor fünf Jahren eine Einführung in die marxistische Philosophie zu schreiben begann, die ich in diesen Tagen abschließen (Lucien Sève: *Introduction à la philosophie marxiste*. Paris, Editions Sociales, 1980). Ich

bin zutiefst überzeugt, daß wir jetzt an einem Punkt sind, an dem, gelingt uns die Synthese von allem, was wir in der vergangenen Periode erreicht haben, wir davon selbst beeindruckt sein werden. Und der Gedanke von der Krise des Marxismus wird lächerlich werden.

*Zum dritten Punkt.* Ist es wahr, daß die Strategie des 22. und 23. Parteitags in vielen Fragen unserer theoretischen Arbeit voraus ist? Ja, in der Tat. Und dadurch sind eine Reihe von theoretischen Problemen von nun an durch unsere Strategie selbst gestellt.

Doch das verlangt mehrere wesentliche Bemerkungen. Zunächst diese: wir haben nicht gesagt, wir hätten auf dem Gebiet der theoretischen Forschung in der vergangenen Periode nichts gemacht, was Bestand hat — denn das wäre nicht wahr. Der Gegner will dies gern glauben machen, und es gelingt ihm zum Teil — vielleicht sogar bei einigen Kommunisten — aufgrund »dieses hinterhältigen Totalitarismus, dessen absolute Waffe das Schweigen ist«, wie es der Parteitagsbeschluß nennt. (...) Ohne näher darauf einzugehen, möchte ich daran erinnern, daß wir uns in unserem politischen Vorgehen in so verschiedenen Fragen wie der des Staates oder der Bedürfnisse, des französischen Imperialismus oder der Frauenbewegung, des Reformismus oder der natürlichen »Begabung«, der Entwicklung des Sozialismus oder der Veränderung des Glaubens, wirklich auf eigene theoretische Reflexion stützen können. Und wie hat unsere Partei, lange vor allen anderen, die globale Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus erkennen und daraus wichtige Lehren ziehen können, wenn nicht, weil die Grundlagenforschung unserer Ökonomen uns dazu die Mittel geliefert hat? Ich sage das keineswegs, um die kritischen Bemerkungen des 23. Parteitags abzuschwächen. Im Gegenteil. Ich sage das, um zu unterstreichen, daß diese Bemerkungen nicht nur begründet, sondern realistisch sind. Weil wir von einer beträchtlichen theoretischen Arbeit ausgehen können, können wir uns vornehmen, noch viel mehr und besser zu arbeiten.

Doch es gibt noch einen anderen Gesichtspunkt. Die Schlussfolgerung, unsere Strategie sei improvisiert und pragmatisch auf Grund der Tatsache, daß sie in wichtigen Punkten unserer theoretischen Forschung voraus ist, impliziert eine ausgesprochen »archaisch-kommunistische« Vorstellung von der Politik, der Theorie und ihren Beziehungen. Das erinnert mich merkwürdigerweise an das, was man vor 30 Jahren bei Stalin lernte. Wasser kocht bei 100°, und deshalb muß man ein Revolutionär und kein Reformist sein, wenn man sich in der Politik nicht täuschen will. Die Politik wäre *abgeleitet* von der Theorie. An der Oberfläche. Denn in Wirklichkeit ist die Beziehung umgekehrt. Man muß Revolutionär und nicht Reformist sein, laßt uns deshalb die Tatsache festhalten, daß Wasser bei 100° kocht und nicht die Tatsache, daß es auch langsam bei normaler Temperatur verdunsten kann. Die Theorie hätte die Politik *zu rechtefertigen*. Bedauert man diese doppelte verhängnisvolle Beziehung, wenn man von »Krise des Marxismus« spricht? — Der 23. Parteitag und die Rede von Francette Lazard zur Gründung des IRM — und hier handelt es sich um einen enormen Fortschritt — haben die Beziehungen zwischen Theorie und Politik in sehr viel dialektischeren Begriffen formuliert. Die Ausarbeitung unserer Strategie hat *in sich* eine theoretische Dimension, die der wissenschaftlichen Praxis. Deshalb begünstigt und fordert sie zugleich den theoretischen Fortschritt. Die Partei hat deshalb das Bedürfnis, über spezifische Mittel zur Forschung zu verfügen, von denen sie, wie der Parteitagsbeschluß formuliert, originelle Weiterentwicklungen erwartet, deren spezifischen Rhythmen und Methoden sie weder vorgegreift noch vorschnell beurteilt; weder Zwang noch Verbot.



(...) *Ich ziehe die Schlußfolgerung.* Von »Krise des Marxismus« zu sprechen, bedeutet meiner Meinung nach, eine falsche Antwort auf reale Probleme zu geben. Wir leben im Zeitalter der Revolutionen und der lebendige Marxismus ist deren zugleich kritische und schöpferische Seele. Der Vorschlag von Joliot-Curie auf unserem 14. Parteitag 1956, in einer ganz anderen Situation, behält seine Richtigkeit. Er sagte: von allen Seiten fordert man uns, die kommunistischen Intellektuellen, auf, uns zu befreien. »Befreit-Euch, und sei es in einem Schrei«. Doch wovon sollen wir uns denn befreien? Ich habe mich nie so frei gefühlt.

ARGUMENT  
SONDERBAND  
AS 51

Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Kampf der Blöcke um Sozialpolitik, Gewerkschaften, Medien usw. Handlungschancen der Linken. Greven, Haug, Kröll, Krumbein, Offe u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)



Brechts Beitrag zum Marxismus; Literaturtheorie; Widerspruchskunst des Volker Braun. Bearbeitungstechnik, Lehrstückpraxis. Biermanns Vertonungen. Haug, Hermand, Knopf, Wekwerth u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

ARGUMENT  
SONDERBAND  
AS 42

Demnächst: Musik 50er Jahre Dessau/Lukullus-Debatte. Neubayreuth. Avantgarde. Henze-Interview. Cool Jazz. Musikpädagogik und U-Musik. Rock'n'Roll.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Michael Ernst-Pörksen

## Neue Beiträge für eine demokratische Alternative in der Wirtschaftspolitik

Die erste Hälfte dieses Jahres hat einige wichtige Veröffentlichungen zur Diskussion um Alternativen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gebracht, in denen vor allem eines deutlich wird: die Diskussion hat sich politisch wie thematisch verbreitert und bringt innerhalb des erweiterten Themenspektrums differenziertere Analysen zu Einzelaspekten hervor. Es sind vor allem vier Veröffentlichungen, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind: Das *Memorandum 1980*<sup>1</sup>, das fünfte seit 1975, liegt in einer äußerst umfangreichen Fassung vor. In seinem ersten Teil werden — vergleichbar mit den bisherigen Memoranden — in einem kurzen Manifest die gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen in der BRD skizziert und Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgetragen. Im zweiten — umfangreicheren — Teil finden sich eine ganze Reihe detaillierter Analysen zu den Themen Arbeits- und Lebensbedingungen in der BRD, Unternehmensstrategien, Monopolisierung, langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation, Ökonomisierung der Staatstätigkeit, Situation der Frauen in der BRD, Arbeitsmarktpolitik, Staatsverschuldung, Subventionspolitik, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik, sektorale und regionale Strukturpolitik und zur Frage selektiver Preiskontrollen. Diese Beiträge stellen in ihrer Gebündeltheit und in ihrer inhaltlichen Verknüpfung eine Weiterentwicklung der Arbeit des Memorandumskreises dar und geben damit zugleich der Diskussion um demokratische Alternativen neue Impulse. Die Kontroverse kann nun in weitaus stärkerem Maße als vorher in den konkreten Einzelaspekten geführt werden, die theoretische Fundierung der Memoranden ist offener als zuvor niedergelegt, im Detail zu diskutieren. Gleichzeitig — und dies ist vielleicht der wichtigste Aspekt — können die dargelegten Positionen in der innergewerkschaftlichen Diskussion im einzelnen nachvollzogen und dort deshalb mit mehr Nachdruck in der vorgelegten oder in einer durch die Kontroverse veränderten Form verankert werden.

Die *Sozialistischen Studiengruppen* haben Anfang des Jahres eine Broschüre herausgegeben, in der sie »Programmatische Leitsätze« zu einer »Sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik« — so der Titel der Broschüre<sup>2</sup> — entwickelt haben. Wenn auch die »Leitsätze« nur sehr bedingt zur Diskussion um Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der BRD beitragen<sup>3</sup>, so kommt ihnen doch in zweierlei Hinsicht Bedeutung zu: einmal belegen sie, daß sich die Einsicht in die politische Notwendigkeit der Entwicklung positiver Alternativen innerhalb der Linken mehr und mehr durchsetzt und zweitens wird deutlich, daß gerade der Frage der mittel- und langfristigen Orientierung in der Debatte um demokratische Alternativen zukünftig stärkeres Gewicht beizumessen ist.

Die Zeitschrift *Das Argument* setzt mit ihrem zweiten Sonderband zum Thema die Kontroverse um zentrale Aspekte alternativer Wirtschaftspolitik fort.<sup>4</sup> Von den Autoren, die jeweils unterschiedlichen Positionen in der Debatte (Memorandum, Arbeitskreis Politische Ökonomie, Wirtschaftspolitische Abteilung des DGB-Bundesvorstands) bzw. differierenden wissenschaftlichen Grundpositionen (im Spektrum Marx-Keynes) zuzuordnen sind, behandeln Fragen der politischen Durchsetzung demokratischer Al-

ternativen (R. Henschel, O. Demele, D. Eißel, K.-E. Lohmann, J. Huffschnid), der Wirkungsweise keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik (H. Baisch, D. Vesper, M. Krüger) sowie Probleme der Staatsverschuldung (U. Geipel, M. Ernst-Pörksen, M. Krütke).

Das April-Heft der *WSI-Mitteilungen*<sup>3</sup> beschäftigt sich ebenfalls mit zentralen Aspekten alternativer Wirtschaftspolitik. Das Heft enthält Beiträge zum Zusammenhang von Konzentration, Profitratendifferenzierung und Krise, zum Verhältnis von Produktions- und Produktivitätswachstum als Element der Krisenerklärung, zur Rolle des Staats im ökonomischen Prozeß sowie zur Frage gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen im Kampf um die Durchsetzung demokratischer Alternativen der Wirtschaftspolitik. Die Beiträge dieses Heftes sollen auf den folgenden Seiten im einzelnen dargestellt werden.

### Konzentration-Profitratendifferenzierung-Krise

G. Brosius, J. Huffschnid und H. Schui — drei Autoren des Memorandumkreises — analysieren in ihrem Beitrag »Theoretische und empirische Aspekte des Zusammenhangs von Monopolisierung und Verlauf der Krise seit 1973« die kausale Verknüpfung von Monopolisierung und Krise(nverlauf) in der BRD.

Zunächst stellen die Autoren zwei unterschiedliche Ursachentypen der Krise vor: »nämlich (a) eine zu geringe Profitrate bei Vollauslastung der Kapazitäten oder (b) eine unzureichende Nachfrage« (S.187). Die zu niedrige Profitrate unter (a) ergibt sich aus einem wachsenden Kapitalkoeffizienten. Mit dessen Steigen wächst nach Auffassung der Autoren auch das unternehmerische Investitionsrisiko, was seinerseits wieder die Investitionsgüternachfrage reduziert. Die nicht geräumten Gütermärkte führen zum preissenkenden Konkurrenzkampf und auf diese Weise zur wertmäßigen Verringerung des Kapitalstocks, sodaß ein Anstieg der Investitionsgüternachfrage möglich wird. Ganz anders beim Krisentyp (b). Hier ist eine zu hohe Profitrate die Krisenursache. Sie führt zu Investitionen, die auf eine Konsumnachfrage gerichtet sind, die aufgrund der durch die hohe Profitrate zurückgedrängten Lohnrate nicht realisiert werden kann. Die sich daraus ergebende Überkapazität führt zur sinkenden Investitionsgüternachfrage. Die gesunkene Profitrate ist hier also *Folge* der zu geringen Konsumnachfrage.

Die zunehmende Monopolisierung bringt nun nach Meinung der Autoren nicht einen neuen Krisentyp hervor, sondern macht den Typ (b) zum vorherrschenden: »Monopolisierung bewirkt, daß sich die Krisenursachen von Verwertungsschwierigkeiten (zu geringe Profitrate) zu Realisierungsschwierigkeiten (Absatzprobleme) verlagern.« (S.189) So wird auch die jüngste Krise in der BRD auf eine zu geringe Konsumnachfrage zurückgeführt. Allerdings tun sich Brosius *etc.* beim Nachweis dieser These schwer, reduzieren ihre Aussage schließlich darauf, daß sie »weniger spekulativ« (S.192) erscheint.

Wenn die Monopolisierung auch keinen neuen Krisentyp schafft, so verändert sie jedoch erheblich die Gestalt von Auf- und Abschwung. Im Abschwung erschwert sie den Preisverfall und damit auch die Aufwertung der Konsumnachfrage. Gleichzeitig verstärkt die Krise Konzentrationseffekte; weil im nicht-monopolisierten Bereich mit geringeren Profitraten gearbeitet wird, die Krise hier zu zahlreicheren Insolvenzen führt. (Leider gehen die Autoren an dieser Stelle nicht auf die empirischen Untersuchungen ein, die zu entgegengesetzten Ergebnissen führen. Der Hinweis allein, daß es solche ja

geben müsse, weil die herrschende Klasse im Sinne der Systemstabilisierung solcher Untersuchungen bedarf (vgl. S.193), ist nicht nur unzureichend, sondern ärgerlich obendrein, weil er wissenschaftliche Ansätze unbesehen in »gute« und »böse« einteilt, konträre Positionen als »der Sache« feindlich desavouiert.)

Im Aufschwung lassen die hohen Gewinne eine nur mangelhafte Expansion der Binnenmärkte zu, weil sie nur geringe Lohnsteigerungen ermöglichen. Das Zurückbleiben der Investitionsnachfrage hinter der Gewinnentwicklung ist dabei vor allem auf das Verhalten der Großunternehmen zurückzuführen, während die kleineren Unternehmen des nicht-monopolisierten Sektors bei relativ niedrigeren Gewinnsteigerungen erheblich größere Zuwachsraten bei den Investitionen aufweisen. Weil für einen zügigen Aufschwung aber das Investitionsverhalten der Großunternehmen als entscheidend anzusehen ist, verweisen die Autoren abschließend auf die Notwendigkeit einer nachfrage- statt der bisher vor allem angebots- bzw. gewinnorientierten Konjunkturpolitik.

In ihrem Beitrag »Konzentration als Ursache von Profitratendifferenzen?« kritisieren E. Altvater, J. Hoffmann und C. Maya einige zentrale Thesen der neueren Monopoltheorie, die z.T. auch Eingang in die Memoranden gefunden haben.

Erstens gehen die Autoren davon aus, daß die Profitratendifferenz nicht allein durch Marktmacht bedingt ist, weil die Profitrate in erheblichem Maße von »produktionsstrukturellen Entwicklungen« (S.199) abhängig ist, als da sind: die Arbeits- und Kapitalproduktivität, die potentielle Kapitalproduktivität, der Auslastungsgrad und die Lohnstückkosten. Auch die Mobilitätsschranken, die u.U. die Erhaltung überdurchschnittlicher Profitraten gewährleisten, werden z.T. auf die jeweiligen Produktionsbedingungen zurückgeführt (dies allerdings nicht im Gegensatz zur Monopoltheorie).

Zweitens wird — insbesondere mit dem Verweis auf »die Weltmarktskonkurrenz« (S.200) — die dauerhafte Verfestigung der Profitratenstruktur bestritten.

Drittens versuchen Altvater etc. in Anlehnung an *Saß*<sup>6</sup> nachzuweisen, daß Kapitalrentabilität und Konzentrationsgrad, wenn überhaupt, dann eher negativ korreliert sind. Dabei kritisieren sie die Untersuchungen der »Arbeitsgruppe Großunternehmen«<sup>7</sup>, die einen dauerhaften Profitratenvorsprung der Großunternehmen empirisch nachzuweisen versucht, in drei Punkten:

1. Die untersuchten Großunternehmen könnten nicht umstandslos mit 'Monopolen' gleichgesetzt werden.
2. Die Großunternehmen würden in der Untersuchung nicht weiter aufgesplittet in große Stamm- und kleinere angeschlossene Unternehmen, sodaß über die Profitquelle der Gesamtunternehmen nur bedingt Aussagen gemacht werden könnten.
3. Weltmarktprozesse seien ausgeklammert.

Die Ursache für die »eher negative« (S.205) Korrelation von Kapitalrentabilität und Konzentrationsgrad sehen Altvater etc. mit Bezug auf *Saß* vor allem in dem meist höheren Lohn- und Gehaltsniveau der Großunternehmen, der geringeren Umschlagsgeschwindigkeit des eingesetzten Kapitals und der höheren Kapitalintensität. Der höhere Anteil des Fixkapitals in den Großunternehmen trage auch mit dazu bei, daß eventuelle positive Profitratendifferenzen im Sinne der Monopoltheorie nicht dauerhaft sein könnten: solche Unternehmen könnten bei Nachfrageverschiebungen nur unter erheblichen Schwierigkeiten aus der Branche aussteigen, wenn sie auch über erhebliche Summen von Geldkapital verfügen.

Weil die Profitratenstruktur »eher den produktionsstrukturellen Unterschieden zwischen den Branchen als den Konzentrationsgraden« folge (S.205), müsse — so die wirtschaftspolitische Konsequenz der Autoren — eine alternative Wirtschaftspolitik »an den Bedingungen des Produktionsprozesses (durch Arbeitszeitverkürzung, Technologie- und Investitionskontrolle, Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen) ange setzt werden (...), um die Investitionstätigkeit anzukurbeln« (ebd.). Wenn auch am Ende noch einmal gegen das Memorandum polemisch gewendet wird, man teile nicht »die Hoffnung« auf produktionsstrukturelle Effekte bloßer Nachfrageausweitungen, so liegen gerade hier, in der Ablehnung isolierter Nachfragepolitik, zwischen *Altwater etc.* und dem Memorandumskreis die geringsten Differenzen.

### Staat und ökonomischer Prozeß

In ihrem sehr interessanten Beitrag äußern sich *G. Böttger* und *K. Gretschmann* zu den »ökonomische(n) und politische(n) Implikationen einer mittelfristigen Erhöhung der Staatsquote«.

Sie bereiten zunächst einmal der Mär vom wachsenden Moloch Staat ein Ende, indem sie zeigen, »daß die reale Versorgung mit öffentlichen Gütern langfristig zurückgegangen ist« (S.218). Die öffentliche Diskussion wird deshalb von der Frage nach den Obergrenzen staatlicher Aktivität auf das Problem »der versorgungs- und damit legitimationsrelevanten Untergrenze« (ebd.) zu verlagern sein.

Gründe für das Absinken der realen Staatsquote sehen die Autoren einmal in einem »Preiseffekt«, der sich im stärkeren Wachstum der Inflationsrate bei staatlich nachgefragten Gütern niederschlägt, zum anderen in einem »Struktureffekt«, bei dem die Kostenbelastung der Staatshaushalte wegen des dort vergleichsweise geringeren Wachstums der Arbeitsproduktivität ständig ansteigt. Ergibt sich so aus der Preisbetrachtung allein ein längerfristiges Zusteuern der nominalen Staatsquote auf eine fiskalisch bedingte Obergrenze (was noch näher zu belegen wäre), so »droht die reale Quote schon auf mittlere Frist einer unteren versorgungspolitischen Grenze zuzulaufen« (S.219).

Die notwendige Erhöhung der Staatsquote darf nach Meinung der Autoren jedoch nicht auf eine auf private (Markt-)Initiative setzende Wachstums- und Beschäftigungspolitik beschränkt bleiben, weil diese gegenwärtig Gefahr läuft, die Entwicklung eines Produktionspotentials zu forcieren, dessen Beschäftigungswirksamkeit sinkt. Stattdessen muß sich die Staatsquotenerhöhung »von der unmittelbaren Anbindung an Marktprozesse und -erfordernisse lösen« (S.221), muß bedarfs- und beschäftigungswirksam *zugleich* sein (als Beispiele führen die Autoren die Bereiche Umweltökonomie, Wohnraumsanierung und Lärmschutz an), »so daß ein bedarfsgeleiteter qualitativer Wachstumspfad beschritten werden kann« (S.221).

Als Finanzierungsinstrument einer Staatsquotenerhöhung bietet sich zunächst die weitere Staatsverschuldung an, die das gegenwärtige, in der Struktur der Investitionsprozesse angelegte »chronische Übersparen« (S.223) der privaten Haushalte und der Unternehmen absorbiert: »Permanentes 'deficit spending' wird (...) zur Grundbedingung der Entwicklung reifer, tendenziell 'kapitalgesättigter' Volkswirtschaften.« (ebd.) Das Dilemma, das mit den Negativwirkungen der Staatsverschuldung entsteht, die gerade diejenigen belasten, auf die eine sozial orientierte Finanzpolitik gerichtet ist, wird von den Autoren leider nur benannt, nicht aber entfaltet. Es wäre interessant, zu sehen, wie weitgehend diese Negativwirkungen von *Böttger/Gretschmann* eingeschätzt werden.

Abschließend reißen die Autoren Fragen der politischen Durchsetzbarkeit einer Staatsquotenerhöhung an, als deren Träger sie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften benennen. Wichtig ist ihnen, bürokratische Erstarrung eines erweiterten Staatssektors durch demokratische Mitwirkung der gesellschaftlichen Gruppen bei Planung und Durchführung staatswirtschaftlicher Politik zu verhindern, etwa in Form von Wirtschafts-, Sozial- und Strukturträgen.

Den »Versuch einer Klärung der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Konjunkturpolitik« unternimmt G. Müller in seinem Beitrag »Die Rolle der staatlichen Konjunkturpolitik bei Entstehung und Verlauf der Krise seit 1973«.

Dabei kritisiert er »zwei Versionen« der Theorie der Überakkumulation: Die Variante, nach der Kapital in Relation zur Nachfrage überakkumuliert wird, kann seiner Auffassung nach die jüngste Krise der BRD-Wirtschaft nicht erklären. Der Kapitalstock sei 1969 real nur um 4,8 % und 1970 um 6,0 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum sei der private Verbrauch um 7,9 % bzw. 7,3 % gestiegen, die geschaffenen Kapazitäten also auslastbar gewesen. Allerdings ist dieser Hinweis Müllers wenig hilfreich, weil es gerade darum geht, die *mittelfristigen* Kapazitätseffekte der Kapitalakkumulation zu Beginn der 70er Jahre mit der Mitte dieses Jahrzehnts einsetzenden Krise in Verbindung zu bringen. Aber auch die zweite Variante der Überakkumulationsthese, nach der Kapital in Bezug auf den realisierbaren Profit überakkumuliert wird, lehnt Müller als Erklärung gegenwärtiger Krisenerscheinungen ab. Allerdings belegt er diese Ablehnung allein damit, daß die Umverteilungsprozesse (zugunsten der Löhne) bis 1973 nicht »so gravierend« waren, »daß die Krise als Krise der Kapitalakkumulation folgen mußte« (S.177). Müller scheint hier die *Profitrate* als Rentabilitätsmaß mit der *Profitquote* zu verwechseln, die als Verteilungsmaß gilt.

Durch den gesamten Beitrag Müllers zieht sich die These, die Krise der 70er Jahre finde ihre Ursache in der restriktiven Wirtschaftspolitik von Bundesbank und Bundesregierung: Geldverknappung und Stabilitätzuschlag, Investitionssteuer und Haushaltsüberschuß haben ihm zufolge die Krise 1973 eingeleitet, deren weiterer Verlauf bloß die »endogene Reaktion« auf die »durch die Konjunkturpolitik geschaffenen Kontraktionseffekte« (S.180) darstellt. Die endogene Krisenlösung hätte ebenfalls nur bei einer Aufgabe der Restriktionspolitik der Bundesbank Platz greifen können. Der Produktionsaufschwung mußte sich *gegen* die geld- und finanzpolitischen Kontraktionseffekte (z.B. 1976/77) durchsetzen. Die expansiven Impulse der Staatshaushalte waren zu gering. Auch von der Struktur her waren diese falsch ausgerichtet, setzten zu stark auf Gewinnsubvention, die bei unausgelasteten Kapazitäten keine beschäftigungserweiternden Investitionen hervorrufen konnte.

Müller kritisiert gleichzeitig die Memorandumsthese von der monopolistischen Produktionszurückhaltung, setzt ihr die Überlegung entgegen, unausgelastete Kapazitäten führten immer zu Investitionsartentismus, nicht nur im Monopolbereich. Müller übersieht hier, daß es dem Memorandum gerade darauf ankommt, die Nichtauslastung der Kapazitäten über die Spezifik monopolistischer Preis-Mengen-Politik zu *erklären* und nicht erst an der existierenden Unterauslastung ansetzen.

Ansätze für eine alternative Wirtschaftspolitik sieht der Autor bei *Keynes*. Zwar sei eine expansive Haushaltspolitik »inzwischen haushalts- und preispolitisch fraglich« (S.184), die Arbeitslosigkeit gegenwärtig eher durch Arbeitszeitverkürzungen zu bekämpfen. Generell aber sei die keynesische Theorie durch die ökonomische Entwicklung

der letzten Jahre bestätigt. Allerdings — so meine ich — steht Müllers Position ganz im Gegensatz zu Keynes, bei dem Krisen nicht bloß 'endogen verstärkt', sondern vor allem endogen *ausgelöst* werden, während Müller — eher neoklassisch — über 'exogene Schocks' argumentiert. Wie dem auch sei: Müller erwartet von einer keynesschen Konjunkturpolitik allein nicht die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in absehbarer Zeit, hält sie aber bei finanzierungstechnischer Verbesserung als Element einer Vollbeschäftigungspolitik für unabdingbar.

### Wachstum der Arbeitsproduktivität und Produktionswachstum

Einem ganz anderen Erklärungsmuster folgt R. Henschel. Unter dem Titel »Arbeitslosigkeit, Folge einseitig quantitativ orientierter Wachstumspolitik« benennt er als zentrale Ursache der BRD-Krise die Schere zwischen »nachfragebedingtem Produktionswachstum und technologisch bedingter Steigerung der Arbeitsproduktivität« (S.209). Dafür, daß diese Schere gerade in den 70er Jahren für die BRD krisenerzeugend wurde, führt Henschel drei Gründe an:

1. In den 50er Jahren überstieg das Produktionswachstum noch das Wachstum der Arbeitsproduktivität.
2. Seit Beginn der 60er Jahre blieb zwar das Produktionswachstum schon hinter dem der Arbeitsproduktivität zurück. Weil sich aber das Arbeitsvolumen mit der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche drastisch verringerte, wurde nicht nur Arbeitslosigkeit verhindert, sondern sogar zusätzliche — aus dem Ausland angeheuerte — Arbeitskraft erforderlich, um den wachsenden Kapitalstock auszulasten.
3. Die zweite Hälfte der 60er Jahre brachte dann noch einmal eine Verringerung des Arbeitsvolumens durch den demographisch bedingten Rückgang der Erwerbstätigenzahl.

All diese Faktoren fielen bis Mitte der 70er Jahre weg. Massenarbeitslosigkeit war die Folge. Der Diagnose Henschels — bei der ungeklärt bleibt, wodurch die »Schere« eigentlich zustande kommt und warum sie als überzyklisches Phänomen zu behandeln ist — entspricht die vorgeschlagene Therapierung, die auf Reduzierung des Arbeitsvolumens durch Arbeitszeitverkürzung und spezifische Nutzung des technischen Fortschritts zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ohne Steigerung der statistisch gemessenen Arbeitsproduktivität beruht.

Ein weiteres Problem sieht Henschel in der zunehmenden Starrheit des Produktionsapparats, die sich durch kapitalintensive Formen des technischen Fortschritts ergibt. Dieser Starrheit des Produktionsapparats steht die wachsende Flexibilität der Nachfrage gegenüber. Folge dieser Struktur ist erstens Inflation (weil Nachfragerückgang in einzelnen Sektoren nicht zu Preissenkungen führt, Nachfragesteigerung in anderen Sektoren aber Preiserhöhungen nach sich zieht) und zweitens ein Abflachen der Wachstumsrate bei marktnachfrageabhängiger Produktion. Hier gilt es, Henschel zufolge, eine vorausschauende Strukturpolitik und eine Ausweitung des öffentlichen Sektors durchzusetzen, um die Beschäftigungsrisiken der beschriebenen Widerspruchsstruktur abzuwenden.

Eher hölzern ist Henschels Kritik an SVR und Memorandum. Widersinnig vor allem seine Ausführungen zur Entideologisierung der Debatte (S.206f.): Wäre die Position des SVR »richtig«, so schreibt er, dann wären seine Vorschläge auch für die Lohnabhängigen akzeptabel. Wären sie »falsch«, könnten auch Unternehmer keinen Vorteil in ih-

nen sehen. Umgekehrt bei den Memoranden: »richtige« Therapievorschläge mustren auch von den Unternehmern mit Zustimmung bedacht werden, »falsche« Aussagen könnten den arbeitenden Menschen auch nicht helfen. Einen Sinn ergeben diese Überlegungen uneingeschränkt nur für den zuletzt angeführten Zusammenhang: gut gemeinte, aber sachlich falsche Ratschläge können der Sache der Lohnabhängigen nur Schaden zufügen. Aber: der wissenschaftliche Nachweis der Notwendigkeit der Vergewaltigung wichtiger Industriebereiche wird, selbst wenn er »richtig« wäre, die Unternehmerverbände kaum begeistern können. Umgekehrt »nutzen« der herrschenden Klasse seit je her »falsche« Theorien, auch wenn sie selbst daran zu glauben gedenkt. Den Werk-tätigen allerdings ist mit der Fügung in kapitalistische Sachzwänge wenig geholfen, auch wenn sie »richtig« analysiert sind.

### Gewerkschaftlicher Handlungsrahmen

Kennzeichnend für relevante Bereiche der Diskussion um wirtschaftspolitische Alternativen und hier insbesondere um Fragen der gewerkschaftspolitischen Strategie ist, da der Hinweis *M. Helfert*, Gewerkschaftspolitik finde immer im konkreten politischen Raum statt und verfüge nur um begrenzte Einflumoglichkeiten, alles andere als einen Gemeinplatz darstellt. In seinem Beitrag »Einige Fragen zur Umsetzung gesamtwirtschaftlicher Erkenntnisse« versucht *Helfert*, diese Handlungsbedingungen zu analysieren. Er bemängelt zu Recht, da in der auf Arbeiterinteressen zielenden Politikberatung die politischen Umsetzungsprobleme allzu oft ausgeblendet werden. Oft wird vorausgesetzt, gewerkschaftliches Handeln sei, unabhängig von Zeit und Raum, autonom veränderbar. Konsequent ist dann die Vorstellung, dieses Handeln sei durch wissenschaftliche Argumentation unmittelbar zu beeinflussen. Übersehen wird dabei vor allem das politische Gewicht aller Formen von Alltagsbewutsein. Übersehen wird, da Vorschläge und Forderungen an gewerkschaftliches Handeln nicht nur die »Stäbe« der Organisation überzeugen müssen, sondern vor allem die Masse der Mitglieder, die es zu mobilisieren gilt.

*Helfert* macht deutlich, da Handlungsbeschränkungen auf allen Ebenen der Gewerkschaftspolitik zu berücksichtigen sind: auf der Ebene der Betriebs- und Tarifpolitik, wo der Gegenstand der Auseinandersetzung am konkretesten ist, die Auseinandersetzung selbst aber am stärksten reglementiert und verrechtlicht; auf der staatlichen Ebene, wo zwar einzelne Bereiche — wie die Forschungs- und Technologiepolitik — mehr Raum für gewerkschaftliche Forderungen eröffnen als z.B. die Wirtschaftspolitik, wo aber wiederum die Vermitteltheit staatlichen Handelns selbst zur Grenze gewerkschaftlicher Eingriffspotenz wird. (*Helfert* weist hier auf das Beispiel der Forschungsprojekte hin, über die staatlicherseits unter dem Etikett der »Humanisierung der Arbeitswelt« Rationalisierungsmanahmen gefördert werden, die sich unmittelbar gegen die Beschäftigten richten.)

Auch in der innergewerkschaftlichen Diskussion zeigen sich Restriktionen der Politikberatung häufig gerade dann, wenn gewerkschaftlich orientierte Wissenschaftler an der Gewerkschafts*programm*atik ansetzen: gewerkschaftliche Forderungen (»Recht auf Arbeit« etc.) werden in wissenschaftlich ableitbare Systemstrukturen projiziert, die in ihrer Entwickeltheit über gegenwärtige Gewerkschaftspositionen wiederum zu weit hinausgehen, als da sie Mobilisierungskraft gewinnen könnten.

Allerdings — und dies bleibt bei *Helfert* unangesprochen — mu die Diskussion



nicht allein um das Ausloten gewerkschaftspolitischer Handlungsspielräume geführt werden, sondern auch darum, ob und inwieweit der gewerkschaftliche Handlungsrahmen für fortschrittliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausgeschöpft wird, und wenn nicht — was mir für die BRD keine sehr gewagte These zu sein scheint —, wie die Ursachen zu benennen sind, wie Abhilfe zu schaffen ist.

R. Kuda beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Zusammenhang von »Tarifpolitik und Beschäftigungskrise«. Keinen Zweifel läßt er zunächst an dem nach wie vor bestehenden beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf und kontrastiert das in der BRD als politisches Programm verankerte Recht auf Arbeit mit dem andauernden Zustand der Unterbeschäftigung.

Die 77er DGB-Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung (qualitatives Wachstum, soziale Produktivitätskontrolle, Arbeitszeitverkürzung) verknüpft er mit einer gesellschaftlichen Systemstruktur, in der die unternehmerische Verfügungsgewalt über Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit weiter eingeschränkt ist. Die Durchsetzung eines solchen Zustands setzt jedoch die »Aktualisierung von (...) Übergangsforderungen« (S.226) voraus. Dieser aber stehen subjektive Schranken entgegen, die eine Übernahme solcher Forderungen erschweren: »Damit stellt sich zwangsläufig die Frage, woher die Initialzündung für die wenigstens partielle Überbrückung der Kluft zwischen objektivem Handlungsbedarf und subjektiven Handlungsmöglichkeiten kommen soll.« (S.227) Kuda zufolge kommen hier weder die arbeitslosen Betroffenen selbst in Frage, weil sie kaum organisierbar und nur wenig konfliktfähig sind, noch der Staat, der gegenwärtig eher für Kapitalinteressen mobilisierbar ist als für die Interessen der Lohnabhängigen.

Damit von den Gewerkschaften die geforderte Initialzündung ausgehen kann, muß auf Instrumente gesetzt werden, die Koordinierungsprobleme (einheitliche Willensbildung, gemeinsame Prioritätenbildung) und Beteiligungsprobleme (umfassende Information und Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären) gleichermaßen lösen. Kuda hält hierfür die Tarifpolitik am ehesten geeignet, weil sie unter dem Gesichtspunkt der Koordinierung gewerkschaftlicher Politik der Betriebspolitik und unter dem Aspekt der Beteiligung isolierten Forderungen an den Staat vorzuziehen ist. Allerdings zeigt sich bei der Tarifpolitik, daß dort, wo die Beteiligungsbereitschaft der Mitglieder gegenwärtig am größten ist — bei »qualitativen« Forderungen, wo auch der gesellschaftspolitisch wichtigste Ansatzpunkt liegt — auch der stärkste Widerstand der Unternehmerverbände zu finden ist (siehe »Tabu-Katalog«).

Als wichtigste Konsequenzen aus den jüngsten Metall-Tarifkonflikten, 1978 in Nordwürttemberg/Nordbaden (Rationalisierungsschutz) und 1977/78 in Nordrhein-Westfalen (Arbeitszeitverkürzung), nennt Kuda

- die frühzeitige, umfassende Diskussion und Begründung tarifpolitischer Überlegungen und Entscheidungen an der Basis und im Funktionärskörper,
- die frühzeitige Abstimmung des taktischen Vorgehens,
- die mittelfristige Abstimmung grundsätzlicher Prioritätenbildung im Bereich der tarifpolitischen Forderungen,
- die Intensivierung des Kampfes gegen die Aussperrung,
- die Ergänzung der herkömmlichen Handlungsmöglichkeiten durch Solidaritätsdemonstrationen und den gezielten Einsatz des Warnstreiks bereits in der Verhandlungsphase.

— die Notwendigkeit, auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit während und nach tarifpolitischen Auseinandersetzungen stärkeres Gewicht zu legen.

Abschließend weist *Kuda* darauf hin, daß die Abnahme staatlicher Reformbereitschaft zu einer doppelten Konsequenz führt: Einerseits bleibt die Überwindung konjunktureller und struktureller Beschäftigungsprobleme Aufgabe der politischen Instanzen. Andererseits ist gerade der Kampf um qualitative, gesellschaftspolitisch relevante Forderungen geeignet, Einsicht in die Grenzen einer ausschließlich tarifpolitischen Interessenvertretung und die Notwendigkeit umfassender politischer Interessenvertretung und gesellschaftspolitischen Engagements zu vermitteln.

Insgesamt läßt sich feststellen: Die Auswahl der Themen dieses WSI-Heftes sowie die Qualität der Beiträge im einzelnen machen deutlich, daß die Diskussion um demokratische Alternativen der Wirtschaftspolitik voran gekommen ist, sowohl hinsichtlich ihrer politischen und thematischen Breite als auch in der Qualität der Auseinandersetzung. Gleichzeitig wird spürbar, daß die innergewerkschaftliche Diskussion zu diesem Thema mit weit mehr Intensität und höherem Niveau geführt wird, als dies gemeinhin angenommen wird.

### Anmerkungen

- 1 Memorandum 1980. Köln 1980
- 2 Sozialistische Studiengruppen (SOST), Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hamburg 1980
- 3 Ernst-Pörksen, M., »Alternative Wirtschaftspolitik« und »Alternativer Typ ökonomischer Entwicklung«, in: Argument-Sonderband AS 52: Alternative Wirtschaftspolitik 2. Berlin 1980
- 4 Ernst-Pörksen/Hosfeld-Guber/Lohmann (Red.), Alternative Wirtschaftspolitik 2. Argument-Sonderband AS 52. Berlin 1980
- 5 WSI-Mitteilungen, Heft 4/80, April 1980
- 6 Saß, P., Das Großkapital und der Monopolprofit, Hamburg 1978
- 7 Fließhardt, P., u.a., Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie, Köln 1977



Adressat, politische Grundlagen der Memoranden. »Alternative Utopie« oder »Systemüberwindung«; Konzeption der CDU/CSU. Nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik. Finanzierung expansiver Staatshaushalte.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Ulrich Ewers

## Aktionsbereiche für eine Vollbeschäftigungspolitik

### 1. Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt

Nach Ansicht zahlreicher Fachleute wird die Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik mittelfristig — d.h. über einen Zeitraum der nächsten 10 bis 15 Jahre — durch eine Reihe von Tendenzen bestimmt, die wichtige Politikbereiche vor bisher nicht gekannte Herausforderungen stellen. Diese Einschätzung gründet sich im wesentlichen auf folgende Überlegungen:

(1) Seit etwa 5 Jahren haben wir in der Bundesrepublik trotz mancher wirtschaftlicher Auf- und Abwärtsbewegungen und mit gegenwärtig leicht rückläufiger Tendenz eine anhaltend hohe (registrierte) Arbeitslosigkeit von etwa 1 Million Erwerbsfähigen. Hinzu kommt eine verdeckte Arbeitslosigkeit von ca. 600000 bis 700000 Personen (Stille Reserve).

(2) Aufgrund demographischer Entwicklungen wird das Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1975 bis 1990 um etwa 1,1 Millionen Personen zunehmen.<sup>1,2</sup> Gleichzeitig vollziehen sich wesentliche Veränderungen in der Altersstruktur: Die Gruppe der 20- bis 65- bzw. 60jährigen wird um ca. 6 Millionen Personen zunehmen. Der zunehmende Ausbildungsstand der Bevölkerung und veränderte Verhaltensweisen (Zunahme der Erwerbsbeteiligung bei den Frauen) läßt die Potentialentwicklung bis 1990 möglicherweise noch stärker ansteigen.<sup>3</sup>

(3) Parallel dazu wird die deutsche Wohnbevölkerung im Zeitraum von 1975 bis 1990 um ca. 3,1 Millionen Personen abnehmen<sup>1</sup>, was bei den bereits jetzt in vielen Bereichen erkennbaren Sättigungserscheinungen bei Konsum- und Investitionsgütern zu einer Abschwächung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage führen dürfte.

(4) In den nächsten Jahren sind weitere strukturelle und technologisch bedingte Veränderungen im Beschäftigungssystem zu erwarten, die zu z.T. erheblichen Einsparungen und Freisetzungen von Arbeitskräften führen werden:

— Trotz steigender sektoraler Produktion wird die Zahl der Arbeitsplätze in zahlreichen Branchen, vor allem im Textil- und Bekleidungs-gewerbe, in der Eisen- und NE-Metallerzeugung und -verarbeitung sowie in der Holz-, Papier-, Druck- und Ernährungsindustrie relativ stark abnehmen. Untersuchungen über die Auswirkungen technischer Änderungen auf Arbeitsplätze in wichtigen Industriezweigen, die etwa die Hälfte der Industriebeschäftigten erfassen, kommen zu dem Ergebnis, daß durch technische Umstellungen je nach Branche binnen 10 Jahren zwischen 5% (Holz- und Metallverarbeitung) und 20% (Ernährungsindustrie) der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren werden.<sup>4</sup>

— In der Landwirtschaft wird bis 1990 mit der Freisetzung von 500000 bis 800000 Arbeitskräften gerechnet, deren Arbeitsplätze durch die anhaltende Umstrukturierung in der Landwirtschaft untergehen werden.<sup>5</sup>

— Die sich abzeichnenden technologischen Neuerungen, z.B. bei den Mikroprozessoren, sind in ihren Auswirkungen auf das Beschäftigungssystem in letzter Konsequenz noch nicht überschaubar. Allgemein geht man jedoch davon aus, daß sich hierdurch sowohl im Bereich der Produktion und Verarbeitung als auch im Bereich von Büro und Verwaltung große Freisetzungspotentiale ergeben werden. Eine Studie des Siemens-

Konzerns (»Büro 1990«)<sup>6</sup> kommt zu dem Ergebnis, daß jeder Zweite der insgesamt 5 Millionen Angestellten, die in der Bundesrepublik als Schreibkräfte, Sachbearbeiter oder Korrespondenten arbeiten, damit rechnen muß, binnen 12 Jahren durch einen Computer abgelöst zu werden. Auch der DGB hält 2 bis 3 Millionen Büroarbeitsplätze für Rationalisierungsbedroht.<sup>7</sup>

Insgesamt besteht in der Diskussion Einigkeit darüber, daß in den nächsten 10 bis 15 Jahren zwischen 3 und 4 Millionen zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzustellen sind, um (1) die vorhandene Arbeitslosigkeit in Form der registrierten und sonstigen Erwerbslosigkeit (Stille Reserve) abzubauen; (2) den längerfristigen (vorübergehenden) Anstieg des Erwerbspersonenpotentials zu kompensieren; (3) Arbeitsplätze jenen Menschen anzubieten, die durch Rationalisierungsinvestitionen, Betriebsstillegungen, Konkurse etc. freigesetzt und nicht weiter beschäftigt werden können; (4) einen Ausgleich für Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland zu schaffen.

Schließlich steigt der Arbeitsplatzbedarf auch deshalb, weil drohende Unterbeschäftigung in zweifacher Hinsicht künftig weniger abbaubar sein wird: Einem weiteren Abbau der Ausländerbeschäftigung sind rechtliche und faktische Grenzen gesetzt, so daß hier praktisch keine zusätzlichen Entlastungseffekte zu erwarten sind. Zum anderen sind Importrestriktionen wichtiger Handelspartnerländer nicht auszuschließen, wodurch vor allem stark exportabhängige deutsche Arbeitsplätze gefährdet sein können.

## 2. Expansive Haushaltspolitik zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung

So eindeutig die Gründe für den Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen beschrieben werden können, so offen sind die Fragen, wie und wo zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen sollen, in welchen Bereichen investiert werden soll und für welche Nachfrage welche Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden sollen.

Neben der Forderung nach kurzfristigen beschäftigungssteigernden Maßnahmen, Umverteilung des Arbeitsvolumens und Arbeitszeitverkürzung etc. sind in jüngster Zeit hierzu eine Reihe von Expansionssektoren vorgeschlagen worden, an denen sich eine langfristige Vollbeschäftigungspolitik orientieren könnte. In diesem Zusammenhang sind insbesondere drei Maßnahmenbündel bzw. Vorschläge zu nennen:

(1) Im März 1977 hat die Bundesregierung ein mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge beschlossen (Programm für Zukunftsinvestitionen).<sup>8</sup> Das Programm umfaßt ein Auftragsvolumen von rund 16 Milliarden DM. Der Beschäftigungseffekt wird im Jahresdurchschnitt 1977/80 auf knapp 70000 Arbeitsplätze pro Jahr geschätzt.

(2) In einem Vorschlag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung regt das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) ein Programmpaket in der Größenordnung von ca. 65 Milliarden DM an, mit dem bis 1985 1,9 Millionen zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten.<sup>9</sup> Nach den Untersuchungen des DIW ist unter status quo-Bedingungen im Jahre 1985 mit einer Arbeitslosigkeit von etwa 2,6 Millionen Erwerbsfähigen zu rechnen. Berechnungen der einzelnen Nachfragekomponenten zeigen, daß durch ein solches Vollbeschäftigungsprogramm eine Nachfragerücke insgesamt ca. 92 Milliarden DM zu schließen wäre. Hiervon bräuchten von staatlicher Seite allerdings nur 30 Milliarden DM (in Preisen von 1970; in jeweiligen Preisen 1985 65 Milliarden DM) in Form staatlicher Programme eingesetzt zu werden, da durch Multiplikator- und Akzeleratoreffekte ein zusätzliches Nachfragenvolumen von etwa 60

Milliarden DM induziert würde. Die Verbesserung der staatlichen Finanzierungsposition (durch Einsparung öffentlicher Transferzahlungen wie Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe sowie durch Mehreinnahmen an Steuern) wird auf 35 Milliarden DM gegenüber status quo-Bedingungen geschätzt. In Fortführung des Programms für Zukunftsinvestitionen wird die Erschließung neuer Nachfragebereiche wie Umweltqualität, Lebensqualität in den Städten, neue energie- und rohstoffsparende Techniken und Maßnahmen zur besseren Versorgung von benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft vorgeschlagen.

(3) In ähnlicher Weise sieht die Baseler Prognos AG für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Rahmen einer Vollbeschäftigungspolitik folgende 4 Ansatzpunkte<sup>10</sup>:

- gezielte Technologieförderung zur Lösung weltweiter Engpaßprobleme;
- Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungs- und Siedlungswesen;
- mehr Beschäftigung mit sozialen Randgruppen;
- Ausweitung der Entwicklungshilfe.

Insgesamt ergibt sich nach den Berechnungen von Prognos durch systematische Erschließung dieser Bereiche ein Primäreffekt von netto 900 000 Arbeitsplätzen, der Sekundäreffekte von ca. 300 000 Arbeitsplätzen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, nach sich zieht.

Im Folgenden sollen anhand neuerer Untersuchungen potentielle Expansions- und Nachfragebereiche im Hinblick auf eine langfristig orientierte Vollbeschäftigungspolitik untersucht werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen orientieren sich dabei vor allem an folgenden Kriterien: (1) Einleitung einer ökologisch orientierten und zugleich beschäftigungswirksamen Technologie- und Strukturpolitik. Hierzu zählen Maßnahmen zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung, zur Erschließung neuer Energiequellen (z.B. Solarenergie) sowie Maßnahmen zur Einführung energie- und rohstoffsparender, umweltfreundlicher Produktionsverfahren und Recycling-Prozesse. (2) Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungs- und Siedlungswesen, Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Ausbau öffentlicher Nahverkehrssysteme etc. (3) Verbesserung der Umweltqualität. (4) Ausbau der medizinischen und sozialen Versorgung mit dem Schwerpunkt auf präventiven Maßnahmen.

Gegen die von Seiten der »ökologischen« Bewegung häufig angeführten Wachstumsvorbehalte sei angeführt, daß »Wachstum« nicht identisch mit Wachstum der Konsumgüterproduktion herkömmlicher Art sein muß.

»Ein Wachstum des Sozialprodukts kann beispielsweise auch durch die Expansion umwelt- und ressourcenschonender Konsumgüterproduktionen sowie durch Ausweitung der Dienstleistungs- und Infrastrukturbereiche mit geringer Kapital- und Rohstoffintensität und niedrigen nachteiligen Folgewirkungen erzielt werden, die von ihren Sättigungsgrenzen ... noch weit entfernt sind. Nach den erwähnten Untersuchungen des DIW und der Prognos AG bestehen auf allen diesen Gebieten erhebliche Wachstumsmöglichkeiten, deren Erschließung die Gesellschaft per Saldo sogar billiger käme als eine »Status-quo-Entwicklung« mit der Gefahr hoher Dauerarbeitslosigkeit« (Klauder<sup>11</sup>).

### 3. Aktionsbereiche für eine Vollbeschäftigungspolitik

#### 3.1. Energieeinsparung und rationelle Energienutzung

Die Möglichkeiten und Grenzen der Energieeinsparung werden in jüngster Zeit, insbesondere aufgrund der Erhöhung der Erdölpreise, der Verknappung des Ölangebots

und der sich für die Zukunft abzeichnenden Erschöpfung der Ölreserven, intensiv diskutiert. Es liegen hierzu inzwischen eine ganze Reihe von Darstellungen und Untersuchungen vor.<sup>12-15</sup> Im folgenden sollen die Möglichkeiten der Energieeinsparung und rationalen Energienutzung insbesondere im Hinblick auf ihre Beschäftigungswirkungen erörtert werden.

#### a) Ausbau der Fernwärmeversorgung und Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen europäischen Ländern wie z.B. Dänemark, Schweden, Polen, UdSSR und CSSR werden die Möglichkeiten der Wärmekraftkopplung<sup>15a</sup> trotz ihrer unbestrittenen ökologischen und energiepolitischen Vorteile in der Bundesrepublik gegenwärtig kaum genutzt. Nur etwa 10 % der in der öffentlichen Versorgung installierten Kraftwerksleistung arbeitet bereits mit Wärmekraftkopplung. Insgesamt decken 104 Heizkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 5800 MW einen Anteil von nur 6 bis 7 % des Raumwärmebedarfs.<sup>16</sup>

Die Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung aus Heizkraftwerken in der Bundesrepublik sind in einer umfangreichen Studie von der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme e.V. (AGFW) im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) untersucht worden.<sup>16</sup> Danach könnten im Jahre 1990 etwa 1/4 des gesamten Niedertemperatur-Wärmebedarfs in der BRD wirtschaftlich durch Fernwärmeversorgung aus Heizkraftwerken gedeckt werden. Die Kosten für einen derartigen Fernwärmeausbau werden auf 20 Milliarden DM (Potentialuntergrenze) bis 36 Milliarden DM (Potentialobergrenze) geschätzt. Verteilt über einen Zeitraum von 15 Jahren bedeutet dies jährliche Investitionen in Höhe von 1,3 bzw. 2,4 Milliarden DM (Preisstand 1975). Die mögliche Energieeinsparung liegt bei etwa 20 Millionen t SKE/Jahr. Unterstellt man eine 15jährige Bauzeit, so könnten durch den Bau der Anlagen nach der AGFW-Studie während dieser Zeit 35000 bis 60000 Arbeitsplätze, insbesondere im konventionellen Kraftwerksbau, im Rohrleitungsbau und im Tiefbau sichergestellt werden. Für den Betrieb der Anlagen wären 11000 bis 21000 Beschäftigte auf Dauer erforderlich.

Wichtige und unter arbeitsmarkt- wie energiepolitischen Gesichtspunkten interessante Entwicklungen können auch vom verstärkten Einsatz sogenannter Kraftheizungen<sup>16a</sup> erwartet werden. Nach einer im Auftrag der Hessischen Landesregierung durchgeführten Studie<sup>17</sup> könnten bis zum Jahre 1990 ca. 15 % aller zentral beheizten Gebäude mit derartigen Anlagen, sogenannten Energieboxen, ausgestattet werden. Hierdurch würden fast 13000 Megawatt an elektrischer Leistung verfügbar.

Positive Auswirkungen sehen die Autoren der Studie auch im Bereich der Arbeitsplätze. Der sich hier eröffnende Markt biete vor allem den Automobilherstellern bedeutsame Umstellungsmöglichkeiten. Vertrieb und Wartung der Geräte erforderten zudem eine große Zahl an gut ausgebildeten Fachkräften.

#### b) Heizenergieeinsparung

Der Anteil des Sektors »Haushalt und Kleinverbrauch« am gesamten Endenergieverbrauch ist in der Nachkriegszeit kontinuierlich gestiegen und betrug 1975 etwa 44 %. Etwa 84 % hiervon werden für Raumheizzwecke aufgewandt. Allgemein geht man heute davon aus, daß sich vor allem in diesem Bereich durch bau-, heizungs- und regelungstechnische Maßnahmen bedeutende Einsparungsmöglichkeiten realisieren lassen.

Eine im Auftrag des BMFT durchgeführte Studie des Frankfurter Battelle-Instituts über »Möglichkeiten der Energieeinsparung im Gebäudebestand«<sup>19</sup> kommt zu dem Ergebnis, daß durch derartige Maßnahmen bis zu 53 % der Heizenergie eingespart werden könnten.

Die Aufwendungen und die ökonomischen Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Wärmedämmung in Altbauten sind von der Baseler Prognos AG<sup>20</sup> untersucht worden. Unterstellt man, daß alle 23,6 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik nach dem Stand der heutigen Technik wärmeisoliert werden — die Kosten hierfür werden auf 8000 bis 10000 DM je Wohnung geschätzt —, so ergibt sich daraus nach den Berechnungen von Prognos ein potentielles Nachfragevolumen von etwa 230 Milliarden DM. Da Industrie und Kleinverbraucher ebenfalls noch an vielen Ecken heizenergiesparende Maßnahmen ergreifen könnten, errechnet sich nach Prognos insgesamt ein potentielles Nachfragevolumen von 400 bis 450 Milliarden DM, wodurch in den nächsten 20 Jahren bis zu 450000 Arbeitskräfte beschäftigt werden könnten. Eine gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse ergibt nach der Prognos-Studie dabei folgendes Bild:

— Legt man die Gesamtbelastung durch einen Arbeitslosen von rund 20000 DM pro Jahr zugrunde, so ergibt sich unter Berücksichtigung von durchschnittlich 400000 zusätzlich Beschäftigten eine über die Zeit von 20 Jahren kumulierte fiskalische Entlastung von ca. 160 Milliarden DM;

— Staat und Rentenversicherungen würden von öffentlichen Transferzahlungen entlastet und könnten mit erheblichen Mehreinnahmen von Lohn- und Gewerbesteuern bzw. Versicherungsbeiträgen rechnen;

— es könnten beträchtliche Energiekosten- und Deviseneinsparungen erzielt werden;

— schwer quantifizierbar, aber zweifellos positiv wären auch andere Effekte, wie z.B. die Verminderung der Schadstoffemissionen aus Verbrennungsprozessen oder die Vermeidung von sozialen Folgeerscheinungen und Kosten von Arbeitslosigkeit.

Zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen und Energieeinsparmöglichkeiten einer forcierten Realisierung von Wärmedämm-Maßnahmen kommt auch E. *Eppler* in seinem Papier »Alternativszenarium zur Energiepolitik«.<sup>21</sup> *Eppler* schlägt die Einführung etwa des schwedischen Wärmedämm-Standards, bindende Vorschriften für Neubauten sowie die Bezuschussung von Umrüstungsvorhaben bei Altbauten vor. Die Kosten hierfür werden auf ca. 150 DM/qm Wohnfläche geschätzt. Geht man von einer Umrüstungsrate von etwa 80 Millionen qm Wohnfläche pro Jahr (entsprechend ca. 12 Milliarden DM pro Jahr) aus, so läßt sich die Umrüstung des vorhandenen Gebäudebestandes (ca. 1,7 Milliarden qm Wohnfläche) bis zum Jahre 2000 durchführen. Energie- und sozialpolitische Konsequenzen: Energieeinsparung bei der Raumheizung in der Größenordnung von ca. 75 %, Verminderung der Abhängigkeit von Ölimporten (Einsparung beim Heizöl ca. 50 Millionen t SKE pro Jahr), Sicherung von 240000 Arbeitsplätzen über 20 Jahre.

Bezüglich der wärmedämmenden Maßnahmen bei Neubauten enthält das Umweltgutachten 1978 des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) folgende Angaben: Geht man davon aus, daß Wärmedämmung die Baukosten durchschnittlich um ca. 3 % erhöht, so fällt ein zusätzliches Auftragsvolumen in gleicher Höhe an. Berücksichtigt man das Umsatzvolumen im Hochbau im Jahre 1975 (ca. 50 Milliarden DM) und sieht man von der Tatsache ab, daß in diesem Jahr bereits wärmedämmende Maßnahmen

durchgeführt worden sind, entfällt auf die Wärmedämmung ein zusätzliches Auftragsvolumen von ca. 1,5 Milliarden DM: das entspricht der Auslastung von rund 23 000 Arbeitsplätzen im Hochbau.<sup>22</sup>

### c) Substitution von Strom im Haushalt und Kleinverbrauch

Eine besonders ungünstige Verwendung von elektrischem Strom stellt dessen Nutzung für Heizzwecke und zur Warmwasserbereitung dar. Der unter hohen Umwandlungsverlusten erzeugte elektrische Strom wird dabei für Zwecke verwandt, für die geringerwertige und kostengünstigere Energieformen weitaus besser geeignet wären. Ersetzt man die elektrische Heizung und Warmwasserbereitung durch Zentral- oder Fernheizungen, so sinkt der für den gleichen Zweck aufzuwendende Primärenergieverbrauch auf weniger als die Hälfte und der Stromverbrauch nahezu auf Null.

Eine Essener Techniker Gruppe hat versucht, die Kosten und Beschäftigungsauswirkungen derartiger Umstellungen für die Bundesrepublik abzuschätzen.<sup>18</sup> Der Beschäftigungseffekt beträgt danach netto ca. 40 bis 60 000 Mannjahre. Energetisch ergibt sich eine Einsparung von netto ca. 8 000 MW Kraftwerkskapazität und — wegen Verringerung der Umwandlungsverluste — eine Verminderung des Primärenergiebedarfs um etwa 7 Millionen t SKE.

### 3.2. Ausbau der Solarenergietechnik

Die Sonnenenergietechnik in der Bundesrepublik weist im internationalen Vergleich einen hohen Entwicklungsstand auf. Zur Förderung der Solarenergietechnik sind nach dem BMFT-Programm »Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie 1977 — 1980« im Zeitraum von 1977 bis 1980 rund 120 Millionen DM vorgesehen.<sup>23</sup>

Das Einsatzpotential der Solarenergie und die wirtschaftlichen und politischen Hemmnisse, die einer forcierten Einführung der Solartechnologie entgegenstehen, sind im Rahmen einer im Jahre 1978 veröffentlichten Projektstudie des Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung untersucht worden.<sup>24</sup> Danach liegen die Anwendungsschwerpunkte der Sonnenenergienutzung im Haushaltssektor bei der Warmwasserbereitung und Teilraumheizung. Das Einsatzpotential bei der Warmwasserbereitung wird auf etwa 2,2 Millionen (1975) bzw. 3,4 Millionen (1985) Gebäude geschätzt, bei der Teilraumheizung und Warmwasserbereitung auf 2,1 Millionen (1975) bzw. 3,4 Millionen (1985) Gebäude. Bei Installation von 100 000 Solarenergieanlagen zur Warmwasserbereitung pro Jahr werden die Investitionen auf ca. 1 Milliarde DM geschätzt, was ohne Berücksichtigung der indirekten Beschäftigungswirkungen zur Auslastung von rund 10 000 Arbeitsplätzen pro Jahr führt.

Eine Abschätzung der Arbeitsplatzauswirkungen einer verstärkten Sonnenenergienutzung ist auch von Henseler und Tanner<sup>25</sup> vorgelegt worden. In ihrer Studie beschränken sich die Autoren auf die Wärmeerzeugung mittels Sonnenenergiekollektoren, da der Einsatz von Solarenergie zur Strom- und Wasserstoffherzeugung noch ein erhebliches Maß an Forschungs- und Entwicklungsarbeit erfordere. Unter der Voraussetzung, daß im Inland ca. 10 bis 20 % des Wärmebedarfs durch solarthermische Anlagen gedeckt (das entspräche einem Energiebedarf von etwa 12,5 bis 25 Millionen t SKE) und 30 % der Produktion solarthermischer Anlagen exportiert werden, ergeben sich nach diesen Schätzungen ca. 0,7 bis 1,4 Millionen solarenergie-bezogene Arbeitsplätze.

Aufgrund ihrer klimatischen Bedingungen werden insbesondere die Länder der Drit-



ten Welt Hauptanwendungsgebiete für die Sonnenenergienutzung sein. Der sich hier eröffnende Markt könnte sich zu einem wichtigen Innovationsschub entwickeln, der beträchtliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet und darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag zur Lösung des Weltenergieproblems darstellen könnte. Als besonders aussichtsreich wird dabei heute die Entwicklung von Solaranlagen angesehen, bei denen die erzeugte elektrische Energie zur Erzeugung von Wasserstoff durch elektrolytische Zersetzung von Wasser eingesetzt wird. Nach einer Studie des Elektrokonzerns AEG-Telefunken<sup>26</sup> könnte die Solarenergie mit Hilfe von »solaren Wasserstoff-Plantagen zu einer echten Alternative für die knapper werdenden fossilen Energieträger und für die Kernenergie ausgebaut werden«. Ein derartiger Ausbau erfordere die Schaffung einer ökonomischen und sicheren Technologie für die Speicherung, den Transport und die Verwendung von Wasserstoff; von der Hausheizung über das thermische Kraftwerk bis hin zum Düsenflugzeug könne Wasserstoff Benzin, Öl oder Kohle »kompatibel«, d. h. ohne Änderung der grundsätzlichen technischen Ausrüstungen, substituieren.

### 3.3. Wohnungsmodernisierung und Stadtsanierung

Nach amtlichen Statistiken sind fast 12 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik — etwa 42 % des Gesamtbestandes — nach heutigen Maßstäben unbefriedigend ausgestattet. Etwa 4,6 Millionen Wohnungen sind ohne Bad und W.C. Das gesamte Modernisierungspotential, abzüglich der nicht mehr sanierungsfähigen Wohnungen, wird in der bereits erwähnten Prognos-Studie<sup>27</sup> auf 6,8 Millionen Wohnungen geschätzt. Nimmt man für die Modernisierung Durchschnittskosten von 30000 DM pro Wohnung an, so ergibt sich daraus ein potentielles Investitionsvolumen von 180 bis 200 Milliarden DM und einen Beschäftigungseffekt von etwa 330000 Arbeitsplätzen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie über »... Alternativen für die zukünftige Wohnungsbestandspolitik«, die an der Universität Münster erstellt wurde.<sup>28</sup> Danach entsprechen etwa 10,7 Millionen Wohneinheiten (WE) von insgesamt 23,54 WE (45 %) nicht dem heutigen Wohnstandard. Davon werden 5,8 bis 7,5 Millionen WE als modernisierungsfähig, 3,2 bis 4,9 WE als abbruchreif angesehen. Die entsprechenden Kosten für Modernisierungsmaßnahmen werden, je nach Bedarfsvariante, auf 50 bis 100 Milliarden DM geschätzt. Abbruch und Neubau erfordern zwischen 335 und 516 Milliarden DM. Bei einer Modernisierungstätigkeit von 300000 Wohnungen pro Jahr und einem Neubau von 200000 Wohnungen pro Jahr könnte erreicht werden, daß innerhalb von 20 Jahren etwa 90 % des Wohnungsbestandes die gewünschte Ausstattung aufweisen.

### 3.4. Technologieförderung

Es besteht heute weitgehend Einigkeit darin, daß angesichts der veränderten weltwirtschaftlichen und rohstoffpolitischen Rahmenbedingungen die Zukunftschancen der Bundesrepublik vor allem in der Entwicklung zu einer forschungs- und entwicklungsintensiven Wirtschaft mit hohem Dienstleistungsanteil liegt. Schwerpunkte dürften hierbei sein: Veredelung von Rohstoffen, Entwicklung neuer Produktionstechnologien, Lieferung komplexer Produktionsanlagen, Dienstleistungen wie Planung und Anwendungsberatung. Eine gezielte Technologieförderung, z.B. zur Entwicklung von rohstoff- und energiesparenden und umweltfreundlichen Produktionsverfahren sowie zur Entwicklung von Recycling-Verfahren, biotechnologischen Verfahren und Prozessen

und neuen Aufbereitungstechniken (z.B. in der Metallurgie und Meerestechnik) ist deshalb nicht nur unter wirtschafts-, rohstoff-, energie- und umweltpolitischen Gesichtspunkten, sondern auch beschäftigungspolitisch von großer Bedeutung.

Auch die Prognos AG schlägt in ihrem Gutachten »Zur Lösung der Probleme von Strukturkrisen und längerfristiger Arbeitslosigkeit«<sup>10</sup> eine gezielte Technologieförderung vor. Grundüberlegung der Prognos-Analyse ist, daß die Industrialisierungsbemühungen der zur Zeit noch wenig entwickelten Rohstoff- und Niedriglohnländer die weltweite Nachfrage nach Anlagen, Maschinen, hochwertigen Chemieprodukten sowie nach technischem know-how steigern. Für diese Sparten habe die Bundesrepublik neben den USA eine gewisse entwicklungsbedingte Monopolstellung. Dieser Wettbewerbsvorteil müsse durch gezielte Technologieförderung gesichert werden. Der Beschäftigungseffekt wird auf rund 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschätzt.

### 3.5. Umweltschutzmaßnahmen

Aus dem Jahre 1977 liegt eine Studie von W. Meißner und E. Hödl über die Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland vor.<sup>26</sup> Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß der Beschäftigungseffekt von Umweltschutzmaßnahmen im Zeitraum 1970/74 bei durchschnittlich ca. 220 000 und im Zeitraum 1975/79 bei durchschnittlich ca. 370 000 ausgelasteten Arbeitsplätzen pro Jahr lag. In einer Studie, die das Info-Institut im Jahre 1979 für den Bundesverband der deutschen Industrie erstellt, wird der Beschäftigungseffekt von Umweltschutzmaßnahmen und -vorsorgeinvestitionen im staatlichen und privaten Bereich auf ca. 145 000 Arbeitsplätze pro Jahr beziffert.<sup>27</sup>

In welchem Ausmaß Arbeitsplätze durch Umweltschutzaufgaben, Einsprüche etc. vernichtet wurden oder nicht ausgelastet waren, z.B. infolge von Unterlassungen oder Verlagerungen von Investitionen, ist bisher nicht belegt oder ermittelt worden. Auch wenn somit eine exakte Aufrechnung der positiven und negativen Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen bzw. -auflagen gegenwärtig nur schwer möglich ist, kann es als erwiesen gelten, daß per Saldo durch Umweltschutzaufwendungen in erheblichem Umfang Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können.

Bei der Studie von Meißner und Hödl<sup>28</sup> muß berücksichtigt werden, daß es sich bei den von ihnen zugrunde gelegten Umweltschutzaufwendungen zu einem nicht geringen Teil um eine Deckung des Nachholbedarfs aus den 50er und 60er Jahren handelt. Zum anderen beziehen sich die in der Studie erfaßten Umweltschutzaufwendungen in der Hauptsache auf Produkte der sogenannten Entsorgungsindustrien (z.B. Kläranlagen, Filter- und Rauchgasentschwefelungsanlagen etc.). Es ist jedoch klar, daß gegenüber der Entsorgungsvariante (bei der versucht wird, Umweltbelastungen durch Einschaltung zusätzlicher Anlagen zu verringern bzw. zu beseitigen) die »Innovationsvariante« vorzuziehen ist, bei der durch Entwicklung neuer rohstoff- und energiesparender sowie emissionsarmer Verfahren schädliche Umwelteinwirkungen von vornherein vermindert oder vermieden werden (Beispiele: Umstellung der Stahlerstellung auf das sogenannte LD-Verfahren; Einführung der Wirbelschichtverbrennung bei Kohlekraftwerken etc.).

Über die bisher getroffenen Umweltschutzmaßnahmen hinaus gibt es in einer ganzen Reihe von Bereichen einen z.T. noch beträchtlichen Nachholbedarf, der in den nächsten Jahren gedeckt werden könnte. Dieser betrifft insbesondere Maßnahmen zur

Abwasserreinigung, Lärmschutzmaßnahmen sowie den Vollzug und die Überwachung der geltenden Umweltschutzbestimmungen.

*Abwasserreinigung:* Nach dem Umweltprogramm der Bundesregierung aus dem Jahre 1971<sup>30</sup> müssen bis zum Jahre 1985 für 90 % der Bevölkerung biologische oder gleichwertige Kläranlagen mit entsprechenden Kanalisationen geschaffen werden, um die Gewässer bei steigenden Abwassermengen reinigen und reinhalten zu können. Die hierfür auf der Preisbasis von 1970 ermittelten Kosten werden auf ca. 65 Milliarden DM geschätzt.<sup>30,31</sup> Nach einer Studie des Battelle-Instituts<sup>32</sup> wurden im Zeitraum 1970/79 insgesamt 21 Milliarden DM für Abwasserreinigungsmaßnahmen aufgewendet. Der Beschäftigungseffekt dieser Maßnahmen wird auf 23 000 Arbeitsplätze pro Jahr geschätzt.

Um den von der Bundesregierung vorgegebenen Kläranlagenausbaubestand einschließlich der erforderlichen Kanalbaumaßnahmen zu realisieren — gegenwärtig werden die Abwassermengen von etwa 65 % der Bevölkerung voll biologisch geklärt<sup>33</sup> —, müssen also noch erhebliche Investitionen in diesem Bereich vorgenommen werden. Nach Berechnungen des Bundesinnenministeriums müßten dazu allein im kommunalen Bereich die monetären Aufwendungen der Gemeinden für den Kläranlagenausbau von 1977 bis 1985 auf ca. 18 Milliarden DM ansteigen, was zu einer Auslastung von etwa 22 000 Arbeitsplätzen pro Jahr führen würde.<sup>34</sup> Insgesamt dürfte der Beschäftigungseffekt der noch erforderlichen und laut Umweltprogramm der Bundesregierung vorgesehenen Abwasserreinigungsmaßnahmen bei mehreren 100 000 Mannjahren liegen.

*Lärmschutzmaßnahmen:* Laut demoskopischen Befragungen fühlen sich in der Bundesrepublik rund 40 % der Bürger — insgesamt also 20 bis 25 Millionen Menschen — zeitweise oder dauernd mehr oder weniger stark durch Lärm, vor allem Straßenverkehrslärm, belästigt. Aktiver und passiver Lärmschutz, insbesondere gegen Verkehrslärm, stellt somit einen wichtigen Bereich der Umweltpolitik dar.

Über die Beschäftigungswirkungen von Lärmschutzmaßnahmen liegen bisher nur wenige Daten vor. Im Umweltgutachten 1978 wird eine Schätzung des Bundesamtes für Straßenwesen für die Kosten und Beschäftigungseffekte von Lärmschutzinvestitionen beim Ausbau des Bundesfernstraßennetzes bis zum Jahre 1985 zitiert.<sup>35</sup> Je nach dem zugrunde gelegten Immissionsgrenzwert (55 bzw. 60 db[A]) werden die Beschäftigungsauswirkungen allein dieser Maßnahmen auf rund 17 600 bzw. 50 300 ausgelastete Arbeitsplätze pro Jahr beziffert (Zeitraum 1974-1985). Es kann erwartet werden, daß aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen angesichts des hohen Stellenwerts des Lärmschutzes einen nicht unwichtigen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Beitrag leisten können. Aktive Lärmschutzmaßnahmen müssen dabei Vorrang vor passiven Lärmschutzmaßnahmen haben.

*Vollzugsprobleme beim Umweltschutz:* Nach wie vor besteht in weiten Bereichen des Umweltschutzes, insbesondere bei Überwachungsmaßnahmen, ein z.T. erhebliches Vollzugsdefizit. Inzwischen liegen eine Reihe von Untersuchungen über Vollzugsprobleme beim Umweltschutz vor. Ergebnis dieser Untersuchungen ist u.a., daß sowohl bei der Luft- als auch bei der Gewässerreinigung und Lebensmittelüberwachung, trotz des in den letzten Jahren erfolgten Personalausbaus, auf zahlreichen Ebenen der Verwaltungs- und Überwachungsbehörden ein z.T. noch erheblicher Personal- und Planstellenmangel besteht.<sup>36</sup> Umfragen bei den zuständigen Behörden und Ämtern er-

gaben, daß z.B. auf dem Gebiet der Luftreinhaltung nur 35 % der unteren Verwaltungsbehörden und Regierungspräsidien und nur 13 % der Gewerbeaufsichtsämter ihren derzeitigen Personalbestand für ausreichend halten. Nimmt man die Anforderungen der befragten Behörden zum Maßstab, so müßte für die Mehrzahl der Bundesländer noch einmal ein Personalausbau in gleichem Umfang vorgenommen werden, wie er in den vergangenen 5 Jahren stattgefunden hat. Als der von den befragten Behörden am deutlichsten herausgestellte Mangel erwies sich die bestehende Kontrollfrequenz bei der gesetzlich vorgeschriebenen Überwachungstätigkeit.

Über den zur Erfüllung der gesetzlichen Regelungen erforderlichen zusätzlichen Personalbedarf im Bereich der Luft- und Gewässerreinigung, der Gewerbeaufsicht und der Lebensmittelüberwachung liegen bundesweit zur Zeit noch keine genauen Angaben vor. Welch zusätzlicher Personalbedarf gegenwärtig allein im öffentlichen Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen besteht, um die geltenden Umweltschutzbestimmungen auszufüllen und durchzusetzen, hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NW im Rahmen der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage kürzlich erst aufgewiesen.<sup>37</sup> Danach werden benötigt:

- im Bereich des Immissionsschutzes (Luftreinhaltung, Lärmschutz): 260 Kräfte (überwiegend technische Beamte);
- im Bereich Wasser und Abfall: 810 Kräfte (technisches und wissenschaftliches Personal);
- im Bereich Landschaftspflege und Naturschutz: 170 Kräfte (Landschaftspfleger, Biologen, Landschaftsplaner);
- im Bereich der Lebensmittelüberwachung: 296 Kräfte, davon 94 Lebensmittelchemiker und Amtschemiker;
- in chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämtern: 12 Lebensmittelchemiker, 210 chemisch-technische Mitarbeiter, 20 Tierärzte und veterinär-technische Assistenten.

### 3.6. *Ausbau der medizinischen und sozialen Versorgung*

Ein bedeutendes Beschäftigungspotential könnte auch durch den Ausbau der medizinischen und sozialen Versorgung in der Bundesrepublik erschlossen werden. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

— Durch Senkung der Lehrer / Schüler-Relation und Ausbau des Bildungssystems im weitesten Sinne — Kindergärten, Schulen, psychologische Betreuung — könnten nach der erwähnten Prognosstudie<sup>20</sup> zusätzlich etwa 270000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Legt man die Planungen der Bund-Länder-Kommission zugrunde — so fehlen nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Jahre 1990 ca. 160000 Lehrer.

— Die Unfallverhütung und präventiv-medizinisch orientierte Betreuung am Arbeitsplatz ist in vielen Bereichen noch unzureichend und könnte in vielfacher Hinsicht verbessert werden. Nach Prognos könnten durch die personelle Verbesserung der Unfallverhütung in den Betrieben und durch den Ausbau des Betriebsärztewesens etwa 14000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Derzeit versorgt ein Betriebsarzt rund 10500 Arbeitnehmer; laut Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1976 ist eine optimale Versorgung dagegen erst dann gesichert, wenn sich ein Arzt nicht um mehr als 2500 Beschäftigte kümmern muß;

— bei der Betreuung von Suchtkranken — Fachleute schätzen die sozialen Folgekosten allein von Alkoholschäden auf 30 Milliarden DM pro Jahr — sowie bei der Betreuung von alten Menschen und psychisch Kranken besteht nach der Prognos-Studie ein zusätzlicher Bedarf von mehreren 100000 Fachkräften;

— weitere Beispiele für den Bedarf an öffentlichen und sozialen Dienstleistungen sind: Vorsorgemedizin, insbesondere durch Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, verbesserte Nahverkehrssysteme, ein leistungsfähiges Erwachsenenbildungssystem, die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in den Spätnachmittags- und Abendstunden, Ausbau von Beratungsdiensten für Jugendliche, Rentner, Eheleute, ältere Menschen, Verbraucher, Mieter etc. sowie Ausbau der Ausbildungs-, Berufs-, Rehabilitations- und Erziehungsberatung.

Würde die gesamte soziale und medizinische Versorgung nach den Vorstellungen von Prognos ausgebaut, so könnten in der Bundesrepublik etwa 720000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. Die Kostennutzenanalyse, die Prognos für das Wachstumsfeld »soziale und medizinische Versorgung« vorlegt, stellt sich dabei wie folgt dar: Die jährlichen Kosten für Infrastruktur und Personal betragen rund 31,5 Milliarden DM. Dem steht ein volkswirtschaftlicher Gesamtnutzen von etwa 30 Milliarden DM gegenüber. Er setzt sich zusammen aus dem Beitrag der betreuten Gruppen zum Wirtschaftswachstum, den Sozial- und Steuerleistungen der zusätzlich Beschäftigten und der staatlichen Entlastung von den Kosten für die Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus bewirkt der zusätzliche Personalausbau Sekundäreffekte: Das Einkommen der Beschäftigten und die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen schaffen Nachfrage, ohne die die Arbeitslosigkeit und folglich auch die staatliche Belastung höher wären.

#### 4. Schlußfolgerungen

Aufgrund demographischer Entwicklungen und absehbarer struktureller Veränderungen muß in den nächsten Jahren bei Ausbleiben einer langfristig orientierten Arbeitsmarktpolitik mit einer Zuspitzung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. In den nächsten 10 bis 15 Jahren müssen zusätzlich 2 bis 3 Millionen Arbeitsplätze bereitgestellt werden, um die vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen und bei wachsender Erwerbsbevölkerung und weiter anhaltender struktureller Freisetzung von Arbeitskräften Vollbeschäftigung zu verwirklichen.

In den »Überlegungen II für eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik«<sup>38</sup>, von Seiten der Gewerkschaften<sup>39</sup> sowie von Seiten gewerkschaftlich orientierter Wissenschaftler<sup>40,41</sup> sind Vorschläge für einen differenzierten, am Ziel der Vollbeschäftigung orientierten Handlungsrahmen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik entwickelt worden. Im Rahmen dieser Überlegungen wurden im vorliegenden Aufsatz anhand neuerer Untersuchungen potentielle Expansions- und Nachfragebereiche im Hinblick auf eine langfristig orientierte Vollbeschäftigungspolitik erörtert. Aus beschäftigungs- und energiepolitischen Gründen empfiehlt es sich, einen möglichst großen Teil der unter 3.1. und 3.2. genannten Maßnahmen innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre forciert durchzuführen, um in den Zeiten eines hohen Arbeitskräfteangebots die notwendigen Voraussetzungen einer langfristig gesicherten, ökologisch und politisch verträglichen Energieversorgung zu schaffen.

## Anmerkungen

- 1 Bundesanstalt für Arbeit (J. Kühl, A.G. Paul, D. Blunk): Überlegungen II zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1978, S.132ff.
- 2 A. Blüm, U. Frenzel und U. Weiler: Vom Schülerberg zum Rentnerberg — Die programmierte Dauerkrise? In: Information 24, Hrsg. Battelle-Institut e.V., Frankfurt/M., Dezember 1976.
- 3 E. Pestel, R. Bauerschmidt, K.P. Möller und W. Oest: Das Deutschland Modell, in: Bild der Wissenschaft 1/1978, S.22ff.
- 4 Vgl. IAB-Projekt Nr. 5-44: Auswirkungen technischer Veränderungen auf Arbeitsplätze, Quint AB 6: Technik und Arbeitsmarkt, Nürnberg 1977. Zitiert nach: BfA, Überlegungen II, S.165.
- 5 BfA, Überlegungen II, S.164.
- 6 Der Spiegel 16/1978, S.80ff.
- 7 Zitiert nach: H.W. Heibey, B. Lutterbeck und M. Töpel: Computer und Rationalisierung, in: Technologie und Politik, Bd. 8, S.41ff., Reinbek 1977.
- 8 »Programm für Zukunftsinvestitionen«. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 33 v. 30.3.1977.
- 9 Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, Wochenbericht 15/78 des DIW vom 13.4.1978. Zitiert nach: BfA, Überlegungen II, S.69f.
- 10 Prognos AG: Politische, soziale sowie wirtschaftliche Risiken und Chancen unterschiedlicher Steuerungsinstrumente zur Lösung der Probleme von Strukturkrisen und längerfristiger Arbeitslosigkeit (unveröffentlichtes Gutachten), Basel 1976. Zitiert nach: BfA, Überlegungen II, S.68f.
- 11 W. Klauer: Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen, MittAB 13 (1980), Heft 1, S.1ff.
- 12 K.M. Meyer-Abich: Referat auf dem SPD-Forum »Energie, Beschäftigung, Lebensqualität« am 28./29.4.1977 in Köln; Bonn 1977.
- 13 Arbeitsgruppe Gesellschaft, Umwelt und Energie an der Gesamthochschule Essen: Energieeinsparung als neue Energiequelle, Hanser, 1979; vgl. hierzu: K.M. Meyer-Abich in: Die Zeit, Nr. 26 v. 22.6.1979 und Nr. 27 v. 29.6.1979.
- 14 H. Bossel u.a.: Energie richtig genutzt, Verlag C.F. Müller, Karlsruhe 1976.
- 15 Daten und Fakten für energiesparende Maßnahmen in Haushalt und Kleilverbrauch, Im Auftrag des BMFT erstellte Studie der »Dornier System GmbH« und Fichtner GmbH, Bonn 1976.
- 15a Wärmekraftkopplung: Gekoppelte Erzeugung von elektrischem Strom und Niedertemperaturwärme. Bei der Erzeugung von elektrischem Strom in Wärmekraftwerken können aus thermodynamischen Gründen nur etwa 35 bis 38 % der eingesetzten Primärenergie in elektrische Energie umgewandelt werden; der Rest geht als sog. Abwärme verloren. Eine Nutzung dieser Abwärme, z.B. zur Gebäudebeheizung führt zwar zu einer geringfügigen Minderung der Stromausbeute, erhöht aber den energetischen Wirkungsgrad eines Kraftwerks auf 70 bis 80 %.
- 16 Bundesministerium für Forschung und Technologie: Gesamtstudie über die Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung aus Heizkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland (Kurzfassung), Bonn 1977.
- 16a Kraftheizungen: Gas- oder Dieselölbetriebene Verbrennungsmotoren, die einen Stromgenerator betreiben und deren Abwärme für Heizzwecke verwendet wird. Ähnlich wie bei der Wärmekraftkopplung wird hier im kleinen ein hoher energetischer Wirkungsgrad erreicht.
- 17 U. Jochimsen, H. Rupp, E. Schwarz: Die Energiebox, Verlag Walter Dorn, Hannover; zitiert nach: Die Zeit Nr. 28 v. 6.7.1979.
- 18 Katalyse-Technikergruppe: Energieversorgung kontra Arbeitsplätze, in: Technologie und Politik, Band 9, S.132ff., Reinbek 1977.
- 19 B. Dittert, Möglichkeiten der Energieeinsparung im Gebäudebestand, in: Bundesministerium für Forschung und Technologie, Rationelle Energieverwendung, Statusbericht 1976, S.262ff.
- 20 Prognos AG, Basel: Die längerfristige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik und Baden-Württemberg, Zitiert nach: Die Zeit Nr. 41 v. 6.10.1978.
- 21 E. Eppler: Strom für Morgen — Bessere Energienutzung in einer ökologisch und sozial verträglichen Energieversorgung; Ein Alternativszenarium zur Energiepolitik, Mskr., 30.5.1979.

- 22 Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 1978, S.532. Kohlhammer 1978. Vgl. zum Umweltgutachten insgesamt die Rezension von U. Hampicke, in: *Das Argument* 114/1979, S.234-242.
- 23 Bundesministerium für Forschung und Technologie: *Programm Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie 1977 — 1980*. Bonn 1977.
- 24 Überwindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hemmnisse bei der Einführung der Solarenergie. Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn 1978. Zitiert nach: *Frankfurter Rundschau* v. 30.8.1978.
- 25 H.J. Henseler und W. Tanner: *Arbeitsplatzauswirkungen der Entwicklung bisher unerschlossener Energiequellen am Beispiel der Sonnenenergie*. In: W. Klauder (Wissenschaftl. Red.): *Energie — Wachstum — Arbeitsplätze* (Argumente in der Energiediskussion, Heft 4/5; Hrsg.: V. Hauff), Villingen 1978; zitiert nach: Klauder (11).
- 26 R. Dahlberg: *Solarzellen als Energie-Lieferant*. Manuskript, AEG-Telefunken, März 1978.
- 27 Quelle: Ulrike Bucher-Gorys: *Modernisierung oder Abriss — Alternativen für die zukünftige Wohnungsbestandspolitik. Eine Untersuchung für die Länder der Bundesrepublik Deutschland bis 1985. Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung*. Münster 1978, S.206. Zitiert nach: R. Hillebrecht, *Landschaftsverbrauch, Notwendigkeiten und Grenzen*, Einführungsreferat auf dem SPD-Forum »Ökonomie-Ökologie-Umweltpolitik«, Lübeck, 22./23.3.1979.
- 28 W. Meißner und E. Hödl: *Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes*. Bericht 3/77, hrsg. vom Umweltbundesamt, Berlin 1977. Zitiert nach: Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), *Umweltgutachten 1978*, Verlag W. Kohlhammer, S.530ff. Vgl. hierzu auch: *Umwelt (BMI)* Nr. 57, S.5ff.; Nr. 59, S.14ff.
- 29 Zitiert nach: G. Hartkopf, *Umwelt (BMI)* Nr. 70 (1979), S.2.
- 30 *Umweltschutz: Das Umweltprogramm der Bundesregierung* v. 14.10.1971, Verlag W. Kohlhammer, 3. Aufl. 1973, S.104.
- 31 *Umweltbericht '76: Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom 14.7.1976*, Verlag W. Kohlhammer, 1976, S.113ff.
- 32 Battelle-Institut, *Schätzung der monetären Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen bis zum Jahre 1980*, Frankfurt/M. 1975. Zitiert nach: SRU, *Umweltgutachten 1978*, S.533.
- 33 *Umwelt (BMI)* Nr. 70 (1979), S.9.
- 34 Sonderauswertung des BMI, Refert U II 3. Zitiert nach: SRU, *Umweltgutachten 1978*, S.533.
- 35 Schätzung der Bundesanstalt für Straßenwesen: *Arbeitskreis Kosten für Lärmschutzmaßnahmen*, unveröffentlichter Schlußbericht, Zitiert nach: SRU, *Umweltgutachten 1978*, S.532.
- 36 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Untersuchung von R. Mayntz, E. Böhne, H.U. Derline, B. Hesse, J. Huhe und A. Müller: *Vollzugsprobleme der Umweltpolitik. Empirische Untersuchung der Implementation von Gesetzen im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes*. Zitiert nach: SRU, *Umweltgutachten 1978*, S.472ff.
- 37 Anfrage Nr. 925 im Landtag von NW, Drs. 8/23, S.19.
- 38 BfA, *Überlegungen II*, S.50ff.
- 39 *Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung*, Düsseldorf 1977.
- 40 *Alternativmemorandum '78*, vorgelegt von 158 Wirtschaftswissenschaftlern am 30.4.1978 in Bonn, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5 (1978), S.625ff.
- 41 *Alternativen der Wirtschaftspolitik — Vorrang für Vollbeschäftigung*, Pahl-Rugenstein, Köln 1979.

Frank Deppe

## Hätten die Gewerkschaften die Weimarer Republik retten können?\*

### I.

Die Frage, die im Thema aufgeworfen wird, läßt sich nicht unvermittelt und eindeutig beantworten. Natürlich finden sich in der Literatur Antworten verschiedenster Art. *Arthur Rosenberg* z.B. vermutet am Schluß seiner »Geschichte der Weimarer Republik«, daß »... eine Einheitsfront KPD-SPD, die rücksichtslos den Kampf gegen die Brüning-Diktatur und den Kapitalismus aufgenommen hätte. ... vielleicht auch damals noch das Schicksal gewendet haben (würde).« Angesichts der realen Politik von SPD und KPD, die eine Einigung verhinderte, sowie angesichts der Aktionsunfähigkeit der »linken Sozialisten« sieht er jedoch schon 1930 eine Verschiebung zugunsten der »Gegenrevolution«, die ihm nicht mehr korrigierbar erscheint.<sup>1</sup> Dem könnte entgegengehalten werden, daß durchaus während der Julikrise 1932, also nach dem sog. »Preußenschlag« von Papen, und unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 die Chance zur Herstellung einer solchen Einheitsfront bestanden habe. Zumind. im Juli 1932 lag von Seiten der KPD ein Angebot zum gemeinsamen Handeln vor — Ende Januar wurde die Frage des Generalstreiks diskutiert.<sup>2</sup> Andererseits hält bis heute die — kontrovers geführte — Diskussion darüber an, ob nicht tatsächlich auch bei den Anhängermassen von SPD und ADGB, die in der »Eisernen Front« zusammengefaßt waren, eine Bereitschaft zum aktiven Widerstand vorhanden war.<sup>3</sup>

Die ersten Hinweise lassen schon erkennen, daß die Beschäftigung mit der Frage nach der Rettung der Republik notwendig über eine allzu begrenzte Behandlung der Gewerkschaftsfrage hinausführt. Die historische Rolle der Gewerkschaftsbewegung in der Schlußphase der Weimarer Republik kann angemessen nur aus dem Gesamtzusammenhang der Handlungsbedingungen der Arbeiterbewegung bestimmt werden. Zugleich zwingt die Tatsache, daß eben die deutsche Arbeiterbewegung nicht zum einheitlichen Handeln gegen die aufkommende Gefahr des Faschismus in der Lage gewesen ist, dazu, die Frage nach den Ursachen und Bedingungen jenes oft beschworenen »Versagen(s) der Gewerkschaftsführung bei der nationalsozialistischen Machtergreifung«<sup>4</sup>, jener »schwächliche(n) Anpassungspolitik« von ADGB und SPD<sup>5</sup> auf der einen und der ultralinken »Offensivpolitik« der KPD auf der anderen Seite zu stellen.

Die »Hilflosigkeit dieser defensiven Politik, durch die der Nationalsozialismus von der Macht ferngehalten werden sollte«, in den ersten Monaten des Jahres 1933 schließlich der Versuch, den Bestand der Organisation durch deren Integration in den »neuen Staat« zu retten<sup>6</sup>, wird durchaus unterschiedlich interpretiert. Zum einen werden eher subjektive Faktoren in den Vordergrund gestellt. Kategorien wie Verrat, Schwäche, Ohnmacht<sup>6</sup>, der manipulative Charakter vorgeblich falscher Theorien wären hier zu nennen. Demgegenüber insistieren andere Analysen auf der Objektivität — das heißt: der nicht mehr den eigenen Einflußmöglichkeiten unterworfenen — der »Machtllosigkeit« der Gewerkschaften in dieser Periode.<sup>9</sup> *H. Skrzypczak* charakterisiert diesen Zu-

\* Kofereferat zur AG II der wissenschaftlichen Konferenz des DGB zur Geschichte der Gewerkschaften, München, 12./13. Oktober 1979. Geringfügig gekürzt.



stand wie folgt: »... politisch ausmanövriert, ökonomisch zu keiner Großoffensive mehr fähig, finanziell nahezu ausgeblutet.«<sup>10</sup> Als entscheidend gilt zunächst die politische Niederlage, die die Arbeiterbewegung in der Anfangsphase der Weimarer Republik bis 1923/24 hinnehmen mußte und die zu einer Auszehrung ihrer Kräfte sowie zur Zementierung ihrer inneren Spaltung geführt habe.<sup>11</sup> Darüber hinaus wird die Gewerkschaftsbewegung als hilfloses Objekt der mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen sozialökonomischen Wirkungen und der faschistischen Massenbewegung begriffen. Die »Unausgereiftheit« des »objektiven Faktors« — so H. Skrzypczak — d.h., die »relative Stabilität des kapitalistischen Systems«, erscheint somit als der entscheidende Faktor.<sup>12</sup>

Wir wollen diese Aufzählung von Antworten auf die im Thema aufgeworfene Frage nicht fortsetzen. Es scheint mir wenig sinnvoll, der Forschung als Aufgabe zuzuschreiben, durch immer neue Faktenakkumulation die Richtigkeit einzelner Ansätze selbstgerecht zu »beweisen« und damit auf einer anderen Ebene jenen Abgrenzungsmechanismus zu reproduzieren, der zweifellos zur Schwächung der Arbeiterbewegung vor 1933 beigetragen hat. Für die wissenschaftliche Diskussion geht es heute zunächst einmal darum, die Bedingungen des Scheiterns von Programmen und Strategien der Arbeiterbewegung besser zu begreifen; das heißt gerade: den dichotomischen Schematismus von subjektiven und objektiven Bestimmungsfaktoren historisch-gesellschaftlicher Prozesse zu überwinden. Die Vermittlungsformen dieser Faktoren herauszuarbeiten, ohne dabei — über die Kritik des Subjektivismus — einen neuen ökonomischen und soziologischen Determinismus zu konstruieren, darin scheint mir eine zentrale Forschungsaufgabe zu liegen.<sup>13</sup>

## II.

H. Skrzypczak hat gegen den in der wissenschaftlichen Literatur oft erhobenen Tadel an der Passivität und Entschlußlosigkeit der Gewerkschaftsführer in der Weimarer Endphase daran festgehalten, daß es sich »ih Wirklichkeit (um) die Anwendung einer durchdachten Strategie hinhaltenden Widerstandes (handelte), die sich nüchtern an den tatsächlichen Machtverhältnissen orientierte.«<sup>14</sup> Diese These von der »durchdachten Strategie« soll zunächst aufgegriffen und überprüft werden. Dabei soll die Analyse der gewerkschaftlichen Strategie selbst im Mittelpunkt stehen. Das heißt: die Kriterien für die Bewertung dieser Politik — ihres Erfolges bzw. Mißerfolges — werden nicht »von außen« — z.B. von der Ebene der parteipolitischen Entwicklung der Arbeiterbewegung bzw. von der Ebene allgemeiner theoretischer und strategischer Deduktionen (wie z.B. »revolutionäre« oder »reformistische« Politik) — an die Gewerkschaftsbewegung herangetragen.<sup>15</sup>

Franz Neumann hat 1932 eine Etappeneinteilung der gewerkschaftlichen Entwicklung vorgenommen: »Geschichtlich hat das Verhältnis von Staat und Gewerkschaften vier Stadien durchlaufen: vom Verbot über die Duldung zur Anerkennung und zur Inkorporierung der Koalitionen.«<sup>16</sup> Die Periode der Weimarer Republik wäre demzufolge durch Anerkennung und Inkorporierung charakterisiert. Die Gewerkschaften werden durch Gesetzgebung, Verwaltung, Judikatur, öffentliche Meinung und nicht zuletzt durch die Arbeitgeber anerkannt. Sie werden — wie G. Briefs formuliert hat — durch »Anerkennung ... befestigt«.<sup>17</sup> Es vollzieht sich — nach den Worten des Soziologen Th. Geiger — eine »Institutionalisierung des Klassenkampfes«. Das will besagen, daß die Beziehungen von Kapital und Arbeit in ihrer Totalität »durchrechtlicht« — d.h., durch

gesetzliche Regelungen und freiwillige Vereinbarungen formalisiert — und »politisiert«, d. h.: über die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik vermittelt, werden.

*Franz Neumann* hat 1935 »zwei Phänomene« besonders benannt, die die »Periode der Gewerkschafts Anerkennung« auszeichnen: »in der ökonomischen Sphäre durch eine Transformation der freien Wettbewerbswirtschaft in eine organisierte Monopolwirtschaft; in der politischen Sphäre durch die Transformation des liberalen, gewaltenteilenden Rechtsstaates in die Massendemokratie. Beide Erscheinungen verwandeln die Gesamtstruktur von Staat und Gesellschaft und deren gegenseitiges Verhältnis.«<sup>18</sup>

Damit sind zugleich wesentliche Bestimmungen des handlungsorientierenden Selbstverständnisses des ADGB — zumindest der Mehrheit seiner Führungsgruppen — benannt. In der Weimarer Verfassung waren die Gewerkschaften, die Koalitionsfreiheit und der kollektive Arbeitsvertrag ausdrücklich anerkannt; der Staat war zur Sozialpolitik verpflichtet und im Artikel 165 wurde die »Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit« in den Rang eines Verfassungsgebotes erhoben. Das gewerkschaftliche Verständnis der eigenen Schutz- und Gestaltungsfunktionen war wesentlich auf diesen verfassungsrechtlichen Rahmen begründet. Die bestehende Staatsform wurde als diejenige anerkannt, in der »die Klassegegensätze am ehesten ohne gewaltsame Eruptionen ausgeglichen werden können« (*Hilferding*); die Koalitionen werden als notwendige Integrationsfaktoren, als die »positive Grundlage unseres gesellschaftlichen, unseres Volks- und Staatslebens« (*Sinzheimer*) bestimmt; das kollektive Arbeitsrecht erscheint als das »Bindeglied zwischen Republik und Arbeiterschaft« (*Fraenkel*).<sup>19</sup>

Der Paritätsgedanke, der zugleich den Gedanken der arbeitsgemeinschaftlichen Kooperation und der gemeinschaftlichen Verantwortung für das gesellschaftliche und politische »Gemeinwohl« beinhaltet, begründet so eine »pluralistische Demokratiekonzeption«. Die gewerkschaftlichen Gestaltungsfunktionen, die Formulierung des Weges zum sozialistischen Endziel, der im Programm der »Wirtschaftsdemokratie« (1928) beschrieben wurde, fügt sich gleichsam organisch in dieses Grundverständnis der Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft und damit der veränderten politischen Rolle und Aufgabenstellung der Gewerkschaftsbewegung ein. Im Kern handelt es sich um die Konkretisierung des Paritätsgedankens: um die Ausweitung des kollektiven Arbeitsrechts, der Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Sektors, um die Demokratisierung der Wirtschaftsführung — um eine schrittweise Ausweitung, die freilich zu einer qualitativen Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen soll.<sup>20</sup>

Für das Verständnis der gewerkschaftlichen Politik in der Spätphase der Weimarer Republik möchte ich die folgenden Thesen formulieren. Funktionsverlust und Orientierungsschwäche der Gewerkschaften sind vor allem das Ergebnis einer historischen Konstellation, in der

1. unter dem Druck ökonomischer Krisenprozesse und einer politischen Rechtsverschiebung die institutionellen und rechtlichen Mechanismen der Sozialpolitik (im weiten Sinne) eine Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft (Arbeitslosigkeit, Lohnabbau), eine Einschränkung sozialpolitischer Leistungen (z. B. Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeunterstützung) und insgesamt eine Disziplinierung der Gewerkschaften — hier allgemein verstanden als eine Einengung ihres Handlungsspielraumes — bewirken;

2. die politischen und wirtschaftlichen Interessenvertreter der Kapitalseite den Ko-

operationsrahmen einer institutionalisierten Konfliktregulierung durchbrechen und zu einer Konfrontationsstrategie mit dem Ziel des Abbaus »sozialpolitischer Errungenschaften« bzw. der Brechung des Einflusses der Gewerkschafts- und der Arbeiterbewegung insgesamt übergehen:

3. die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten durch ein Politikverständnis eingeschränkt werden, das autonome Aktionsmöglichkeiten »von unten«, d.h. durch die betriebliche Mitgliederbasis der Gewerkschaften und ihrer Organe, systematisch eingeschränkt hatte — zum einen aufgrund der Vorstellung, daß sozialpolitische Verbesserungen der Lage der Lohnabhängigen vorerst »von oben«, über die Vermittlung der Staatsstätigkeit und der Konsensbildung der Verbandsspitzen, zu erreichen sind, und andererseits aufgrund der Furcht vor einer politischen Radikalisierung in der Arbeiterschaft (die sich z.T. noch auf die Erfahrungen der Kämpfe und der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen 1918/19 und 1923/24 stützte), die auch zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses in der politischen Arbeiterbewegung hätte führen können.

Bevor wir dazu übergehen, diese Thesen zu konkretisieren, sei noch einmal kurz zu den einführenden Überlegungen dieses Abschnittes zurückgekehrt. Dort war die Weimarer Republik als Phase der »Anerkennung« und »Inkorporierung« der Gewerkschaften, ihrer »Befestigung« bezeichnet worden. Die Krise dieses Systems — und darin eingeschlossen: der Gewerkschaftspolitik — zerstört zugleich die Funktionsbedingungen des »pluralistischen Systems«. <sup>22</sup>

Ludwig Preller hat diese Krise wie folgt charakterisiert: »Der Verlauf der Weimarer Sozialpolitik scheint darauf zu deuten, daß die Gewerkschaften diese Konjunkturrempfindlichkeit der klassengebundenen Sozialpolitik nicht klar genug eingeschätzt haben. Sie verließen sich auf ihren politischen Einfluß. Dieser Einfluß war im Jahr 1928 sicher bedeutend. Er wurde jedoch durch den folgenden Konjunktursturz faktisch gebrochen.« Nachdem Preller noch den desorganisierenden Einfluß der »Spaltung der Arbeiterparteien« erwähnt, fügt er noch eine Bemerkung über das Verhältnis von Massen und Führung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hinzu: »Die Masse aber verlor wachsend den Kontakt zu ihren Führern. Sie sah nur die steigende Belastung der Arbeitnehmerschaft, die anwachsende Arbeitslosigkeit und verstand die Beweggründe einer Politik nicht, die um der Demokratie und der Arbeitnehmerschaft willen sich veranlaßt fühlte, eine Politik zu stützen, die in den Augen der breiten Massen nur ständige Siege der privatkapitalistischen Wirtschaft mit sich brachte.« <sup>23</sup>

Der oft beschworene »Immobilismus«, die »Passivität« der gewerkschaftlichen Politik war so auch Ausdruck einer »Vertrauenskrise« in den Gewerkschaften selbst. Diese kann als Ausdruck des Defizits gelten, eine Strategie zu entwickeln, die einerseits die Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen mit der Entwicklung der Kampffähigkeit der eigenen Mitgliederbasis verbindet, und die andererseits — ausgehend von der Erkenntnis, daß ab 1930 das Modell des institutionalisierten Klassenkompromisses nicht mehr funktionierte — diese Kampffähigkeit in die grundsätzlichen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen als autonomen Faktor gewerkschaftlicher Macht einzubringen vermag. Die Krise des — wie der italienische Marxist *Antonio Gramsci* einmal formuliert hat — Modells der »passiven Revolution« (des Modells einer Veränderung sozialökonomischer und politischer Verhältnisse »von oben«) <sup>24</sup> kommt noch am deutlichsten in den Appellen des ADGB an die Arbeiterschaft zum Ausdruck,

in zugespitzter Krisensituation (wie z.B. die »Julikrise« 1932) durch die Wahl der SPD eine adäquate politische Antwort zu finden.<sup>29</sup>

### III.

Betrachten wir nun im einzelnen einige Faktoren, die die Gewerkschaftspolitik bis hin zum Funktionsverlust geschwächt haben:

1. Zweifellos wird in schweren ökonomischen Krisenperioden die primäre gewerkschaftliche Funktion, die Vertretung der Lohninteressen der Arbeitnehmerschaft, geschwächt. Massenarbeitslosigkeit, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor Lohnabbau wirken als eine Schranke für die Entfaltung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht. Der Rückgang der Streiktätigkeit nach 1928<sup>36</sup>, wobei 1931 fast ausschließlich sog. »Abwehrbewegungen« zu verzeichnen waren, gleichzeitig aber die »Angriffsaussperrungen«, die von den Arbeitgebern zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt wurden, 1930 und 1931 in die Höhe schnellten, der Lohnabbau, der 1931 mit der Senkung der Tariflöhne einsetzte<sup>37</sup> — diese Entwicklungen waren gewiß auch Ausdruck der Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen durch die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise.

Gleichwohl bleibt diese Verengung des Aktionsspielraumes unverstänglich ohne die Berücksichtigung des Schlichtungswesens und insbesondere des Mechanismus der staatlichen Zwangsschlichtung, wie sie durch die Schlichtungsverordnung von 1923 ermöglicht worden war.<sup>28</sup> Diese »Politisierung« der Tarifpolitik, vor allem durch den »Zwangstarif«, wurde von den Gewerkschaften — nach anfänglichem Widerstand — als »staatspolitische Aufgabe« anerkannt.<sup>29</sup> Erst nachdem sich etwa nach 1930 die Schiedssprüche immer häufiger in Instrumente zur Lohnkürzung verwandelten, erhob sich von Seiten des ADGB Protest gegen den »Mißbrauch« des Schlichtungswesens. Die Anerkennung der Politisierung der Tarifpolitik hat auf jeden Fall den gewerkschaftlichen Autonomieverlust — zumal in der Krise und nach der Einsetzung des ersten Präsidialkabinetts Brüning — entscheidend gefördert. Mit der Delegation von Entscheidungsbefugnissen an den Staat wurde auf der einen Seite die Gewerkschaftspolitik externen Zwecken und Interessen unterworfen — ein Vorgang, der besonders deutlich zutage trat, als mit dem Brüning'schen Deflationskonzept die Forderungen des Reichverbandes der deutschen Industrie (RDI) in die Praxis umgesetzt wurden.<sup>30</sup> Auf der anderen Seite — und dieser Gesichtspunkt wird oft übersehen — förderte das Schlichtungswesen die Entpolitisierung der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis. Indem sich die Lohnpolitik gleichsam aus der Organisation herausverlagerte, wurde eine wesentliche Bedingung gewerkschaftlicher Willens- und Bewußtseinsbildung mehr oder weniger abgeschnitten: die Beteiligung der Mitglieder an der Lohn Diskussion, an der Entscheidung und an der Gestaltung von Arbeitskämpfen.

2. Neben der Sozial- und Lohnpolitik gewann schon vor dem Eintritt in die Krise in den Jahren 1929/30 das Problem einer gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik ein erhebliches Gewicht. Hier fällt zunächst das Auseinandertreten zwischen der allgemeinen Programmatik und der praktischen Reaktion auf konkrete wirtschaftspolitische Probleme auf. Die Vorstellungen über Sozialisierung und Mitbestimmung, die in den Auseinandersetzungen nach dem Ersten Weltkrieg im Mittelpunkt standen, wurden im Programm der »Wirtschaftsdemokratie« (1928) wieder aufgegriffen und erweitert, freilich ohne Hinweise auf seine politischen Durchsetzungsmöglichkeiten. Es war damit nicht

frei von einer »apolitische(n) Komponente«<sup>11</sup>; die vollends mit dem Eintritt in die Wirtschaftskrise offenbar werden mußte.

E. C. Schöck hat darauf aufmerksam gemacht, daß »... Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit ... die entscheidenden Faktoren für die Lage der Arbeiterschaft (waren).«<sup>12</sup> Auf diesem Felde Strategien zu entwickeln, war demzufolge eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe. Die Hindernisse für eine gewerkschaftliche Aktionskonzeption waren jedoch durch das Gesellschafts- und Politikverständnis des ADGB gleichsam vorprogrammiert: denn schließlich wurden Kapitalkonzentration und Staarseingriff als Ausdruck zunehmender Organisation und Planmäßigkeit begriffen. Zudem hatte der »Produktionsgedanke« in der Gewerkschaftsbewegung an Einfluß gewonnen. Damit sollte der Übergang von einer starren — ganz auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit bezogenen — Konfrontationshaltung gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zur Aufgabe der »bewußten Förderer und Mehrer der Wirtschaft« begründet werden, wie es P. Kampfmeier 1925 formulierte.<sup>13</sup>

Beispielhaft läßt sich diese Position an der Einstellung gegenüber der Rationalisierungsfrage verdeutlichen.<sup>14</sup> 1925 forderte der Breslauer ADGB-Kongreß: »... hohe Löhne, kürzere Arbeitszeit, rationelle Produktionsmethoden und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirtschaftlichen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt.«<sup>15</sup> Fritz Tarnow hat diese Forderungen systematisch »organisiert«.<sup>16</sup> Damit wurde einerseits der problematischen Vorstellung Vorschub geleistet, daß die Wirtschaftskrise ein Ergebnis der »Unterkonsumtion« sei, also letztlich durch die Disproportionalität der Verteilung von Kapital- und Lohn Einkommen verursacht und demzufolge durch eine Korrektur dieser Verteilung zu bewältigen sei. Auf der anderen Seite wurde die Lösung der mit der Rationalisierung verbundenen Probleme auf die Ebene der »Kapitalbildung« und von Lohnsteigerungen wie Arbeitszeitverkürzung verlagert. Mit anderen Worten: Es gelang nicht, eine Konzeption der gesellschaftlichen Kontrolle über die Anwendung des technischen Fortschritts zu entwickeln und diese zugleich für die betrieblichen Auseinandersetzungen zu konkretisieren.

Diese Position wurde vom ADGB zunächst mit dem Eintritt in die Krise beibehalten. In der Denkschrift »Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen« (1930) wurde die auch vom RDI erhobene Forderung nach »Kapitalbildung« aufgegriffen und um die Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung ergänzt.<sup>17</sup> Erst Anfang 1932 entwickelte der ADGB seine Strategie zum »Umbau der Wirtschaft«. Ihr Kernstück war der sog. »WTB-Plan«, der staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Instrumente einer antizyklischen Konjunkturpolitik vorsah.<sup>18</sup> Auch dieses Programm, das oft als »Ablösung vom Krisenfatalismus«<sup>19</sup> bzw. als praktische Überwindung einer dogmatischen, wirtschaftspolitischen Inflexibilität<sup>20</sup> apostrophiert wurde, wandte sich an die staatliche Politik, die im Jahre 1932 offenkundig den antigewerkschaftlichen und prokapitalistischen Kurs verschärfte. Daher reproduzierten sich in dieser — durch den »Krisenkongreß« des ADGB vom 13. April 1932 beschlossenen Orientierung — nicht nur — wie Michael Schneider hervorhebt — »die Schwierigkeiten einer Vermittlung zwischen auf Systemüberwindung zielender Programmatik und tendenziell systemstabilisierender Funktion einer an sozialen Erfordernissen orientierten politischen Praxis.«<sup>21</sup> Vielmehr noch konkretisierte sich hier die innere Widersprüchlichkeit eines — schon vor der Wirtschaftskrise verfestigten — Politikverständnisses, das die Lösung

und Überwindung sozialökonomischer Widersprüche »von oben« konzipiert, ohne die Frage nach den Realisierungsmöglichkeiten mit Strategien zur Mobilisierung der eigenen Mitgliederbasis sowie zur Durchsetzung von Teillösungen auf der betrieblichen Ebene zu verbinden. Darin scheint mir der oft beschworene gewerkschaftliche »Immobilismus« dieser Periode eine wesentliche Begründung zu finden.

3. Das Problem der notwendigen »Öffnung der gewerkschaftlichen Strukturen zur Basis hin« stellt sich nicht nur für die Lohn-, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern auch für die innerorganisatorischen Strukturen und Prozesse. Nur einige Fragen sollen hier angerissen werden, zumal die Forschung auf diesen Gebieten noch erhebliche Rückstände aufweist.

— Die bereits erwähnte »Vernachlässigung der Betriebsebene durch die gewerkschaftliche Organisation«<sup>42</sup> kommt besonders in der Stellung der Betriebsräte bzw. in der Haltung der Organisation gegenüber den Betriebsräten zum Ausdruck. E. Fraenkel hat 1929 als das »soziale Meisterstück der deutschen Gewerkschaften ... die Eingliederung der Räte in die Gewerkschaftsbewegung«, ihre Transformation in den »verlängerten Arm der Gewerkschaften innerhalb des Betriebes« bezeichnet.<sup>43</sup> Diese Entwicklung, die freilich nur vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen Rätebewegung und Gewerkschaften und der Auseinandersetzungen um das Betriebsrätegesetz (1920) verständlich wird, hat zweifellos dazu geführt, die Entfaltung von Elementen der betrieblichen Mitbestimmung und Kontrolle zu hemmen sowie Möglichkeiten zur Etablierung von dezentralisierten Mobilisierungszentren zu beeinträchtigen.<sup>44</sup>

— Die Fortentwicklung des Berufsverbandsprinzips zum Industrieverbandsprinzip, wie sie 1925 in einem Plan von Robert Dißmann (DMV) zur Schaffung von 15 großen Industrieverbänden entworfen wurde, wurde zwar schon 1922 vom Leipziger ADGB-Kongreß befürwortet.<sup>45</sup> Gleichwohl vermochte sie sich nicht durchzusetzen. Angesichts der neuen Formen der Kapitalkonzentration und der Monopolisierung erschien jedoch vielen Gewerkschaftern die Rückständigkeit der gewerkschaftlichen Organisationsformen als ein hinderliches Element gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit.

— Die »innergewerkschaftliche Demokratie« ist immer wieder zum Angriffspunkt der »Opposition« in den ADGB-Gewerkschaften geworden. Die Tendenz zur Zentralisierung und zur »Verfestigung des bürokratischen Apparats«<sup>46</sup> war keineswegs Reflex des Wirkens des »ehernen Gesetzes der Oligarchisierung« (R. Michels), sondern eng mit jenem Staats- und Politikverständnis verbunden, das weiter oben skizziert wurde. Hinzu kam, daß die politischen Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung die Verselbständigungstendenz des Apparates förderten, der sich fast ausnahmslos mit der Politik der SPD identifizierte. Besonders bei Lohnkämpfen, die mit dem Mittel der Schlichtung und besonders der Zwangsschlichtung beendet wurden, machte sich die Unzufriedenheit über die Beschränkungen innergewerkschaftlicher Demokratie — u. a. bei den Ergebnissen von Urabstimmungen — bemerkbar.<sup>47</sup>

Otto Brenner hat die Politik von SPD und ADGB ab 1930 wie folgt kritisiert: »Es fehlte damals an der Einsicht, daß die bisherigen sozialpolitischen Errungenschaften nur gesichert werden konnten, wenn sich die demokratischen Organisationen der Arbeitnehmer zu einschneidenden politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen aufraffen — notfalls über den Rahmen rein parlamentarischer Kombinationen hinaus.«<sup>48</sup> Der englische Sozialist *Harold Laski* hat 1933 als These formuliert, daß »keine politische Partei ... Erfolg haben (kann), wenn sie in einer revolutionären Epoche

aus der Legalität einen Fetisch macht.«<sup>49</sup> Diese Bemerkungen führen auch zu einem Grundproblem gewerkschaftlicher Politik in der Periode der Weltwirtschaftskrise, der beginnenden Aushöhlung und Zerstörung des parlamentarischen Systems und des Aufschwungs der faschistischen Massenbewegung:

Es trifft sicher zu, daß die Orientierungsschwäche des ADGB auch auf die theoretische und praktische Unterschätzung des Nationalsozialismus zurückzuführen war, daß — wie *H. Skrzypczak* bemerkt — der ADGB »buchstäblich 1923 seine Akten über die Hitlerbewegung geschlossen« hatte.<sup>50</sup> Gleichwohl korrespondiert diese Einstellung mit einer ebenso folgenreichen Unterschätzung der gesellschaftspolitischen Strategien der Unternehmer, ihrer Verbände und der sie repräsentierenden politischen Kräfte. Die »Wende zur offenen Konfrontation« gegenüber den Gewerkschaften, die mit dem »Ruhreisenstreit« 1928 deutlich einsetzte und sich bald — in ihren gesamtpolitischen Dimensionen — mittels der Gleichsetzung von Weimarer Republik und »Gewerkschaftsstaat« zuspitzte<sup>51</sup>, ließ schon früh aufscheinen, daß für die reaktionärste Variante der kapitalistischen Krisenüberwindungsstrategie ein enger Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Demokratie und der Vernichtung der Gewerkschaften bestand.

*Franz Neumann* charakterisierte 1935 diesen Zusammenhang wie folgt:

»... solange die politischen Freiheitsrechte noch existieren, solange es noch Presse, Versammlungs- und Vereinsfreiheit gibt, solange noch die Demokratie besteht, so lange kann der Staat in der Massendemokratie nicht wagen, hundertprozentig Eigentumsinteressen gegenüber den Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Er muß bestimmte Konzessionen an die Arbeiterschaft machen. Er darf das gesamte Arbeitsverfassungssystem nicht zerschlagen. Deshalb muß das Monopolkapital, wenn es wirtschaftliche Notwendigkeiten dazu zwingen, die politische Demokratie beseitigen, die politische Freiheit zerstören und damit die Möglichkeiten eröffnen, daß die gesamte Staatsgewalt für seine Aufrechterhaltung und Stärkung und für eine Zerstörung des Sozialsystems eingesetzt wird. Das ist die Lösung des deutschen Problems.«<sup>52</sup>

Die Offensive der konservativen Kräfte gegen den »Gewerkschaftsstaat«, für die Liquidierung der »sozialen Errungenschaften« der Weimarer Republik, die Propagierung des Antagonismus von (freiheitlichem) Individualismus und (sozialistisch-marxistischem) Kollektivismus, zielte längst nicht mehr darauf ab, die Verhandlungsposition der Unternehmer im Rahmen eines prinzipiellen arbeitsgemeinschaftlichen bzw. sozialpartnerschaftlichen Konsensus zu verbessern. Vielmehr zielte diese Strategie in ihrem Kern auf die Existenzberechtigung selbständiger und unabhängiger Massengewerkschaften. Aus dieser objektiven Polarisierung der ökonomischen und politischen Interessen ergab sich daher, daß »Tolerierung« und Anpassung den Zweck der Existenzsicherung der eigenen Organisation nicht zu realisieren vermochte. Daher kann sich die nachträgliche Bewertung dieser Politik nicht darauf beschränken, für jeweils konkrete Entscheidungssituationen taktische Kriterien zu überprüfen. Als der Machtverlust der Gewerkschaften in dem schwindenden Einfluß, den sie über das Parlament auf Gesetzgebung und Regierung ausübten, offenkundig wurde, bestand die Notwendigkeit zur Reformulierung der gewerkschaftlichen Strategie, in deren Zentrum die Entwicklung autonomer gewerkschaftspolitischer Handlungsmöglichkeiten — etwas moderner formuliert: die Besinnung auf die eigene Kraft — zu stehen hatte. Daß die Führung des ADGB dann im März und April 1933 sich zunehmend von der SPD distanzierte<sup>53</sup> und — auch vermittelt über die Konzeptionen einer »Einheitsgewerkschaft« — die Möglichkeiten der Annäherung an und der Einfügung in das neue System überprüfte, machte deutlich, daß eine solche Reformulierung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich war.

Die Rückorientierung auf eine Konzeption, die — wie *H. Mommsen* bemerkt — schon im Ersten Weltkrieg und in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zum Tragen gekommen war, die »Annahme, ohne die Zwischenschaltung von Parteien und Parlamenten direkten Einfluß auf den Staatsapparat nehmen ... zu können«<sup>17</sup>, entbehrt daher — oberflächlich betrachtet — nicht einer gewissen historischen Stringenz und Konsequenz. In der vollständig veränderten gesellschaftlichen und politischen Situation der Jahre 1932/33 mußte sie freilich den Niedergangsprozeß der freien Gewerkschaftsbewegung beschleunigen.

#### IV.

Die letzten Bemerkungen haben schon erkennen lassen, daß sich die Analyse der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen nicht ausschließlich auf die inneren Organisationsstrukturen und Willensbildungsprozesse, auf die programmatischen Zielvorstellungen sowie auf die je konkrete Politik der Organisation beschränken darf. Die Gewerkschaften befinden sich damit gewissermaßen im Schnittpunkt der verschiedenen geistigen und politischen Strömungen der Arbeiterbewegung. Sie werden zeitweilig zum Kampffeld, auf dem die Auseinandersetzung dieser Strömungen ausgetragen wird. Die Spaltungs- und Konfrontationstendenzen in der Arbeiterbewegung betrafen daher auch direkt die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen und es gibt wohl kaum eine Periode, die für diese These so sehr gilt, wie für die sog. »Zwischenkriegsperiode«, in der die Spaltung zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Arbeiterbewegung zum beherrschenden Thema wird.

Nachdem in den vorangehenden Abschnitten der innere Zusammenhang zwischen dem im ADGB vorherrschenden Politikverständnis und dem »Immobilismus« gewerkschaftlicher Politik in der Spätphase der Weimarer Republik behandelt wurde, muß nunmehr zunächst hinzugefügt werden, daß die kommunistische Politik — zumal seit 1929/30 — selbst noch dazu beigetragen hat, die Spaltung und damit auch den Immobilismus der Gewerkschaftspolitik zu verstärken. Diese Politik war durchdrungen von der Vorstellung des »Verrats der rechten sozialdemokratischen Führer« während des Ersten Weltkrieges und der nachfolgenden Revolutionsperiode. Sie betrachtete die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 und die Entwicklung der Sowjetunion als Modell des revolutionären Weges und begriff sich als Sektion der Kommunistischen Internationale (KI), in der die führende Rolle der KPdSU allgemein anerkannt war. Ausgehend von der Vorstellung der durch die Weltwirtschaftskrise verstärkten Zusammenbruchstendenzen des kapitalistischen Systems orientierte sich die KPD — wie die anderen Mitgliederparteien der KI — auf eine »revolutionäre Offensive«, die direkt zum Sturz der herrschenden Ordnung, zur Errichtung der »Diktatur des Proletariats« führen sollte. Da die Sozialdemokratie und auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als die »soziale Hauptstütze der Bourgeoisie« angesehen wurden, richtete sich die kommunistische Politik im Zeichen der falschen und verhängnisvollen Formeln »Sozialfaschismus« und »Einheitsfront von unten« gegen die Sozialdemokratie. Dabei wurde die Gefahr der faschistischen Bewegung erheblich unterschätzt. *Wilhelm Pieck* faßte 1935 (»Brüsseler Konferenz«) die Selbstkritik der KPD in der Einschätzung zusammen, die Partei hätte verstehen müssen, »daß ihre alte taktische Orientierung eine falsche war und daß sie ihre Taktik auf den gemeinsamen Kampf mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gegen die faschistische Gefahr hätte umstellen müssen, daß sie



von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Freiheiten hätte übergehen müssen.«<sup>55</sup>

Die Spaltung des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung bestimmte die in-nergewerkschaftliche Entwicklung schon etwa seit der Mitte des Ersten Weltkrieges.<sup>56</sup> Bei der Gründung des ADGB (Nürnberg 1919) war zwar beschlossen worden, »die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen«.<sup>57</sup> Gleichwohl betrachtete die Führung des ADGB die SPD als »sozusagen ihre natürliche Vertretung«<sup>58</sup>; von den 156 Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1928/30 waren 56 Mitglieder (37 %) hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre bzw. es gewesen, ehe sie Parteifunktionen übernahmen.<sup>59</sup> Zur Gewerkschaftsopposition, deren Einfluß in der Auseinandersetzung um Verfassung, Sozialisierung und Rätebewegung angewachsen war, zählten zunächst überwiegend Vertreter des linken Flügels der USPD, der sich im Dezember 1920 mit der KPD vereinigte. Im Zeichen der Einheitsfrontpolitik der KPD gelang es daher der Opposition, im ADGB beachtliche Positionen zu erringen.<sup>60</sup> Dieser Einfluß ging nach 1923 drastisch zurück — z.T. aufgrund der »ultralinken Wende« der KPD, z.T. aber auch aufgrund der großen Mitgliederverluste, die die Gewerkschaften in dieser Zeit hinnehmen mußten. Ab 1929 wirkte die allgemeine strategische Orientierung von KPD und Kf auf die Gewerkschaftspolitik der KPD zurück. Nach dem 1. Reichsrätekongreß der RGO (Dezember 1929) begann dann der erfolglose Weg der organisatorischen Verselbständigung der RGO bis hin zum Versuch der Gründung eigener Verbände.<sup>61</sup> Die schwach gewordene Opposition im ADGB setzte sich nunmehr fast ausschließlich aus »linken Sozialdemokraten« und »rechten Kommunisten«, die sich in der KPD-O sowie in der SAP organisiert hatten, zusammen.

Die Untersuchung dieser Spaltung führt einerseits zum Gegensatz von strategischen und theoretischen Orientierungen, andererseits zu vielfältigen Problemen der Streikführung, der Handhabung von Gewerkschaftsausschlüssen, schließlich aber auch in den komplexen Bereich der Bewußtseinslagen und der Massenstimmungen in der Arbeiterschaft. Wenn eine rein ideologiekritische Untersuchung, die — überspitzt formuliert — die Praxis ausschließlich an ihren theoretischen Leitmotiven mißt, oder eine reine Organisationsanalyse, die sich in der Betrachtung der Binnenstrukturen der Organisationen erschöpft, überwunden werden soll, wenn also durch die Forschung ein Beitrag zur Vermittlung objektiver und subjektiver Faktoren geleistet werden soll, dann wäre der Frage nachzugehen, ob nicht gewisse Zusammenhänge zwischen der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung und einer Aufspaltung und Ausdifferenzierung »proletarischer Erfahrung« nachgewiesen werden können.

Analysen des Zusammenhangs von Klassenstruktur und Gewerkschaftsorganisation für die Periode vor 1914 haben ergeben, daß das Nebeneinander von frühkapitalistischen Produktionsformen und denen der großbetrieblichen Produktion innere Segmentierungsformen in der Arbeiterklasse hervorbringt. Der »Korporativismus« behindert die Entwicklung zur einheitlichen Organisation und Interessenartikulation. Der Konflikt zwischen traditionellen, berufsständischen Elementen und dem modernen Organisationstyp der Massengewerkschaft, die die handwerklich-ständische Orientierung überwindet, ist eine der politischen Formen, in denen diese Widersprüche ausgetragen werden.<sup>62</sup>

Bis in die Weimarer Republik haben sich wesentlich zwei Veränderungen vollzogen: 1. Die Erfahrung des Krieges, der Niederlage und der Revolution, also: die Erfahrung

gesellschaftlicher Krisensituationen und von direkter, außerökonomischer Gewalt (bzw. die Partizipation an ihr). 2. Der Übergang zur modernen »großen Industrie« sowie die Produktivkraftentwicklung wirken als ein Hebel der Auflösung traditionaler Lebens- und Arbeitsformen; sie befördern die Mobilität der Lohnarbeiter, bedrohen namentlich den Status der handwerklich qualifizierten Facharbeiter und bringen das Wachstum der Angestellten (bis 1925: 18 Prozent der Lohnabhängigen) hervor.

Typische Formen der inneren Segmentierung der Arbeiterklasse beziehen sich freilich nach wie vor auf die Konstellation des Gegensatzes von Stadt und Land, von großbetrieblicher und kleinbetrieblicher Produktionsform, von qualifizierten und ungelerten (bzw. angelernten) Arbeitern, von Arbeitern und Angestellten. Diese Differenzierungen werden z.T. noch überlagert durch den Einfluß religiös-politischer Faktoren, was zum Beispiel durch den regional konzentrierten Einfluß der christlichen Gewerkschaften deutlich wird.

Um den Zusammenhang von politischer Spaltung der Arbeiterbewegung und Gewerkschaftspolitik genauer zu bestimmen, sind zwei Problemkreise von besonderer Bedeutung:

1. Die Spaltung von Organisierten und Unorganisierten. Die Organisationsquote, die bis 1920 stark angestiegen war, fiel bis zum Beginn der 30er Jahre wieder ab. Große Unterschiede bestanden nach Branchen und Regionen. Im Ruhrgebiet waren 1927 z.B. nur 10 % der Metallarbeiter freigewerkschaftlich organisiert. Die Führung von Arbeitskämpfen wurde daher zu einem Gegenstand heftiger innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, als die Einbeziehung der Unorganisierten in Arbeitskämpfe — auch als Mittel der gewerkschaftlichen Organisation — von der RGO propagiert wurde.

2. Die Spaltung von Beschäftigten und Unbeschäftigten. Schon vor 1929 war die Arbeitslosigkeit zur permanenten Bedrohung der Betriebsarbeiter und für einen immer höheren Prozentsatz der Erwerbslosen zum Dauerschicksal geworden. Solange es der Gewerkschaftspolitik nicht gelang, dieser Spaltung entgegenzuwirken, solange mußte auch die Vorstellung von den Gewerkschaften als einer »Organisation privilegierter Arbeitsplatzbesitzer« immer wieder auf Resonanz stoßen, wurden die Möglichkeiten zu einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik gegen die Folgen von Rationalisierung und Wirtschaftskrise weiter eingeschränkt.

Wir können hier diese Probleme, die die innere politische Spaltung der Arbeiterbewegung auch zurückbeziehen auf die innere Struktur der Arbeiterklasse, die Segmentierung ihrer sozialökonomischen und politischen Erfahrung, nicht weiter ausführen.<sup>65</sup> Auf jeden Fall wäre davor zu warnen, in solchen Beziehungen den einzigen Schlüssel zum Begriff der politischen Spaltung und Konfrontation zu sehen. Die konkreten Vermittlungen stellen sich einerseits über konkrete Arbeits- und Lebenserfahrungen, andererseits jedoch immer auch auf der Ebene der politisch-ideologischen Interpretation dieser Erfahrungen her. Die gesamte Komplexität der Krise der bürgerlichen Gesellschaft in ihren vielfältigen Erscheinungen, individuellen Erfahrungen und historischen Lernprozessen muß berücksichtigt werden, um das Phänomen der Spaltung — als einen wesentlichen Faktor der Immobilisierung gewerkschaftlicher Politik — zu begreifen.

## Anmerkungen

- 1 A. Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1961, 210/211.
- 2 Vgl. dazu neuerdings Autorenkollektiv: Ernst Thälmann. Eine Biographie. Frankfurt/M. 1979, bes. 589ff., 645ff.
- 3 Vgl. als zusammenfassende Wertung H. Schulze: Otto Braun. Eine Biographie. Frankfurt/M.-Berlin-Wien, 750ff.
- 4 H. Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. München/Wien 1971 (4. Aufl.), 67.
- 5 H. Mommsen: Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930 – 1944, in: H.O. Vetter (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, 275ff., hier 276.
- 6 M. Schneider: Tolerierung – Opposition – Auflösung. Die Stellung des ADGB zu den Regierungen Brüning bis Hitler, in: W. Luthardt (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Erster Band, Frankfurt/M. 1979, 150ff., hier 157.
- 7 W. Hoegner (Flucht vor Hitler, Frankfurt/M. 1979, 134) spricht in diesem Zusammenhang von der Hoffnung der Gewerkschaftsführer, »nach dem italienischen Vorbild in den Staat eingegliedert und zu Staatsbeamten ernannt zu werden«. Daß das italienische Vorbild eine Rolle spielte, verdeutlicht auch ein Artikel von F. Grosse in der »Gewerkschaftszeitung« vom 15.4.1933: »Deutschland – Italien. Die Gewerkschaften in der italienischen faschistischen und der deutschen nationalsozialistischen Revolution.« Zur Analyse dieser Periode vgl. insgesamt: H.G. Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaften, Hannover und Frankfurt/M. 1958; H. Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied und Berlin 1971; G. Beier: Einheitsgewerkschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII. Band, 1973, 207ff.; ders.: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/M.-Köln 1975; F. Opel/D. Schneider: 75 Jahre Industriegewerkschaft. Vom DMV zur IGM, Frankfurt/M. 1966, bes. 271ff.; W. Abendroth: Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954; C. Seifert: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik, in: F. Deppe u.a. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, 146-210.
- 8 Als ein Beispiel sei erneut W. Hoegner: Flucht... a.a.O., 49, zitiert: »Unter einer entschlossenen Führung wären wir unüberwindbar gewesen. Da sie aber vor letzten und schwersten Entschlüssen zurückschreckte, blieben wir zur politischen Ohnmacht verurteilt«; O. Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1973, führt die Niederlage in erster Linie zurück auf den »Verrat der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften und die durch sie hervorgerufene Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung« (124). Ebenso argumentiert M. Seydewitz (der wie Buchwitz in der Weimarer Republik Funktionär der SPD war und sich später KPD und SED anschloß), ders.: Es hat sich gelohnt zu leben, Berlin 1976, bes. 81ff.
- 9 So z.B. D. Schuster: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf 1976 (6. Aufl.), 63.
- 10 H. Skrzypczak: Zur Strategie der freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: H.O. Vetter (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz... a.a.O., 201ff., hier 221.
- 11 E.C. Schöck spricht diesen Zusammenhang in ihrer Untersuchung »Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-1928«, Frankfurt/M.-New York 1977, deutlich an: »Diese Phase (entscheidender Kämpfe) endete 1924 mit einem Erfolg der Unternehmer, die Niederlage 1924, die den Unternehmern erneut die zeitlich ungehemmte Verfügungsgewalt über die Ware Arbeitskraft verschaffte sowie die Krisenphase 1925/26 und die sie begleitende Arbeitslosigkeit, die es den Unternehmern ermöglichte, die Schwäche der Arbeiterklasse nun auch innerbetrieblich für eine ungeheurer gesteigerte Arbeitsintensität auszunutzen, müssen als entscheidende Einschnitte und Voraussetzungen für das Kräfteverhältnis ab 1928 gewertet werden.« (175)
- 12 H. Skrzypczak: Zur Strategie... a.a.O., 225.
- 13 Vgl. F. Deppe, G. Fülberth, J. Harter: Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Köln 1979, bes. 584ff.
- 14 H. Skrzypczak: Krise-Taktik-Strategie. Gewerkschaftspolitische Lehren der Weimarer Endphase, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1975, 399ff., hier 403.
- 15 Wir beschränken uns in diesem Beitrag fast ausschließlich auf den ADGB. Der Einwand ist berechtigt, daß auch die christliche Gewerkschaftsbewegung und die sog. Hirsch-Duncker-

- schen Gewerkschaften — in der Frühphase der Weimarer Republik auch die syndikalistischen Strömungen — berücksichtigt werden müssen, um ein vollständiges Bild zu gewinnen. Die ADGB-Gewerkschaften sind aber — und das legitimiert z.T. diese Einschränkung — die größten und einflussreichsten Verbände. Darüber hinaus sind sie am engsten mit der politischen Arbeiterbewegung verbunden. Zu den anderen Gewerkschaftsströmungen vgl. u.a. A. Weber: *Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit*, Tübingen 1954; R. Thieringer: *Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik*, Diss., Tübingen 1954; Ludwig Preller: *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1949; über den christlichen Gewerkschaftsführer und Arbeitsminister A. Stegerwald vgl. J. Deutz: *Adam Stegerwald*, Köln 1952; H.J. Schorr: *Adam Stegerwald*, Recklinghausen 1966; aufschlußreich für die politischen Denkstrukturen eines christlichen Gewerkschafters sind auch die Memoiren von H. Brüning, 2 Bde., München 1972 sowie die Schriften des wichtigsten Theoretikers der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik T. Brauer: *Gewerkschaft und Volkswirtschaft*, Jena 1922; ders.: *Krisis der Gewerkschaften*, Jena 1924; *Dokumente zur Politik der verschiedenen Strömungen* finden sich auch in U. Borsdorf u.a.: *Grundlagen der Einheitsgewerkschaft*, Köln/Frankfurt/M. 1977.
- 16 zit. n. W. Müller-Jentsch: *Zum Verhältnis von Staat und Gewerkschaften*, in: E. Altvater u.a.: *Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns*, Frankfurt/M. 1976, 150ff., hier 151.
  - 17 Vgl. F. Deppe: *Autonomie und Integration*, Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979, 130ff.
  - 18 F. Neumann: *Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur*, in: ders.: *Wirtschaft, Staat und Demokratie*, Aufsätze 1930-1954, hrsg. v. A. Söllner, Frankfurt/M. 1978, 145ff., hier 175; zur Konzeption des »organisierten Kapitalismus« (Hilferding), die auch hier zugrunde liegt, vgl. H.A. Winkler (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus*, Göttingen 1974.
  - 19 Vgl. dazu ausführlich H. Ulrich: *Die Einschätzung von kapitalistischer Entwicklung und Rolle des Staates durch den ADGB*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 6, März 1973, 1-70, hier 23; vgl. auch die zahlreichen Dokumente in T. Blanke u.a.: *Kollektives Arbeitsrecht*, Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Band 1, Reinbek b. Hamburg 1975, 178ff.
  - 20 Zum Programm der Wirtschaftsdemokratie vgl. F. Naphtali: *Wirtschaftsdemokratie — ihr Wesen, Weg und Ziel*, Frankfurt/M. 1966 (Neuausgabe); R. Kuda: *Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie*, in: H.O. Vetter (Hrsg.): *Vom Sozialistengesetz...*, a.a.O., 253-274.
  - 21 Diese beiden Begriffe sind einem unveröffentlichten Papier von Andreas Kaiser: *Gewerkschaften und Krise. Das kollektive Arbeitsrecht als Hebel zur Schwächung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, Berlin-West 1979, entnommen.
  - 22 In der staatsrechtlichen Diskussion dieser Zeit reflektiert sich diese Krise auf der einen Seite in der Pluralismuskritik von Carl Schmitt, der — angesichts der Klassenspaltung — die Massendemokratie zur Unmöglichkeit erklärt und schließlich zur Rechtfertigung des »totalen Staates« gelangt — auf der anderen Seite in der Sozialstaats-Konzeption von Hermann Heller, der die »Ausdehnung des materiellen Rechtsgedankens auf die Arbeits- und Güterordnung« fordert, der einen starken — auf Wirtschaftsdemokratie fundierten — Staat als ein Bollwerk gegen den Faschismus begriff, vgl. dazu als Überblick, B. Blanke u.a.: *Kritik der politischen Wissenschaft*, Band 1, Frankfurt/M.-New York 1975, 145-168.
  - 23 L. Preller: *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1949, 526/7.
  - 24 Vgl. F. Deppe: *Autonomie und Integration*, a.a.O., 169.
  - 25 F. Neumann: *Die Gewerkschaften in der Demokratie...*, a.a.O., 187, vertrat 1935 die Auffassung, daß »für die Gewerkschaften ... seit 1930 nur die Möglichkeit (bestand), hundertprozentige politische Verbände zu werden, ihre gesamte Macht dafür einzusetzen, die Demokratie und die politischen Freiheitsrechte aufrechtzuerhalten, weil nur durch Erkämpfung der Staatsgewalt ihre Existenz und die Sicherung der Menschenrechte des Arbeiters gesichert gewesen wären. Das hätte allerdings Generalstreik und Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang bedeutet. »Ob tatsächlich nur diese Möglichkeit bestand, mag als offene Frage gelten. Denkbar wäre zumindest eine Kombination ökonomischer und politischer Kampfstrategien, also z.B. Kampf gegen die Lohnsenkungspolitik, gegen Aussperrungen und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kampf gegen den Rechtsradikalismus gewesen. So wenig die Ereignis-

- se in Frankreich zwischen 1934 und 1936 mit der deutschen Situation 1930 bis 1933 vergleichbar sind, so haben sie doch die reale Möglichkeit einer solchen Repolitisierung der Gewerkschaftspolitik aufgezeigt, in der sich ökonomische und politische Ziele miteinander verbinden.
- 26 Es beteiligten sich an Streiks 1927: 632000; 1928: 572000; 1929: 464000; 1930: 274000; 1931: 156000 Beschäftigte. Vgl. Jahrbuch 1931 des ADGB, Berlin 1932, 171.
  - 27 Ab 1931 begann die Senkung der Tariflöhne, nachdem 1930 übertarifliche Löhne abgebaut wurden. Sie verminderten sich im 1. Halbjahr 1931 um rund 6,5 % (vgl. Jahrbuch 1931, 162, 178). Insgesamt fiel der reale Wochenlohn zwischen 1929 und 1931 um 15 bis 20 % (ebd., 181), 1932 setzte sich diese Entwicklung fort. Zur Lohnentwicklung vgl. auch J. Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, bes. 208ff.
  - 28 Zum Schlichtungswesen vgl. L. Preller: Sozialpolitik..., a.a.O., 310ff.; H. Raupach: Die Schlichtung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten und ihre Probleme, Berlin 1964; U. Hüllbusch: Koalitionsfreiheit und Zwangstarif. Die Stellungnahme des ADGB zu Tarifvertrag und Schlichtungswesen in der Weimarer Republik, in: U. Engelhard u.a. (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976; H.H. Hartwich: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat, 1918-1933, Berlin 1967; A. Enderle u.a.: Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, 152ff.
  - 29 Vgl. Jahrbuch 1930, ADGB, 202/204; vgl. dazu auch gewerkschaftliche Stellungnahmen in den Jahren 1930/31 in F. David: Der Bankrott des Reformismus, Berlin 1932, 124/125.
  - 30 Vgl. u.a. H. Caspar: Die Deflationspolitik der Regierung Brüning, in: F. Deppe u.a. (Redaktion): Staat und Monopole (II), Probleme der materialistischen Staatstheorie, Argument-Sonderband 16, Berlin-West 1977, 140ff., bes. 144ff.
  - 31 H. Mommsen: Klassenkampf oder Mitbestimmung, Frankfurt/M., o.J., 28.
  - 32 E.C. Schöck: Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, a.a.O., 162.
  - 33 P. Kampfmeyer: Der Produktionsgedanke in den Gewerkschaften, in: Sozialistische Monatshefte, August 1925, zit. n. H. Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf, a.a.O., 22.
  - 34 Vgl. neben der Arbeit von E.C. Schöck: Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, a.a.O.; P. Hinrichs/L. Peter (Hrsg.): Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Köln 1976, bes. 77ff. und 230ff.; J. Kuczynski: Darstellung der Lage..., a.a.O., 202ff.
  - 35 Zit. n. S. Lehdorff: Wie kam es zur RGO? Probleme der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik von 1927 bis 1929, Frankfurt/M. 1975, 20.
  - 36 F. Tarnow: Warum arm sein? Berlin 1928, als Kritik vgl. A. Enderle u.a.: Das rote Gewerkschaftsbuch, a.a.O., 44ff.
  - 37 Vgl. H. Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf, a.a.O., 29; zur Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung, vgl. ausführlich M. Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, Bonn-Bad Godesberg 1975, bes. 47ff.
  - 38 Vgl. M. Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm..., a.a.O., 81ff.; ders.: »Arbeitsbeschaffung« und »Umbau der Wirtschaft«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1976, 665-677.
  - 39 H. Mommsen: Klassenkampf oder Mitbestimmung, a.a.O., 29.
  - 40 Vgl. R.A. Gates: Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik, in: H. Mommsen u.a. (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, 218ff.; ebenso S. Pollard: The Trade Unions and the Depression of 1929 to 1933, in: H. Mommsen u.a. (Hrsg.): Industrielles System..., a.a.O., 237ff.
  - 41 M. Schneider: »Arbeitsbeschaffung« und »Umbau der Wirtschaft«, a.a.O., 677; vgl. auch ders.: Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: H. Mommsen u.a. (Hrsg.): Industrielles System..., a.a.O., 226ff., bes. 233.
  - 42 H. Mommsen: Klassenkampf oder Mitbestimmung, a.a.O., 22.
  - 43 E. Fraenkel: Kollektive Demokratie, in: Die Gesellschaft, 1929, zit. n. H. Ulrich: Die Einschätzung..., a.a.O., 9/10.
  - 44 Im »Roten Gewerkschaftsbuch« von A. Enderle u.a. (a.a.O., 183) heißt es dazu: »Die Opposition in den Gewerkschaften kämpfte zwar mit Leidenschaft, aber nicht mit sehr großem Ge-

- schick gegen die Kastrierung und Ausschaltung der Arbeiterräte. Sie beging den großen Fehler, daß sie — unter der Führung von Richard Müller — das Schwergewicht des Kampfes nicht in die Gewerkschaften verlegte, und auch, als das Betriebsrätegesetz schon in Kraft war, die Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaften als eine besondere, neben den Gewerkschaften stehende und ihnen gleichgeordnete Räteorganisation aufziehen wollte. So wurde die politische zu einer mehr organisatorischen Streitfrage, bei der die reformistische Gewerkschaftsführung leicht die Oberhand gewinnen konnte.« Als einen Versuch, die Betätigung der Betriebsräte »vom Standpunkt des Klassenkampfes« zu analysieren und rechtlich zu unterstützen vgl. K. Korsch: *Arbeitsrecht für Betriebsräte* (1922), Frankfurt/M. 1968.
- 45 F. Opel/D. Schneider: 75 Jahre Industriegewerkschaft, a.a.O., 245.
- 46 H. Grebing: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1966, 189.
- 47 Vgl. dazu S. Lehndorff: *Wie kam es zur RGO*, a.a.O., 56ff.; A. Enderle u.a.: *Das rote Gewerkschaftsbuch*, a.a.O., 77-95, 186-188.
- 48 O. Brenner: *Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit*, Frankfurt/M. 1966, 58/59.
- 49 zit. n. G. Beier: *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933*, a.a.O., 47.
- 50 H. Skrzypczak: *Zur Strategie der freien Gewerkschaften...*, a.a.O., 213.
- 51 Vgl. dazu die wertvolle Untersuchung von M. Schneider: *Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933*, Bonn-Bad Godesberg 1975, bes. 76ff.; zum »Ruhreisenstreit« 1928 vgl. ders.: *Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29*, Wentorf b. Hamburg 1974; H. O. Hemmer/U. Brosdorf: »Gewerkschaftsstaat« — zur Vorgeschichte eines aktuellen Schlagwortes, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 10/1974, 640ff.
- 52 F. Neumann: *Die Gewerkschaften in der Demokratie...*, a.a.O., 183.
- 53 Vgl. dazu u.a. G. Beier: *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933*, a.a.O., 30; H. Heer: *Burgfrieden oder Klassenkampf*, a.a.O., 106f.; besonders aufschlußreich H. Schulze: *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn-Bad Godesberg 1975; vgl. dort auch die Einleitung, XXIIIff. (Streit um die Gewerkschaften).
- 54 H. Mommsen: *Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung...*, a.a.O., 290.
- 55 Zit. n. J. Schleifstein: *Zum historischen Hintergrund der »Sozialfaschismus«-These*, in: E. Varga: *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Vierteljahresberichte 1929-1939*, hrsg. v. J. Goldberg, Westberlin 1978, 121-148 — dort wird auch ausführlich auf jene politischen Erfahrungen der »radikal gesrimmten sozialistischen Arbeiter« eingegangen, die die Übernahme jener falschen Formeln und Losungen durch die Mitglieder- und Anhängermassen begünstigten. Vgl. ebenfalls K. Mammach (Hrsg.): *Die Brüsseler Konferenz der KPD*, Frankfurt/M. 1975; ders.: *Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939*, Frankfurt/M. 1974; H. Bednarek: *Die Gewerkschaftspolitik der KPD, 1935-1939*, Berlin 1969.
- 56 Vgl. F. Deppe u.a.: *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, a.a.O., 115ff.
- 57 Zit. n. A. Enderle u.a.: *Das rote Gewerkschaftsbuch*, a.a.O., 102/3.
- 58 *Jahrbuch des ADGB*, 1924, 28.
- 59 Vgl. H. Grebing: *Geschichte...*, a.a.O., 189.
- 60 Vgl. A. Enderle u.a.: *Das rote Gewerkschaftsbuch*, a.a.O., 130ff.; G. Laubscher: *Die Opposition im ADGB, 1918-1923*, Frankfurt/M. 1979; A. Reisberg: *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik*, 2 Bde., Berlin 1971; E. Könnemann/H.J. Krusch: *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch*, Berlin 1972; vgl. auch F. Eisner: *Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. o.J., bes. 91ff. Die Voraussetzungen der KPD-Politik sowie die Bedingungen ihrer Wandlungen werden hier freilich nicht überzeugend behandelt.
- 61 Vgl. S. Lehndorff: *Wie kam es zur RGO*, a.a.O., 115ff.; vgl. auch L. Peter: *Überlegungen zur Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik*, unveröffentlicht, Mskr., Bremen 1979; F. David: *Der Bankrott des Reformismus*, a.a.O., 249ff.; A. Enderle u.a.: *Das rote Gewerkschaftsbuch*, a.a.O., 133ff.; K. Fugger: *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Berlin 1949, bes. 189ff.
- 62 Vgl. F. Deppe: *Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse der Gewerkschaftsgeschichte — unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914*, in: XII. Linzer Konferenz, 1976, Tagungsbericht, Wien 1979, S.126ff.
- 63 Vgl. weiterführend: F. Deppe, *Zu einigen Aspekten des Problems »Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung«*, Einleitungsreferat zur Tagung der Marburger Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, April 1980. (Dieses Referat wird 1981 in einem Argument-Sonderband zur Gewerkschaftsgeschichtsschreibung veröffentlicht.)

Ulrich Hampicke

## Alternativen zur industrialisierten Landwirtschaft Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (4)\*

### 1. Einleitung

Die Land- und Ernährungswirtschaft ist neben der Energieversorgung eines der Problemfelder, auf denen die Meinungen über den »ökologisch richtigen« Weg am heftigsten aufeinanderprallen. Die Befürworter des industrialisierten Agrarsystems in der BRD halten sich zugute, daß es in der Geschichte noch nie so hohe und daß es weltweit in kaum einer anderen Region so sichere Erträge gegeben habe bzw. gebe wie heute in Mitteleuropa. Die quantitativen Leistungen wären in der Tat noch vor 50 Jahren als unglaublich angesehen worden. Die Flächenerträge haben sich seit 1950 etwa verdoppelt, obwohl sie schon damals erheblich über dem Durchschnitt der vergangenen hundert Jahre lagen. In den Augen der Verteidiger dieses Systems gibt es hinsichtlich der Qualität der Produkte und der ökologischen Vertretbarkeit der Produktionsmethoden keinen Anlaß zu genereller Kritik. Mängel im einzelnen werden zwar eingestanden, sie seien jedoch systemimmanent behebbar, und an ihrer Behebung werde mit großem Forschungsaufwand gearbeitet.

Zahlreiche naturwissenschaftliche Einzelveröffentlichungen zu den Umweltproblemen der heutigen Landwirtschaft finden sich u.a. in den Zeitschriften »Berichte über Landwirtschaft« (Verlag Paul Parey, Hamburg und Berlin) und »Landwirtschaftliche Forschung« (C. Sauerländers Verlag, Frankfurt a.M.). Als Sammlungen von Übersichtsartikeln sind z.B. empfehlenswert der Band 50 (»Sammelbericht Umweltschutz in Land- und Forstwirtschaft«, 3 Hefte, 1972) und der Band 55, H. 3 (1978) der erstgenannten Zeitschrift, sowie der Kongreßband 1978 (Sonderheft 35 »Stand und Leistung agrikulturnchemischer und agrarbiologischer Forschung«) der letzteren, in welchem auch auf die Argumente der »Biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise« eingegangen wird<sup>17</sup> und sogar deren Vertreter zu Wort kommen.<sup>18</sup> Vgl. zur Übersicht ferner die landwirtschaftsspezifischen Artikel in<sup>6</sup> und<sup>37</sup>. Apologetische aber sachliche Darstellungen des konventionellen Landbaus, seiner Umweltprobleme und seiner Leistungen im Hinblick auf die Welternährungslage in<sup>2,32,38</sup>. Darüber hinaus existiert ein umfangreiches landwirtschaftliches Schrifttum (z.B. DLG-Nachrichten, Zeitschriften von Landwirtschaftskammern), sowie eine große Zahl spezialisierter wissenschaftlicher Organe. Kritische naturwissenschaftliche Betrachtungen zur Qualität heutiger Nahrungsmittel:<sup>44</sup> <sup>45</sup>

Die Argumente gegen die industrialisierte Landwirtschaft lassen sich in vier Richtungen einteilen: (a) Die erzeugten Produkte seien minderwertig oder sogar gesundheitsschädlich, indem sie an qualitätsbestimmenden Inhaltsstoffen verarmt seien oder Reste von Giftstoffen enthielten, wie z.B. Pestizide. (b) Die Landwirtschaft sei energie-, rohstoff- und industrieabhängig und damit für Krisenzeiten, in denen diese Vorleistungen ausfallen können, nicht gerüstet. (c) Die Produktionsmethoden zerstörten langfristig die ökologischen Grundlagen der Erträge, insbesondere die Bodenfruchtbarkeit. (d) Die Landwirtschaft laufe darüber hinaus den Lebensansprüchen zahlreicher nicht-landwirtschaftlicher Arten und Ökosysteme zuwider, sie betreibe in großem Maß-

\* Zum vorliegenden Thema existieren wenige zusammenfassende Bücher, die sich in übersichtlicher Anordnung »besprechen« ließen. Vielmehr sind die unterschiedlichen Tendenzen in einer großen Zahl weit verstreuter Artikel dokumentiert. Im folgenden wird ein persönlich wertender Überblick über die verschiedenen Richtungen gegeben, in den möglichst viele Literaturhinweise eingeflochten sind, aus denen sich der Leser die für ihn interessanten zur weiteren Lektüre auswählen kann. (Die Fußnoten verweisen auf das Literaturverzeichnis.)

stab die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten und trage zur Uniformisierung der Landschaft bei. Zu diesen teilweise oder weitgehend naturwissenschaftlich diskutierbaren Gesichtspunkten gesellen sich sozialkritische Argumente: Aus dem ehemals kreativen Beruf des Bauern sei eine Techniker- und Managertätigkeit für immer weniger Menschen geworden, hunderttausende kleine ländliche Existenzen würden vernichtet, und die Distanz der nur noch konsumierenden und von Lebensmittelkonzernen abhängigen Bevölkerungsmassen in den Städten zur materiellen Basis ihrer Existenz werde immer größer.

Auf den Inhalt der zahlreichen Argumente kann im folgenden nur punktuell eingegangen werden. Nach meiner persönlichen Auffassung sind die Vorwürfe (b) und (c) in genereller Form nicht zutreffend, während (a) teilweise und (d) in vollem Umfang gerechtfertigt sind (Begründungen in<sup>22, 23, 24</sup>). Die folgenden Seiten sollen vielmehr kurz zeigen, daß die Gegnerschaft zur industrialisierten Agrarproduktion keinen wissenschaftlich und ideologisch einheitlichen Block darstellt. Vielmehr geht sie von sehr verschiedenen Wurzeln aus und argumentiert teilweise sogar konträr. Eine politisch-ökonomische Beurteilung der verschiedenen Gruppierungen, die hier nicht systematisch erfolgt, muß diese Heterogenität berücksichtigen.

## 2. Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise (BD Wirtschaftsweise)

Im Jahre 1924 hielt Rudolf Steiner, der Begründer der Anthroposophie, in Koberwitz in Schlesien einen Vortragszyklus vor interessierten Bauern über die Prinzipien einer gesunden Landwirtschaft.<sup>48</sup> Um diese Zeit wurde die Landwirtschaft in Deutschland erstmals in größerem Umfang mit »Kunstdünger« konfrontiert, da die im Ersten Weltkrieg zur Munitionsversorgung entstandenen Haber-Bosch-Fabriken ihre Kapazitäten nunmehr anderweitig nutzen wollten. Dosierung und Anwendungsweise des Mineräldüngers erfolgten in der Anfangszeit in primitiver und nicht wissenschaftlich gestützter Weise. Die »Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise« R. Steiners sah hierin zu Recht eine verfälschte Nahrungsproduktion und stellte folgende, bis heute gültige Grundsätze auf: (a) Leicht lösliche (»treibende«) mineralische Düngemittel sind abzulehnen. (b) Von Ausnahmen abgesehen darf nicht mit chemischen Mitteln gegen Schädlinge, Krankheiten und Unkräuter vorgegangen werden (braucht es in der BD Wirtschaftsweise auch nicht). (c) Auch natürliche Düngemittel wie Stallmist und Jauche müssen vor der Anwendung erst kompostiert werden. (d) Es müssen natürliche Wirkstoffe in homöopathischen Dosen eingesetzt werden, wie z.B. Extrakte aus Brennessel, Schafgarbe, Baldrian etc. (e) Himmelskörper wie Mond und Sterne üben auf physikalisch nicht erklärliche Weise Einflüsse auf Wachstum und Differenzierung bei Pflanzen und Tieren aus, was bei der Terminierung von Bestell- und Erntearbeiten zu berücksichtigen ist.

Die biologisch-dynamische (BD) Ideenwelt ist eine eigentümliche und zuweilen bizarre Synthese aus verschiedensten Quellen, deren konkretere Kombination sich anscheinend weniger aus systematischen Gründen ergibt, sondern als Resultat Rudolf Steinerscher Intuition von einer überzeugten Gemeinde mehr oder weniger unverändert tradiert wird. Steht auch Goethes Naturphilosophie im Mittelpunkt dieser »Geisteswissenschaft«, so finden sich aber auch Elemente gewöhnlicher Astrologie und alte bäuerliche Volksweisheiten. Nicht zuletzt werden aber auch vernünftige landwirtschaftliche Produktionsgrundsätze gepflegt, wie die Verwertung organischer Abfälle, die Einhaltung



geregelter Fruchtfolgen, die Vermeidung unnötigen Giftspritzens, welche keineswegs nur in der vorindustriellen Landwirtschaft Gültigkeit besaßen, heute aber aus ökonomischen Gründen mißachtet werden. Auch wer den spezifischen Kunstregeln der BD Wirtschaftsweise wie etwa dem Eingraben mit Extrakten gefüllter Kuhhörner in den Ackerboden Skepsis entgegenbringt, muß die Bewahrung und Praktizierung wertvoller und unangefochtener Erfahrungsregeln gegen ökonomische Zwänge und gegen den Spott einer Mehrheit »moderner« Landwirte anerkennen. Der Wert der BD Wirtschaftsweise liegt vielleicht weniger in ihren spezifischen Errungenschaften als darin, daß sie sich weigert, die Fehler aller anderen mitzumachen.

In der BRD wird von einigen hundert Betrieben auf etwa 5000 ha (0,04 % der landwirtschaftlichen Fläche) biologisch-dynamisch gewirtschaftet. Die Bewegung ist gut organisiert, unterhält ein eigenes Absatzsystem (»Demeter« als Warenzeichen, Reformhäuser), ein Kontroll- und Prüfungswesen sowie ein Forschungsinstitut. Infolge mancher personeller und institutioneller Querverbindungen zwischen konventioneller und biologisch-dynamischer Forschung (z.B. konventionell ausgebildete und anerkannte Wissenschaftler, die für die BD Wirtschaftsweise tätig sind) sind einige, wenn auch schmale Brücken gegenseitiger Verständigung intakt. Anders als anderen Gruppierungen wird daher der BD Forschung von Teilen der konventionellen Naturwissenschaft ein seriöses Reflexionsniveau zugestanden. Abweichend von der sonst amtsüblichen Schmähung alternativer Bewegungen haben sich daraufhin einige offizielle Agrarverwaltungen zu teilweise toleranter oder gar wohlwollender Haltung umorientiert und finanzierten Langzeitversuche, bei denen herausgefunden werden soll, was an dieser Wirtschaftsweise »wirklich dran« sei. Ein anderer Grund für diese Tolcranze ist der wachsende publizistische Druck der »Grünen«.

Von großer Bedeutung ist, daß sich die Vertreter der BD Wirtschaftsweise in ihren Zielsetzungen von der konventionellen Landwirtschaft kaum unterscheiden, sie beanspruchen gerade, diese Zielsetzungen besser oder ausschließlich realisieren zu können: Sie streben ein hohes Ertragsniveau an und sind stolz darauf, daß dieses schon quantitativ hinter dem der konventionellen Landwirtschaft mit ihren Unmengen an Chemikalien oft nur wenig zurückbleibe (qualitativ sei es ohnehin überlegen). Man kann also nach ihrer Auffassung die Natur intensiv beeinflussen und nutzen, man müsse es nur richtig machen. Und sie reden nicht nur davon, sondern machen es vor oder versuchen es.

Kurze Selbstdarstellungen der BD Wirtschaftsweise in<sup>1,20,40</sup>, größere Monographien:<sup>21,39,53</sup>. Eine hervorragende und undogmatische Einführung in die Praxis der BD Wirtschaftsweise sowie auch weltanschaulich weniger festgelegter »organischer« Varianten ist<sup>28</sup>. Zahlreiche theoretische Artikel und praktische Erfahrungsberichte sind in den Broschüren der Schriftenreihe »Lebendige Erde« des Forschungsrings für BD Wirtschaftsweise in Darmstadt enthalten (im Buchhandel weniger einschlägig, Direktbezug). Hier erscheint auch die Zeitschrift »Lebendige Erde«, für den Außenstehenden nicht zuletzt interessant durch den das soziale Innenleben der Bewegung beleuchtenden nicht-redaktionellen Teil (Firmenanzeigen, Produktwerbung, Stellenmarkt, Verschiedenes).

Eine faire, ausführliche und gründliche Untersuchung *über* alternative Wirtschaftsformen aus der Sicht außenstehender Wissenschaftler ist<sup>55</sup>, leider nur in niederländischer Sprache. Ihr westdeutsches Pendant<sup>56</sup>, in Auftrag gegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und durchgeführt von Mitarbeitern einer einzigen Institution und in erstaunlich kurzer Zeit, enthält zwar manches lesenswerte Detail, fällt aber gegen das niederländische Vorbild insgesamt stark ab. Insbesondere der wohl am meisten beachtete aber informationsarme Übersichtsartikel<sup>9</sup> ist passagenweise eine wilde Polemik gegen imaginäre »Verleumder« der konventio-

fiellen Landwirtschaft, die an sachlicher Information nicht interessiert seien und offensichtlich ganz andere Ziele verfolgen als die, welche sie nennen. So trägt man hierzulande zur »Versachlichung« einer Diskussion bei.

### 3. Radikaler Ökologismus

Wird die anthroposophische »Geisteswissenschaft« seit ihrem Bestehen nur von einem kleinen Kreis gepflegt, so erreichte die Bewegung, die man »Radikaler Ökologismus« (oder weniger zurückhaltend auch »Vulgärökologie«) nennen könnte, auf Anhieb eine außerordentliche Popularität. H.M. Enzensberger stellte 1973 ironisch fest, daß sich heute jedermann, der zu Umweltproblemen eine Meinung hat, als »Ökologe« einstuft.<sup>16</sup>

Die Ökologie war lange Zeit eine biologische Spezialwissenschaft neben anderen. Durchsetzungsfähig als Populärwissenschaft wurde sie erst, als sie, im wesentlichen durch amerikanische Forscher, mit einem intuitiv ansprechenden und memorierbaren Paradigmensystem versehen wurde, in dem sich jedermann zurechtfinden konnte. Ähnlich der klassischen Physik und der neoklassischen Ökonomie vermittelt auch diese Art von Ökologie einen Hauch von »Klassik«; sie verspricht — was jede Wissenschaft ästhetisch attraktiv macht —, daß man sich in der unüberschbaren Komplexität der Biosphäre durch Deduktion aus einfachen Grundsätzen zurechtfinden könne.

#### 3.1. Die ökologische Hypothese

Ökosysteme zeichnen sich hiernach grundsätzlich dadurch aus, daß in ihnen organische Substanz produziert und wieder abgebaut wird, daß in ihnen Mineralstoffe zirkulieren und daß sie bis zu einem gewissen Grade selbstregulierungsfähig sind. Aus dem letzteren Grunde erscheinen sie mathematisch-kybernetischen Forschungsansätzen (Systemtheorie) zugänglich, ein für die Aufwertung zu einer Prestigewissenschaft nicht unwesentlicher Aspekt. Ist die Axiomatisierung bis hierher unverfänglich, so gilt dies nicht mehr für eine hieran anschließende, in der wissenschaftlichen Ökologie bereits weitgehend widerlegte<sup>17</sup> aber für die öffentliche Umweltdebatte nach wie vor überaus einflußreiche These: Nach E.P. Odum<sup>35,36</sup> ist die Selbstregulierungsfähigkeit oder »Stabilität« eines Ökosystems umso größer, je komplexer das System ist. In den Worten eines Anhängers dieser Auffassung: »Was fördert nun Stabilität, und was gefährdet sie? Alles was beiträgt zur Festigkeit, Dauerhaftigkeit, Anpassungsfähigkeit (oder Plastizität) eines Ökosystems muß als stabilisierend, ausgleichend, lebenserhaltend bezeichnet werden. Je verwobener die Kreisläufe, je mehr sie miteinander gekoppelt sind, je länger die Nahrungsketten, je vielfältiger die Tier- und Pflanzenarten, um so größer ist die Pufferwirkung, um so dauerhafter, stabiler ist das System...«.<sup>4</sup> Weiterhin besteht nach E.P. Odum eine Beziehung zwischen der nutzbaren Ertragsfähigkeit eines Ökosystems und der Diversität bzw. Stabilität: Weil produktive Ökosysteme regelmäßig Frühstadien von Vegetationsentwicklungen sind (»Pionierstadien«), sind sie auch einfach und labil. Komplexe und stabile Ökosysteme stellen dagegen spätere Phasen in der Entwicklung dar, folglich sind sie weniger produktiv. Produktivität und »Protektivität«, wie es in Odums suggestivem Wortspiel heißt, stehen sich danach miteinander unvereinbar gegenüber.

Eine passendere Theorie konnte den Kritikern der industrialisierten Landwirtschaft gar nicht geliefert werden. Alle ökologischen Probleme der Landwirtschaft erschienen

nun verständlich: Angetrieben durch Kunstdünger etc. würden die Agrarökosysteme zwar immer produktiver, aber auch immer weniger komplex und immer labiler. Die verlorengegangene Selbstregulierungsfähigkeit müsse nun durch Pestide und immer mehr Kunstdünger und sonstige Chemikalien kompensiert werden. Am Ende dieser Entstabilisierungs- und Kompensationsspirale stünde der ökologische Kollaps der gesamten Biosphäre. Eine Wende könne nur in der Rückkehr zu mehr Komplexität und Stabilität, verbunden mit einem Verzicht auf Produktivität, bestehen.

E.P. Odum formuliert seine, keineswegs völlig neuen aber von seinen Vorläufern nie paradigmatisch zusammengefaßten, Ergebnisse zwar suggestiv, aber doch korrekt als Hypothesen. Sie enthalten zweifellos Teilwahrheiten und haben sich, gerade indem sie zur Widerlegung reizen, stimulierend auf die Diskussion innerhalb der wissenschaftlichen Ökologie ausgewirkt. Daß Artenreichtum und ökologische Komplexität aus verschiedensten Gründen Werte darstellen, die nicht vernichtet werden sollen, ist ebenso sicher wie die Tatsache, daß der Mensch ohne die Selbstregulierungsfähigkeit der Natur nicht lebensfähig wäre. Daß diese Selbstregulierungsfähigkeit an komplexe Strukturen gebunden ist, erweist sich schon beim Blick auf eine einzelne Zelle als selbstverständlich. Von diesen richtigen Einsichten bis zur Gleichung: Landwirtschaftliche Produktivität = Verlust an Komplexität = Instabilität = latenter Kollaps der Biosphäre ist es allerdings ein mit Vereinfachungen und Denkfehlern gepflasterter weiter Weg.

Hängen Artenreichtum und Stabilität mechanistisch zusammen, so wäre ein Zoo das stabilste Ökosystem, was natürlich nicht der Fall ist. Man braucht nicht derart absurde Fälle heranzuziehen, um die Fragwürdigkeit des Odum-Paradigmas in seiner konsequenten Formulierung zu erkennen: Tropische Regenwälder als komplexeste Landökosysteme der Erde sind zwar bei Abwesenheit externer Störungen sehr effektiv in der Lage, ein inneres Gleichgewicht zu wahren. Sie sind aber, wie heute allgemein bekannt, gegen menschlichen »Stress« überhaupt nicht resistent, sondern werden sehr leicht samt Böden irreversibel vernichtet. Streßresistent sind gerade einfache und artenarme Ökosysteme, weshalb sie ausschließlich in Gebieten starker natürlicher Belastung (Kälte, Trockenheit) vorkommen. Die fruchtbaren Aspekte des Odum-Paradigmas lassen sich allein durch gründliche wissenschaftliche Diskussion herauschälen, wobei der Präzisierung mehrdeutiger Begriffe wie »Stabilität« eine große Bedeutung zukommt. Man muß erwarten, daß die unkritische Übernahme dieser Hypothesen und ihre Umdeutung zu Tatsachenfeststellungen in der öffentlichen Debatte zu falschen Schlüssen führt.

### 3.2. *Ökologische Ideologieproduktion*

Das Odum-Paradigma ist samt seiner Vergrößerungen zur theoretischen Basis nahezu aller »grünen« Leitbilder geworden. Nicht nur die populäre Umweltliteratur von B. Commoner<sup>7</sup> bis G.R. Taylor<sup>10</sup> wurde von ihm beeinflusst, sondern auch ein Leitspruch wie »Small is beautiful« mit der an ihn anknüpfenden Technikphilosophie<sup>12, 13</sup> wird vor dem Hintergrund des Diversitäts-Stabilitäts-Dogmas erst richtig verständlich. Er wäre weit weniger offensiv aufgetreten, wüßte er sich nicht »naturwissenschaftlich« abgesichert. Seine Vertreter meinen, daß Kleinheit und Vielfalt nicht nur schön, sondern durch die ökologische Struktur der Biosphäre objektiv geboten seien. Eine stärkere Begründung für ein Programm kann es kaum geben.

Fairerweise muß angemerkt werden, daß gerade die mit diesem Programm verbundene Gruppe von Populärökologen aus der skizzierten ökologischen Theorie diskussions-

würdige Konsequenzen gezogen hat.<sup>18</sup> Gemeint ist hier die von E.F. Schumacher begründete Initiative für »Mittlere Technologie« (»Intermediate Technology«), soweit sie von der Großtechnik unabhängige Alternativen für Länder der Dritten Welt entwickelt. Daß technischer Gigantismus häufig fehl am Platze ist, und daß traditionelle Landbauverfahren es verdienen, graduell verbessert anstatt durch standortswidrige »moderne« Praktiken vernichtet zu werden, sind freilich Einsichten, zu denen man durch praktische Vernunft ebenso gut wie durch Deduktion von ökologischen Theorien kommen kann.

Demgegenüber tritt besonders in den USA und in der BRD ein anderer Typ ökologischer Agrarsachverständiger auf. Für diese (Literatur s.u.) ist die Landwirtschaft der Industrieländer nicht nur ungeeignet für die Dritte Welt, sondern überhaupt ein fundamentaler ökologischer Irrtum, partiell unkorrigierbar und nur auf radikale Weise abzuschaffen. Im Vollbesitz ökologischer Grundwahrheiten kritisieren diese Experten nicht oder nur am Rande, daß diese oder jene konkrete Maßnahme der Landwirtschaft zu konkreten schädlichen Folgen führe. Das Agrarsystem sei einfach deshalb falsch, weil es »ökologischen Grundprinzipien« zuwiderlaufe. Wo diese Prinzipien Kleinheit, Diversität, Dezentralität, Selbstgenügsamkeit, Komplexität, Zirkularität, Organizität etc. etc. forderten, sei die heutige Landwirtschaft »groß«, »zentralisiert«, »linear«, »unorganisch« etc. Wer seine Kritik von vermeintlichen ökologischen Fundamentalsgesetzen ableitet, kann darauf verzichten, konkret zu werden oder detaillierte Begründungen für Einzelbehauptungen zu liefern. Böden würden eben »ausgelaugt«, Landschaften würden »versteppt«, gleichgültig dabei, was denn »ausgelaugt« wird und was eine Steppe ist. Ökologen sollten eigentlich wissen, daß Steppenböden die fruchtbarsten Böden der Erde sind. Dem Kritiker ist klar, daß Seen »umkippen«, weil er das Wort »umkippen« treffend findet, ohne eine Ahnung zu haben, was in einem solchen See für Prozesse ablaufen. Wer die Ökologie »theoretisch begriffen« hat, kann sich auch darauf beschränken, Informationen von seinesgleichen und aus dritter und vierter Hand zu beziehen. O. Ullrich ist davon überzeugt, daß die industrialisierte Landwirtschaft eine Sackgassentechnologie ist, an der wir möglicherweise zugrunde gehen werden<sup>19</sup>, aber seine Autorität für weitreichende Behauptungen ist C. Améry<sup>3</sup>, sicherlich weder ein Landwirt noch ein Ökologe.

Ich verzichte hier darauf, auf die wenigen empirisch prüfbar und falschen Behauptungen des Radikalen Ökologismus zur Landwirtschaft im Detail einzugehen, weil dies nichts daran ändern würde, daß sie weiterhin ein Autor vom anderen abschreibt. In Europa wird *nicht* der größte Teil der tierischen Exkremente in die Kanalisation oder in Flüsse geschüttet, man braucht *nicht* mit der Zeit immer mehr Kunstdünger für den gleichen Ertrag, Böden werden *nicht* allgemein immer humusärmer, es ist noch *kein* Bakterienstamm namhaft gemacht worden, der durch Kunstdünger ausgestorben wäre und der europäische Bauer von der spätmittelalterlichen bis zur Barockzeit hat die Ernährungsbasis nicht »verzehn-, ja verzwanzigfach« (C. Améry, *zustim. zit. in*<sup>20</sup>), weil es gerade in dieser Zeitspanne weder eine Erweiterung der Anbaufläche noch eine nennenswerte Erhöhung der Erträge pro Fläche gegeben hat.

Wichtiger als diese Details scheint mir die einzige weitreichende inhaltliche Aussage des Radikalen Ökologismus zu sein. Weil ich sie nicht nur für wissenschaftlich haltlos, sondern auch für politisch gefährlich halte, möge man mir die Form der Kritik nachsehen: Diese Aussage ist, daß ein technisch aktiver Mensch in der Biosphäre auf die Dau-

er nicht leben könne, sondern nur ein möglichst stiller Anpasser. Er solle gar nicht versuchen, biologische Prozesse, insbesondere bei der Nahrungsproduktion, planmäßig zu steuern, denn dies führe zur Zerstörung. Nur wenn die Natur möglichst viel selbst erleide, bleibe sie intakt. Die Biosphäre sei fragil, leide prinzipiell durch jede Art von menschlichem Eingriff und werde durch intensive Maßnahmen vernichtet. Eine Landwirtschaft sei nur dann ökologisch tolerierbar, wenn sie schwach eingreife, also extensiv wirtschaftete und entsprechend wenig ernte. Auf Grund der oben beschriebenen »ökologischen Gesetze« könne nur bei niedriger Produktivität ökologische Komplexität und damit Systemstabilität erhalten bleiben. Die Integrität der Biosphäre werde nicht durch *spezifische* und einzeln als destruktiv rekonstruierbare Eingriffe gefährdet, sondern durch *jeden* intensiven Eingriff. Die Intensität sei schon das Maß für ökologische Zerstörungskraft schlechthin, es gebe keine intensiven, aber nicht-destruktiven Veränderungen der Natur durch den Menschen. C. Améry trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt: »Die beste Produktionsform: keine Produktion« (3, S.167).

Mit dieser Formulierung ist der Kern des Odum-Paradigmas treffend wiedergegeben. Um eine auch nur entfernt empirische Aussage über die Struktur der Biosphäre handelt es sich dabei nicht. Aus der Fülle wichtiger Gegenbeispiele sei nur herausgegriffen, daß während der vergangenen 5 000 Jahre primitive Landnutzungsformen — in den Augen des Radikalen Ökologismus Verkörperungen der Harmonie zwischen Mensch und Natur — maßgeblich zur ökologischen Schädigung oder gar Verwüstung großer Gebiete beigetragen haben und dies heute in der Dritten Welt allenthalben tun. Äußerst intensive und ertrageiche Landnutzungsmethoden wie der Naßreisbau in Asien haben sich dagegen über Jahrtausende am gleichen Standort gehalten, ohne daß es zu ökologischen Schäden gekommen wäre. Es sei auch daran erinnert, daß der Biologisch-dynamische Landbau den Pessimismus des Radikalen Ökologismus hinsichtlich der generell geringen Nutzbarkeit der Biosphäre nicht teilt. Dieser fundamentale Unterschied zwischen beiden Richtungen hindert freilich eklektische Eiferer des »naturgemäßen« Landbaus nicht daran, für beide gleichzeitig einzutreten.<sup>11,31,47</sup>

Der Radikale Ökologismus ist nicht nur deshalb abzulehnen, weil er theoretisch anmaßend ist, kaum Bezug zur Praxis hat und durch seinen traurigen Dilettantismus selbst in einfachsten naturwissenschaftlichen und agrotechnischen Fragen ungewollt die Position des etablierten Agrarsystems und dessen Apologeten stärkt. Am schlimmsten sind die Konsequenzen, welche sich für die Probleme der Weltbevölkerung und -ernährung ergeben.

Wenn eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft nur wenig produktiv sein darf, so kann sie auch nur wenige Menschen ernähren. Kein Wunder also, daß der Radikale Ökologismus auf geradem Wege zu Malthus zurückführt. Damals wie heute war es in erster Linie eine Frage des Klassenstandpunktes, ob man die biologische Tragfähigkeit der Erde optimistisch oder pessimistisch beurteilt; mit dem Unterschied, daß der heutige Neomalthusianismus sich durch Inanspruchnahme eines wissenschaftlichen Systems — der »Ökologie« oder vielmehr deren Fachjargon — besser abgesichert fühlt, sich damit radikalisiert und gegen Kritik immunisiert hat. Vertreter des Neomalthusianismus sind dann auch der Meinung, daß schon die heutige Bevölkerungszahl der Erde für die so »fragile« Biosphäre zu hoch sei, erst recht die in den kommenden Jahrzehnten zu erwartende.<sup>13</sup> Was tut man mit zu vielen Menschen, wenn wissenschaftlich und irrumsfrei festzustehen scheint, daß man sie höchstens kurzfristig und um den Preis des ökolo-

gischen Kollapses und Untergangs für alle ernähren kann? Viele radikale Ökologen denken hier wohl, was fast als einziger G. Hardin offen ausspricht, ein schon durch die Wahl der Titel seiner Bücher (*»The limits of Altruism«*<sup>26</sup>), als einer der größten Zyniker unter den lebenden Wissenschaftlern ausgewiesener Biologe: Man solle durch Einstellung der Entwicklungshilfe lieber rechtzeitig einen Teil der Menschheit opfern als später einen immer größeren Teil oder gar alle<sup>25</sup>(Widerlegung in<sup>34</sup>). Daß sich die überzähligen Esser in den Entwicklungsländern befinden, wo sie pro Kopf durchschnittlich 1/10 bis 1/100 der Ressourcenmenge verbrauchen wie die Bewohner der Industrieländer, ist dabei vorausgesetzt.

### 3.3. Aufforderung zum seriösen Studium

Im Gegensatz zur nachfolgend besprochenen »naiven« Bewegung wird der Radikale Ökologismus von Intellektuellen getragen und erhebt den Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Daher ist er kompromißlos auf seine Implikationen zu überprüfen. Diese Implikationen sind verheerend. Für diejenigen seiner Träger, die G. Hardins Schlußfolgerungen nicht ohnehin offen oder stillschweigend teilen, genügt es nicht, sich deklamatorisch von ihnen zu distanzieren, denn diese folgen bis zu einem gewissen Grade tatsächlich aus den Prämissen. Es ist auch gar nicht auszuschließen, daß die Erde schon heute oder in absehbarer Zeit objektiv überbevölkert ist bzw. sein wird, wenngleich dies nach meiner beschränkten persönlichen Kenntnis der Ressourcenlage und ökologischen Belastbarkeit nicht wahrscheinlich ist. Aber der Nachweis dieser Behauptung erforderte mühevoll und umfassende Detailarbeit, wie sie vom Radikalen Ökologismus nicht im entferntesten geleistet worden ist. Hätte man dann hinreichend begründet, daß die Grenzen der Tragfähigkeit der Erde erreicht bzw. überschritten wären, so wäre noch sorgfältiger nach humanen politischen und demographischen Konsequenzen zu suchen, anstatt dazu aufzurufen, Menschen verhungern zu lassen. Dem Radikalen Ökologismus ist kein Vorwurf daraus zu machen, daß er überhaupt pessimistische Diagnosen stellt. Verwerflich ist aber die Leichtfertigkeit, mit der er sie ermittelt und popularisiert.

Die in der BRD an Ökologie, Umwelt und Landwirtschaft interessierten Intellektuellen sind keineswegs pauschal zu denunzieren, Auffassungen zu stützen, wie sie z. B. G. Hardin vertritt. Aber sie müßten sehen, daß zwischen der so harmlos und sympathisch erscheinenden Diversitäts-Stabilitäts-These, aus welcher auf den ersten Blick nur die ebenso sympathische Forderung nach einer Landwirtschaft aus dem Kinderbuch mit vielen bunten Blumen und dem Hahn auf dem Misthaufen zu folgen scheint sowie einem historisch keineswegs neuen Pessimismus über die globale ökologische Tragfähigkeit, der bisher noch immer in Zynismus umgeschlagen ist, enge Beziehungen herrschen. Ihnen sei daher der Rat gegeben, bei der Suche nach einer theoretischen Basis für ihre Bemühungen noch einmal ganz von vorn zu beginnen.

Gute kurze Einführungen in die Ökologie sind<sup>14</sup> und<sup>33</sup>; vgl. auch die Hinweise in der Einleitung. Etwas ausführlicher und auf den historischen Einfluß des Menschen auf mitteleuropäische Ökosysteme eingehend (<sup>15</sup> Übersichtsartikel S. 19-72). Eine vorbildliche allgemeinverständliche Darstellung ökologischer Probleme am Beispiel der heute stark gefährdeten Feuchtgebiete, wissenschaftlich genau, engagiert, prächtig illustriert und dabei billig ist<sup>27</sup>. Unter der Bestseller-Literatur sind fast nur die Werke B. Commoners zu empfehlen (z. B. <sup>7</sup>). Nicht immer korrekt im Detail, sind sie doch insgesamt eine recht gute Diskussionsgrundlage. Der Autor grenzt sich streng vom Neomalthusianismus ab. Das Einzige mir bekannte Plädoyer für eine »organisch« orientierte Landwirt-

schaft (in deutscher Sprache), in dem mit weitgehend richtigen Fakten operiert und ausgewogen geurteilt wird, ist<sup>51</sup>. Die in der BRD mit der »Stiftung Ökologischer Landbau« in Kaiserslautern verbundene und u.a. von E.F. Schumacher beeinflusste Gruppierung versucht, zwischen biologisch-dynamischem und vulgärökologischem Gedankengut zu vermitteln, wobei jeweils die besonders fragwürdigen Aspekte — bei der BD Wirtschaftsweise das metaphysische Beiwerk und bei der Vulgärökologie die zum Neomaithusianismus führende Forderung nach Produktivitätssenkung — ausgespart werden. Die Schwächen dieses Kompromisses werden durch geschickte offensive Argumentation überspielt, bei der punktuell auf zahlreiche tatsächlich bestehende Mängel des Weltagrar- und Ernährungssystems eingegangen wird. Daß in der Dritten Welt unsachgemäße Entwicklungsprogramme durchgeführt werden, daß durch die fleischbetonte Ernährungsweise in den Industrieländern den armen Ländern Ressourcen vorenthalten werden und daß die Ernährungskonzerne in der BRD kritisiert werden müssen, trifft alles zu, nur begründet dies nicht Forderungen, nur organisch zu düngen. Vgl. hier<sup>17</sup>. Vgl. allgemein zum Thema auch die relevanten Abschnitte in<sup>54</sup>, sowie<sup>5</sup> (vergriffen und von mir nicht durchgesehen).

Teilweise im Text schon zitiert, besteht in der BRD auch eine Gruppe radikaler Kritiker an der Landwirtschaft, welche sich um das Blättchen »Scheidewege. Vierteljahresschrift für skeptisches Denken« (Hrsg.: F.G. Jünger und M. Himmelheber) sammelt. Es scheint, als würde hier die Tradition einer hochmütig-kulturpessimistischen deutschen Subkultur aus der Weimarer Republik mit ihrer bekannten Verachtung von Demokratie, Emanzipation, »Vermassung« und ähnlichen »Degenerationserscheinungen« fortgeführt. Eine Kostprobe für die hier betriebene Scharlatanerie ist<sup>6</sup>. Man findet nur selten auf 18 Seiten so viele ökologische Halb- und Unwahrheiten wie hier, die von Assoziationen an »hiologische Ordnung« und »Sehnsucht nach Werten« tiefende Sprache verrät überdies, welcher Geist auf dem Herrensitz eines der Verfasser geweht haben mag, als man sich zur Abfassung des »Manifestes« zusammenfand. Einer der Mitautoren ist der eifrigste Propagandist der Thesen G. Hardins in der BRD<sup>50</sup>. Besonders aggressive und von Fehlurteilen strotzende Abhandlung über die industrialisierte Landwirtschaft: <sup>29</sup>, etwas gemäßigter: <sup>31</sup>. Sonstige Veröffentlichungen aus diesem Milieu: <sup>19, 11, 12</sup>.

#### 4. »Leben auf dem Lande«

Das auch in Kaufhäusern ausliegende »Praktische Handbuch vom Leben auf dem Lande zeigt und erklärt, wie man richtig pflügt, Getreide sät, ..., Schinken räuchert, ..., Hühner rupft, Bier braut, ..., kurzum, wie man Land fruchtbar macht, Achtung vor dem Boden hat, sich auf die Jahreszeiten einstellt, gute Ernten einbringt, nichts verschwendet, gesund bleibt (und) glücklich lebt«, wie es auf dem Rückeneinband heißt<sup>46</sup>.

»The Complete Book of Self-Sufficiency« (englischer Originaltitel) ist ein begehrter Geschenkartikel unter den vielen, die mit einer solchen Lebensweise kokettieren und den sehr wenigen, die sie praktizieren. Die erste Reaktion eines Agraringenieurs ist natürlich, die Nase zu rümpfen. Schlägt man das Buch dann auf, so stellt man als erstes fest, daß alles, was über technisch-handwerkliche Dinge gesagt ist (und in großer Fülle vorliegt), in der Regel zutrifft. Wer wissen will, wie man ein Pferd richtig aufzäumt, einen vernünftigen Zaun baut und welche verschiedenen Arten von Windrädern es gibt, sollte wirklich hier nachschlagen. Wo einem der Vulgärökologe einen Vortrag über Linearität und Zirkularität in der Biosphäre im allgemeinen halten würde, erfährt man hier, welche Symptome Pflanzen zeigen, wenn sie unter Kalimangel leiden.

Der ökologisch-theoretische Teil — erfreulich knapp — ist von den Ideen E.F. Schumachers beeinflusst (»Small ist beautiful«), der auch ein Vorwort schrieb. Dementsprechend werden auch hier selbstverständlich Handarbeit, organischer Dünger, kleinräumige Stoffkreisläufe befürwortet und wird die Großtechnologie (der man durch das selbstgenügsame Leben gerade entkommen will) abgelehnt. Die Begründungen sind

aber sachlich, verständlich, undogmatisch und bescheiden hinsichtlich der beanspruchten theoretischen Reichweite. Mit allen Tugenden britischen Understatements werden Lösungen vorgeschlagen, wo anderwärts Glaubenskriege geführt werden. So werden z.B. die Vor- und Nachteile des Vegetarismus bzw. der tierischen Ernährungsweise diskutiert, Stickstoff-Kunstdünger werden nicht deshalb abgelehnt, weil sie eine Art ökologischen Satan verkörpern, sondern weil sie unter bestimmten Bedingungen tatsächlich entbehrlich sind, und vom Traktor wird abgeraten, nicht weil er »unorganisch«, sondern meist unnötig teuer ist. Wer aber ein größeres Anwesen habe, geschickt im Reparieren sei und günstig einen gebrauchten Traktor erstehen könne, solle sich ruhig einen zulegen.

Betrachtet man schließlich die ansprechende (leicht aber noch unaufdringlich nostalgische) Aufmachung und den günstigen Preis, so kann man nur sagen, daß dies ein schönes Buch ist, bedeutend schöner als die im vorigen Abschnitt besprochenen halbwissenschaftlichen Elaborate. Es spiegelt eine Strömung wider, die bürgerlichen wie marxistischen Gesellschaftstheoretikern und erst recht dem politischen Establishment großes Kopfzerbrechen bereitet. Vieles an ihr ist in der Tat überaus problematisch.

Dennoch werden die positiven Aspekte des naiv-praktischen Flügels der »Grünen Bewegung« m.E. oft verkannt. Es gibt keinen Grund, das Bedürfnis abzuwerten, sich unmittelbar und sinnlich mit der Natur produktiv auseinanderzusetzen und einen Teil seiner Lebensbedürfnisse durch eigene Arbeit direkt bereitzustellen. Wer, anstatt irgendwo bürokratischer Funktionsträger zu sein, so leben kann, mag zwar immer noch blind gegen die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Existenz sein, aber er verwirklicht sich im Umgang mit der Natur wenigstens nach einer Dimension hin selbst. Es ist nicht auszuschließen, daß die sinnliche Arbeit, selbst wenn sie mit individualistischem Vorurteil begonnen wird, am Ende zu neuen Formen der Sozialisation und auch der Solidarität führt. Die Bedingungen, unter denen dies der Fall sein kann, sind jedenfalls nicht erforscht, und hier dürfte auf Sozialwissenschaftler wichtige Arbeit zukommen.

Solange es in der BRD (im Ausland ist die Situation zuweilen anders, vgl.<sup>52</sup>) neben den penetrant-bekennnerhaften traditionellen Alternativen zur industrialisierten Landwirtschaft wie der Biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise und den perspektivlosen pseudowissenschaftlichen Ansätzen wie dem Radikalen Ökologismus noch keine weiteren Lösungsversuche gibt, erscheint der spontane Ruf, auf dem Lande zu leben und zu *arbeiten* (statt darüber zu schreiben) zumindest als die sympathischste Variante der alternativen Landwirtschaft. Sie wird freilich auf absehbare Zeit an den Agrarverhältnissen der BRD — ökologisch wie ökonomisch — kaum etwas ändern. Eine wissenschaftlich fundierte und undogmatische Theorie eines umweltgerechten Agrarsystems für Industrieländer oder erst recht für die gesamte Erde, muß noch erarbeitet werden.

### Literaturverzeichnis

1. Abele, U., Breda, E., Heinze, H. und E. v. Wistinghausen (o.J., ca. 1975): Aufgaben und Ziele biologisch-dynamischer Forschung, Kurzbericht 1969-1974. Institut für biologisch-dynamische Forschung, Darmstadt, 1-15.
2. Alexander, M. (1974): Environmental Consequences of Rapidly Rising Food Output. *Agro-Ecosystems* 2, 249-264.
3. Améry, C. (1977): Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen. Reinbek (Rowohlt), 1-222.



4. Basler, E. (1972): Merkmale einer umweltgerechten Raumschiffökonomie. Neue Zürcher Zeitung Nr. 541 vom 19.11.1972, p.38.
5. Brun, R., Hrsg. (1977): Landbau heute — Nahrung mit Gift. Magazin Brennpunkte 9, Frankfurt a.M. (Fischer Taschenbuch Verlag).
6. Buchwald, K. und W. Engelhardt, Hrsg. (1978): Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt. Bd. 2. Die Belastung der Umwelt. München Bern Wien (BLV), 1-432.
7. Compton, B. (1973): Wachstumswahn und Umweltkrise (engl. Original: The Closing Circle 1971). München Gütersloh Wien (C. Bertelsmann), 1-294.
8. Dahl, J., Himmelheber, M., Kragh, G., Lohmann, M. und G. H. Schwabe (1975): Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation. Scheidewege 5, 475-493.
9. Dambroth, M. (1978): Alternativen der pflanzlichen Produktion und ihre Auswirkungen auf Bodenqualität sowie Ertrag und Qualität des Erntegutes. In (56), 6-33.
10. Egger, K. (1974): Landwirtschaft und Überlebenskrise. In: Müller, A. M. K., Altner, G. et al., Hrsg.: Überlebensfragen II. Bausteine einer möglichen Zukunft. Stuttgart (Klett), 100-125.
11. Egger, K. (1976): Ausbeutung oder Kooperation — Landbau in ökologischer Verantwortung. Scheidewege 6, 194-208.
12. Egger, K. und J. Reichling (1974): Landwirtschaft - die Stabilisierung des Agrarökosystems als Kern einer Überlebensstrategie. In: Schaefer, H., Hrsg.: Folgen der Zivilisation. Bericht der Studiengruppe »Zivilisationsfolgen« der VDW. Frankfurt a. M. (Umschau Verlag), 223-255.
13. Ehrlich, P. A. und A. H. Ehrlich (1972): Bevölkerungswachstum und Umweltkrise. Die Ökologie des Menschen. Frankfurt a. M. (S. Fischer), 1-533.
14. Ellenberg, H. (1973): Ziele und Stand der Ökosystemforschung. In: Derselbe, Hrsg.: Ökosystemforschung. Berlin Heidelberg New York (Springer), 1-31.
15. Ellenberg, H. (1978): Vegetation Mitteleuropas mit den Alpen. 2. Aufl., Stuttgart (Ulmer), 1-981.
16. Enzensberger, H. M. (1973): Zur Kritik der politischen Ökologie. Kursbuch 33, 1-52.
17. Finck, A. (1978): Düngung und Nahrungsqualität in unterschiedlichen Anbausystemen. Landwirtschaftliche Forschung, Sonderheft 35, 122-132.
18. Glaeser, B. (1978): »Ecodevelopment« und seine Auswirkungen auf den Energieverbrauch. In: Hauff, V., Hrsg.: Argumente in der Energiediskussion, Bd. 6. Villingen (Neckar Verlag), 358-376.
19. Goodman, D. (1975): The Theory of Diversity-Stability Relationships in Ecology. Quart. Rev. Biol. 50, 237-266.
20. Graf, U. (1973): Methoden des biologischen Landbaues — Versuch einer vergleichenden Darstellung. Schweiz. landw. Monatsh. 51, 299-309.
21. Graf, U. (1977): Darstellung verschiedener biologischer Landbaumethoden und Abklärung des Einflusses kosmischer Konstellationen auf das Pflanzenwachstum. Diss. ETH Zürich Nr. 5964, 1-228.
22. Hampicke, U. (1977): Landwirtschaft und Umwelt. Diss. TU Berlin D 83, Nr. 24. Urbs et Regio 5 (Kasseler Schriften zur Geographie und Planung), 1-856.
23. Hampicke, U. (1978): Agriculture and Conservation — Ecological and Social Aspects. Agriculture and Environment 4, 25-42.
24. Hampicke, U. (1979): Wie ist eine umweltgerechte Landwirtschaftsreform möglich? Landwirtschaft + Stadt 11, 68-80.
25. Hardin, G. (1974): Living on a Lifeboat. Bioscience 24, 561-568.
26. Hardin, G. (1977): The Limits of Altruism. An Ecologist's View of Survival. Bloomington (Indiana University Press), 1-154.
27. Imboden, C. (1976): Leben am Wasser. Basel (Schweiz. Bund für Naturschutz), 1-240.
28. Koepf, H., Pettersson, B. D. und W. Schaumann (1976): Biologische Landwirtschaft. 2. Aufl. Stuttgart (Ulmer), 1-303.
29. Lohmann, M. (1974): Die nicht-quantifizierbare Bedrohung. Merkur 28, 103-118.
30. Lohmann, M. (1974): Entwicklungsbilanz in ökologischen Grenzen. Merkur 28, 785-795.
31. Lohmann, M. (1977): Grundlagen und Aussichten ökologischen Landbaus. Scheidewege 7, 530-554.
32. Loomis, R. S. (1976): Agricultural Systems. Scientific American 235/3, 99-105.

33. Murdoch, W.W. (1972): Ecological Systems. In: Derselbe. Hrsg.: Environment, Resources, Pollution and Society. 3rd. Printing, Stamford, Conn. (Sinauer), 1-28.
34. Murdoch, W.W. and A. Oaten (1975): Population and Food: Metaphors and the Reality. *Bioscience* 25, 561-567.
35. Odum, E.P. (1969): The Strategy of the Ecosystem Development. *Science* 164, 262-270.
36. Odum, E.P. (1971): Fundamentals of Ecology. 3rd. Ed. Philadelphia London Toronto (Saunders), 1-574.
37. Olschowy, G., Hrsg. (1978): Natur- und Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg und Berlin (Parey), 1-926.
38. Revelle, R. (1974): Food and Population. *Scientific American* 231/3, 168-180.
39. Ronnenberg, A. (o. J.): Ökonomische Aspekte der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise — Konsequenzen für den Einzelbetrieb und für den Produktmarkt. Diplomarbeit Inst. f. Agrarökonomie Göttingen, Darmstadt (Verlag Lebendige Erde), 1-149.
40. Schaumann, W., Breda, E. und H. Heinze (1975): Zielsetzungen und Wege der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise in der gegenwärtigen Situation der Welt-Landwirtschaft. Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, Darmstadt, 1-10.
41. Schaumann, W. (1978): Zum Begriff der Alternative im Landbau am Beispiel von Düngung und Pflanzenqualität. *Landwirtschaftliche Forschung, Sonderheft* 35, 99-121.
42. Schumacher, E. F. (1974): Es geht auch anders. München (Desch), 1-236.
43. Schumacher, E. F. (1977): Die Rückkehr zum menschlichen Maß — Alternativen für Wirtschaft und Technik (engl. Original: »Small is Beautiful«, 1973). Reinbek (Rowohlt), 1-314.
44. Schuphan, W. (1974): Die Situation im Pflanzenschutz als Problem der Qualitätsforschung. *Anz. Schädlingskde, Pflanzen- und Umweltschutz* 47, 49-58.
45. Schuphan, W. (1976): Mensch und Nahrungspflanze. Den Haag (Junk), 1-171 und Tab.
46. Seymour, J. (1978): Das große Buch vom Leben auf dem Lande (engl. Original: »The Complete Book of Self-Sufficiency«, 1976). Ravensburg (Otto Maier Verlag), 1-256.
47. Staub, H. A. (1980): Alternative Landwirtschaft. Frankfurt a. M. (Fischer Taschenbuch Verlag), 1-128.
48. Steiner, R. (1975): Geisteswissenschaftliche Grundlagen zum Gedeihen der Landwirtschaft. Landwirtschaftlicher Kursus 7.-18.6.1924 in Koberwitz. 5. Aufl. Dornach (R. Steiner Verlag).
49. Taylor, G. R. (1977): Das Selbstmordprogramm. Zukunft oder Untergang der Menschheit. Frankfurt a. M. (Fischer Taschenbuch Verlag), 1-329.
50. Ullrich, O. (1979): Weltniveau. In: der Sackgasse des Industriesystems. Berlin (Rotbuch Verlag), 1-160.
51. Weiger, H. (1978): Biologisch-ökologische Lebensqualität und moderne Agrarproduktion. In: Hauff, V., Hrsg.: Argumente in der Energiediskussion. Bd. 6. Villingen (Neckar Verlag), 351-357.
52. Weijden, W. J. van der, unter Mitarbeit von G. J. Baaijens, P. E. de Jongh, W. J. ter Keurs, U. de Haes und A. N. van der Zande (1977): Het dilemma van de nationale landschapsparken. s'Graveland (Stichting Natuur en Milieu, Nr. 9), 1-64.
53. Wortmann, M. (1977): Konventionelle und biologische Landwirtschaft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie. *Schr.-Reihe »Lebendige Erde«*, Darmstadt (Verlag Lebendige Erde), 1-449.
54. Umweltgutachten 1978. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/1938. Bonn (Verlag Dr. Hans Heger), 1-638 (1978).
55. Alternatieve Landbouwmethoden. Inventarisatie, evaluatie en aanbevelingen voor onderzoek. Commissie Onderzoek Biologische Landbouwmethoden. Eindrapport oktober 1976. Wageningen (Pudoc), 1-398 (1977).
56. Alternativen im Landbau. Statusbericht aus dem Forschungsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. *Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft*, H. 206, Münster-Hiltrup (Landwirtschaftsverlag), 1-292 (1978).

Gerhard Hauck

## Fromme Sprüche statt eines entwicklungspolitischen Konzepts

### Anmerkungen zu Roy Preiswerk\*

Der Artikel »Kulturelle Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnisse« von Roy Preiswerk im Argument 120 ist ein Ärgernis. Preiswerk nimmt drei absolut schwammige Begriffe, die er in keiner Weise einer systematischen Klärung entgegenführt, mischt sie kräftig durcheinander und kommt zu dem Ergebnis, zwischen ihnen herrsche prästabilisierte Harmonie: kulturelle Identität führe zu Self-Reliance, führe zu Befriedigung der Grundbedürfnisse und umgekehrt. Diese prästabilisierte Harmonie hat allerdings nichts Wunderbares an sich, denn unter jedem von den Titel-Begriffen kann man — gerade auch nach der Lektüre des Artikels — alles und das Gegenteil von allem verstehen, weshalb man mit ihnen auch alles und das Gegenteil von allem beweisen kann.

Sehen wir näher zu. Was versteht Preiswerk unter »kultureller Identität«? Unter dieser Überschrift werden in Tab. 1 aufgeführt: »Positive Haltung gegenüber eigenen historischen Werten, Institutionen und akkumuliertem Wissen. Widerstand gegen übermäßige Penetration von außen. Ablehnung von Werten, Institutionen und Verhaltensformen, die den sozialen Zusammenhalt zerstören (!). Anpassung der Produktionsweisen an die Besonderheiten der örtlichen menschlichen und sozialen Entwicklung« (168). Man zeige mir die Regierung eines einzigen Entwicklungslandes, die das nicht alles auf ihre Fahnen geschrieben hätte! Der Katalog könnte aus Leopold Senghors Reden über den »afrikanischen Sozialismus« ebenso abgeschrieben sein wie aus denen von Morarji Desai über den »gandhianischen Weg« — aber gerade der Senegal hat die von Preiswerk (zu Recht) kritisierte, uneingeschränkte Förderung der Exportlandwirtschaft (Erdnüsse) zu Lasten der Subsistenzproduktion zu besonders verheerenden Konsequenzen getrieben (cf. Amin); und die Förderung der »eigenen historischen Institution« des »Panchayat« (Dorfrat) im Namen Gandhis hat (von Nehru bis Desai) den Landlords und den dominanten Kasten in Indien, die diese Institution vollständig beherrschen, nur neue Machtmittel zur Ausbeutung der Landlosen und der unteren Kasten in die Hände gegeben (cf. z.B. Hiro).

Was heißt Self-Reliance? »Nutzen der eigenen Ressourcen und Fähigkeiten. Akzeptieren von ausgewählten Eingaben von außen in Form von Kapital, Gütern und Technologie. Selbstvertrauen in die eigene Entwicklungsfähigkeit. Anpassen der Produktionsweisen an die örtliche Umgebung und die Ressourcen. Dezentralisierung der Macht« (Tab. 1, 168). Auch diese Forderungen sind so allgemein und nichtssagend, daß sie jede Regierung gleich welcher Couleur unterschreiben könnte — wer wollte nicht die eigenen Ressourcen und Fähigkeiten nutzen? usw. Eine potentielle Ausnahme bildet nur die »Dezentralisierung der Macht«. Aber gerade Dezentralisierung darf man niemals isoliert betrachten, man muß sie immer im Kontext der Produktionsverhältnisse sehen: Man kann wohl annehmen, daß die Dezentralisierung in der Volksrepublik China — nach der Enteignung der großen Landlords — in vieler Hinsicht sehr positive Entwicklungseffekte hatte. In Indien dagegen war und ist es gerade die Dezentralisie-

\* Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf: Roy Preiswerk: Kulturelle Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnisse, in: Das Argument 120, 167-178.

zung, welche den Landlords die Torpedierung jeglicher Agrarreform ermöglicht; denn sie beherrschen die Länderparlamente ebenso wie die Dorf- und Distriks-Panchayats wie die örtlichen Gerichte; nur eine starke Zentralregierung könnte diese Machtbasen sprengen — vorausgesetzt, sie wollte es.

Was heißt »Grundbedürfnisse«? »Ermöglichen eines angemessenen Lebensstandards — in materieller Hinsicht — für die gesamte Bevölkerung, nicht nur für wenige Privilegierte. Selbstbestimmung oder Emanzipation jedes Menschen. Teilnahme der Bedürftigsten an Entscheidungen über die Verteilung der Güter« (168). Das klingt etwas präziser. Wenn man dann allerdings liest, daß — zitiert nach P. Streeten — als Beispiele für Länder, in denen die Grundbedürfnisse befriedigt seien, neben China und Japan die beiden Weltbank-Liebhaber Taiwan und Korea (cf. Chahoud im selben Heft!) sowie Costa Rica angegeben werden, dann fragt man sich hier ebenfalls, ob der Begriff überhaupt irgendetwas ausschließt. Es wird gesagt, all diesen Ländern seien »gewisse 'Ausgangsbedingungen' gemein« (171), welche für die Befriedigung der Grundbedürfnisse verantwortlich seien; diese Ausgangsbedingungen schlossen »Vermögensverteilung und Bildungsniveau« ein. Direkt daran anschließend wird zustimmend zitiert, daß »Selbstbestimmung, Self-Reliance, politische Freiheit und Sicherheit, Teilnahme an Entscheidungsprozessen, welche Arbeiter und Bürger betreffen, nationale und kulturelle Identität und das Gefühl der Nützlichkeit in Arbeit und Leben ... Bedingungen dafür (sein), die mehr materiellen Bedürfnisse anzugehen« (171). Die Realität jener Länder allerdings sieht so aus: in Taiwan betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne für Un- und Angelernte 1974 zwischen 0,23 und 0,34 US-Dollar, die durchschnittliche Arbeitszeit lag (auf dem Papier) bei 48 Std. pro Woche; in Korea lagen die Durchschnittslöhne aller Arbeiter (inclusive Facharbeiter) zwischen 0,21 und 0,43 US-Dollar, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug 48-60 Std.; Costa Rica liegt mit Stundenlöhnen von 0,39 — 0,42 US-Dollar für Un- und Angelernte etwas besser, aber insgesamt immer noch hinter Ländern wie Elfenbeinküste, Senegal, Marokko, Tunesien, Brasilien, Chile, Ecuador u. a. (cf. Froebel u. a., 633ff.), die allesamt auch nicht als besonders arbeiterfreundlich bekannt sind. Und solche Hungerlöhne laufen unter der Überschrift »angemessener Lebensstandard für alle«. In Korea wie in Taiwan wird gefoltert (cf. Chahoud); in Korea herrscht zudem Streikverbot (cf. Froebel, 546) — ist das »Emanzipation eines jeden Menschen«?

Nun konstatiert Preiswerk allerdings, daß neben jenen positiv zu bewertenden Konzepten von Kultureller Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnissen (»Mittel der Befreiung«) auch negativ zu bewertende denkbar seien (»Werkzeuge der Unterdrückung«): Kulturelle Identität als Legitimationsgrundlage für Rassismus und Unterdrückung von Minderheiten, Self-Reliance als Grundlage für die Aufrechterhaltung von Privilegien (»die Unterprivilegierten müssen sich erst mal selbst helfen«), Berufung auf Grundbedürfnisse als Marktstrategie mit dem Ziel einer weltweit uniformierten Konsumentenhaltung. Sein Untersuchungsziel kann es aber offensichtlich nicht sein, herauszufinden, unter welchen Bedingungen diese negativ zu bewertenden Konzepte verwirklicht werden können. Es geht ihm vielmehr darum, »zu bestimmen, welche Entwicklungsstrategie für die jeweilige Bevölkerung am angemessensten ist«, und hierbei beruft er sich auf »bestimmte minimale allgemeine Werte«, welche »Verhaltensweisen wie Völkermord, Folter, Rassismus, offensichtliche (!) Ausbeutung der Armen, Grausamkeit gegenüber Frauen, Mißhandlung von Kindern und Vernachlässigung der Al-

ten« (170) ausschalten — und damit auch jene »Werkzeuge der Unterdrückung«. Dementsprechend setzt Preiswerk dann bei der paarweisen Untersuchung der Verbindung zwischen den drei Variablen auch stets ähnlich positive Wertakzente wie in dem oben zitierten Abschnitt über die Grundbedürfnisse. Bei dieser paarweisen Untersuchung wird das alles übrigens noch viel krauser, als es in der tabellarischen Übersicht schon war. Taiwan und Korea sollen (wieder neben China und Japan und Costa Rica) nicht nur als Beleg für »Befriedigung der Grundbedürfnisse« herhalten, sondern gar als Beispiele für »Wahrung der kulturellen Identität« — wo doch der Coca-Cola- und Kaugummi-Imperialismus kaum irgendwo größere Triumphe feiert als in diesen beiden Ländern; und wo doch beide beispielsweise zu den Ländern mit der größten Zahl an Weltmarktfabriken und freien Produktionszonen gehören (übertroffen nur noch von Malaysia und Mexiko), riesigen, isolierten Exportenklaven, die man, wenn die Worte noch irgendeinen Sinn haben sollen, geradezu als Musterbeispiel für »übermäßige Penetration von außen« ansehen muß. Oder meint Preiswerk, diese »Produktionsweisen« seien den »Besonderheiten der örtlichen menschlichen und sozialen Entwicklung« besonders gut angepaßt — weil hier auf ein Überangebot an billigen, geschickten und gewaltsam disziplinierten Arbeitskräften zurückgegriffen werden kann?

Die These, »eine Entwicklungspolitik der Self-Reliance begünstigt die Befriedigung der Grundbedürfnisse«, wird mit der schlichten Behauptung von Collins und Lappé bewiesen: »Hungernde Menschen können und werden sich selbst ernähren, wenn es ihnen gestattet wird« (174). Das heißt, die Probleme rausdefinieren. Schon auf dieser abstrakten Plausibilitätsebene könnte man entgegenen, daß Hungernde, für die es ums schiere Überleben geht, sich auch auf Kosten etwa des langfristigen ökologischen Gleichgewichts selbst ernähren würden, wenn es ihnen gestattet würde — und wer könnte ihnen das verdenken! Wenn man konkreter wird, wird es aber noch sehr viel komplizierter: Dandekar und Rath haben in einer äußerst gründlichen Studie nachgewiesen, daß der gesamte kultivierbare Boden Indiens auch bei gleichmäßiger Verteilung nicht ausreicht, um allen von der Landwirtschaft lebenden Haushalten soviel Land zu geben, daß sie sich beim gegebenen Stand der Produktivkräfte davon ernähren könnten. Ohne Erhöhung der Produktivität in der Landwirtschaft geht es also nicht. Nun kann man die sicherlich auf vielen Wegen anstreben (die »grüne Revolution« war fraglos nicht der beste). Verbesserte Bewässerungssysteme und verstärkte Kooperation gehören sicherlich dazu — und beides könnte in Indien aufgrund der lokalen Machtbasen der Landlords allenfalls durch eine starke Zentralregierung durchgesetzt werden (s.o.). Aber selbst in China hat man sich nicht darauf beschränkt; man hat vielmehr auch hier — mit überwiegend ausländischer Technologie, wengleich nach dem Bruch mit Moskau nicht mehr mit ausländischem Personal — eine moderne Großindustrie aufgebaut<sup>1</sup>, deren Produkte aufgrund der in China erreichten Vermaschung zwischen Industrie und Landwirtschaft wesentlich dazu beigetragen haben, die agrarische Produktion zu effektivieren — was auch Mao selbst so sieht, wenn er schreibt: »Soll die Schwerindustrie entwickelt werden? ... Wenn ihr sie nicht wollt, dann würdet ihr der Leichtindustrie und der Landwirtschaft einen schweren Schaden zufügen. ... Je größer der Ausstoß an täglich lebensnotwendigen Gütern sein soll, desto größere (Kapital-)Akkumulation ist nötig« (»Die zehn großen Beziehungen«, zitiert nach Hennicke, 422; verfaßt *nach* der Abkehr vom sowjetischen Entwicklungsmodell).

Was ist nun der Sinn dieser Kritik? Handelt es sich um ein Plädoyer für die Rückkehr

zu dem traditionellen Entwicklungsmodell mit Exportförderung und Industrialisierung um jeden Preis, nach westlichem Muster und mit westlichem Kapital? Keineswegs! Herausgestellt werden soll vielmehr, daß es in der entwicklungspolitischen Diskussion nicht angeht, Technologien und politische Institutionen unabhängig von den Produktionsverhältnissen zu betrachten. Gleichartige Technologien und Institutionen können bei unterschiedlicher Struktur der Produktionsverhältnisse gegenteilige entwicklungspolitische Ergebnisse zeitigen. Am Beispiel der politischen Dezentralisierung wurde dies ja oben bereits diskutiert. In ähnlicher Weise gilt es aber beispielsweise auch für die »Small-Scale-Technology« (»Heimindustrie«). Diese muß man in Indien, wo sie im Namen Gandhis als »Khadi-Industrie« propagiert wird, unterm Strich als schlichte Verschwendung von Arbeitskraft und Kapital ansehen. Denn, wenn sie den Produzenten das Überleben sichern soll, sind ihre Produkte (soweit sie nicht als Kunsthandwerk verkauft werden können) unter marktwirtschaftlichen Bedingungen viel zu teuer, um mit den gleichartigen und ebenfalls angeborenen Produkten der industriellen Massenfertigung einheimischer wie ausländischer Provenienz konkurrieren zu können. Wenn durch staatliche Zuschüsse in gewissem Umfang dafür gesorgt wird, daß die Produktion trotzdem aufrechterhalten werden kann, dann handelt es sich im günstigsten Fall um eine Art von Arbeitslosengeld für eine sehr spezifische und sehr kleine Personengruppe, im ungünstigsten um Pfründen für professionelle Gandhijünger bzw. um Subventionen für das Freizeithobby reicher Leute.<sup>2</sup>

Unter sozialistischen Bedingungen jedoch, wo die Befriedigung der Überlebensbedürfnisse eines jeden einzelnen durch gesellschaftliche Planung garantiert ist, stellen die Produkte einer von anderenfalls unterbeschäftigten Arbeitskräften mit minimalem Kapitalaufwand betriebenen Heimindustrie (etwa ähnlicher Art wie die »Straßenfabriken« in China) schlichtweg einen Nettozuwachs der gesamtgesellschaftlich verfügbaren Gütermenge dar. Umgekehrt wird eine, sagen wir von Mercedes in einem kapitalistischen Entwicklungsland betriebene Automobilfabrik zum einen notwendigerweise vorwiegend Privatfahrzeuge für den Luxuskonsum der oberen Zehntausend produzieren (da nur die über die entsprechende kaufkräftige Nachfrage verfügen); zum anderen gehören bei einem derartigen Betrieb die kontinuierlich erzielten Gewinne eben nicht dem Entwicklungsland, sondern dem metropolitanen Kapital, und stehen nur für dessen Entwicklung zur Verfügung. Eine volkseigene Automobilfabrik in einem sozialistischen Land kann dagegen ihre Produktion an den gesamtgesellschaftlich zu definierenden Entwicklungsbedürfnissen ausrichten (und je nach dem etwa geländegängige Nutzfahrzeuge für den kommunalen Bedarf bauen); ein in ihr erwirtschaftetes Mehrprodukt<sup>3</sup> steht hier für die Entwicklung des eigenen Landes zur Verfügung.

Der erste Schritt auf dem Weg zu einer Entwicklungspolitik der Self-Reliance muß demnach die Enteignung des Großkapitals sein, insbesondere des metropolitanen. Das übersieht Preiswerk, wie die meisten Anhänger des Self-Reliance-Konzepts — wenn gleich längst nicht alle. So unpräzise wie Preiswerk, allerdings, sind nur wenige. In summa: Zur Vorstellung des Konzepts der Self-Reliance im »Argument« — die ich im Prinzip sehr begrüße — war dieser Artikel eine denkbar unglückliche Wahl. Selbst Dieter Senghaas' Plädoyer für »autozentrierte Entwicklung« ist präziser; und Malcolm Caldwells »Wealth of Some Nations« ist darüberhinaus auch progressiver.

## Anmerkungen

- 1 Die Gesamtwachstumsrate der industriellen Produktion in China zwischen 1952 und 1965 lag bei 12% pro Jahr — »eine ganz außerordentlich hohe Quote« — Hennieke, 409.
- 2 Ich konnte 1966 in einer eigenen Umfrage feststellen, daß sich fast ausschließlich Angehörige der oberen Schichten aktiv an den Khadiprogrammen in Indien beteiligten.
- 3 Daß auch im Sozialismus nicht die gesamte Produktion in den unmittelbaren Konsum der Produzenten eingehen kann, versteht sich von selbst: ein Sozialismus, der seinen Namen wert sein soll, setzt allerdings voraus, daß die Entscheidung darüber, was Mehrprodukt, was notwendiges Produkt sein soll, in demokratischer Weise von den Produzenten selbst getroffen wird — und ebenso die Entscheidung über die Verwendung des Mehrprodukts.

## Literaturverzeichnis

- Amin, S. (Hrsg.):* Modern migrations in western Africa. London 1974.
- Caldwell, M.:* The Wealth of Some Nations. London 1977.
- Chaboud, T.:* Die Weltbank über Stadtentwicklung und Industrialisierung. In: Das Argument 120, 1980.
- Dandekar, V. und N. Rath:* Poverty in India. New Delhi 1972.
- Froebel, F., u.a.:* Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977.
- Hauck, G.:* Gewaltlosigkeit und Gleichheit als Ideologie: eine Studie über den Gandhismus in Indien. In: Soziale Welt 1973, 94-118.
- Hennieke, P. (Hrsg.):* Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften. Frankfurt/M. 1973.
- Hiro, D.:* Inside India Today. London 1976.
- Sengbaas, D.:* Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt/M. 1977.

---

DAS  
ARGUMENT

Dritte Welt und Erste Welt  
114: Eurozentrismus. Theologie der Befreiung. China. Produktionsweisen.  
116: USA und internationale Ökonomie. Unterentwicklung und Staat.  
je 9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



Klassenkampf und Kirche. Kirche und Staat. Kampf für Frieden und Abrüstung. Als Christ Sozialist sein?  
SH 39 95 S. 7,00 DM

## Kongreßankündigungen und -berichte

### 20. Deutscher Soziologentag, 16. — 19.9.1980 in Bremen

Die Eröffnungsvorträge halten Joachim Matthes (»Soziologie: Schlüsselwissenschaft des 20. Jahrhunderts?«) und Jürgen Habermas (»Talcott Parsons: Konstruktionsprobleme der Gesellschaftstheorie«).

Folgende Themenbereiche sind vorgesehen: 1. Konstitution sozialer Probleme; 2. Beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen sozialen Handelns; 3. Interpretative Sozialforschung; 4. Familienformen und Geschlechterrollen; 5. Soziale und individuelle Entwicklung.

Weitere Informationen: Tagungsbüro Soziologentag, Univ. Bremen, z.Hd. Werner Schulte, Univ. Bremen, Postfach 330440, 2800 Bremen, Tel.: 0421/2181.

### 1. Sozialistische Konferenz: Ökologie und Sozialismus

#### Kassel 2. — 4. Mai 1980

Auf der Konferenz diskutierten Sozialisten unterschiedlichster theoretischer und politischer Positionen über verschiedene Dimensionen des Generalthemas »Ökologie und Sozialismus«. Die wichtigsten Diskussionen fanden — angesichts der Teilnehmerzahl von ca. 1200 Personen nicht erstaunlich — in den vier Arbeitsgruppen statt: AG 1 »Die Linke und soziale Bewegungen«, AG 2 »Ökologie und Marxismus — stürzt die Ökologieproblematik den Marxismus in die Krise?«, AG 3 »Probleme und Widersprüche zwischen Arbeiter- und Ökologiebewegung«, AG 4 »Ökologie und dritte Welt«. Obwohl theoretische Konferenz — und zwar die erste einer geplanten Serie (die zweite zum Thema »Der herrschende Block an der Macht und die Alternativen der Linken« findet nach der Bundestagswahl statt) —, sind ihre »Ergebnisse« nicht so sehr neue theoretische Erkenntnisse im Sinne positiver Antworten, sondern eher präzisierte Fragestellungen und vor allem zwei Erfahrungen.

*Erstens:* die Linke diskutiert wieder, und zwar trotz nach wie vor bestehender theoretischer und politischer Divergenzen. Es ist keineswegs selbstverständlich, sondern ein ungemein positiver Fortschritt, daß Leute, deren Kommunikation noch vor zwei Jahren darin bestand, sich gegenseitig ihre (bzw. ihrer Organisation) politische Standpunkte um die Ohren zu hauen, wieder in rationaler Form miteinander streiten. Umso bedauerlicher, daß die gewerkschaftlich-orientierten Sozialisten deutlich unterrepräsentiert waren. *Zweitens:* die Beiträge »ökologischer Sozialisten« wie Rudolf Bahro, Wolfgang Harich, Otto Ullrich und vieler in der Umweltbewegung Aktiver zwangen die »nicht ökologischen« Marxisten zu der Einsicht, daß die von jener Seite an »den« Marxismus herangetragenen Fragestellungen und Kritikpunkte keineswegs einfach vom Tisch zu wischen sind, sondern daß die Marxisten um eine intensive und ernsthafte Behandlung dieser Frage nicht herumkommen.

Bezeichnenderweise — und das wirkte sich (vor allem in der AG 2) negativ aus — waren unter den Teilnehmern nur ganz wenige, die auf der für die Ökologie-Problematik *auch* relevanten naturwissenschaftlichen bzw. einzelwissenschaftlich-ökologischen Ebene hätten argumentieren können. Es überwogen von marxistischer Seite Beiträge, die angesichts des neuen und »fremden« Problems Ökologie bemüht waren, ihre Identität als Marxisten gegenüber den »Gefährdungen« der Ökologie-Problematik bewahren wollten. Einer derartigen Haltung kamen allerdings auch etliche ökologistische Beiträge, z. B. Bahros, entgegen, in denen apokalyptische Ausmalungen der Umweltzerstörungen dominierten.

Im Folgenden versuche ich nicht, den Diskussionsprozeß in den einzelnen AGs nach-



zuzeichnen. Vielmehr scheint es mir produktiver zu sein, die Fragestellungen, die zur Sprache kamen und an denen wir weiterarbeiten sollten, herauszuarbeiten.

Die vielleicht wichtigste neu-alte Fragestellung wurde in der AG 2 diskutiert: muß die Marxsche Theorie durch eine *Produktivkraftkritik* ergänzt (oder gar revidiert) werden? Wer glaubt, er könne diese Frage mit dem bloßen Hinweis auf die Notwendigkeit der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse verneinen, muß sich einige neue Fragen gefallen lassen: sind bestimmte Technologien — naheliegendes Beispiel: Atomenergie — wegen ihrer Größe und ihrer Komplexität überhaupt vollständig kalkulier- und beherrschbar? Sind die Pannen in den KKW's tatsächlich mit dem »Profitinteresse« erklärbar? Man braucht sich nämlich nur die politischen *und ökonomischen* Folgen einer KKW-Katastrophe in der BRD vor Augen zu halten, um zu begreifen, ein wie großes Interesse auch das Kapital an der Sicherheit der KKW's haben muß. Trotzdem gelingt bis heute kein störungsfreies Produzieren von Kernenergie, ein hoher Prozentsatz der KKW's liegt laufend still.

An diesem Beispiel zeigt sich schon, daß — sollte die häufig vertretene marxistische Hypothese von der »Unschuld« der Produktivkräfte stimmen — ihr Nachweis ohne genaue Kenntnis der Funktionsweise der fraglichen Technologie unmöglich ist. Selbst wenn der Nachweis gelänge, gäbe es aber eine weitere produktive Fragestellung: was m.E. als bereits feststehendes Ergebnis der Diskussion um alternative anstatt der »herrschenden« Technologien behandelt werden kann, ist, daß es zu letzteren grundsätzliche und realisierbare Alternativen gibt. Daß diese »sich nicht durchsetzen«, liegt nur z.T. an den ökonomischen Strukturen — in erheblichem Umfang liegen dem politische Entscheidungen (Prioritätensetzung via staatliche Forschungsfinanzierung etc.) zugrunde; es ist daher heute grundsätzlich möglich, über den Einsatz verschiedener Technologien politisch zu entscheiden — und nicht nur möglich, sondern auch notwendig: seit dem 2. Weltkrieg dringt der Analyse-Synthese-Prozeß in einer Weise in die Materie ein, daß die Produktion keineswegs mehr »nur die Formen der Stoffe ändern (kann)« (MEW 23, S.57); vielmehr werden »auch im industriellen Maßstab neue, in der Natur nicht vorkommende Stoffe produziert (...) (So) entstand ein qualitativ neues Gefährdungspotential. Zum Beispiel dadurch, daß die synthetischen Stoffe, die nicht an dem langen Evolutionsprozeß der Erde teilgenommen hatten, für die es z.B. keine Abbau-Enzyme gibt, nun das Ökosystem irreversibel gefährden konnten.« (Ullrich) Auch hier müssen wir Marxisten neue Antworten über *jetzt* (und nicht erst im Sozialismus) zu fallende politische Entscheidungen über Technologien finden.

Einso umstritten wie — angesichts der Diskussion in der Alternativ- und Umwelt-Bewegung — politisch wichtig ist die »*Bedürfnisfrage*«. Inwieweit treffen die Thesen Bahros u. a. von den »kompensatorischen Bedürfnissen« zu? Die Vermutung hat viel für sich, daß unfreie und unbefriedigende Arbeitsverhältnisse und generell die Trennung von Arbeit und Konsum eine »entsprechende« Konsumstruktur produzieren, die dann ihrerseits von der Konsumgüterindustrie bedient wird. Aber diese Bedürfnisse sind »objektiv«, nicht schlicht »falsch« und durch Aufklärung abzuschaffen. Wer entscheidet, welche Bedürfnisse kompensatorisch sind, und wie ist eine Änderung der Bedürfnisstruktur möglich? Streben die Grünen eine »Bedürfnisdiktatur« (J. Bischoff) an? Es könnte sein, daß die Bedürfnisfrage ein Vehikel wird, über das die oder Teile der Ökologie-Bewegung konservativen Positionen zumindest nahekommt, die verlangen, die Arbeiter sollten den »Gürtel enger schnallen«. Schon deshalb müssen wir uns auf diese Probleme einlassen.

Daran knüpft die Frage an, ob der marxistische *Produktivitätsbegriff*, der sich an der durchschnittlich notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit festmacht, aufrecht zu erhalten sei: wieso soll jede *notwendige* Arbeit, auch die, die dem Arbeitenden Befriedigung verschafft, auf ein Minimum reduziert werden, selbst wenn sie z. B. durch maschi-

nelle Arbeit ersetzbar ist? Der Vorwurf: diese Frage zeige, daß der Marxismus der bürgerlichen Ökonomie verhaftet sei, trifft für die Kapitalismus-Analyse zwar nicht; es sind die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion, welche die Produktivität an die Ökonomie der Zeit binden — aber muß im Sozialismus nicht tatsächlich ein »qualitatives Produktivitätsverständnis« durchgesetzt werden, wonach »eine Arbeitszeit, die langweilig ist und Lebenszeit stiehlt, zu reduzieren, aber eine Arbeitszeit, die Befriedigung schafft, zu erhalten« ist (Ullrich)?

Dies leitet über zur »eigentlichen Kernspaltung«, also zu den *Differenzen zwischen Arbeiter- und Ökologie-Bewegung*. Letztere repräsentiert die politische Kritik des »Industriesystems«, erstere ist Teil des »Industriesystems« — impliziert das einen dauerhaften Gegensatz? Ist — so die zentrale Fragestellung der AG 3 — die Öko-Bewegung eine kleinbürgerliche Bewegung im Interesse eines akademisch gehobenen Mittelstandes oder vermag sie auch Interessen der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaftsbewegung in sich aufzunehmen? Zwar gibt es Ansatzpunkte gegenseitigen Verständnisses — und zwar auf beiden Seiten —, aber die Kontroverspunkte dominieren derzeit noch; insbesondere das Arbeitsplatzargument steht bestimmten ökologisch begründeten Technologieverbots-Forderungen entgegen. Der Gegensatz scheint mir in der Bahroschen Zuspitzung: (ökologische) Gattungsfrage versus Klassenfrage (der Arbeiterbewegung) falsch formuliert. Denn sie denkt das Verhältnis zwischen Arbeiter- und Umweltbewegung als notwendiges Aufgehen der einen in der anderen. Wäre es nicht möglich, daß sich *verschiedene* soziale Bewegungen auf gemeinsame Ziele einigen?

Die Art, wie die Ökologiebewegung von großen Teilen der Linken diskutiert wird — wird sie sich nach rechts oder nach links entwickeln? können wir in einer nichtsozialistischen grünen Partei mitarbeiten? etc. —, zeigt, daß die Linke nach wie vor Schwierigkeiten hat, sich theoretisch und praktisch auf soziale Bewegungen einzulassen, die sich nicht unmittelbar am Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit herauskristallisieren. Kritisiert wurde das aus der praktischen Abstinenz der Linken resultierende instrumentalistische Verhältnis zur Öko-Bewegung (»Wir können als Linke nur dann in der grünen Partei mitarbeiten, wenn sie rot wird; andernfalls geben wir uns als Linke auf«). Das nach wie vor dominierende identifikatorische Politikverständnis, wonach die Frage der Mitarbeit und der theoretischen Einschätzung danach beantwortet wird, ob man sich mit einer Bewegung, Organisation etc. identifizieren kann oder nicht, macht es vielen Sozialisten schwer, die tatsächliche Ambivalenz und Unbestimmtheit der Umwelt-Bewegung auszuhalten und als ihrem derzeitigen Entwicklungsstand angemessen zu akzeptieren. Aber nicht erst eine sozialistische Ökologie-Bewegung wäre positiv; es wäre schon viel, wenn ein anerkannter sozialistischer Flügel in ihr mitwirkte.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin/West)

## Biografie in handlungswissenschaftlicher Perspektive

Kolloquium in Zusammenarbeit mit der Sektion »Sprachsoziologie« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Nürnberg 18. — 22.2.1980

Diskussionsgegenstand waren gesamtgesellschaftliche Institutionalisierungsmuster von Biografien/Lebensläufen, die sich an der theoretischen Tradition des Symbolischen Interaktionismus orientieren; die methodischen Fragen der Abgrenzung und Auswertung biografischer Materialien spielten nur eine geringe Rolle.

Ein Übersichtsreferat von Kröll, Matthes und Stosberg zu Beginn des Kolloquiums gab einen ausführlichen Einblick in die wissenschaftshistorische und theoretische Entwicklung der Biografiekonzepte. Die Referenten verfolgten die wechselhafte Bedeutung von Human Documents für die empirische Sozialforschung seit den Monografien

des Vereins für Sozialpolitik, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Existenz einer »zweiten, proletarischen Kultur« belegten und später Modell für die klassischen Arbeiten von Thomas und Znaniecki waren. Das neuerliche Aufkommen der Biografieforschung in den Sozialwissenschaften brachten sie in Zusammenhang mit dem Verfall des geschichtswissenschaftlichen Genre. Etwa seit Beginn der sechziger Jahre findet sich das Biografiekonzept — wenn auch häufig nicht unter diesem Stichwort — in der neueren Gerontologieforschung, die die Probleme des Alterns mit früheren Stadien im Lebenslauf verknüpft. Dabei stehen Versuche einer Periodisierung oder Phaseneinteilung von Lebensläufen im Vordergrund (Lebenszyklustheorie; life-span development theory). Ein die Subjektivität einbeziehendes Konzept wird aus dem Lager der interaktionistischen Rollentheorie entwickelt. In Abgrenzung von strukturfunktionalen und altersspezifischen Sozialisationsansätzen (Kindheit, Jugend, Alter) wird eine Theorie lebenslanger Sozialisation zugrunde gelegt, wobei es vor allem um den Aufbau von Identität und Rollenübernahmefähigkeit geht. Die Basis einer solchen Betrachtung sind die Vermittlungsprozesse zwischen Sozialstruktur und Individuum, die sich in speziellen Forschungsansätzen (gesellschaftliche Regelungen, Institutionalisierung von Biografien [Wheeler, Cicourel], framing [Goffman u. a. bis Fritz Schütze]) niederschlagen. Eine andere Vorgehensweise ist die von U. Oevermann, der auf der Basis der »objektiven Hermeneutik« (die Auslegung des latenten Sinns oder der objektiven Bedeutung von Interaktionstexten) eine »neue« Operationsmethode einführt, die Grathoff mit seiner These, daß sich Gegenstände erst im sinnhaften Kontext kommunikativen Handelns bilden und von daher Biografie-Konzepte nicht als »ergänzende« Methode gesehen werden können, diskutiert. Für die kritisch-materialistische Biografieforschung — Kritische Theorie des Subjekts — wurden die Ansätze von Lorenzer, Orban, Horn, Leithäuser / Volmberg, A. Heller, Holzkamp, Holzkamp-Osterkamp herangezogen unter dem Stichwort »Psychoanalyse als kritisch-hermeneutisches Verfahren zur Rekonstruktion von Bildungsprozessen subjektiver Strukturen in der Ontogenese« im Zusammenhang mit Strukturen der Soziogenese, welche die »Theorie des Subjekts als Lebensgeschichte im Kontext gesellschaftlicher Antagonismen« entwirft. Wenn auch nicht als Biografieforschung explizit ausgewiesen, so beziehen sich die Ansätze der kritischen Theorie des Subjektes, der kritischen Theorie des Alltagslebens, auf die Aufhellung der Entwicklungslogik individueller Lebensgeschichten, gesehen als dialektischer Prozeß der Ausformung von Subjektivität und damit Lebensgeschichte.

Empirische Arbeiten zur Biografieforschung wurden nur sehr spärlich vorgestellt. So wurde das laufende soziologische Forschungsprojekt von Heinemeier, Matthes u. a. »Arbeitslosigkeit und Biographie-Konstruktion« kurz eingeführt. Gegenstand des Projekts ist die retrospektive Datengewinnung eines biografischen Einbruchs — Arbeitslosigkeit — aus der Sicht des Wiederbeschäftigten. Weitere eingereichte Kurzdarstellungen zu Projekten von D. Bertaux über eine Langzeitstudie im gewerblichen Bereich »Artisanal Bakery in France« (Berufs- und Lebensbiografien); U. Martiny, Arbeiten um zu leben (Berufsbiographien von Frauen); G. Riemann: Biografien psychiatrischer Patienten; H.-J. Seel: Biografien in der Beratungsforschung und Hoerning: Altersnormen, Situationsanpassung und Bindungen (weibliche Büroangestellte über 40 Jahre) wurden nicht diskutiert.

Den letzten Teil dieses Kolloquiums bildeten sozialwissenschaftlich orientierte Arbeiten / Analysen von Literatur- und Textwissenschaftlern (Dierks, Kröll, Soeffner, Gumbrecht), die u. a. auf die Möglichkeit sozialhistorischer Rekonstruktion von Individualität, Identität hinwiesen. Eingeleitet wurde dieser Abschnitt durch einen Auftritt Walter Kempowskis, der uns seine Idee und Produktion biografischer Literaturmaterialien »als quasi subjektiver Problembewältigungs- und Erschaffungsprozeß eines literarischen Produkts« vorstellte.

Allgemeines zur Theorie der Konstruktion von Lebensläufen auf der Basis des Symbolischen Interaktionismus formulierten die Beiträge von Th. Luckmann: Sprache und Lebenslauf (mit einem Korreferat von H. Kellner); F. Schütze: Prozeßstrukturen des Lebenslaufs; E. Goffman: Recognition und »What is meant and what is said«.

Für an diesem Thema Interessierte können die eingereichten Arbeiten und Diskussionsbeiträge zum Preis von je DM 5.— pro Block über A. Pfeifenberger, Universität Erlangen-Nürnberg, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum, Zentralinstitut, Fintelgasse 7/9, 8500 Nürnberg 1, bezogen werden.

*Block A) Diskussionspapiere:* (Kröll, Adamski, Heinemeier, Mangold, Schütze, Kohli, Dierks, Kröll, Gumbrecht, Gumbrecht, Soeffner); — *Block B) Nicht diskutierte Papiere:* Bertaux, Hoerning, Geller, Grathoff, Grathoff, Martiny, J.E. Müller, G. Riesmann, G. Schneider, H.-J. Seel und — *Block C) Aufzeichnung der Diskussion:* Luckmann, Kellner, Goffman, Kempowski und Gumbrecht vs. Soeffner.

Erika M. Hoerning (Berlin/West)

## »Socio-economic problems and potentialities of the application of micro-electronics at work«

Zandvoort/Niederlande 19. — 22.9.1979

Veranstalter der ersten gesamteuropäischen Konferenz über die Auswirkungen der Mikroelektronik war das »European Coordination Centre for Research and Documentation in Social Sciences« mit Sitz in Wien (Vienna Centre), dessen Präsident Adam Schaff ist. Das Vienna Centre wurde 1963 von der UNESCO eingerichtet mit dem Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen Sozialwissenschaftlern aus ost- und westeuropäischen Ländern zu koordinieren und zu unterstützen. Die knapp 50 Teilnehmer der Konferenz kamen aus 15 Ländern, aus sozialistischen Ländern waren 8 Wissenschaftler vertreten. Unter den Teilnehmern waren neben Wissenschaftlern auch Gewerkschafter sowie einige Manager führender Elektrokonzerne. Die 25 Referate gliederten sich in vier Themenbereiche:

1. Mikroelektronik und ihre verschiedenen Einsatzmöglichkeiten
2. Makroökonomische Auswirkungen
3. Ausbildung und Qualifikation
4. Innerbetriebliche Auswirkungen.

Zum ersten Themenbereich gab es drei Referate, in denen Bau- und Funktionsweise von Mikroprozessoren und Mikrocomputern erläutert und ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten dargestellt wurden. Eine knappe Diskussion über das Verhältnis von Ingenieuren und Sozialwissenschaftlern schloß sich an, in der die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und des Voneinanderlernens betont wurde.

Der zweite Themenbereich war der umfangreichste; zahlreiche Referate befaßten sich mit makroökonomischen Effekten. Für die Bundesrepublik gab Günther Friedrichs (IG Metall, Frankfurt) einen umfassenden Überblick über quantitative und qualitative Auswirkungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Hinsichtlich der Beschäftigungseffekte ist seine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung sehr pessimistisch, was er u. a. dadurch bedingt sieht, daß der Dienstleistungssektor als Auffangbecken für die in der Produktion überflüssig gewordenen Beschäftigten wegfällt. Denn dieser Bereich sei selbst von massiven Rationalisierungen betroffen. Automatische Textverarbeitung, Telekommunikation, Automatische Datenkassen, Automatisierung der Materialwirtschaft seien hier nur als Stichworte genannt. Wachsende Beschäftigungsmöglichkeiten sieht Friedrichs nur in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Soziale Dienste, Hotels und Gaststätten und in bestimmten Bereichen des Transportwe-

sens (Lkw- und Luftverkehr). Als Möglichkeiten zur Bekämpfung der Beschäftigungsprobleme nannte Friedrichs Arbeitszeitverkürzungen und staatliche Investitionen bzw. Anreize zur Förderung der Produktion in Bereichen wie Umweltschutz, Unfallverhütung, Ausbildung, öffentliche und private Dienste, Infrastruktur, Energieeinsparung, Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze. — Von den weiteren Referaten zu makroökonomischen Auswirkungen waren besonders interessant der Vortrag von Clive Jenkins, einem britischen Gewerkschafter, der darlegte, durch welche Regelungen seine Gewerkschaft bemüht ist, Einfluß auf die technologische Entwicklung zu nehmen statt ihr nurmehr nachzuhinken, sowie ein sehr umfangreiches Referat über die Bedeutung der Mikroelektronik für die Entwicklungsländer von Juan F. Rada, Genf.

Der dritte Themenbereich — Ausbildung und Qualifikation — war sehr dünn besetzt. Werner Dostal vom »Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung« (IAB) in Nürnberg stützte seine Aussagen über die Auswirkungen technischer Änderungen auf die gleichnamige Studie des IAB (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 17 und 22), deren Ergebnisse auf Management-Befragungen beruhen. Danach sind die Auswirkungen, die sich auf die Mikroelektronik zurückführen lassen, sehr gering. Da jedoch die Mikroelektronik auf Dauer Arbeitsplätze und Privatsphäre stark beeinflusse, müsse die Vermittlung von Wissen über Mikroelektronik und EDV Teil der allgemeinen Ausbildung werden — eine Forderung, die auch von zahlreichen anderen Referenten gestellt wurde. Aus- und Weiterbildung sollten nicht nur im Beruf, sondern auch außerberuflich, z.B. durch Volkshochschulen, erfolgen.

Beim vierten und letzten Thema — Innerbetriebliche Auswirkungen — lag das Schwergewicht auf den Veränderungen im Büro: u.a. berichtete Enid Mumford von der »Manchester Business School« in Großbritannien über ein von ihr geleitetes Projekt, in dem Sekretärinnen bei der Einführung der automatischen Textverarbeitung Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation selbst festlegen konnten. — Konsequenzen der Einführung und Ausbreitung von Informationstechnologien auf die Beschäftigten wie z.B. verstärkte Kontrollmöglichkeiten (automatische Datenkassen z.B. sorgen nicht nur für die reibungslose Nachbestellung und Auffüllung des Lagers, sondern kontrollieren zugleich auch Arbeitsmenge und Fehlerquote der Beschäftigten) und Isolation am Arbeitsplatz (anstelle des Kontaktes mit Kollegen und Kunden tritt der Dialog mit dem Terminal z.B. in Banken und Versicherungen) wurden von einzelnen Referenten nur am Rande angesprochen. — Überhaupt ist kritisch anzumerken, daß den Auswirkungen der Mikroelektronik auf die Arbeitsbedingungen im Verhältnis zu den anderen Themen, vor allem zu den Makroeffekten, zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Insgesamt kam die Diskussion entschieden zu kurz, da sehr viele Referate vorgetragen wurden, was zur Folge hatte, daß verschiedene Beiträge überhaupt nicht diskutiert werden konnten. Der Mangel an Diskussionsmöglichkeiten im Rahmen der Vortragsveranstaltungen wurde allerdings dadurch ausgeglichen, daß der informelle Teil des Kongresses Gelegenheit zu Gesprächen in kleinerem Kreis bot. Die Tatsache, daß davon ausgiebig Gebrauch gemacht wurde, zeigte das große Interesse aller Teilnehmer, sich über den Stand der Entwicklung der Mikroelektronik und ihre Auswirkungen in den verschiedenen Ländern zu informieren, sowie über die Möglichkeiten zur Beeinflussung technologischer Entwicklungen mit Kollegen aus Ost und West zu diskutieren. Dem Vienna Centre kommt das Verdienst zu, nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Gewerkschafter aus verschiedenen Ländern über ein für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung eminent wichtiges Thema miteinander ins Gespräch gebracht zu haben.

In seinem Schlußwort wies Adam Schaff noch einmal auf die enormen sozialen Konsequenzen der Mikroelektronik hin; er sprach dabei von einer »revolutionären Entwicklung«. Die Miniaturisierung und Verbilligung der elektronischen Bauteile baue bisher

noch vorhandene Hindernisse bei der Automatisierung ab, so daß mit der Durchsetzung der Vollautomation in Produktion und Dienstleistungen in 20 bis 30 Jahren, jedenfalls in den hochindustrialisierten Ländern, zu rechnen sei. — Dieser Prozeß werde die politischen Verfassungen der betroffenen Länder grundlegend beeinflussen, die veränderten Produktionsstrukturen werden die Schranken des Privateigentums sprengen, da eine umfassende Planung der Produktion und der Verteilung der Güter notwendig werde. — Die gravierendste Veränderung sieht Schaff jedoch darin, daß die Arbeit im traditionellen Sinne als Grundlage des menschlichen Lebens verschwindet und die Menschen ihrem Leben neue Inhalte werden geben müssen. Dieser Übergangsprozeß berge die Gefahr der Auflösung der Gesellschaft und der Schaffung von Ersatzbefriedigung (Drogen, Alkohol u.a.) in sich. Der einzelne Mensch und die Gesellschaft als Ganzes versuchten, die bereits heute deutlich werdenden Probleme zu verdrängen bzw. sie herunterzuspielen. Es sei jedoch notwendig, sich der Gefahren bewußt zu werden, um sie bewältigen zu können. Erst dann könnten Wissenschaft und Technologie zu dem werden, was sie eigentlich seien — ein »Segen für die Menschheit«. — Die auf der Konferenz gehaltenen bzw. vorgelegten Referate werden vom Vienna Centre in einem Sammelband publiziert. Brigitte Robak (Dortmund)

## Dokumentation Für ein Schwulenreferat

### *Vorbemerkung*

»War, solange die Homosexualität programmatisch unterdrückt wurde, die offene Politisierung dieses angeblich bloß moralischen Problems die angezeigte Strategie, so würde die fortdauernde politische Interpretation einer offiziell längst geduldeten Lebensform geradewegs in die Entpolitisierung führen und die Homosexualität zu einer Ersatzlösung werden lassen, die die Notwendigkeit weiterreichender politischer Lösungen vergessen macht.«<sup>1</sup>

Ilse Bindseil geht hier von der falschen Voraussetzung aus, daß »die Homosexualität programmatisch unterdrückt wurde« (Hervorhebung E.S.). Auch wenn die politischen Auseinandersetzungen um die Homosexualität auf einem Nebenschauplatz stattfinden, und es manchmal den Anschein hat, der Kampf sei zugunsten der Homosexuellen entschieden, so gibt es doch gerade auch in letzter Zeit genügend Anzeichen dafür, daß die Homosexualität keineswegs »längst geduldet« ist. Nach wie vor werden Homosexuelle in vielen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert: Durch Gesetzgebung, in den Medien, den Wissenschaften, durch Ärzte und Psychotherapeuten, bei der Wohnungssuche oder am Arbeitsplatz. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß Vorurteile und Aggressionen nach wie vor in breiten Bevölkerungskreisen vorherrschend und in konkreten Situationen aktivierbar sind.<sup>2</sup>

Homosexuelle Emanzipationsgruppen setzen an den genannten Bereichen, in denen Diskriminierung stattfindet, ihre politische Arbeit an. Die politische Vielfalt der Gruppen und spontaneistische Aktionsformen einzelner Gruppen, die oft die politischen Inhalte verdecken, dürfen nicht zur Annahme führen, die homosexuelle Emanzipationsbewegung hätte überhaupt ihre politische Funktion eingebüßt.<sup>3</sup>

Die Selbstverständlichkeit, mit der das Thema Homosexualität im *Argument*<sup>4</sup> diskutiert wird, ist keineswegs ein Spiegelbild gesellschaftlicher Realität. Erst sehr zaghaft beginnen die demokratischen Organisationen die politischen Forderungen der Schwulenbewegung wahrzunehmen.

Die Universitäten als Produktionsstätten auch antihomosexueller Ideologien hätten, wollten sie ihre Arbeit in den Dienst der Menschen stellen, die Aufgabe, eine vorurteilsfreie Sexualitätsforschung zu ermöglichen und zur Untersuchung der Frage, wa-

rum bestimmte Formen der Sexualität diskriminiert oder kriminalisiert werden, beizutragen. Dieser Aufgabe kommen die Universitäten nicht nach.

Die »Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten« haben erstmals an einer Universität »schwule Forderungen« an die Wissenschaften gestellt. Sie traten im Sommersemester 1979 mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit, das im folgenden dokumentiert werden soll.<sup>5</sup> Eckhard Seidel, Arbeitskreis Homosexualität der ADSen FU

Innerhalb der ADSen, wie wohl auch in jeder anderen Organisation, arbeiteten und arbeiten Schwule und Lesben mit, die sich aber erst in letzter Zeit zu Wort gemeldet haben und die Diskussion um die »Schwulenfrage« forcierten. Erste Diskussionsansätze gab es zwischen ADSen mit der HAW (Homosexuelle Aktion Westberlin) im Mai 1973. Aber der eigentliche Anstoß zur offenen Diskussion der Schwulenfrage war erst mit einem Beitrag vor der Mitgliederversammlung und einem Beitrag für das Semesteraktionsprogramm im WS 1978/79 gegeben.

Daß nun gerade in Westberlin diese Diskussion verstärkt geführt wird, ist nicht weiter verwunderlich, ist diese Stadt doch auch das Mekka der Schwulen aus der BRD. Erklärlich, daß auch hier mit der AHA (Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft) eine Organisation existiert, die vergleichbare Organisationen in der BRD an Mitgliederzahl und Einfluß übertrifft.

Fortschrittliche Kräfte haben den Emanzipationskampf der Schwulenbewegung in den 20er Jahren unterstützt: so wurde im damaligen Strafrechtsausschuß des Reichstages von SPD und KPD eine weitgehende Liberalisierung des § 175 durchgesetzt. Schon 1897 forderte A. Bebel vor dem Reichstag die Streichung des §. Diese Anstrengungen fanden ihr Ende mit dem Coup der Faschisten 1933. Die Faschisten verschärfen den § und dieser galt als rechtliche Grundlage, Schwule in den KZ zu foltern und zu töten.

Die ADSen knüpfen an die fortschrittlichen Traditionen an und setzen sich für die berechtigten Interessen der schwulen Männer und der lesbischen Frauen ein, denn der Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt schließt jede Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung aus.

Nach wie vor sind Schwule Diskriminierungen ausgesetzt. Jede Tabuierung dieses Themas durch eine fortschrittliche Organisation bedeutet daher, die Diskriminierung faktisch zu billigen, also ebenfalls zu diskriminieren!

#### *Individuelles oder politisches Problem?*

Häufig wird zur Schwulenfrage gesagt: »das ist ein privates Problem«, »Schwulenfrage steht nicht im Mittelpunkt«, »Desorientierung der politischen Bewegung«, »Sonderproblem« oder »löst sich von selbst«.

Solchen Positionen halten die ADSen entgegen: Menschliche Sexualität ist stets gesellschaftlich geformt bzw. geprägt und daher ein *gesellschaftliches Problem*. — Schwule haben kein Problem mit ihrem Schwulsein »an sich«, sondern weil sie wegen ihrer Homosexualität gesellschaftlich diskriminiert werden; die Schwulen*unterdrückung* ist das Problem und nicht der Schwule!

Unabhängig davon, daß von der Homosexualität laut Kinsey 37% »betroffen« sind, wäre der Kampf gegen die Diskriminierung auch bei jeder x-beliebigen %-Zahl zu führen.

Laut Art. 7 der »Berliner Verfassung« darf niemand an der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte gehindert werden, nach Art. 6 sind alle Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich. Art. 13 gewährleistet jedem den Zugang zum öffentlichen Dienst. Die Existenz von »rosa Listen« (kartmäßige Erfassung von Homosexuellen) bei den Polizeiorganen, Berufsverbote gegen Schwule, der bestehende § 175, sprechen dem Hohn, in all diesen Fällen wird elementar gegen die Verfassung verstoßen. Gerade auch hier ist offensichtlich, daß Homosexualität ein politisches Problem darstellt. Somit schließt das Eintreten für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt eine Diskriminierung oder Tabuierung von Schwulen aus. Die Schwulenfrage reiht sich also ein in den Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten.

Auf die Lesben ist in diesem Flugblatt kein direkter Bezug genommen, da die Diskussion in der ADS sich bislang nur um männliche Homosexualität drehte. Dieses Versäumnis liegt wesentlich in der anders gearteten Diskriminierung der lesbischen Frauen, die es bislang unmöglich gemacht hat, Lesben an der Diskussion zu beteiligen.

#### *Wie werden Homosexuelle diskriminiert?*

Es gibt nach wie vor den § 175, der als Sonderparagraf männliche (!) Jugendliche vor Verfüh-

rung »schützen« will. Daß homosexuelle Handlungen von Männern an Jugendlichen unter 18 Jahren bestraft werden, ist einerseits Ausdruck der besonderen Frauendiskriminierung, andererseits einer fortdauernden Fortpflanzungsideologie. Menschliche Sexualität hat sich von der reinen Fortpflanzungsfunktion emanzipiert. Sexualität hat heute im wesentlichen Lustfunktionen, die sich nicht auf den heterosexuellen Verkehr begrenzen lassen; Homosexualität ist daher eine gleichberechtigte Form menschlicher Sexualität. Der § 175 besneidet homosexuelle Mitbürger in ihren Rechten und diskriminiert gleichgeschlechtliche Sexualität, und daher ist der § 175 abzulehnen.

*Wir fordern die Aufhebung des § 175 — Keine Sondergesetze gegen Homosexuelle!*

Lehrer dürfen sich nicht zu ihrer Homosexualität bekennen; tun sie es doch, sind sie vom Berufsverbot bedroht. In Westberlin sind zwei Versuche, schwule Lehrer mit Berufsverbot zu belegen, bekannt. Offenes homosexuelles Verhalten ist nicht nur bei Lehrern unerwünscht; im öffentlichen Dienst werden Schwule durch die Anlage von »rosa Listen«, im privatwirtschaftlichen Bereich durch geheime Zeugniscode klammheimlich an ihrer Berufsausübung gehindert.

Massenmedien (insbesondere die Springer-Presse) greifen antihomosexuelle Vorurteile auf und stellen vielfach Homosexualität nur im Zusammenhang mit Kriminalität dar. Eine andere Methode ist die Abschiebung der Homosexualität in den Bereich des »Exotischen« (Künstler, Transvestiten, Millionäre etc.).

Die Wissenschaft beschränkt sich in der Forschung fast ausschließlich auf die Genese der Homosexualität oder das Beschreiben des Verhaltens Homosexueller und entwickelt Konzepte zur Therapie. Sie schreckt dabei nicht vor gebirnoperativen Eingriffen, hormonellen Manipulationen und Aversionstherapien mittels Elektroschock, zurück.

Die Frage, *warum* Homosexuelle diskriminiert werden, bis zur physischen Vernichtung in den KZs des Faschismus, wird kaum gestellt (homosexuelle KZ-Häftlinge sind bis heute nicht rehabilitiert und erhalten *keine* Entschädigung).

*Wir treten ein für eine adäquate Aufarbeitung und Berücksichtigung des Themas Homosexualität in der Wissenschaft.* So halten sich tradierte Vorurteile im Bewußtsein der Bevölkerung, der Homosexuelle muß sich verstecken, wird am Rande, in seinen subkulturellen Ghettos »toleriert«.

#### *Aufgaben eines Schwulenreferats*

In einem zu bildenden Schwulenreferat steht die Aufgabe an, den Anspruch auf freie Entfaltung der Persönlichkeit *auch für Schwule* zu verwirklichen! Da dieser Anspruch in allgemeiner Form von der demokratischen Bewegung getragen und auch in den Artikeln 6, 7 und 13 der Westberliner Verfassung festgelegt wird, ist dessen Umsetzung nicht nur eine Angelegenheit der Betroffenen.

Da die ADSen seit jeher für die Entwicklung und Anwendung von Lehrinhalten und Forschungsergebnissen in Übereinstimmung mit den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung kämpfen, also »nützliche Wissenschaft« etablieren wollen, ist es notwendig, daß ein Schwulenreferat Projekte an allen Fachbereichen antregt, die dazu beitragen, Vorurteile gegen Homosexuelle allgemein zu bekämpfen. Bisher wurde das Thema entweder ganz ausgeklammert oder als (therapierbare) Krankheit dargestellt.

Ansatzpunkte für die Verankerung von Studienprojekten mit nicht schwulenfeindlichen Inhalten könnten sein: — *bei den Juristen*, Auseinandersetzung mit der Strafbarkeit von verschiedenen Formen der Sexualität — *bei den Soziologen*, Untersuchungen über Ursachen und Auswirkungen der Schwulenunterdrückung — *bei den Historikern und Politologen*, Aufarbeitung der Schwulenbewegung — *bei den Sprachwissenschaftlern*, Analyse der in der Literatur auftretenden Homosexualität — *bei den Biologen und Erziehungswissenschaftlern*, Erarbeitung von Unterrichtseinheiten zur Sexualerziehung unter gleichberechtigter Einbeziehung der Homosexualität; — und andere Projekte mehr.

Solche Vorschläge sollte das Schwulenreferat in andere mit Studienreform beschäftigte Referate einbringen. Sicherlich eine zentrale Aufgabe eines Schwulenreferats.

Für schwule Studenten, die bisher noch keine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit Organisationen der Schwulenbewegung hatten, muß das Schwulenreferat zur sozialen Beratung eine Anlaufstelle an der Uni schaffen. Da während des »coming-out«, also der Phase der Identitätsfindung als Schwuler (diese fällt in der Regel mit dem Studienbeginn zusammen), die Selbstmordrate beträchtlich steigt, ist die Selbstmordprophylaxe und die Stärkung des Selbstbewußtseins eine sozial-



politische Aufgabe. — Das Schwulenreferat soll in Verbindung mit schon bestehenden schwulen Organisationen Informationsveranstaltungen organisieren und mit ihnen gemeinsam für die Integrierung der Schwulenbewegung in die demokratische Bewegung an der Uni kämpfen. Diese Zusammenarbeit muß nach aktionseinheitlichen Prinzipien gestaltet werden.

*Da die genannten Aufgaben referatsübergreifend sind, versteht es sich, daß eine Zuordnung zu anderen Referaten nicht vorgenommen werden kann, sondern das Schwulenreferat sich als eigenständiges etablieren muß.*

#### Anmerkungen

- 1 Bindseil, Ilse: Theoretisches über die gleichgeschlechtliche Liebe. In: *Argument* 116, S.553.
- 2 Zum Beispiel könnte bei einer weiteren Rechtsentwicklung, etwa einer Strauß-Wahl zum Bundeskanzler, den Homosexuellen sehr schnell eine Sündenbock-Rolle zugeschoben werden, die von anderen gesellschaftlichen Problemen ablenkt. Strauß' Ausdruck »Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder« sollte durchaus ernstgenommen werden.
- 3 Die Zeitschrift »Homosexuelle Emanzipation« wird von verschiedenen Gruppen der BRD und Westberlins herausgegeben und hat für Interessierte bzw. »Betroffene« ein ausführliches Adressenverzeichnis aller existierenden Gruppen.
- 4 Vergleich hier besonders auch: *Argument* 93 (Graf/Herzer: Zur neueren Diskussion über die Homosexualität) und *Argument* 119 (Herzer: Wie politisch ist die gleichgeschlechtliche Liebe?)
- 5 Für das Sommersemester 1980 plant der »Arbeitskreis Homosexualität« der ADSen FU die Herausgabe einer Broschüre zum Thema Homosexualität.

## Interventionen

### Spontaneismus-Diskussion und »repräsentative Diktion«

Bezüglich Bernd Gäblers Replik auf Waldhubel im *Argument* 120 (200-207) muß ich mich nochmal zum Thema Sponti-Marxistische Linke äußern (...).

Nun ist also alles wieder klar. Waldhubel hatte für die marxistische Linke (und ihrem »pädagogischen« Anspruch, eine *breite* und deshalb auch widersprüchliche soziale Bewegung gegen die herrschenden Großkapital-Verhältnisse wachsen lassen zu helfen) das Aufbegehren der sogenannten Spontis fruchtbar zu machen und zu halten versucht. Sinnvoll war also die Antizipation eines Mediums des Beisammensein-Könnens/Diskutierens/Handelns und last not least besorgten Einsteheens für die Berufsmöglichkeiten z.B. der andren; diese Art Politikraum darf also nicht ausgrenzen, sondern will so viele Türen wie möglich offen halten, in dem die eigene Position nicht aufgrund ihrer möglichen theoretischen Richtigkeit mißverstanden wird mit der noch zu realisierenden praktischen Wahrheit, die eine andre Qualität darstellt als die bereits existierende Misere der Linken bei uns. Der Beitrag vom MSB-Spartakus-Mitglied Reinhard Matz über Spontis und MSB Spartakus (*Argument* 117, 678ff.) hat diesen Zusammenhang reflektiert und das Diskussionsvorfeld zu strukturieren (und wie ich finde ausgezeichnet) versucht. Was, lieber Bernd, will denn Dein Beitrag sagen, abgesehen von dem verhalten Zugeständnis, die Spontibewegung aufzuheben in die marxistische Linke, als daß davon auszugehen ist, die Spontis abzuschreiben und darüber hinaus sie als gefährlich zu identifizieren. Dein Beitrag hatte meiner Ansicht nach den Charakter, die Schotten dicht zu machen und sich dabei der Wahrheit noch gewisser zu sein. Gleichzeitig bist Du gegen »Taubstummengespräche« (201), aber es bleibt die Ebene des von mir oben genannten Diskurses verbaut. Schreibt hier gar — wenn ich böse bin und den Spieß einmal umdrehe — ein Kleinbürger über die Kalamitäten der Kleinbürger? »Wir halten die Spontiströmung in ihren dominierenden Ausprägungen für eine durch die spezifische bundesrepublikanische Form der Herrschaftsausübung gebrochene Reaktion von deklassierten Teilen des Kleinbürgertums auf die erlebte Krisenwirklichkeit.« (203) Ich weiß nicht, ob diese Art Formalmarxismus (darf ich mal hilflos sagen) nicht mehr zudeckt als aufdeckt. (...)

Des Kleinbürgers Glückssuche. Kritisiert wird die Exklusivität eigener Gefühlserlebnisse auf dem Hintergrund des *konkret*-Interviews mit dem populär gewordenen Mescalero. Wo dieser gerade die Schattenseite seiner Psyche wahrnehmen wollte, statt sie zu rationalisieren, zu leugnen oder zu verdrängen bzw. zu projizieren, schreibst Du vom »... Haß gegen den Klassenfeind...« (207) und hältst dem andren vor, was dieser verhindern möchte, nämlich selbstgerechte Selbstsicherheit. Die

Sinnkrise zu lösen wird locker vom Hocker gleichgesetzt mit einer sich entfaltenden Persönlichkeit in einem spezifisch reduzierten Politikzusammenhang, in dem der Kleinbürger moralisierend darauf aufmerksam gemacht wird, verbindlich und nicht überheblich zu handeln gegenüber jenen. »... die alle Werte schaffen ...« (206). Dagegen wird die Spontibewegung an der Vorstellung der Autonomie festhalten (vgl. dazu auch die vor einiger Zeit geführte Debatte Tomberg-Haug im *Argument* 97 und 98); und ich möchte unterstreichen, daß es mir wichtig erscheint, daran festzuhalten, auch wenn diese Autonomie-Utopie enthält, die nicht beschnitten werden darf durch den Mechanismus der self-full-filling-prophecy und einen Mythos von kollektiver Moral, die wie eine materielle Substanz festen Ort in der Gattungsgeschichte Mensch hat. Wichtig ist mir vielleicht letztlich die gleiche Auswirkung (abgesehen von der oben angesprochenen Psychologie) dieser »Moral«, die ich aber für mich autonom entfremdend als funktionales Äquivalent einordne. Der Vorwurf vom Standpunkt einer gesicherten Vernunft gegenüber Irrationalismen und Existentialismus und »Subjektivismus« greift nicht adäquat zu.

Wenn wir in der »Diskussion« stehen bleiben, bei Deiner repräsentativen Diktion, (...) wird sich jede Strömung im Kreis auf ihre Wahrheiten isoliert einen Reim machen können. Für die Linke immer noch akut in bezug auf Probleme wie selbstgerechte Selbstsicherheit, Sinnkrise und Handlungsnotwendigkeit tatsächlich Georg Büchners Beiträge. Ingo Zander

### Kritische Theorie und Theorie-Kritik

*Aus einem Briefwechsel zwischen Peter Dudek und dem Direktor der Schule, an der er früher Lehrer war. Anlaß: Die Rezension des Dudek-Buches »Naturwissenschaften und Gesellschaftstheorie« in Argument 119 (111f.), die -- nach Dudek -- in der Schule ausgehängt wurde.*

(...) Ich gehe davon aus, daß Sie zwischen persönlichen Animositäten und wissenschaftlichen Diskursen deutlich zu unterscheiden wissen, insbesondere da diese -- im *Argument* erschienene -- denunziatorische 'Kritik' von seiten sowjet-marxistischer Wissenschaftstheoretiker für mich, der sich in der Tradition der Frankfurter Kritischen Theorie stehend definiert, nicht überraschend kam. Ich bin gerne bereit, ihnen die aktuelle Kontroverse, die eine lange Vorgeschichte hat, und als *politische* Auseinandersetzung zu verstehen ist -- im Sinne übelster sowjet-marxistischer Theoriepolitik, getragen von DKP-nahestehenden Wissenschaftlern, -- in einem Gespräch zu erläutern. (...)

Im übrigen möchte ich Ihnen und dem Kollegium (...) mitteilen, daß mein Buch, das nach DKP-Ansicht »hinter den heutigen Stand der Wissenschaftsgeschichtsschreibung zurückfällt« (*Argument* Nr. 119) inzwischen mit einem Vorwort von Alfred Sohn-Rethel versehen ins Schwedische übersetzt worden ist und dort im Herbst 1980 als Buch erscheinen wird. (...)

Sehr geehrter Herr Dr. Dudek (...). Die Grabenkriege akademischer Schulen sind mir geläufig, ebenso die oft innerhalb der Schulen bestehenden Lehrer-Schüler-Verhältnisse. Darüber hinaus gibt es jedoch selbstverständlich auch allgemein akzeptierte Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens. (...)

Es sei aber nicht verschwiegen, daß mich die Art und Weise, wie Sie Ihr Problem durch politische Einordnung von »*Argument*«-Autoren lösen wollen, an die denunziatorische Praxis des Presdienstes einer in Bayern beheimateten Partei gegenüber Kritikern erinnert. (...)

DAS  
ARGUMENT  
BEIHEFT '80

Über 100 Besprechungen zu:  
Christentum und Revolution, Dialektik,  
Kritische Theorie, Literaturgeschichte,  
Ethnologie, Sozialgeschichte, BRD,  
Schweiz, Sozialistische Länder, u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud.  
für Abonnenten: 12,80/11,- DM

## Besprechungen

### Philosophie

Oelmüller, Willi, u.a. (Hrsg.): Philosophische Arbeitsbücher. Verlag Schöningh, Paderborn. Bd. 1, *Diskurs: Politik*. 1977 (323 S., br.). Bd.2: *Diskurs: Sittliche Lebensformen*. 1978 (432 S., br.). Bd.3: *Diskurs: Religion*. 1979 (378 S., br.). Je Band 19,80 DM.

Die inzwischen auf 10 Bände geplante Text-Edition stellt mit den ersten drei Bänden die x-ten Reader zum jeweiligen Thema vor. Sie zeichnet sich aus durch die didaktische Erschließung des mit den nachgedruckten Texten belegten Problembereichs für den Philosophieunterricht in der Schule (Sekundarstufe II) und für entsprechende Kurse in Einrichtungen der Weiterbildung. Es handelt sich nicht um ein neues Konzept »philosophischer Arbeitsbücher«, wie dies der Titel meinen oder nahelegen könnte.

Es sollen »Orientierungssysteme« menschlichen Handelns vorgestellt und »Orientierungshilfen« gegeben werden. Der Orientierung über die Zeiten hinweg muß ein, wenn schon nicht ewig, so doch langfristig gültiges Prinzip zugrunde liegen. Es heißt »Diskurs« — rationale Verständigung über die ausgewählten Probleme. Die begriffliche Anleihe bei der konstruktiven Wissenschaftstheorie ist nicht unproblematisch: Was dort als ideale Sprechsituation und Kritikinstanz methodisch gesehen allgemeine Geltung beansprucht, wird hier als historische Tradition und Konstante gesetzt. Damit wird Geistesgeschichte nach Oelmüller gleichsam zur Diskursgeschichte — eine abermalige und harmonisierende Verkürzung ihrer selbst; von den Mitherausgebern wird allerdings auf das offenere Paradigma »Problemgeschichte« zurückgegriffen (Bd. 2, 93; Bd. 3, 18). Die Setzung erlaubt wie eh und je, die historischen Bedingungen des einzelnen Textes resp. Diskursbeitrages und seiner Inhalte auszublenden. Zwar wird diese Ausblendung ausdrücklich gerechtfertigt (Bd. 2, 90ff.); auch werden verbale Brücken zur Sozialgeschichte geschlagen (insb. Einleitung I, Bd. 1); doch werden die Texte selbst eben nur auf ideeller Ebene problematisiert. »Entideologisierte, aufgeklärte Orientierungshilfe« (Bd. 1, 51) reduziert sich so auf das formale und systematische, gleichwohl punktuelle Verständnis der nachgedruckten Quellen bzw. der aus ihnen aufbereiteten »Orientierungssysteme« unter der Prämisse ihrer fortdauernden Bedeutung. Orientierungsbasis ist ein historischer — hier jedoch ahistorisch angewandter — Vernunftbegriff: derjenige der europäischen Aufklärung.

Über den Erwerb von Argumentationskenntnissen und Problemwissen und damit die Leistung vorhandener Reader hinaus zielen die didaktisch ausgerichteten Einleitungen II (jeweils von Ruth Dölle): sie machen Vorschläge für die Verwendung der Texte in entsprechenden Kursen oder (Unterrichts)fächern und wollen zur kritischen Reflexion gegenwärtiger »Orientierungssysteme« durch die Anregungen begründeter — sittlicher und politischer — Argumentation beitragen. Zu diesem Zweck werden die mit dem Thema eines jeden Bandes gegebenen philosophischen Probleme genannt oder dargestellt und ihnen die Texte zugeordnet. Die Problemaufrisse selbst sind, wie nicht anders möglich, formal und ideell und präsentieren die traditionellen Posten europäischen Denkens. Daß heute, wo Praxis eben nicht mehr zureichend als Form des Wissens, schon gar nicht als handelnde Vernunft begriffen werden kann, derart der pragmatische Anspruch des Diskurs-Konzeptes: Übung von »Urteilkraft« (Kant) zum guten sittlichen Handeln (vgl. Bd. 1, 53; Bd. 2, 91) einzulösen sei, ist zumindest sehr optimistisch.

Die philosophischen Arbeitsbücher rekurren geschichtslos auf eine formale Vernunft, auch wenn diese selbst, ihre Begriffe und Gesetze als historische Errungenschaft gekennzeichnet werden. Es fehlt dem »Diskurs« zur Vermittlung persönlich guter Grün-

de oder plausibler Argumente für sittliche Lebensführung die materielle Basis: Kenntnis und Kritik der praktischen, i. e. der gesellschaftlichen Bedingungen und Umstände von Politik und Sittlichkeit und Religion samt ihrer Theorien sowie wiederum deren Funktion. Mithin hängt der Orientierungsanspruch des ganzen Unternehmens in der Luft. An historisch-systematischer Information ist es schon der Sache nach dem neuen »Elementarkurs Philosophie« von Alwin Diemer (1976ff.) unterlegen. Es bleiben Reader mit analytischer Anleitung.

Gisela Miller (Hamburg)

**Albert, Hans:** Traktat über rationale Praxis. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1978 (193 S., br., 24,— DM).

Der »Traktat über rationale Praxis« schließt unmittelbar an den »Traktat über kritische Vernunft« an. Grundsätzlich neue Argumente macht Albert nicht geltend, er akzentuiert aber den Zusammenhang von Philosophie und menschlicher Praxis, und in der Zuspitzung dieses Zusammenhangs wird die Rationalität, die für Albert unbestritten einerseits Bedingung jeder Erkenntnis, andererseits Ort jeder menschlichen Praxis ist, als Prinzip des Kritizismus in der von Albert behaupteten Rigorosität obsolet, und das kritische Subjekt kann aus diesem Scheitern nicht nur die eigene Position innerhalb ihrer Möglichkeiten neu einschätzen, sondern zugleich auch die Grenzen seines politischen Handelns, die zu bestimmen das erklärte Ziel der »rationalen Praxis« ist, zuverlässig bestimmen.

Das ist an Alberts Kritik unüberholbar festzuhalten: das traditionelle Begründungsdenken ist an seinem eigenen Prinzip, für alles, was ist, einen zureichenden Grund angeben zu müssen, gescheitert. Die Alternativen, die Albert im »Münchhausen Trilemma« aufzählt und als Versuche analysiert, das Problem des Begründungsdenken *real* zu lösen, werden von ihm als in sich inkonsequent erkannt und als mißlungen verworfen. Jedoch ist seine Kritik nicht radikal genug: denn vom ungelösten Begründungsproblem der traditionellen Philosophie ist auch das Prinzip der Rationalität betroffen und wird von diesem in den Strudel der letztlich nicht mehr ausweisbaren Begründungen hinabgezogen. Einiges davon scheint auch Albert mittlerweile bewußt geworden zu sein; denn überraschend für seine Leser greift er zur *Begründung* seines Rationalitätsbegriffs auf das Ideal einer umfassend orientierenden Philosophie zurück, die von ihm »als stets hypothetisches und daher der Revision offenstehendes Überbrückungsunternehmen« (2f.) aufgefaßt wird. Albert stellt damit nicht nur den Kritizismus wieder zurück in den Traditionszusammenhang der abendländischen Philosophie, dem der Kritizismus für lange Zeit entrückt zu sein schien, sondern erkennt auch ausdrücklich an, daß sein Rationalitätsbegriff ohne einen Begründungshorizont letztendlich nicht denkbar ist.

Und das ist das Problem der sonst so verdienstvollen Kritik Alberts am Begründungsdenken: es muß ein praktisch gangbarer Weg gefunden werden aus dem Dilemma der unhaltbaren Letztbegründungen einerseits und der unabdingbaren Letztbegründung konkreter Normen für das Handeln der Individuen andererseits. Die Eskamotierung jeglicher irrationaler Sphären zugunsten abstrakter am Ideal der Technik orientierter Rationalität kann das Problem rationaler Praxis nicht lösen, sondern lösbar ist dieses Problem nur, wenn das praktisch tätige und rational handeln-wollende Individuum die Frage zu beantworten sucht, wie auf dem Boden der Irrationalität, der Unbegründbarkeit des ersten Grundes, dennoch rationales Handeln möglich ist — eine theoretische Frage, die das Individuum *für sich* in seinem gesellschaftlichen Handeln immer praktisch löst.

Im Kontext des kritischen Rationalismus hat Albert den Begriff der Rationalität auf das technisch Machbare reduziert (so spricht er immer wieder von der »Sozialtechnologie«, 75 und passim). Er übt damit, eben weil er sich im Einklang mit der offiziellen Meinung weiß, eine gleisnerische Faszination aus, die Sicherheit da verspricht, wo sie

auf schütterem Grund baut. Habermas' Verdikt vom »positivistisch halbierten Rationalismus« — vor Jahren ausgesprochen — ist immer noch aktuell, auch wenn nicht verkannt werden darf, daß Albert seitdem, zum Vorteil aller, seine Argumente geschärft, den Streitpunkt zwischen den kritischen Rationalisten und den Vertretern der dialektischen Philosophie deutlicher herausgearbeitet hat. Ulrich Richter (Münster)

**Piper, Annemarie:** Pragmatische und ethische Normenbegründung.

Karl Alber, Freiburg-München 1979 (236 S., br., 39,— DM).

Der Autorin geht es um Fundierung der »philosophischen Ethik« als »praktischer Wissenschaft« (12). Dabei werden zeitgenössische Beiträge zur Moralphilosophie »kritisch« aufgearbeitet. Die abgesteckte »Methodenpluralität« (102) umgreift — unter Ausschluß z.B. in der SU und DDR diskutierter materialistisch dialektischer Ethikansätze — das differenzierte Spektrum bürgerlicher Ethikkonzeptionen: die von angelsächsischer Metaethik bevorzugte »analytische Methode« (Moore, Stevenson, Ayer) sowie die im deutschen Sprachraum entwickelten Methoden: den »kommunikativ-diskursiven« Ansatz (Schwemmer, Habermas), die »interdisziplinär-dialektische Methode« (H. Lenk, Schulz) und den »revolutionären« Ansatz H. Marcuses. Dominant ist das »Interesse« der Verfasserin an Grundlegung einer besonderen »normativen Ethik«, die im Zwielfichte Aristotelischer Metaphysik (»Idee des Guten«) und neokantianischer Transzendentalphilosophie (»Idee der Freiheit«) moralische Normen »nicht nur als Tatsachen konstatiert, sondern ihren Anspruch auf Moralität im Sinne von unbedingter Verbindlichkeit zu begründen« sucht (7). In der aktuellen Normendiskussion entdeckt die Autorin insbesondere »Defizite an ethischer Letztbegründung« (Untertitel). Danach betrifft die Normendiskussion durchweg nur »pragmatische Begründungsversuche«, insofern sie lediglich Modelle mit »Verfahrensvorschriften« vermittelt. »wie man in Konfliktfällen vorgehen soll, um zu allgemein verbindlichen Handlungsvorschriften zu gelangen« (7). Da das »Verfahren« hier selbst »höchste normative Instanz« für die Entscheidung über Handlungsnormen samt den entsprechenden Handlungen, stellt sich in »pragmatischer« Sicht die Frage nach »Legitimität«, nach einer »unüberbietbaren Norm« für die Berechtigung der Methode nicht (7f.). Demgegenüber geht es der Autorin um eine »ethische Begründung« transzendental/metaphysischer Art. Dies »Erkenntnisinteresse« beinhaltet den »Letztbegründungsversuch«, eine Norm als Voraussetzung des Verfahrens zu »rekonstruieren«, deren »Unbedingtheitsanspruch« als Kriterium für »Normativität«, »Moralität schlechthin« gelten soll (8, 25f.).

Der Anspruch, Ethik als »praktische Wissenschaft« zu fundieren, kann von der Autorin nicht eingelöst werden. Wenn als moralisch/ethische Basis eine unbedingte, historisch, gesellschaftlich oder psychologisch nichtdeterminierte Freiheit postuliert wird, werden zwangsläufig der Wissenschaftscharakter und praktische Bezug der Ethik aufgehoben. Der Basiswert »Freiheit« gestaltet sich zu einem »irrationalen«, »idealen Fluchtpunkt« (103f., 108), der sich mit den wirklichen Grundlagen sozialen/individuell-moralisch verantworteten Handelns, mit den materiell dialektisch konstituierten Bedürfnis-, Interessen- sowie logischen, präskriptiven und emotionalen Bewußtseinsstrukturen des Menschen schlechterdings nicht vermitteln läßt. Darüberhinaus werden die realen Verhältnisse idealistisch verkehrt: »Freiheit nicht als Eigenschaft oder Produkt des Handelns, sondern Mensch und Welt als Produkte der Freiheit« (108). Freiheit in der »Qualität eines nichtdeterminierten Willens«, als ein »nichtkausales Geschehen« »entzieht sich« — wie die Autorin einräumt — »prinzipiell jedem wissenschaftlichen Zugriff« (34, 202f.). Zugleich verwandelt die Verfasserin das gesellschaftliche Sein in seiner Dialektik von Freiheit *und* Notwendigkeit als den sozial/moralisch normativen Handlungsraum des Individuums zu einer »nicht einmal mehr mittelbar steuerbaren Welt« mit »schicksalhaften Konstellationen, Situations- und Motivationszwängen«

(204). Damit wird aber *jede* mögliche Praxis, mit Einschluß des moralischen Handelns der Persönlichkeit unter gegebenen objektiven gesellschaftlichen und natürlichen Bedingungen zur »illusionären, utopischen Vorstellung« (204). Trotz des gescheiterten Fundierungsversuches bewährt sich das Buch als eine praktikable Einführung in die zeitgenössische, in sich widersprüchliche Normendiskussion bürgerlicher Ethikansätze.  
Horst-Dieter Strüning (St. Augustin/Bonn)

**Hegselmann, Rainer:** Normativität und Rationalität. Zum Problem praktischer Vernunft in der Analytischen Philosophie. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1979 (277 S., br., 48.— DM).

Die als Dissertation geschriebene Arbeit setzt sich mit dem Problem der »rationale(n) Entscheidbarkeit normativer Fragen« (9) auseinander, wobei der Logische Empirismus des Wiener Kreises den Ausgangspunkt bildet. Das grundsätzliche Problem dieses Wissenschaftsprogramms bestand nach Hegselmann in seinem normativen Defizit, d. h. in der Annahme, Sätze normativen Inhalts seien sinnlos und damit unwissenschaftlich. Ein Teil des Wiener Kreises, den Hegselmann, Viktor Kraft folgend, als dessen »radikalen Flügel« bezeichnet, verband aber das rein innertheoretische antimetaphysische Engagement mit der Forderung nach tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Veränderungen, deren Träger das Proletariat sei (der exponierteste Vertreter dieser Richtung war Otto Neurath). Hegselmann sieht diese inkonsistente Verbindung von theoretischen und praktisch-politischen Forderungen durch den kontingenten historischen Umstand ermöglicht, daß in Deutschland und Österreich die Arbeiterbewegung »die bürgerliche Demokratie an die Stelle der Monarchie setzte und nicht bereits im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie ihre Emanzipation durchzusetzen suchte.« (37) Im weiteren Verlauf der Untersuchung werden die sozialhistorischen Zusammenhänge zugunsten einer logisch-systematischen Überprüfung von Begründungsstrategien ausgeblendet. Anhand der unter den logischen Empiristen geführten Diskussion um die Signifikanzkriterien für den wissenschaftlichen Status von Aussagen weist Hegselmann nach, daß der vom »gemäßigten Flügel« des Wiener Kreises vertretene extreme Dualismus theoretischer Fragen vs. praktischer Entscheidungen letztendlich das antimetaphysische Programm zu Fall brachte: die Frage nach dem Status des Sinnkriteriums selbst führte zu Widersprüchen, die nur lösbar schienen, indem die Sinnhaftigkeit normativer Sätze anerkannt und damit das Kriterium aufgelöst wurde. Auch die sehr subtilen Erwägungen der folgenden Kapitel führen über den Horizont der analytischen Philosophie weder methodisch noch inhaltlich hinaus: zunächst diskutiert Hegselmann (am Beispiel von Schlick, Stevenson und Kraft) die Möglichkeit einer auf logisch-empiristischen Grundannahmen basierenden Ethik, welche entweder als deskriptiv verfahren empirische Psychologie die praktische Lösung normativer Probleme der Beliebigkeit anheimstellt (Schlick) oder aber als Versuch rationaler Begründung von Moral kein Entscheidungskriterium für den Fall konfligierender Normen bereitstellen kann (Kraft).

Die teilweise erhebliche Differenz zwischen dem wissenschaftslogischen Anspruch der Theorien und ihren noch in der Aufklärung oder bestenfalls dem Utilitarismus Millscher Prägung wurzelnden ethischen Grundannahmen wird von Hegselmann nicht thematisiert, hier aber wäre m. E. ein gesellschaftspolitisch relevantes Erklärungsmuster für das Scheitern nicht nur der positivistischen Ethik der 30er und 40er Jahre zu finden. — Dies Entscheidungskriterium steht dann im dritten Teil der Arbeit zur Debatte, in dem es um die »Verallgemeinerbarkeit« (universalisability) moralischer Normen geht. Verallgemeinerbarkeit ist nun, so demonstriert Hegselmann anhand der Theorien von Hare, Singer und Frankena, kein Kriterium, »das im Falle konfligierender Normen sicherstellen kann, daß jeweils nur eine der Normen im Sinne des Kriteriums begründbar ist.« (161) Auch hier genügt es nicht, nur logische Erwägungen für dies Ergebnis gel-

tend zu machen. zu fragen wäre nach gesellschaftlichen Bedingungen solcher Theorieproduktion, gerade weil die von Hegselmann herangezogenen Theorien sämtlich im Bereich bürgerlicher Ethik verbleiben insofern sie die Befreiung von Normen als klassenmäßig verfügbaren Zwängen nicht denken können. Hegselmann leitet aus der Unlösbarkeit des Problems konfligierender Normen zunächst die Notwendigkeit eines »nicht monologischen Begründungsbegriffes« (174) ab, den er dann im letzten Teil seiner Schrift entwickelt. Dieser »pragmatisch« genannte Begründungsbegriff vermeidet das Albertsche »Münchhausentrilemma«, wenn in einem dialogischen Begründungsprogramm zwischen den Dialogpartnern (als da sind Proponent und Opponent) ein Basis- bzw. Eindeinverständnis bezüglich der Begründbarkeit von Normkriterien hergestellt werden kann, welches seinerseits ein bei den Dialogteilnehmern bereits vorhandenes praktisches Interesse an Begründung voraussetzt, das selbst nicht mehr begründbar ist: wer dem »Prinzip zureichender pragmatischer Begründung« »nicht mehr folgt, der nimmt überhaupt nicht mehr an Begründungsbemühungen teil, während umgekehrt jeder, der an Begründungsbemühungen teilnimmt, ihm bereits folgt.« (195) Das Ergebnis: rationale Entscheidbarkeit von Normen sei nur auf der Basis von gemeinsamen (Hegselmann sagt nicht: kollektiven) Begründungsbemühungen möglich, bleibe aber so lange in formaldemokratischen Erwägungen stecken, wie nicht geklärt ist a) was zureichende rationale Begründung sei (denn diese bezieht sich selbst wieder implizit oder explizit auf Normen und Werte) und b) ob Gemeinsamkeit der Begründungsversuche nur notwendige oder bereits hinreichende Bedingung für »rationale Praxis« (203) sei; denn träfe letzteres zu, wäre das nicht weit entfernt von naiven Postulaten sozialer Erneuerung à la Feyerabend (cf. dessen »Erkenntnis für freie Menschen«). Der Schlußsatz: »Für unsere Lebenspraxis folgt aus den Überlegungen, daß sie genau in dem Maße eine rationale Praxis wird, als sie auf Basis einer gemeinsamen Begründungspraxis erfolgte« (203), der dunkel anzudeuten scheint, daß es in einer antagonistischen Gesellschaft wohl keine rationale Praxis geben könne (und damit, im Unterschied etwa zu Habermas, implizit einen emphatischen Begriff von Rationalität zugrunde lege), markiert, bei aller spürbaren Sympathie des Autors für gesellschaftsverändernde Bestrebungen, eher Grenzlinien zwischen analytischer und marxistischer Philosophie; diese beginnt dort, wo jene endet: bei der Analyse des Begriffes, der Problematik und der Bedingungen kollektiver und verändernder Praxis.

Michael Haupt (Hamburg)

**Zeil-Fahlbusch, Elisabeth:** Wissen und Handeln. Zur Begründung praktischer Philosophie bei Rousseau. Bouvier Verlag, Bonn 1979 (110 S., br., 19,50 DM).

Erläutert geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen verwalten heute Rousseau als ihr Erbe — eine jede nach ihrem Interesse. Die angezeigte Abhandlung geht die Grundlegung der Ethik bei Rousseau in erkenntnistheoretischer Hinsicht an. Ausdrücklich ausgeklammert werden damit »alle Aspekte politischer, ökonomischer, religiöser Art ... sofern sie nicht unmittelbar Aufschluß für die Behandlung des Themas geben« (9). Gefragt wird damit 1. nach der Form des Wissens, das Tugend begründet, 2. nach der Tugend selbst.

Zu 1.: Die Verfasserin beschreibt die Kritik, die Rousseau an der »Wissensform der zeitgenössischen Gesellschaft« übt (13): Das Vernunft-Wissen der Aufklärung habe sich von der gesellschaftlichen Praxis abgekoppelt und schlage als scheinbar objektive Reflexion in Ideologie um; die wiederum trage zur Etablierung und Verfestigung von (bürgerlicher) Herrschaft bei, in deren Prozeß der Mensch den Bezug zur Gattung, zum Gefühl und zur Natur verlöre. Die verlorene »Einheit« sei nunmehr nur in und durch Tugend möglich (31). Tugend basiere auf dem natürlichen Gefühl, das Rousseau der abstrakten Vernunft entgegensetzt. — Die hier vorliegende erkenntnistheoretische Herleitung von Entfremdung ist präzise, ihre Einseitigkeit durch die Einschränkung der

Fragehinsicht gedeckt.

Zu 2.: Die Verfasserin rekonstruiert mit der Kategorie des Natürlichen diejenige »Wissensform«, die bei Rousseau Tugend erschließt. Es sind dies die 'natürlichen Gefühle', deren erkenntnistheoretischer Status allerdings ungesichert bleibe. Aus ihnen leite sich Tugend über die Instanz Gewissen ab als praktisches Wissen mit dem Inhalt Humanität. Sie werde von Rousseau jedoch unzureichend begriffen und in historisch überholter Form vorgestellt. Für die »Widersprüche bourgeoiser Existenz« (91) suche er Lösungen nicht auf politischer, sondern auf ästhetischer Ebene — Aufhebung von Entfremdung im privaten Bereich. — Diese Kritik der Autorin: daß Rousseau auf geschichtliche Einsichten mit ungeschichtlichen Lösungen antworte, ist hingegen auch auf ihren eigenen Interpretationsansatz zurückzuführen. Gisela Miller (Hamburg)

**Isnenghi, Mario:** *Intellettuali militanti e intellettuali funzionari. Appunti sulla cultura fascista.* Piccola biblioteca Einaudi, Torino 1979 (290 S., br., 7.000 L.).

Isnenghi geht von der Frage nach dem geschichtlichen Verhältnis von bürgerlicher Kultur und Faschismus aus. Die traditionelle Meinung besteht in der Gleichsetzung von Faschismus und Barbarei, Unkultur, dem Faschismus wurde damit jegliche theoretische Identität abgesprochen und die Forschungsarbeit suchte sein ideologisches Äquivalent außerhalb seiner. Im deutschsprachigen Raum wäre Noltes These von der »Abschneidung der Transzendenz« hierunter zu nennen, und selbst im Sprachgebrauch der Frankfurter Schule erscheint der Faschismus bisweilen als plötzlicher Einbruch barbarischer Horden in bislang gesicherte Räume der bürgerlichen Kultur. »Die Landschaft der Geschichtsschreibung, wie sie bisher geschrieben wurde, ist die eines Faschismus ohne Faschisten, in der man das Patent des Antifaschismus, Krypto-Antifaschismus oder wenigstens A-Faschismus niemandem verweigern mochte; und alle, Industrielle, Katholiken, Militärs und Monarchisten, Bürger und Proletarier, erteilen sich gegenseitig die historische Absolution, das Zeugnis, unter Zwang gehandelt zu haben, mit der ständigen Lüge im Chor einen Konsens singend, den in Wahrheit niemand teilte.« (21f.)

Auf der linken Seite erschien der Faschismus häufig einfach als Brutalisierung des Kapitalismus, ohne daß dessen ideologische Äußerungen in Betracht gezogen wurden.

Die Analyse der faschistischen Ideologie stößt auf die Schwierigkeit ihrer Anhaltspunkte. Es gibt kein faschistisches Standardwerk, das gilt für Deutschland wie für Italien. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß es in Italien keine Intellektuellen gibt, die vom Faschismus unberührt wären; als Indiz sei hier nur genannt, daß in Bottais Zeitschrift »Il primato« — Bottai war Minister für Erziehung — bereits Anfang der vierziger Jahre alle späteren Vertreter der italienischen Nachkriegslinken veröffentlichten (258). Der Verfasser diagnostiziert also einerseits eine ideologische Unschärfe des Faschismus, andererseits dessen maximale Diffusion. Als Ausweg schlägt er eine »kulturelle Phänomenologie« (152) der faschistischen Institutionen vor, sowohl der Neugründungen — wie der Accademia Reale, dem Radio etc. — wie auch der Invasion in die bereits bestehenden. Nicht als abrupter Bruch von der bürgerlichen Kultur zur faschistischen ist dessen Machtübernahme zu denken, sondern als allmähliche Infiltration und Verschiebung bereits vorhandener Inhalte.

Die verschiedenen Aufsätze, die folgen, sind als Annäherungsversuche zu verstehen und daher häufig mit einem Fragezeichen zu versehen. So möchte der Verfasser z.B. eine quantitative Untersuchung anregen, ob in der faschistischen Sprache Ordnungs- oder Revolutionsmetaphern überwiegen. Wie wenig aber diesem Problem mit quantitativen Methoden beizukommen ist, dürfte ihm selbst klar sein. Doch gehören gerade seine Analysen der faschistischen Sprache zu den anregendsten dieses Buches. »Zu den



tendenziell vermiedenen Vokabeln gehören *Padrone* und *Capitalista* — sie werden ersetzt durch 'Arbeitgeber' (*datore di lavoro*).« (39f.) Der Verfasser kann in dieser Hinsicht die Kontinuität von Faschismus und Präfaschismus konkret nachweisen. Der Faschismus hat sich seine Sprache nicht neu geschaffen, sondern greift auf das Vokabular des *Risorgimento*, der Kirche und des Militärs zurück. Stereotype wie *Patria*, *Italia* etc. wurden vom *Risorgimento* präpariert, andere wie »Glauben, Gehorchen, Kämpfen«, um nur den berühmtesten der Slogans zu erwähnen, von Kirche und Militär. Der Verfasser zitiert die kuriosesten Beispiele, wie gerade die Kirche sich beeilte, diesen Slogan metaphysisch auszuschmücken (41). In einem anderen Aufsatz untersucht er die Rhetorik des Faschismus, die ihre »rhythmisch-phonische Logik bis hin zum Risiko der Desemantisierung hin verfolgt« (173). Er dehnt diese Untersuchung bis in die Sprache der *Resistenza* hinein aus: »Aus den Flugblättern der *Resistenza* in der *Emilia Romagna* ergibt sich, daß sogar die Texte der Partisanen in 'faschistischer Sprache' verfaßt waren.« (265) Weite Gebiete des sog. Antifaschismus, insbesondere der der Kirche, erscheinen dem Verfasser eher als Konkurrenzverhältnis innerhalb des Systems denn als radikale Opposition. Die Kirche, die traditionellerweise die ideologischen Schlüsselpositionen innehatte, versucht zwar diese Positionen gegenüber den faschistischen Funktionären zu behaupten, ihr Mittel aber war Anpassung, wenn nicht gar Überbietung. Nach dem Faschismus konnte sich die Kirche dann aufgrund dieses Konkurrenzverhältnisses antifaschistische Jungfräulichkeit zusprechen.

Die italienische Linke hat sich die Wahrnehmung des Faschismus häufig durch die Antithese von irrationalem Faschismus und reinem rationalem, sozialistischem Humanismus stellt. Sie führte den Faschismus nur zu oft als eine Art Horror-Museum vor, für den angenehm schaurigen Nervenkitzel. Der Verfasser bemerkt zu Recht, daß zwar viel über das Verhältnis Präfaschismus-Faschismus veröffentlicht worden ist, wenig aber über das zum Postfaschismus. Gerade diese Untersuchung aber könnte die Gleichsetzung von faschistisch und pathologisch abbauen helfen und damit den Weg öffnen zur Analyse des faschistischen Normalzustandes, des faschistischen Alltags. Nur so auch könnte ihm die grauselige Faszination genommen werden, die dem Etikett »pathologisch« anhaftet, nur so könnte verhindert werden, daß der Faschismus in unheimlichem Sinne als begehrenswerte Ausschweifung erscheint. Manfred Hinz (Florenz)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Leuninger, Helen:** *Reflexionen über die Universalgrammatik*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (198 S., br., 10,— DM).

Der Titel des vorliegenden Buchs erheischt in zweierlei Hinsicht Beachtung. Einmal von seinem Inhalt her, denn das Thema »Universalgrammatik« ist, der historistischen und positivistischen Linguistik des 19. und 20. Jahrhunderts zum Trotz, eines der großen Themen von Sprachwissenschaft und Sprachphilosophie. Zum anderen von seiner Formulierung her, stellt er doch eine Anapher dar zu Noam Chomskys 1977 in derselben Reihe erschienenen »Reflexionen über die Sprache« (engl. »Reflections on Language«, 1975). Programmatisch heißt es denn auch im Vorwort: »Dieses Buch versteht sich als eine Fortsetzung der in Noam Chomskys Arbeit 'Reflexionen über die Sprache' angeschnittenen Diskussion empirischer Fragen.« (9).

Das Buch umfaßt fünf Kapitel. Kapitel 1 verspricht dasselbe wie der Buchtitel, nämlich »Einige Überlegungen zur Universalgrammatik«, und behandelt in vier Abschnitten »Beschreibungsadäquatheit vs. Erklärungsadäquatheit« (incl. »Universalien«), »Eine Alternative zur Universalgrammatik«, »Restriktionen von Grammatiken« und »Kerngrammatik und die Theorie der Markiertheit« (11-25). Kapitel 2 stellt die »Erweiterte

Standardtheorie (EST)« Chomskys und Ausschnitte aus der um diese geführten Diskussion dar (26-79); Kapitel 3 macht dasselbe mit der »Revidierten Erweiterten Standardtheorie (REST)«, mit Chomskys »Spurentheorie« (80-163). Kapitel 4 referiert »Eine mögliche Alternative zur Spurentheorie«, nämlich Bresnans Vorschlag, bestimmte Transformationsregeln zugunsten lexikalischer Regeln aufzugeben (164-171). Kapitel 5 schließlich ist eine »Schlußbemerkung« (172).

In den »Reflexionen über die Sprache«, deren Kenntnis die Verfasserin voraussetzt, verteidigt Chomsky offensiv sein Mentalismuskonzept und, damit zusammenhängend, die These von der Autonomie der Syntax. Wie in seinen früheren Arbeiten geht er von der Beobachtung aus, daß das Kind in kurzer Zeit auf der Grundlage spärlicher und darüber hinaus noch defizienter Daten seine Muttersprache erwirbt, d.h. daß es »ein komplexes und höchst artikuliertes intellektuelles System« (Chomsky, Reflexionen, 32), nämlich die Grammatik seiner Muttersprache, konstruiert. Diese Leistung ist für Chomsky nur unter der Annahme erklärbar, »daß von diesen Individuen stark restriktive Prinzipien verwendet werden, die die Konstruktion der Grammatik regulieren« (ebd., 20). Zugrunde liegt ein »angeborener Schematismus« (ebd., 258), die »Universale Grammatik«; sie ist definiert »als das System von Prinzipien, Bedingungen und Regeln (...), die Elemente bzw. Eigenschaften aller menschlichen Sprachen sind, und zwar nicht nur zufälligerweise, sondern eben aus Notwendigkeit — wobei ich natürlich an eine biologische, nicht an eine logische Notwendigkeit denke« (ebd., 41).

Biologische Notwendigkeit und starke Restriktivität der Universalgrammatik stellen in Chomskys Argumentation notwendige Bedingungen des kindlichen Spracherwerbs dar, wobei die Autonomie der Syntax immer vorausgesetzt ist. Läßt man diese Voraussetzung fallen, dann verliert die Behauptung, der Mensch besitze eine angeborene Disposition, die ihm den Erwerb der Sprache ermöglicht, ihren hohen Streitwert, denn Sprache ist eine spezifische Differenz der Spezies Mensch. Sprache wäre dann freilich kein autonomes »mentales Organ« (Chomsky, ebd., 49); die Universalgrammatik hätte auf andere als rein sprachliche, z.B. auf logische Kategorien zu rekurrieren, wobei die von Chomsky vertretene Konzeption der Restriktivität ihren methodischen Sinn verlöre. Die Voraussetzung der Autonomie der Syntax macht die Klasse der möglichen Universalgrammatiken zu einer Einerklasse: es ist nur *die* Universalgrammatik im Sinne Chomskys denkbar. Für die Verfasserin ist sie vorgegebenes Datum. Nur deshalb kann sie behaupten, daß die gelungene Konstruktion einer restriktiven Universalgrammatik eine empirische Begründung für die psychisch-biologische Realität der Universalgrammatik darstellt: »Wenn es möglich ist, eine Universalgrammatik zu konstruieren, welche die Ableitung nur weniger 'grammar-like formal objects' erlaubt, dann können wir mit guten empirischen Gründen behaupten, daß diese Universalgrammatik psychologisch real ist und daß sie es erlaubt, eine menschliche Sprache zu internalisieren.« (20) Ihr Ziel besteht in dem Nachweis, daß die »Spurentheorie« Chomskys die Realisation einer solchen »Konzeption von Restriktivität« (20) ermöglicht.

Bemerkenswert ist die Art und Weise, wie dieser Nachweis erbracht wird: es wird referiert. Es wird referiert, wie Chomsky und andere innerhalb des Chomskyschen Theoremsatzes bestimmte grammatische Probleme wie die »NP-Bewegung« oder die »wh-Bewegung« angehen und welche Einwände dagegen vorgebracht worden sind: es wird nachvollzogen, wie Chomsky von EST zu REST kommt usw. usw. Wie sehr das Buch Referat ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die überwältigende Mehrzahl der englischen Beispiele einfach übernommen wird (wo es doch um die bekanntlich vom »native speaker« qua Intuition zu entscheidende Grammatikalität geht) oder daß sich manche Textstellen als nur wenig modifizierte Zitate aus den Originalwerken erweisen. Stellenweise gehen die »Reflexionen« in einen kommentierten Reader über: die Seiten 98-124 bestehen bis auf 3 aus Textauszügen, fügen sich aber dennoch fast bruchlos in die Dar-

stellung der Verfasserin ein.

Das Chomskysche Paradigma ist der Verfasserin quasi zur zweiten Natur geworden, so daß es ihr schwerfällt, sich »vorzustellen, wie man gegenwärtig die psychologische Plausibilität und die wenigen Daten gegenüber dem so erklärungskräftigen Modell der Spuretheorie favorisieren kann« (171). Dies mag erklären, warum die im Titel versprochenen »Reflexionen« unter die Textsorte »Referat« fallen und das Buch dennoch keinen brauchbaren Literaturbericht über Transformationsgrammatik in den USA darstellt. Ein Literaturbericht muß bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Er soll — durchaus parteilich — einen weniger informierten Leser über den Diskussionsstand in einem gewissen Gebiet informieren. Dazu gehört notwendig, daß die zu referierenden Standpunkte transzendiert, die Terminologie definiert werden u.a.m. Hier findet sich nichts davon; die Darstellung ist für Insider, für die sie indes redundant ist. — Die Lesbarkeit des Buchs wird weiter dadurch erschwert, daß Sprachduktus, Syntax, Terminologie oft wie Wort-für-Wort-Übernahmen aus dem Englischen anmuten (»Eine solche Rede macht allerdings einen Sinn...« [32]) und eine ganze Reihe von Sätzen die Grenzen der Ungrammatikalität erreichen (»Diese verblüffende Gemeinsamkeit hängt damit zusammen, daß letztere [= die Generative Semantik] ganz davon absehen wollte von einer eigenständigen zugrundeliegenden syntaktischen Struktur, sondern die gesamte Last der syntaktischen Beschreibung den Transformationen aufbürdete.« [62]).

Reflexionen, Überlegungen also, haben etwas mit Erkenntnis zu tun. »Daß es eine wissenschaftliche Erkenntnis überhaupt gibt, verdanken wir nur den Faktoren, die eben diese Erkenntnis beschränken.« (Chomsky, ebd. 37) Betriebsblindheit als Erkenntnisprinzip. Man sollte Chomsky nun doch nicht alles glauben. Jürgen Ziegler (Duisburg)

**Geier, Manfred, u.a.:** Sprachbewußtsein. Elf Untersuchungen zum Zusammenhang von Sprachwissenschaft und kulturhistorischer Psychologie. Metzler Verlag, Stuttgart 1979 (232 S., br., 40.— DM).

Der vorliegende Band vereinigt elf Beiträge von elf Autoren: Zum Begriff des Zeichens in den Arbeiten Vygotskjis (I. Rissom); Die Entstehung des Sprachlauts aus Produktion und Verkehr (M. Werner); Die Umschaffung der Welt in das Eigentum des Geistes. Zur Aktualität Humboldts (U. Schmitz); Überlegungen zum Zusammenhang von Bewußtseinstheorie und semantisch-pragmatischer Sprachanalyse (H. Kroeger); Wörter und Gegenstände (G. Keseling); Referenz und Modalität (J. Krome); Begriffsbildung und Alltagserfahrung (W. Kühnert); Begriffe und Affekte (R. Neumann); Lernpsychologische Aspekte des Fähigkeitsbegriffs (G. Kandzora); Zur Aufgabenbestimmung des muttersprachlichen Grammatikunterrichts in der Sekundarstufe I (A. Behrens); Poetisierung der Bedeutung (M. Geier).

Die aufgeführten Aufsätze verstehen sich als »Studien zu einer kulturhistorischen Sprachwissenschaft« (Einleitung, 1). Dies ist anderes und mehr, als der Untertitel des Bandes vermuten läßt, geht es den Autoren doch darum, einen Beitrag zur Etablierung einer »kulturhistorischen Sprachwissenschaft« zu leisten. Sprachwissenschaft soll, so das Programm, in den psychologischen Ansatz der sowjetischen Kulturhistorischen Schule, die mit den Namen Vygotskji, Lurija, A.N. und A.A. Leont'ev, Gal'perin u.a. verbunden ist, eingebunden werden: »Als kulturhistorische *Sprachwissenschaft* weiß sie sich Erkenntnissen und Ergebnissen der modernen Sprachwissenschaft verpflichtet, als *kulturhistorische Sprachwissenschaft* reiht sie sich zugleich jedoch auch in die andere wissenschaftliche Tradition der Kulturhistorischen Schule ein, die ihr eine gänzlich andere Bestimmung des Gegenstandes Sprache überliefert.« (3) Gemeint ist damit wohl, daß man die Ergebnisse der modernen Linguistik nicht in scheinradikaler Manier einfach über Bord wirft, sondern ihre Beschränktheit als eine methodisch induzierte und daher in gewissem Sinne auch legitimierte Beschränktheit erkennt; gleichzeitig aber soll diese

Beschränktheit, die aus der unterstellten »Autonomie« von Sprache und Sprachwissenschaft resultiert, mithilfe des weiteren Sprachbegriffs der Kulturhistorischen Schule überwunden werden. Diese begreift Sprache als »in die komplexe Lebenstätigkeit des Menschen eingebettet« (5), wobei dieser Zusammenhang im Unterschied zu pragmatischen Ansätzen wesentlich unter gattungsgeschichtlichen und entwicklungspsychologischen Aspekten erfaßt wird. »Die Kulturhistorische Schule untersucht Sprache als Produkt und Transporteur historischer Erfahrung, deren Bedeutung von den Individuen je unterschiedlich angeeignet wird, als allmählich sich herausbildendes Begriffssystem, mittels dessen das Kind seine Erfahrungen zu organisieren lernt.« (5)

Im Zentrum des vorgelegten Ansatzes einer »kulturhistorischen Sprachwissenschaft« steht das Problem der sprachlichen Bedeutung und mit ihm der Zeichenbegriff. Grundlegend ist Vygotskjis Analyse des sprachlichen Zeichens, die im ersten Beitrag rekonstruiert ist. Vygotskji faßt das Zeichen in Analogie zum Werkzeug als Mittel auf, auf menschliches Verhalten einzuwirken; durch den aktiven Gebrauch dieses Mittels vermag der Mensch sein Verhalten gegenüber den Objekten seines Handelns aus der einseitigen Reiz-Reaktion-Bestimmtheit durch eben diese Objekte abzulösen und selbst zu bestimmen. Das Zeichen ist für das Subjekt die Vergegenständlichung seines eigenen Verhältnisses zum Objekt; es ist Zeichen von etwas, hat Bedeutung. Wie fruchtbar ein auf diesem Zeichenbegriff basierendes Konzept für die Entwicklung einer Semantik, die die Bedingungen ihres Gegenstandes mitreflektiert, sein kann, zeigt beispielhaft der Beitrag von G. Keseling.

Die elf Beiträge dokumentieren allerdings ex negativo, daß der kulturhistorische Ansatz zum anderen großen Thema der Sprachwissenschaft, zur Grammatik und Syntax, (bislang?) nur wenig beizutragen hat. Die linguistische Einheit des Satzes, die Frage, was diese Einheit konstituiert und wie Grammatik begründet werden kann, rücken nicht ins Blickfeld. Hier scheint man sich ganz auf die »moderne Sprachwissenschaft« zu verlassen, die freilich gerade zu diesem Problem, sieht man von Chomskys Mentalismuskonzept ab, nichts zu sagen weiß.

Die Beiträge sind, was ihr methodischer Ansatz anbelangt, in der Mehrzahl überraschend homogen. Dadurch erhält der Band eine größere Geschlossenheit, als dies oft bei Sammelbänden, die nur ein Thema eint, der Fall ist. Der Leser kann hier, obwohl eine systematische Darstellung weder vorliegt noch intendiert ist, tatsächlich und mit Gewinn eine sprachwissenschaftliche Position kennenlernen. Jürgen Ziegler (Duisburg)

**Sitta, Horst, und Hans Josef Tymister: Linguistik und Unterricht.**

Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1978 (163 S., br., 22,— DM).

Zwischen der derzeitigen linguistischen Ausbildung der Deutschlehrer an den Hochschulen und deren späterer Berufspraxis besteht eine besonders große Kluft, primär verursacht durch die Praxisabgewandtheit der Linguistik. Wie die so — vielleicht richtig — eingeschätzte Lage gebessert werden könnte, ist die Leitfrage des Buches. Die Antwort geht vor allem in die Richtung einer nachhaltigen Veränderung der Linguistik. Dieser soll einmal eine »Didaktik« »inkorporiert« werden, die allerdings eher nach Wissenschaftstheorie aussieht, als »Dimension der Selbstreflexion auf Begründungs- und Verwendungszusammenhang, auf Erkenntnisinteresse, Methodologie und Gegenstandskonstitution« (11). Zum anderen soll die Linguistik — so lassen sich die weiteren Änderungsvorschläge zusammenfassen — pragmatisiert werden. Auf diesen zweiten Komplex konzentriert sich das Buch hauptsächlich.

Die Notwendigkeit zur Pragmatisierung wird begründet mit dem fachübergreifenden »Lernziel 'Kommunikationsfähigkeit'«, das beinhaltet, »die situativen Bedingungen einer Kommunikationskonstellation (...) einschätzen und im eigenen Verhalten berücksichtigen zu können« (17). Dazu gehört viel, nämlich nicht nur, »die sprachlichen

und nichtsprachlichen Signale des Kommunikationspartners (...) zu entschlüsseln (...) und sich sprachlicher und nichtsprachlicher Mittel (...) zu bedienen«, sondern auch, sich dieser »Mittel so zu bedienen, daß dem Partner Verständnis, Einschätzung und Berücksichtigung der eigenen Intentionen ermöglicht wird und daß die Verwirklichung dieser Intentionen möglich bleibt«, ferner »die Fähigkeit zu höchstmöglicher Selbstkontrolle« und »die Bereitschaft, die Folgen des eigenen Handelns nach reifer Wahl zu tragen« sowie anderes (18).

Zunächst fällt auf, daß »Kommunikationsfähigkeit« hier auch eine gewichtige ethische Komponente hat. Bei aller scheinbaren Humanität und Toleranz sind ihre ideologischen Implikationen jedoch ausgesprochen affirmativ, denn es soll gelernt werden, daß alle Intentionen und alle Partner gleich respektabel sind. Verblüffend allerdings die treuherzige Selbsteinschätzung der Autoren: »im Grunde ist hier auch in der Sache nichts Neues formuliert: Die Termini mögen verändert sein, inhaltlich war schulischer Deutschunterricht (...) schon immer so ausgerichtet« (19).

Als fachwissenschaftliche Grundlage für die »Kommunikationsfähigkeit« wird zunächst die »Systemlinguistik« entschieden zurückgewiesen (8, 35). Die so konzipierte Pragmatik verzichtet damit einmal auf die systematische Beschreibung richtiger Sätze — ohne sie ist jedoch sprachliche Kommunikationsfähigkeit nicht explizit beschreibbar. Zum andern handelt es sich bei vorliegenden Vorarbeiten, wie von den Autoren selbst schmerzlich vermerkt wird, nur um eine Reihe von »Perspektiven, Fragestellungen, Theorieansätze(n)«, weit ab vom »theoretische(n) Niveau der Systemlinguistik« (35). Als Ausgangspunkt für die eigenwillige Anleihe aus solchen sehr heterogenen Ansätzen dient vor allem K.O. Apels Auffassung von »Verständigung«, die, zumindest in der vorliegenden Verbindung mit der Humanbiologie von A. Portmann, ausgesprochen irrationale Züge annimmt, denn »Richtigkeit«, »Wahrheit« bemißt sich darin letztlich nicht 'wissenschaftlich' oder 'logisch', sondern nach dem »Erleben der Verstehens- und Handlungsergebnisse« (43). Hierzu paßt auch die im weiteren starke, wengleich als »vorsichtig« qualifizierte Anlehnung an die von Widersprüchen strotzende Kommunikationstheorie von P. Watzlawick u.a.

Genau betrachtet geht konsequenterweise auch der auf dieser Grundlage konzipierte Primärsprachunterricht in diese Richtung. Besonders deutlich wird dies an der viel beschworenen »Reflexion« (122-134), die vor allem auf die methodisch strenge Analyse verzichtet und statt dessen auf das unsystematische Nachdenken in Alltagsbegriffen hinausläuft. Hängt es mit dieser Art der pragmatischen Umorientierung der Primärsprachdidaktik zusammen (die übrigens seit geraumer Zeit in der BRD dominiert), daß die Autoren ausdrücklich der herrschenden Hochschulpolitik zustimmen, weil »auch unter den Bedingungen der Regelstudienzeit eine sehr brauchbare Vorbereitungszeit« für den Beruf des Deutschlehrers bleibt (14)?

Ulrich Ammon (Duisburg)

**Rudloff, Holger:** *Literaturunterricht in der Diskussion. Eine Analyse des wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Bezugssystems der gegenwärtigen Literaturdidaktik in der Bundesrepublik Deutschland.* Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (211 S., br., 25,— DM).

Absicht der Arbeit ist es, die von »gegenseitigem Aneinandervorbeireden und unsachlichen polemischen Unterstellungen« (7) gekennzeichnete Kontroverse zwischen der »kritischen« und der »demokratischen« Literaturdidaktik auf die eigentlich relevanten Streitpunkte zurückzuführen. Sie stellt sich die Aufgabe, das wissenschaftliche und gesellschaftliche Bezugssystem zu untersuchen, das dem gegenwärtigen Literaturunterricht und seiner fachdidaktischen Theorie zugrundeliegt. Die Analyse geht dabei davon aus, daß die »kritische« Literaturdidaktik in der »schulischen Wirklichkeit der BRD« (8) vorherrscht.

Im zweiten Kapitel stellt Rudloff dar, daß die »kritische« Literaturdidaktik aufgrund einer Kritik am »moralistischen« Literaturunterricht, die sich an unbegriffenen Erscheinungsformen der affirmativen Literaturdidaktik des Gymnasiums festmacht, nicht in der Lage ist, ihr eigenes emanzipatorisches Ziel zu realisieren. Stattdessen führe die Übertragung der vermeintlich neuen didaktischen Prinzipien (statt Dichtung pragmatische Texte: statt Formanalyse und Lebenshilfe über Literaturunterricht gesellschaftskritische Analyse von Inhalten) auf den Deutschunterricht der Hauptschule dazu, daß deren Schüler weiterhin von wissenschaftsorientiertem Unterricht im Verstehen ästhetischer Literatur ausgeschlossen bleiben. Daß sich die »kritische« Literaturdidaktik mit ihrer Konzeption in der Praxis des Literaturunterrichts der Bundesrepublik durchgesetzt habe, stellt der Autor anhand der Entwicklung des Lesebuchs, einer Umfrage an Schulen und der Analyse der Deutschlehrerbildung dar. Dabei zeigt sich, daß der Anteil der Dichtung an den Gegenständen des Deutschunterrichts zurückgeht und daß an der Hauptschule noch immer nicht die Voraussetzungen für einen fachwissenschaftlich fundierten Literaturunterricht gegeben sind.

Diesen Tatbestand führt Rudloff im dritten Kapitel auf die Kunstfeindlichkeit des Kapitalismus zurück, die er mit dem in der Kunstproduktion sich durchsetzenden Tauschwertprinzip erklärt. Im vierten Kapitel weist er die historischen Quellen nach, denen die »kritische« Literaturdidaktik — meist ohne sich dessen bewußt zu sein — ihre Konzeption verdankt (Projekt-Plan von Dewey und Kilpatrick, Robinsohns Curriculumtheorie, Gutachten des Deutschen Bildungsrates).

Das fünfte Kapitel ist eine äußerst lesenswerte Darstellung und Kritik der hauptsächlichsten Argumentationsformeln der »kritischen« Literaturdidaktik. Rudloff gelingt es hier überzeugend darzustellen, daß die jeweils aufeinander verweisenden Begriffe »Bedürfnis«, »Situation«, »Offenheit«, »Rolle« die Basis für einen unsystematischen Unterricht bilden, der darauf verzichtet, den Schülern objektive Sinndeutungen der Realität anhand der Auseinandersetzung mit Literatur zu vermitteln.

Dem werden im sechsten Kapitel »Demokratisierung«, »Wissenschaftlichkeit«, »objektive Wahrheit« und »Allseitigkeit« als Leitbegriffe einer »demokratischen« Literaturdidaktik entgegengestellt. Im siebten Kapitel wird die Konzeption der »demokratischen« Literaturdidaktik selber entfaltet: Aufbau eines geschichtlichen Bewußtseins anhand eines Literaturunterrichts, der aufgrund der Vermittlung von literaturgeschichtlichen und Formkenntnissen eine gegenstandsadäquate Rezeptionshaltung aufbauen will. Besonderer Wert wird dabei auf die Berücksichtigung der literarischen Form-Inhalt Dialektik und die Kompensation von Bildungsdefiziten der Hauptschüler gelegt.

Ob die »kritische« Literaturdidaktik wirklich in diesem Ausmaß die schulische Praxis dominiert, wie das der Autor annimmt, bedarf allerdings noch weiterer Untersuchungen. Um diese These weiter aufrecht erhalten zu können, müßte die Wirkungsweise der zwischen fachdidaktischer Theorie und ihrer Realisation in der Praxis anzusiedelnden Vermittlungsfaktoren noch weitgehender und empirisch untersucht werden. Besser vermittelbar wäre die Kritik an den Prämissen der »kritischen« Literaturdidaktik, wenn dabei nicht nur hauptsächlich auf Parallelen zur Tauschwertabstraktion als dem bestimmenden Moment der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die allein aus der Logik des Kapitalbegriffs abgeleitet werden, hingewiesen würde, sondern mehr realsoziologisch ausmachbare Formen von Herrschaftsausübung und -sicherung mittels Literaturunterricht aufgezeigt und interpretiert würden.

Aus der Notwendigkeit, in der Kritik des auf den Inhaltsaspekt fixierten Literaturbegriffs der »kritischen« Literaturdidaktik besonders die formalen Seiten von Literatur hervorzuheben, ergibt sich im Verlauf der Untersuchung manchmal eine Überbetonung der Form, die eigentlich nicht den Absichten des Verfassers entspricht.

Die Arbeit von Rudloff ist als Analyse von zentralen Bezugspunkten der »kritischen« Literaturdidaktik eine der wenigen geschlossenen Darstellungen dieses Gegenstandes überhaupt, die sowohl die wesentlichen Kritikpunkte nennt als auch eine Gegenposition anbietet. Sie ist in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur bestimmten Negation dessen zu leisten, das sich anschickt, über die Theorie die Praxis des Literaturunterrichts zu dominieren.

Hartmut Wille (Bielefeld)

**Klein, Ulrich:** Elemente einer Fachdidaktik »Deutsch«. Gymnasiale Oberstufe. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1979 (186 S., br., 14,— DM).

Der Deutschunterricht auf der Sekundarstufe II wird heute sicher eher von Schulbuchverlagen bestimmt als von Lehrplänen oder einer Didaktik, die seine nach der Oberstufenreform besonders verworrene Situation zu klären versucht. Insofern könnte die Arbeit von Ulrich Klein der Aufmerksamkeit des Lehrerstudenten oder des »einzelnen eine Konzeption suchenden Lehrers« (die Zielgruppen des Autors) sicher sein. Besonders dann, wenn der Anspruch so praxisnah formuliert wird: Bezogen auf drei größere (so ähnlich auch in den meisten Lehrplänen angegebene) Aufgabenfelder auf der Oberstufe, nämlich den literaturhistorischen, den sprachreflektierten und den argumentativ-rhetorischen Unterricht, sollen elementare Fragestellungen und Parameter vorgeführt werden, von denen aus sich »Kurseinheiten für die gymnasiale Oberstufe konkret planen« ließen (13). Die offen eingestandene Vorentscheidung des Autors, Inhalte des Faches wie allgemeine Lernziele auszuklammern, weil sie »auswechselbar« und »Modeströmungen unterworfen« seien (12f.), läßt jedoch bereits im Vorwort die Befürchtung aufkommen, hier werde einmal mehr das Pferd von hinten aufgezäumt.

Zunächst aber geht der Verfasser der Entwicklung des gymnasialen Deutschunterrichts aus dem gelehrten Unterricht seit der hellenistischen Rhetorik nach. Ein entscheidendes historisches Datum, die KMK-Vereinbarung zur Oberstufenreform von 1972, und seine gravierenden Folgen für den Deutschunterricht werden jedoch nicht einmal erwähnt. Letztlich bleibt die Funktion dieses breit angelegten historischen Exkurses für die eigene Zielsetzung unklar; methodische Fragwürdigkeit verrät das Verfahren. Probleme des Gymnasiums nach 1945 den Papieren des Philologenverbandes entnehmen zu wollen. Überdeutlich wird das erkenntnisleitende Interesse des Autors spätestens in der Apologie des Gymnasiums gegen eine »nivellierte Anspruchslosigkeit« bewirkende Gesamtschulreform (50). In der Kritik der Studentenbewegung zwischen Frankfurter Schule und westeuropäischem Marxismus gelangt der Autor zur Abwertung aller Ansätze als »theoretische Spekulationen« (51), die immerhin den Sozialisationsbruch einer ganzen Lehrergeneration markieren: Adorno, Lukács, Bloch, Althusser etc. Da findet sich dann auch der modische Kampf mit dem Popanz monokausaler Geschichtsauffassung, dem »Dogmatismus einer gesellschaftlichen Heilserwartung« (53), gegen die »kritische Pluralität« und »dornenreiche Detail-Bemühung« gestellt werden.

Diesen Anspruch konkretisiert Klein für jedes der drei Aufgabenfelder an einem Kurs-Beispiel. Als Elemente hermeneutischer Wahrnehmung am *literaturhistorischen* Gegenstand werden bestimmt und an Texten von Seume bis Seghers erläutert: die »offene Quellensuche«, die »selektive Textexplikation«, der Vergleich und das »begriffsbestimmende Prüfen«. *Sprachreflexion* soll sich primär auf die drei elementaren Ebenen von »Laut«, »Wort« und »Satz« beziehen: soziolinguistische oder kommunikationstheoretische Modelle verstellten den Blick auf konkrete Sachverhalte, sofern sie als unterrichtsmethodischer Ansatz verwendet würden. Der *argumentativ-rhetorische* Unterricht dient Klein der Orientierung über Relations- und Abbildungsfragen zwischen Prämissen und Konklusionen, letztlich der Bewußtmachung möglicher Arbeitsschritte bei Klausuren, Facharbeiten oder rhetorischer Eigenproduktion: Themenfindung, Beweisführung, »Amplificatio« sind hier didaktische Parameter, wobei sich der Autor stark auf

Arbeiten Kopperschmidts und Schlüters stützt.

Mag diese »dornenreiche Detail-Bemühung« z.T. auch sinnvolle Hinweise enthalten, ungeklärt bleibt die didaktische Perspektive Kleins. Eine Oberstufendidaktik für das Fach Deutsch, die um »hermeneutische Grunderfahrungen« kreist und sich die Frage nach den *Inhalten* (Literatúrauswahl, Problem der Tradition, der neuen Medien) nicht mehr stellt, die Sprachreflexion auf ohnehin unterrichtsferne Transkriptionsprobleme oder »Elemente einer logischen Propädeutik« beschränkt, die unter der Ideologie der Ideologielosigkeit überhaupt alle emanzipatorischen Einbrüche seit 1968 abzuriegeln versucht, diese Didaktik bleibt nicht nur wehrlos gegenüber unkontrollierbaren Einflüssen. Schlimmer: Ein davon angeleiteter Unterricht würde trocken, hölzern, unlebendig, weil er das Feld seiner Kleinarbeit nie aufreißt und letztlich die Chancen von Sprache und Literatur vergibt, Spielraum zu bieten für die Kritik vorgegebener Denk- und Handlungsgewohnheiten, für ihr kreatives Überschreiten.

Thomas v. Machui (Hirschberg)

## Soziologie

**Greffrath, Mathias (Hrsg.): Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern.** Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1979 (352 S., br., 18.— DM).

Ich widme diese Rezension Hans Staudinger, der vor einigen Wochen 90jährig in New York starb. Er hätte in diesen Band gehört. Er war in der Weimarer Republik Staatssekretär und baute in der Emigration entscheidend die New School for Social Research, die Universität im Exil, in New York mit auf, die, als Durchgangsstation für immer, Emigranten eine neue Wirkungsstätte bot. Ich habe, 1970, während einer Gastprofessur, ähnlich betroffen machende und erschütternde Gespräche führen können, wie der Herausgeber sie hier vorlegt.

Man mag mit Recht Interviews, die für die Rundfunkanstalt aufgenommen worden sind, als Buchpublikation skeptisch gegenüberstehen. In diesem Fall ist die Skepsis unangebracht. Sicher wäre es nützlich gewesen, im Vorwort stärker die Situation der Sozialwissenschaften in der Weimarer Zeit zu skizzieren. Auf der anderen Seite entschädigt der Herausgeber die Leser mit einer sehr ehrlichen Konfrontation seiner eigenen Studienzeit mit dem, was er in den Interviews mit den Befragten erlebte.

Wichtig jedenfalls sein Hinweis, daß, als man nach '68 »alte Landkarten unverhofft fand, die mehr Orientierung gaben als alles, was zuvor da war...«, in den Fehler verfiel, die Werke der Neuentdeckten und die Konfliktszenarie, die sie enthielten, unvermittelt auf die Gegenwart zu übertragen. Was so nicht geht, natürlich nicht, weil Umstände sich verändern (und es zur Hauptaufgabe der Sozialwissenschaften gehört, diese veränderten Gesellschaftsbedingungen aufzuzeigen und zu erklären). Aufrichtig auch das Erstaunen des Herausgebers, wie aus früheren Idealisten und zukunftsicheren Materialisten in der Emigration Theoretiker und Praktiker der Flexibilität des Pragmatischen geworden sind, die (mit Ausnahmen) der »Großen Theorie« abgeschworen haben. Vorsichtiges Anpassen, das aber doch — so jedenfalls meine Erfahrung, die sich auch in einzelnen Interviews deutlich niederschlägt — Altes mit Neuem verbindet und das die Emigranten fallweise zu ganz gewichtigen Exponenten der dortigen sozialwissenschaftlichen Kultur gemacht haben (Hans Gerth, Adolph Lowe, Hannah Arendt und viele andere).

Die Interviews lassen sich naturgemäß nicht resümieren; natürlich gibt es Unterschiede. Während einige Gespräche sehr locker, assoziativ wirken, ist etwa das Interview mit Adolph Lowe so dicht, so präzise, wie man es selten findet. Auch Karl August Wittvo-



gel — Jahrgang 1896 — gelingt, neben der spannenden Beschreibung biographischer Daten, eine geraffte Zusammenfassung seiner zentralen Thesen. Einiges liest sich wie im Märchen. Der Marxist Alfred Sohn-Rethel: »... ich stamme aus einer alten, kulturell alten und finanziell hochgestellten Familie. Zu unserer Familie gehörten die Oppenheims — es gab ein Bankhaus Oppenheim in Berlin —, es gab einen Bruder, dem gehörte die Agfa in der IG. Und ich sollte eigentlich für die Agfa Chemie studieren in Darmstadt. Vor allen Dingen aber sollte ich unter allen Umständen daran gehindert werden, auch wieder Maler zu werden ...« (auf beiden Seiten der Familie gab es Maler).

Auffällig in allen Interviews, wie sachlich und ohne jede Larmoyanz, ohne tiefe Resentiments gegenüber dem heutigen Deutschland, das die Emigranten eher schäbig als großzügig behandelt hat, argumentiert wird.

Ich bin sicher, daß die meisten heutigen Studierenden, wenn überhaupt, höchstens eine blasse Ahnung davon haben, was der durch die Nationalsozialisten erzwungene Exodus für die Verkümmerng etwa der deutschen Soziologie nach 1945 bedeutet hat. 3000 deutsche Universitätslehrer verloren vor und nach der Machtergreifung ihr Land und ihre Stellungen; in den Sozialwissenschaften waren es 47 % aller Dozenten. Und was wissen wir darüber?

Ab und zu verleiht die Deutsche Gesellschaft für Soziologie einem Emigranten die Ehrenmitgliedschaft und beim Ableben erfolgt in den Zeitschriften ein kurzer Nachruf, und ab und zu ist es einzelnen gelungen, oft erst Jahrzehnte nach dem Ersterscheinen, in Deutschland eine Schrift unterzubringen. Und einige der Emigranten sind zurückgekehrt, viele enttäuscht und irritiert über das, was sie vorfanden. Kaum einem gelang die »Rückkehr« ohne zurückzukehren, wie Herbert Marcuse.

Der Band ist ein erschütterndes Dokument und viel mehr als das. Er zeigt Lebenswege und er zeigt, wie Land und Leute, wie das Leben in einem zunächst fremden, und immer ein Stück fremd bleibendem Land, theoretische Ansichten verändert.

Ein wichtiges Buch und ein Buch zudem, das uns endlich dazu bringen müßte, für die Sozialwissenschaften eine fundierte Geschichte der deutschen Emigranten zu schreiben. Meine These jedenfalls wäre, daß wir so und nur so ein Stück Tradition zurückgewinnen. Nicht Vergangenheitsaufwärmung: Nicht einfache alte Debatten ungebrochen weiterführen. Greffrath hat ja recht, wenn er schreibt, wie er erschrak, im Interview mit Hans Gerth die gleichen Debatten, wie sie anfangs der 70er Jahre bei uns geführt wurden, wiedergefunden zu haben (in der Lektüre und Interpretation Luxemburgs, Bauers und Hilferdings). Ich würde ihm zustimmen, daß man eine abgebrochene Tradition, eine geistige oder die einer politischen Bewegung nicht wiederholen kann — es sei denn als Erinnerung. Alte Kämpfe lassen sich nicht »rekonstruieren« (außer als Geschichtsschreibung); jedenfalls lassen sich alte Theoriendebatten nicht wieder aufgreifen als pure Übertragung. Nicht ums Nachspielen alter politischer Konstellationen geht es; wohl aber läßt sich, und einige bei uns haben es ja auch getan, aus diesen alten Auseinandersetzungen lernen, theoretisch und politisch.

Mir hätte der Titel der Sendereihe »Sozialwissenschaften in der Emigration« besser gefallen. Adolph Lowe verweist ja mit Recht darauf, daß es auch »Emigrationsgewinnler« gab. Und es gab und gibt die Integrierten, denen die Assimilation gelang, die Identitätsfindung etwa in Amerika, ohne daß die Identifikation mit dem Ursprungsland verloren ging. »Der Marcuse und ich sind doch... integrierte Mitglieder des amerikanischen Erziehungswesens und der amerikanischen Intelligenz, ohne das Deutsche dabei aufzugeben.« (Leo Löwenthal, 215)

Immerhin enthält »Die Zerstörung einer Zukunft« einen doppelbödigen Hinweis. Zerstört worden ist ja nicht nur die Zukunft vieler Emigranten; zerstört, jedenfalls weit zurückgeworfen, wurde durch den Faschismus ein Fach wie die Soziologie. Sie hat sich bis heute nicht wieder erholen können; im Gegensatz etwa zu Frankreich, aber auch

zur amerikanischen Soziologie (wie immer der einzelne diese einschätzen mag), hat sie keine eigenständige Tradition mehr. Die enge Anlehnung der Nachkriegssoziologie an die im angelsächsischen Bereich entwickelten Theorieansätze und Methoden hat sie zwar langsam wieder »internationale Standards« erreichen lassen. Aber sie hinkt nach. Wobei mit dem Hinweis auf die eigene Tradition natürlich nicht einer nationalen Soziologie das Wort geredet wird. Aber das Beispiel der französischen Soziologie zeigt, wie eine in der Tradition ruhende Wissenschaft progressive, innovative Weiterentwicklungen fördert. Deutschland hat mit dem Exodus, dem Vertreiben und Vernichten seiner kritischen Gelehrten die Wurzeln abgekappt; die im letzten Jahrzehnt sich personell aufblühende Sozialwissenschaft kümmert, was große Entwürfe anbelangt, vor sich hin.

Der Interviewer, Mathias Greffrath, hat kluge Fragen gestellt und erhellende Antworten erhalten. Das Buch ist ein Lehrbuch. Urs Jaeggi (Berlin/West)

**Dubiel, Helmur:** Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1978 (233 S., br., 10,— DM).

**Söllner, Alfons:** Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1979 (256 S., br., 24,— DM).

Die Kritische Theorie, vor einem Jahrzehnt noch wesentlicher Bezugspunkt der Studentenbewegung, in der Euphorie der Parteigründungen dann ins wissenschaftliche Abseits verdrängt, findet gegenwärtig wieder lebhaftes Interesse; Indikatoren dieser Renaissance sind etwa die Intensität der internationalen Rezeption, die Wiederauflage der »Zeitschrift für Sozialforschung« und nicht zuletzt die hier angezeigten Studien. Beide gehen aus einem Münchener Forschungszusammenhang hervor, beide teilen eine eher unkritische Interpretationshaltung, in beiden kehrt die Kritische Theorie in Gestalt der Wissenschaftsgeschichte wieder.

Die Studien von Dubiel stellen den Versuch einer wissenschaftssoziologischen Interpretation des Theorieprogramms und der Organisationsform der Kritischen Theorie dar. Der Zusammenhang von historisch-politischer Erfahrung und theoretischer Verarbeitung ist Gegenstand des ersten Teils, die kognitive und institutionelle Organisation des in der Kritischen Theorie verfolgten Theorieprogramms bildet den Inhalt des zweiten Teils der Untersuchung. Wissenssoziologisch ist die erste Studie freilich nur in einem eingeschränkten Sinn: Dubiel präpariert unter drei Stichworten (Arbeiterbewegung; Sowjetunion; Faschismus) in zeitlicher Abfolge jeweils die historisch-politischen Zentralerfahrungen der um das Institut für Sozialforschung versammelten Intellektuellen heraus, um vor diesem zeitgeschichtlichen Erfahrungshintergrund den allmählichen Positionswandel der Kritischen Theorie darzustellen; unberücksichtigt bleibt dabei, da Dubiel den theoretischen Wandlungsprozeß ebenso wie den historischen Erfahrungprozeß nur unter sehr allgemeinen Stichworten (theoriepolitische und geschichtliche Positionsdefinition; Verhältnis zum Marxismus; Verhältnis von Philosophie und Wissenschaft; Utopie) erfaßt, die wissenssoziologisch ja eigentlich zentrale Frage, in welcher Weise historisch-politische Vorgänge die kategorialen und analytischen Tiefendimensionen einer Theorie, ihre thematischen Leitmotive und begrifflichen Grundentscheidungen prägen und verändern. Dubiels Skizze der Theoriegeschichte des Instituts für Sozialforschung beschränkt sich mithin auf eine eher vordergründige Parallelisierung von sich wandelnder Geschichtserfahrung und gleichsam mitwandernder theoretischer Thematik. In dieser Absicht unterteilt er den »Theoriebildungsprozeß« des Frankfurter Kreises in drei Abschnitte; jeder von ihnen ist durch eine neue Selbstcharakterisierung, einen gewandelten Erfahrungsgehalt und einen verschobenen Praxisbezug ge-

kennzeichnet. In einer ersten Phase, die von 1930 bis 1936/37 reicht, bilden sich unter dem Programmtitel »Materialismus« die Konturen einer gegenüber den zeitgenössischen Theorieströmungen abgegrenzten Kritischen Theorie heraus, die sich die interdisziplinär angelegte, philosophisch geleitete Untersuchung der Gegenwartskrise zum Ziel setzt; diese Frühform Kritischer Theorie, die vor allem in dem großangelegten, die sozialpsychischen Ursachen der scheinbar breiten Faschismusbereitschaft der deutschen Bevölkerung untersuchenden Projekt über »Autorität und Familie« Gestalt gefunden hat, versteht sich selbst zwar noch als moralische Ausdrucksform der Arbeiterbewegung, hat jedoch den Bezug zu deren politischen Organisationen schon verloren. In der zweiten Phase, die von 1937 bis 1939/40 reicht, löst die Kritische Theorie, nun auch ausdrücklich unter diesem Programmtitel, sich allmählich aus dem politischen und theoretischen Aktualitätsfeld, auf das sie vordem, wenn auch häufig eher plakativ, bezogen war: an die Stelle des Proletariats, das bisher als potentieller Träger revolutionärer Umwälzungen auch (fiktiver) Adressat der Kritischen Theorie war, tritt nun schon in einigen Schriften das individualisierte Potential von Subjekten, die kraft Phantasiefähigkeit und ästhetischer Sensibilität dem gesellschaftlichen Unterdrückungsprozeß widerstehen; die Theorie selbst begründet sich nun nicht mehr in der diskursiven Abgrenzung gegenüber zeitgenössischen Strömungen, der philosophischen Anthropologie oder einer wiedererwachten Metaphysik etwa, sondern in der Kritik des neuzeitlichen Theorieverständnisses überhaupt. Diese Phase bildet den Umorientierungsabschnitt in der Geschichte der Kritischen Theorie. Es sind grob drei historische Erfahrungskomplexe, die von nun die Kritische Theorie die Gestalt einer kontemplativen, resignativen Geschichtsphilosophie annehmen lassen: die sowjetische Entwicklung beweist endgültig den bürokratischen und herrschaftlich-zentralistischen Charakter des ersten sozialistischen Revolutionsversuchs in Europa; der Faschismus beweist darüber hinaus die Fähigkeit kapitalistischer Gesellschaften, in Krisensituationen auf die Gefahr einer revolutionären Veränderung hin bei Beibehaltung der ökonomischen Struktur mit der Umorganisation des Staatsapparates zu antworten. Die Entwicklung in den USA schließlich scheint die Integrationsfähigkeit des Spätkapitalismus zu belegen: ohne autoritären Staat bindet die Kulturindustrie daß Massenbewußtsein an die bestehende Gesellschaftsordnung. Alle drei Erfahrungen konvergieren in der endgültigen Enttäuschung revolutionärer Erwartungen. Es ist diese endzeitliche Geschichtserfahrung, aus der Dubiel die von 1940-45 reichende dritte Phase der Kritischen Theorie erklärt; in ihr hat sich die interdisziplinär angelegte Sozialwissenschaft der Frühphase in eine pessimistische Geschichtsphilosophie verwandelt, die im Programm einer »Kritik der instrumentellen Vernunft« nurmehr den gescheiterten Verlauf der Gattungsgeschichte ausbuchstabiert. Diese innere Dynamik der Kritischen Theorie (»moralische Pragmatisierung der Philosophie« — »politische Entpragmatisierung der Theorie« [130]) aufgezeigt zu haben, ist zweifellos ein Verdienst der ersten Studie Dubiels.

Im zweiten Teil zieht Dubiel einige Verfahren der neueren Wissenschaftssoziologie heran, um die kognitive und institutionelle Organisation zu untersuchen, in der die frühe Kritische Theorie ihr Programm umzusetzen versucht hat. In ihrer ursprünglichen Gestalt zielt die Kritische Theorie auf eine philosophisch ständig motivierende, interdisziplinäre Sozialforschung; unter dem Dach philosophischer Reflexion kooperieren Sozialpsychologen, Ökonomen, Politik- und Literaturwissenschaftler, um die Strukturbedingungen und Handlungsfolgen der kapitalistischen Krise zu entschlüsseln. Dubiel interpretiert dieses sozialwissenschaftliche Theorieprogramm, das er als Modell einer interdisziplinären Sozialforschung einführt, mit Hilfe der Marxschen Unterscheidung von »Forschungs- und Darstellungsweise«: in der »iterativen Interaktion« (106) von philosophischer Gegenwartsdiagnose und einzelwissenschaftlicher Forschungsarbeit erschließt die Kritische Theorie in der Absicht einer »Theorie des historischen Verlaufes« stufenwei-

se kapitalistische Wirklichkeit. Dieses komplizierte und anspruchsvolle Theorieprogramm kognitiv zu organisieren und institutionell zu regeln war Aufgabe einer einzigartigen Wissenschaftsorganisation: »Forschung' und 'Darstellung' waren Funktionen im Forschungsprozeß, die — obwohl als Stadien eines Prozesses aufeinander bezogen — dennoch arbeitstechnisch separiert waren. 'Forschung' und 'Darstellung' wurden als Inhalt für soziale Rollen in einem arbeitsteilig verfaßten Forschungszusammenhang definiert« (170). Eine Inhaltsanalyse der ersten drei Jahrgänge der »Zeitschrift für Sozialforschung« und der Studie »Autorität und Familie« soll die kognitive Struktur der Forschungsorganisation, eine quantitative Analyse der wechselseitigen Zitierungen der Mitglieder des Frankfurter Kreises soll die soziale Kommunikationsstruktur belegen, durch die das Untersuchungsprogramm sich forschungspraktisch umsetzen sollte. Hier rechtfertigt freilich der Ertrag nicht recht den wissenschaftssoziologischen Aufwand: hervor treten meist eher vordergründige Verwandtschaften zwischen einzelnen Motiven und Themen der Mitarbeiter, eine funktionierende Interdisziplinarität erschließt sich Dubiel kaum. Brüche und Differenzen zwischen den einzelnen Autoren, ja erst recht theoretisch-philosophische Schwachstellen der Kritischen Theorie werden restlos ausgespart.

Im Unterschied zu Dubiel konzentriert sich Söllner darauf, den Beitrag der frühen Kritischen Theorie zu einer modernen Herrschaftslehre zu sichten und für die aktuelle Theoriediskussion fruchtbar zu machen. Die wissenschaftsgeschichtliche Analyse in 'herrschaftstheoretischer Absicht' soll gleichzeitig den Zusammenhang von Theorie und Historie, die »Erfahrungsbasis der Theoriebildung« selbst thematisch werden lassen (87), die ihren konzentrierten Ausdruck findet in der Zerstörung der Weimarer Republik, faschistischer Machtergreifung und der Krise des Marxismus als der politischen Theorie der Arbeiterbewegung. In Reaktion auf diese Problemlage formuliert Horkheimer das Theorie- und Forschungsprogramm des Instituts für Sozialforschung, entsteht das, was Söllner als »materialistische Sozialwissenschaft« oder »sozialwissenschaftlichen Materialismus« (11) qualifiziert: die Kombination von marxistischer Geschichtsauffassung, moderner Sozialwissenschaft und empirischer Forschung. Entsprechend der thematischen Eingrenzung rücken zwei Forschungsschwerpunkte des Instituts in den Vordergrund: die Konzeptualisierung einer materialistischen Sozialpsychologie und Kulturtheorie (Horkheimer, Fromm, Marcuse), sowie der Rechts- und Staatstheorie (Kirchheimer, Neumann), die beide als gelungene einzelwissenschaftliche Ausdifferenzierungen des interdisziplinären Materialismusprogramms begriffen werden. Theoretisch bedeutsam wurde der Bezug auf den »philosophisch und erfahrungsmäßig 'modernisierten' Marxismus« (Korsch, Lukács) wie auf die neueren Strömungen innerhalb der Soziologie, Kulturgeschichte und Psychologie (26). Insbesondere die Integration der gesellschaftstheoretisch interpretierten Psychoanalyse eröffnete eine thematisierungsebene des Autoritäts- und Herrschaftsproblems, die, gegenüber einer ausschließlich institutionenbezogenen Politikbetrachtung, Kultur und Psyche als die wichtigsten, unterhalb der institutionellen Gewaltapparatur liegenden herrschaftsreproduzierenden und -stabilisierenden Faktoren erkennen ließ — die für die frühe Kritische Theorie charakteristische Reformulierung des Basis-Überbau-Theorems. Söllner zeichnet nun die Entwicklung des Theorie- und Forschungsprogramms von der Kritik der Weimarer Sozialphilosophie durch Horkheimer bis zur Ausformulierung der Frommschen Lehre vom sado-masochistischen Charakter und den Resultaten der »Studien zu Autorität und Familie« einerseits, den Arbeiten Horkheimers und Marcuses zur historischen Anthropologie des bürgerlichen Menschen bis zur Kritik der Massenkultur als dem entscheidenden Wendepunkt der Frankfurter Schule andererseits, detailliert nach, ohne allerdings die auf dieser Theoriebasis gewonnenen Forschungsergebnisse noch einmal mit der Frage nach ihrer 'Angemessenheit' hinsichtlich der historischen Erfahrungslage zu kon-

frontieren.

Dieser Gefahr unkritischer Nähe entgeht Söllner zumindest im ersten Teil der rechts- und staatsrechtlichen Analyse dadurch, daß er das wissenschaftliche und politische Umfeld, in dem die Arbeiten Kirchheimers und Neumanns Kontur gewinnen, hinreichend berücksichtigt. Während Neumann als Gewerkschaftsanwalt und Syndikus der sozialdemokratischen Partei deren reformistische Praxis nicht nur publizistisch vertritt, gelangt Kirchheimer bereits in dieser Phase zu einer Position, die sich gleichermaßen gegen den offenen Autoritarismus des konservativen Staatsrechts wie den arglosen Legalitätsglauben des Reformismus wandte (104). Die Ausarbeitung einer materialistischen Staats- und Rechtstheorie allerdings blieb Neumann vorbehalten, der sich nach dem Zusammenbruch der Republik endgültig vom Reformismus trennte. »The Governance of the Rule of Law« — im Londoner Exil entstanden und bis vor wenigen Wochen unveröffentlicht — expliziert den Theorierahmen, der dann im »Behemoth« — der Analyse der politischen Struktur des Nationalsozialismus — seine praktische Anwendung fand. 'Materialistisch' an diesem Ansatz »ist die Form, in der Recht und Staat als Funktionen der kapitalistischen Produktionsweise abgebildet werden«; 'sozialwissenschaftlich' ist die Ablehnung jedes ökonomischen Reduktionismus, die Integration von Methoden und Denkmodellen der Soziologie und das Insistieren auf empirischer Forschung (114). Trotz der offenkundigen Nähe der Positionen Neumanns und Kirchheimers zum interdisziplinären Materialismusprogramm Horkheimers und der, wenn auch späten, Mitgliedschaft im Institut für Sozialforschung, kennzeichnet beide Forschungsschwerpunkte ein »komplementäres Wahrnehmungs- und Aufmerksamkeitsdefizit« (166), das sich nicht nur aus der unterschiedlichen Praxisorientierung ihrer Repräsentanten erklärt, sondern wesentlich mit dem sich 1936/37 andeutenden Positionswechsel des Horkheimerkreises, dem Aufgeben der 'materialistischen Sozialwissenschaft' und der in der »Dialektik der Aufklärung« bereits vollzogenen Rückverwandlung der Gesellschaftstheorie in Geschichtsphilosophie zusammenhängt. Eine moderne Herrschaftslehre hat die frühe Kritische Theorie nicht formulieren können; im Vergleich mit einigen in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen relevanten Ansätzen: der Herrschaftstheorie Max Webers in der Soziologie (172-187), dem Spätwerk Adornos in der Philosophie (196-202) und der Totalitarismustheorie in der Politikwissenschaft (203-208) aber zeigen sich die von der frühen Kritischen Theorie ausgearbeiteten Ansätze der Sozialpsychologie, Kulturtheorie und der Rechts- und Staatstheorie als überlegen. Es kommt nur darauf an, sie in einen effektiven interdisziplinären Wirkungszusammenhang zu bringen und sie endlich auf die westlichen Demokratien — warum nur hier? — anzuwenden (223).

Der Ertrag dieser Studie ist in der immanent exakten, problembezogenen Rekonstruktion der Theoriegeschichte der frühen Kritischen Theorie zu sehen; die Einbindung und Nutzung dieses 'herrschaftstheoretischen' Potentials in die aktuelle Theorie-diskussion bleibt allerdings vage, sicherlich auch deshalb, weil der neuere marxistische Diskussionskontext weitgehend ausgespart bleibt. Es fehlen zudem klare Konturen des theoretischen Problems: »Herrschaft« bleibt immer das, was die Kritische Theorie darunter verstand. Hier hätte die wissenschaftsgeschichtliche Analyse Korrekturfunktionen haben können, wenn Söllner unterschiedliche, auf den historischen Erfahrungsdruck reagierende Theoriestrategien und Deutungsversuche berücksichtigt hätte. Mit der Annahme, historische Problemlagen würden sich unmittelbar auch theorieförmig ausdrücken und zwanglos rückübersetzbar sein, wird das Zentralproblem wissenschaftsgeschichtlicher Forschung, die soziale Genese von Denkmodellen zu erklären, allerdings eher ignoriert als gelöst.

Helmut Berking / Axel Honneth (Berlin / West)

**Lüschen, Günther (Hrsg.):** Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie — Sonderheft 21. Westdeutscher Verlag, Opladen 1979 (370 S., br., 46,— DM).

Der Band versammelt 15 Beiträge in 6 Abteilungen: Im 1. Teil wird die institutionelle und theoretische Entwicklung der westdeutschen Soziologie verfolgt (Lepsius, Tenbrück). Im 2. Teil finden sich Beiträge zum wissenschafts- und gesellschaftstheoretischen Diskussionsstand in den Sozialwissenschaften (Lenk, Hondrich, Oevermann). Die 3. Abteilung präsentiert empirische Untersuchungsergebnisse zur Fachliteratur, zur universitären Lehre und zur Organisation von Forschungsinstituten (Lüschen, Klima, Alemann u.a.). Im 4. Teil geht es um die Zusammenhänge der Soziologie mit einigen Nachbardisziplinen: der Politischen Wissenschaft (Ludz), der Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft (Goldschmidt und Schöfthaler). Im 5. Teil folgen Beiträge zum »Praxisbezug der Soziologie« (Neidhardt, Klages). Den Abschluß bildet eine »spekulative Überlegung« von René König zu einer »ganz neuen Funktion der soziologischen Theorie... die ich als Integrationsfunktion in einem, wie man leicht erkennt, selber sehr vielfältigen Sinne ansprechen möchte, den die Zukunft wird weiter spezifizieren müssen. Da die Komplexheit der fortgeschrittenen Industriegesellschaften, nachdem sie sich einmal etabliert haben, einen früher unvorstellbaren Grad erreicht hat, ist Integration nicht nur auf der ethnischen, sondern auch auf der sozialen, wirtschaftlichen und der staatlich-institutionellen Ebene unmöglich geworden. Sie kann gewissermaßen nur noch »in Gedanken« vollzogen werden, was gleichzeitig die epochale Umstülpung des Historischen Materialismus bedeutet, der damit sein inneres Ende erreicht hat.« (367)

Die Aufsätze sind sehr unterschiedlich in Qualität und Gewicht, in ihren politisch-praktischen Implikationen. Sie werden nicht von einer einheitlichen Theorie zusammengehalten, sofern sie überhaupt ein theoretisches Interesse verfolgen. Da dies hier nicht im einzelnen besprochen werden kann, scheint es legitim, sich auf die Arbeit zu konzentrieren, die für den größeren Teil der Beiträge die Funktion einer wissenschaftsgeschichtlichen Leitorientierung zu übernehmen vermag, die am energischsten sich bemüht, die Geschichte der westdeutschen Soziologie aus gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen und ihren Problemlagen zu erklären, anstatt sich mit der Präsentation eines von unsichtbaren Kräften bewegten Schattenreichs einander beegnender und ablösender Geister, »Richtungen«, »Generationen« etc. oder mit der Beschreibung scheinbar willkürlicher Wachstums- und Besetzungsvorgänge von Institutionen zu begnügen: Es ist dies die Arbeit von Friedrich H. Tenbrück über »Deutsche Soziologie im internationalen Kontext«. Daß die Entwicklung der deutschen Nachkriegssoziologie nicht aus sich selbst, sondern nur »im internationalen Kontext« zu begreifen sei, bleibt freilich mehr abstrakte Versicherung als Ergebnis der Analyse: Das Jahr 1945 sei als »eine internationale Wasserscheide« zu verstehen; jenseits wie diesseits der »Wasserscheide« wird indessen nichts recht verständlich: wieso gab es vor 1945 »nationale Soziologien«, eine deutsche, eine französische, eine amerikanische, aber keine englische? Und wieso hat sich nach 1945 eine internationale Soziologie entwickelt? Mit Tenbrück: »... so ungeheuer und rätselhaft bleibt doch eigentlich der Vorgang.« (77)

Tenbrück gliedert seinen Stoff in drei Perioden: die unmittelbare Nachkriegszeit mit mannigfachen Versuchen, an die Traditionen, an Simmel, Weber und die Sozialwissenschaften der zwanziger Jahre anzuknüpfen; die Vorherrschaft der amerikanischen Soziologie als Verbindung von Strukturfunktionalismus und empirischer Sozialforschung, gestützt von einer von Neopositivismus und analytischer Philosophie geprägten Wissenschaftstheorie; die Herausbildung eines »neuen Pluralismus« mit den »großen Richtungen« des Strukturfunktionalismus und der Systemtheorie, der phänomenologischen und der Kritischen Theorie. Diese (hier notgedrungen auf das grobe Perioden-Gerüst

verkürzte) Entwicklung versucht Tenbruck durchaus differenziert aus der Entwicklung gesellschaftlicher Problemlagen und Triebkräfte zu erklären: Er arbeitet gesellschaftliche Anforderungen heraus und analysiert die Bedeutung politischer, insbesondere wissenschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Blickt man genau hin, folgt er dabei freilich einem stets gleichbleibenden Muster, nach dem sich bestimmte Formen sozialwissenschaftlichen Denkens im historischen Ablauf durchsetzen und verdrängen: Am Anfang stehen regelmäßig praktische Erwartungen an die Soziologie, ihren Beitrag zum »Neubau einer humanen, freien und demokratischen Gesellschaft« nach 1945 (80), ihre Berufung, »durch Berechnung und Planung die Wunden zu heilen, welche sonst die Naturwissenschaften durch den technischen Fortschritt schlugen«, in der Zeit der Dominanz des Strukturfunktionalismus (88). — Solche Erwartungen erweisen sich regelmäßig als überzogen, was Enttäuschungen, Krisen und Kämpfe zur Folge hat: Die Anknüpfungsversuche an die »klassische deutsche Soziologie« nach 1945 gelangen nicht. »Die Berufung auf die eigene Tradition konnte kaum über deren mannigfache Gebrochenheit hinwegtäuschen.« Und »weil man glaubte, daß mit jeder Regung des Faches über Wohl und Wehe des gesellschaftlichen Neubaus entschieden werde, mußte die Verantwortung, zu der man sich gemeinsam bekannte, in ein gegenseitiges Mißtrauen umschlagen, als sich herausstellte, wie verschieden am Ende die Vorstellungen über ... die erwünschte neue Gesellschaft waren.« (80) Für die Zeit der Vorherrschaft der amerikanischen Soziologie: Mit der Reduktion von Gesellschaft auf deren Struktur verband sich ein »gefährlicher Realitätsverlust, der später in dem fast stets enttäuschten Vertrauen auf theoretisch begründete Reformen sichtbar wurde ... Unter der Voraussetzung, daß nur die Gesellschaft zähle, radikalisierten sich fachliche Auseinandersetzungen zu den entscheidenden Welt- und Lebensfragen.« Derlei »paralysierte die unerlässlichen Prozesse des sozialen Erfahrungsaustauschs, der Meinungs- und Konsensbildung.« (94) — Aus dem Kommunikationszerfall und den Orientierungseinbußen treibt die Entwicklung jeweils neue Orientierungen hervor, die, ihrerseits überzogene Erwartungen an die Leistungskraft einer Wissenschaft, wiederum vom Stigma des Scheiterns gezeichnet sind. Diese Sichtweise auf die Entwicklung der Soziologie hat Konsequenzen für die Bestimmung ihrer Funktion; insofern ist auch diese Geschichtsschreibung rückwärts gewandte Prophetie: Mit dem vermeintlichen Aufweis ihrer strukturellen Insuffizienz wird die Wissenschaft von der Gesellschaft weitgehend um ihre Aufgabe gebracht, gesellschaftlich nützliche und verbindliche Erkenntnis zu produzieren; anstatt den praktischen Eingriff wissenschaftlich zu fundieren, soll Soziologie sich darauf beschränken, die »gesellschaftlichen Tatsachen« »in ihren kulturellen Voraussetzungen, Gehalten und Bedeutungen« darzustellen (103). Ein »tragfähiges Selbstverständnis«, ohne das eine Gesellschaft nicht leben kann, erwache und erneuere sich nicht »anonym und determiniert« aus den »gesellschaftlichen Bedingungen«, »sondern im sozialen Erfahrungsaustausch und in kulturellen und geistigen Beziehungen und Produktionen, welche nach eigenen Regeln gültige Werte und Bedeutungen zu generieren vermögen und insofern die Funktion einer Wertdiskussion wahrnehmen.« (102) Dergestalt werden »gesellschaftliche Bedingungen« und »gültige Werte und Bedeutungen« einander entgegengesetzt; letztere sollen in kulturellen und geistigen Prozessen »generierte werden« »nach eigenen Regeln«, die im Dunkeln bleiben. Die Menschen haben Tenbruck zufolge primär »legitime Sinnbedürfnisse« (102); produktive Bedürfnisse, die sie zum Handeln bringen, anstatt bloß kontemplativ vorgegebenen Sinn zu rezipieren, sind nicht vorgegeben. Die widersprüchliche Verschränktheit von gesellschaftlicher Bestimmtheit und aktiv bestimmendem Handeln der Menschen im Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit wird auseinandergerissen: gesellschaftliche Verhältnisse und aktives Handeln werden zu verschiedenen »Ausschnitten der Wirklichkeit« (98) erklärt und in einem »neuen Pluralismus« verschiedenen miteinander konkurrierenden Theorien zur Bearbeitung überge-

ben. In diesem »neuen Pluralismus« Tenbruck'scher Prägung ist der Beitrag materialistisch fundierter Soziologie nicht vorgesehen. Werner van Treeck (Kassel)

### Erziehungswissenschaften

**Meyer, Hilbert:** Leitfaden zur Unterrichtsvorbereitung. Scriptor Verlag, Königstein/Taunus 1980 (394 S., br., 12,80 DM).

**Grell, Jochen und Monika:** Unterrichtsrezepte. Urban und Schwarzenberg, München/Wien/Baltimore 1979 (330 S., br., 24,— DM).

Beide Bücher sind von Praktikern geschrieben: Hilbert Meyer, ehemaliger Grundschullehrer, ist heute Professor für Schulpädagogik, Jochen und Monika Grell sind ebenfalls Lehrer, Jochen Grell mit mehrjähriger Erfahrung an der Pädagogischen Hochschule Kiel.

Die inhaltlichen Parallelen, trotz unterschiedlicher Ansätze, sind folgerichtig: 1. Entstanden sind beide Bände aufgrund einer engen Zusammenarbeit mit anderen Lehrern, Studenten und Hochschullehrern. Sie sind Endprodukte, an deren Anfang Seminarpapiere standen, die immer wieder überarbeitet wurden, mithin Ausdruck einer Hochschuldidaktik, die alle Beteiligten mit in Forschung und Lehre einbezieht. — 2. Die Anlage ist didaktisch-methodisch so gestaltet, daß das individuelle Lesen Spaß macht. Dies liegt begründet im teilweise witzigen, lapidaren oder ironischen Stil, der die Verblüffung des Lesers ausnutzt für die Vermittlung neuer Ideen und Anregungen. Nicht zuletzt die vielen Skizzen, Karikaturen und Lernaufgaben tragen zur Auflockerung bei. — 3. Die Autoren haben es sich zum Ziel gesetzt, Theorie und Praxis dadurch in Verbindung zu bringen, daß sie bewußt ganz konkrete Unterrichtshinweise an die Leser vermitteln. — 4. Den Verfassern geht es darum, trotz vielfacher Reglementierungen, zu einer Schule beizutragen, die sowohl Lehrern als Schülern ein Lernen ermöglicht, das nicht in total entfremdeten Bahnen verläuft. Ein »pädagogischer Optimismus« zeichnet die Kapitel aus, der manchmal der Gefahr nicht zu entgehen scheint, die realen Hindernisse und Widerstände bei der Durchsetzung der Ideen zu verniedlichen.

Hilbert Meyers »Leitfaden« ist für den Berufsanfänger gedacht: »Dieses Buch wendet sich an all jene, die freiwillig oder gezwungen eine ausführliche schriftliche Unterrichtsvorbereitung machen müssen, also vor allem an Berufsanfänger und Examenskandidaten sowie an alle, die in der Lehrerausbildung tätig sind...« (VIII). Eine Verwirklichung der Zielbeschreibung ist eigentlich von vornherein durch die im Begriff vereinigte Widersprüchlichkeit ausgeschlossen: »Ich möchte den ersten Anstoß zur reflektierten Routinebildung geben« (XI). Dieser Versuch, die »Quadratur des Kreises« zu verwirklichen, führt zu folgenden erziehungswissenschaftlichen Akzentsetzungen: a) Theorie und Praxis der Unterrichtsvorbereitung werden als eigenständiges didaktisches Forschungsfeld ausgewiesen und von Theorie und Praxis des Unterrichts abgegrenzt, — b) Unterrichtsrezepte werden für die didaktische Diskussion rehabilitiert, — c) die Routinebildung bei der Unterrichtsvorbereitung wird besonders in den Blick gerückt (XI, XII).

Der Band ist in 6 Kapitel unterteilt, deren Binnengliederung jeweils nach Lektionen erfolgt. Zuerst werden »Anfängerprobleme« behandelt, wobei Meyer in diesen ersten drei Lektionen auf von ihm als Hochschullehrer beobachtete Anfängerschwierigkeiten bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Unterricht eingeht. Die Lektionen 4 bis 7 des Kapitels 2 beschäftigen sich mit sog. »Feiertagsdidaktiken«. Der Verfasser kritisiert dabei die Ansprüche unterschiedlicher didaktischer Richtungen (bildungstheoretischer, lerntheoretischer und lernzielorientierter Ansatz) in Hinsicht auf deren Anforderungen an die Vorbereitung von Unterricht und stellt dem »Konkrete



Utopie: Schülerorientierung« als eigenes Konzept zur Vorbereitung gegenüber (Kapitel 3). Die Überlegungen dazu werden verdeutlicht in einem Raster zur Gestaltung eines schülerorientierten Unterrichts, das aus 6 Stufen besteht:

1. Vorläufige Festlegung des Themas der Unterrichtseinheit; 2. Bedingungsanalyse der Faktoren, die auf den Unterricht einwirken; 3. Bestimmung der Handlungsspielräume des Lehrers sowie Hypothesen über Alltagsbewußtsein und Interessen der Schüler; 4. Festlegung der Lehrziele des Lehrers und der Handlungsziele der Schüler; 5. Beschreibung einer Grobstruktur der Unterrichtseinheit mit den Inhalten, Methoden, Medien und den angestrebten Zielen und Handlungsprodukten; 6. Vorüberlegungen zur Auswertung (227-231).

Diese Schritte werden in den nächsten beiden Kapiteln zur »Bedingungsanalyse« (Lektion 10 bis 13) und zur »didaktischen Strukturierung und Auswertung« (14. bis 17. Lektion) anhand vieler Beispiele entfaltet. In der Bedingungsanalyse geht Meyer auf die Bedeutung der Richtlinien, den »heimlichen Lehrplan«, Alltagsbewußtsein und Schülerinteressen ein, während sich die Lektionen des 5. Kapitels der Bedeutung von Unterrichtsmethoden und der Handlungsorientierung im Unterricht widmen. Abgeschlossen wird der Leitfaden durch ausführliche Anlagen mit kommentierten Leseempfehlungen, einem lehrzielorientierten Test in Gestalt eines Kreuzworträtsels, einer Meckerecke und einem Sachregister.

Die vielen praktikablen Hinweise und Anregungen von Hilbert Meyer weisen einige Schwächen auf, z.B. in Hinsicht auf eine noch nicht ausreichende Beschäftigung mit dem subjektiven Faktor Lehrer bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Unterricht. In einem Leitfaden für Anfänger würde man ganz gerne etwas erfahren über die Möglichkeiten, persönliche Schwächen und Stärken herauszufinden, um sie in ihrer Bedeutung für den Unterricht einschätzen zu können. Die Ansätze zu einer Ich-Analyse des Anfängers (230ff.) müßten ausgebaut werden. Man würde ebenfalls gerne etwas über das subjektive Betroffensein des betreuenden Hochschullehrers erfahren, der ja nicht als pädagogisches Neutrum auf Stundenentwürfe und Realisierungen reagiert. Dies hängt auch damit zusammen, daß die Vielfalt der Tips und Rezepte leicht verwirren kann, da zu wenig Verbindendes gesagt wird. Ein solcher »roter Faden« könnte sich durch die Offenlegung des sich hinter den einzelnen Überlegungen verbergenden Menschenbildes ergeben. Dies müßte z.B. eine Entfaltung der Prämisse nahelegen, daß nicht nur intellektuelles, sondern auch produzierendes Arbeiten in der Schule dem tatsächlichen menschlichen Begabungspotential entspricht. Letztlich ist die Beziehung der »Schülerorientierung« zur Kategorie »Handlungsorientierung« nicht ganz eindeutig. Beispielsweise schreibt Meyer einleitend: »Schülerorientierter Unterricht ist für mich unter den gegebenen Bedingungen nur in Ausnahmefällen realisierbar. Deshalb habe ich mit dem Stichwort 'handlungsorientierter Unterricht' versucht, die Richtung zu beschreiben, in die ich die alltägliche Unterrichtspraxis gerne weiter entwickeln möchte« (VII). Seine konkrete Utopie heißt jedoch »Schülerorientierung«, nicht »Handlungsorientierung«.

Jochen und Monika Grell können als lehrerzentriert (115) charakterisiert werden. Das Buch ist geschrieben »für Lehrerstudenten und Lehrer in der II. Ausbildungsphase... die neben theoretischen Kenntnissen auch praktische Fähigkeiten erwerben möchten. Aber auch erfahrene Lehrer können davon Nutzen haben, wenn sie wünschen, ihre Unterrichtsgewohnheiten, die sie sich im Laufe der Zeit angeeignet haben, einmal einer kleinen oder großen Inspektion zu unterziehen und sie hier und da zu renovieren« (13).

Während Meyers »Leitfaden« also für Anfänger geschrieben ist, sollen hier auch erfahrene Lehrer Rezepte erhalten; nicht in erster Linie zur Vorbereitung von Unterricht, sondern zu seiner Durchführung. Dazu ist das »Rezeptbuch« in 11 Kapitel eingeteilt. Zuerst wird »Die Komplexität des Unterrichts und das Vorurteil gegen Rezepte« behan-

delt. Kapitel 2 schildert »Die Tradition des Erarbeitungsmusters«. Hierbei setzen sich die Verfasser in kritischer Weise mit dem »fragend-entwickelnden Verfahren« auseinander: »Wenn man häufig Unterrichtsstunden beobachtet, kann man auf den Gedanken kommen, daß Unterrichten dasselbe sei wie Ausfragen. Denn in vielen Unterrichtsstunden werden die Schüler vom Lehrer beinahe ununterbrochen nach Informationen ausgefragt, die sie eigentlich noch nicht haben können, weil sie sie ja erst lernen sollen« (53). Dieses Verfahren bildet die Negativfolie, vor der in einer ersten Übersicht ein »Rezept für die Ausführung einer Unterrichtsstunde« entwickelt wird. Dieses besteht aus den folgenden Phasen:

Phase 0: Direkte Vorbereitungen für den Unterricht. — Phase 1: Bemühen um das Auslösen positiv-reziproker Affekte beim Schüler. Hierunter wird eine wechselseitige Stimmungsansteckung beim Schüler, ausgehend vom Lehrer, verstanden (117). — Phase 2: In einem informierenden Unterrichtseinstieg wird deutlich gemacht, was, wie und warum gelernt werden soll. — Phase 3: Die Schüler erhalten die zum Lernen notwendigen Informationen in einem Informationsinput. — Phase 4: Den Schülern wird an Lernaufgaben demonstriert, wie das Problem bearbeitet werden kann. — Phase 5: Die Schüler erarbeiten selbständig Lernaufgaben. — Phase 6: In einer Auslöschungsphase erfolgt eine Umstellung von der selbständigen Arbeit auf das Zusammenwirken im Klassenverband. — Phase 7: Die Ergebnisse werden durch praktische Anwendung oder gemeinsame Diskussion weiter verarbeitet. — Phase 8: Am Schluß der Stunde erfolgt eine kurze Gesamtevaluation (103-116).

Nicht nur bei der Entwicklung des eigenen Konzeptes auf der Grundlage kritisch eingeschätzter anderer Ansätze, sondern auch in der weiteren Anlage gleichen sich »Leitfaden« und »Rezeptbuch«. Wie Meyer die Lektionen 10-17 dazu verwendet, sein Raster genauer vorzustellen, nutzen Jochen und Monika Grell die Kapitel 4-10 zur konkreten Beschreibung der einzelnen 8 Phasen ihrer Rezepte (117-277). Kapitel 11 beschäftigt sich abschließend mit einem »Rezept für das Lernen von Rezepten«. Hierbei werden Anregungen für die Gestaltung von Unterrichtsbeobachtungen und -betreuungen vermittelt, die auf gruppenspezifischen Erkenntnissen fußen.

Ein schwerwiegender Nachteil des Buches ist, daß so gut wie keine Anregungen für den Oberstufenunterricht gegeben werden. Dies ist sicherlich auf die Biographie der beiden Verfasser zurückzuführen, hat aber konkrete Auswirkungen auf die didaktische Grundidee, deren lehrerzentrierende Folgen im Sekundarstufen-II-Unterricht fehl am Platze sind, da dort die Möglichkeit und Notwendigkeit zur selbständigen Schülerarbeit generell viel höher anzusetzen ist, als in der vorwiegend betrachteten Primar- und Sekundarstufe I. Damit hängt zusammen, daß nicht darauf eingegangen wird, daß das Ziel der Schule sein sollte, die Schüler zum selbständigen, vom Lehrer unabhängigen Lernen zu befähigen und man den Eindruck nicht los wird, daß sich die Grellschen Rezepte insbesondere dieser Intention gegenüber konträr entwickeln. Die langfristigen Effekte sind daher Nagelprobe dieses Ansatzes, nicht kurzfristige Unterrichtserfolge.

Ähnlich wie bei Meyer bleibt die Darstellung des Lehrers nur schemenhaft. Ein Buch mit Rezepten muß, um im Bilde zu bleiben, auf die persönlichen Fähigkeiten und Schwächen der Köche eingehen und ihnen Hinweise an die Hand geben, diese festzustellen, zu korrigieren bzw. zu erweitern. Der »pädagogische Optimismus« gründet in beiden Bänden auf Phantasie und Kreativität des Lehrers, in vielen Fällen bei bewußter Nichtbeachtung und Umgehung der reglementierenden Einflüsse durch die Schule. Ein derartiger »lehrerzentrierter Optimismus« verlangt aber auch ein lehreranalytisches Programm.

Günter Alfs (Hude)

**Kohlberg, L., u.a.:** Standard Form Scoring Manual. Center for Moral Education. Harvard University, Cambridge, Mass., 1979 (4 Teile, br., 20,— \$).

Vietnam und Watergate, die Debatte um den § 218 und die konservativen Thesen

des Forums »Mut zur Erziehung« stellen aktuelle Anlässe dar, sich Wertproblemen verstärkt zuzuwenden, sie zu diskutieren und auf ihren Legitimitätsanspruch hin abzuklopfen. So ist es nicht verwunderlich, daß Moral und Ethik, moralisches Handeln, moralisches Urteilen und moralische Entwicklung (wieder) in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Betrachtungen gerückt sind. Auch innerhalb der Pädagogik gewinnen Konzepte einer »moralischen Erziehung« immer mehr an Einfluß und werden bereits in Schulen und Institutionen sozialer Kontrolle praktisch eingesetzt. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß ein Autor, der sich vornimmt, zur moralischen Entwicklung der Menschen beizutragen und in Aussicht stellt, so zu einer gerechteren Gesellschaft zu gelangen, große Aussichten auf Anerkennung vorfindet; und zwar nicht nur in der scientific community, sondern auch und darüberhinaus in der breiten Öffentlichkeit. Diesen Versuch, eine umfassende Darstellung der Moralentwicklung und -erziehung zu erarbeiten, nimmt Lawrence Kohlberg seit über 20 Jahren vor; einen ersten komprimierten Überblick bietet nun das zu rezensierende Manual, das aus 4 in sich abgeschlossenen Teilen besteht.

Teil I, die Einleitung, umfaßt die theoretischen Grundlagen, der II. Teil gibt einen detaillierten methodischen Überblick zu Auswertung und Klassifikation der Interviews zum moralischen Urteilen; die Teile III und IV beinhalten die Dilemmata, die zur Erzeugung moralischer Urteile eingesetzt werden, sowie Musterantworten und Prüfsteine zur korrekten Auswertung der erzielten Antworten sowohl für den Test als auch für den Nachtest. Gegenstand dieser Rezension ist überwiegend der erste, theoretische Teil des Manuals. Zu den Auswertungsverfahren selbst sei nur soviel angemerkt, daß sie nur unter sehr großen Schwierigkeiten ohne Teilnahme an den vom Harvard Center For Moral Education durchgeführten »Auswertungs-Workshops« bewältigt werden können. Eine Tatsache, die der empirischen Verwendung und Ausbreitung des Kohlbergschen Ansatzes sicher nicht förderlich ist und der von verschiedener Seite in den USA (Gibbs, Rest) und in der Bundesrepublik (Lind) durch die Entwicklung einfacherer Auswertungsverfahren begegnet wird.

Zunächst muß festgehalten werden, daß Kohlberg bei der Beschreibung seiner Arbeiten und deren Einbettung in einen größeren (ideengeschichtlichen) Kontext es vermeidet, schon von einer Theorie zu sprechen. Er zieht den Ausdruck »approach« vor, um einerseits den Rahmen seiner Betrachtungen abzustecken und andererseits auf deren Unabgeschlossenheit hinzuweisen. Unter diesem Gesichtspunkt scheint es sinnvoll, als approach eine »Familie von Theorien« oder ein Paradigma im Kuhnschen Sinne zu bezeichnen. (Zumindest irreführend ist jedenfalls die Übersetzung mit »Methode«, wie sie in »Zur kognitiven Entwicklung des Kindes«, Frankfurt 1974, vorgenommen wird.) Als verwandt in diesem Sinne werden die Arbeiten von G.H. Mead, Piaget, Baldwin, Dewey, Rawls und neuerdings besonders Durkheim angesehen und in unterschiedlichem Maße berücksichtigt.

Das Zentralstück des Kohlbergschen Ansatzes bilden Stufen der moralischen Entwicklung, die strukturell definiert und voneinander geschieden werden. Kohlberg postuliert 5 Stufen, die eine universell vorfindbare invariante Sequenz bilden sollen und von allen Subjekten in dieser Abfolge durchlaufen werden — wenn auch nur wenige die höchste Stufe erreichen; die in früheren Arbeiten erwähnte 6. Stufe wird in diesem Manual wegen fehlender empirischer Nachweisbarkeit nicht mehr berücksichtigt. Die Einteilung der Stufen erfolgt in 3 Level, so daß sich folgendes Bild ergibt (24ff.):

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| I. Präkonventioneller Level    | 1. Stufe: Heteronome Stufe                     |
|                                | 2. Stufe: Stufe des instrumentellen Austauschs |
| II. Konventioneller Level      | 3. Stufe: Stufe wechselseitiger Erwartungen    |
|                                | 4. Stufe: Stufe des sozialen Systems           |
| III. Postkonventioneller Level | 5. Stufe: Stufe des Sozialkontraktes           |
|                                | (6. Stufe: Universell ethische Prinzipien)     |

Diesen Stufen, die durch Klassifizierungen von Antworten auf moralische Dilemmata gewonnen werden und einen präskriptiven Charakter besitzen (Was sollte X tun?), werden in jüngster Zeit Stufen der Übernahme sozialer Perspektiven zugeordnet und damit Elemente des Symbolischen Interaktionismus, die bisher von Kohlberg nur plakatativ gebraucht wurden, in den Ansatz integriert (18). Dies dürfte besonders im Hinblick auf die gegenwärtig zu beobachtende Einbeziehung symbolisch-interaktionistischer Theorieelemente in die erziehungswissenschaftliche Diskussion die Auseinandersetzung mit den Kohlbergschen Ausführungen noch vorantreiben. Darüberhinaus sollte die Rezeption Kohlbergs als Reifungstheoretiker, wie dies mit Piaget häufig der Fall ist, damit ausgeschlossen sein. Weiterhin ist bemerkenswert, daß neben dieser Einbeziehung des Symbolischen Interaktionismus insgesamt eine Abkehr von rein psychologischen Vorstellungen zugunsten einer »Soziologisierung« der Aussagen feststellbar ist. So wird ausdrücklich betont, daß die Basisbegriffe der Analyse nicht aus der Psychologie, sondern aus der Soziologie und Philosophie kommen (10).

Das Ziel bzw. der Endpunkt einer gelungenen moralischen Entwicklung ist erreicht, sobald das Subjekt über Prinzipien der Gerechtigkeit (Stufe 5) verfügt. Wenn die Regeln oder Gesetze einer Gesellschaft (Konventioneller Level) mit den Urteilen eines prinzipiengeleiteten Subjekts in Konflikt geraten, entscheidet das Subjekt aufgrund von Prinzipien und fügt sich nicht den Anforderungen von außen. Insofern kann man für dieses Denken durchaus den Habermasschen Begriff des »überschießenden Potentials«, das zur Transformation bestehender Institutionen beiträgt, geltend machen. Diese Übereinstimmung von Urteilen und Handeln gilt aber nur auf der postkonventionellen Ebene. Bei ca. 80 % der (US-)Bevölkerung, die diese Ebene nicht erreichen, läßt das Urteilen keinen Rückschluß auf mögliche Handlungen zu. So wird deutlich, daß moralische Urteile, also Modi des präskriptiven Bewertens des »sozial Guten und Richtigen« (10), gewissermaßen Kompetenzen des Subjekts darstellen. Deren Explikation muß sinnvollerweise an »klaren« Fällen ansetzen, die (prinzipiell) von allen Interpreten übereinstimmend als richtig ausgezeichnet werden könnten (clear case principle). Von den auf diese Weise entwickelten Explikationen ausgehend, können nach und nach weitere, zunächst unklare Phänomene untersucht werden. Die jeweilige Handlungsführung (Performanz), die ja im sozial- und erziehungswissenschaftlichen Kontext besondere *Handlungs*-Relevanz besitzt, wird somit unterhalb des postkonventionellen Levels von dem Kohlbergschen Ansatz nicht erfaßt (vgl. dazu die Lösungsansätze bei Döbert/Nunner-Winkler). Darüberhinaus scheint — das kann hier nur angedeutet werden — lediglich ein besonderer Handlungstypus, nämlich der des kommunikativen Handelns so analysierbar zu sein; zweckrationales Handeln, bei dem bestimmte Geltungsansprüche (Wahrheit, Wahrhaftigkeit) suspendiert sind, entzieht sich der Untersuchung bzw. fügt sich dem vorgegebenen Rahmen nicht.

Detlef Garz (Wiesbaden)

## Psychologie

**Quekelberghe, Renaud van:** Systematik der Psychotherapie. Vergleich und kognitiv-psychologische Grundlegung psychologischer Therapien. Urban & Schwarzenberg, München 1979 (374 S., br., 38,— DM).

Zu Beginn konstatiert der Autor, daß der Bereich der Psychotherapie selbst für den Fachmann unübersichtlich geworden ist. Um aus diesem »Irrgarten« (2) herauszufinden und den Streit der verschiedenen Schulen Psychoanalyse, Verhaltenstherapie und Gesprächstherapie zu beenden, hält Quekelberghe die Entwicklung einer komparativen Psychotherapieforschung für notwendig. Diese soll die Relevanz von Kenntnissen aus

psychologischen Teildisziplinen einschätzen, konkrete Therapieformen untersuchen und eine einheitliche Grundlegung therapeutischen Handelns liefern. Diese soll durch die »kognitive Psychologie« theoretisch fundiert werden, die der Autor nicht als psychologische Teildisziplin, sondern als »Metapsychologie« (14) versteht.

Für das Vorhaben müssen wesentliche Paradigmen einer integrativen Theorie entwickelt werden. Der Autor nimmt keine Gegenstandsbestimmung einer Psychotherapie vor. Es wird nicht näher erläutert, was als »psychisch gestört« oder »behandlungsbedürftig« gelten soll. So wird der Zustand, daß Konzeptionen wie Psychoanalyse, Verhaltenstherapie u. a., die auf nicht miteinander vereinbarenden Grundbegriffen basieren, nebeneinander bestehen, ohne daß entschieden werden kann, welche der Theorien wissenschaftlich haltbar ist bzw. welche Teile der Theorien realen Erkenntnisgehalt besitzen, grundsätzlich nicht aufgehoben, damit ist eine Integration nicht möglich. Entsprechend wenig begründet ist dann die »Kognitive Psychologie« als einheitliche wissenschaftliche Grundlegung. Auch sie kann ohne Gegenstandsbestimmung nicht inhaltlich begründet werden. Als wichtigen Gesichtspunkt begreift der Autor, daß sie nicht mit einer bestimmten Therapieschule einhergeht.

Zur Konstruktion einer »kognitiv-psychologischen Ausgangsbasis« stellt der Autor verschiedene theoretische Modelle vor, wie den interaktionistischen Ansatz von Mischel und die Attributionstheorie, und versucht geeignete Elemente herauszuarbeiten. Kennzeichnend für den Stand der theoretischen Durchdringung der einzelnen Ansätze sind folgende Aussagen: »Für den Versuch einer kognitiv-psychologischen Grundlegung psychologischer Therapien scheinen weite 'Teile' der Attributionsforschung in Frage zu kommen. Es bleibt aber zu klären, wie sie in Zusammenhang mit Handlungstheorien und kognitiven Lernmodellen eine einheitliche »Kognitive Psychologie« bilden werden.« (48) Anhand des »Problemlöseparadigmas« will der Autor die Ausgangsbasis für die Entwicklung von sozial-kognitiven Handlungsmodellen erarbeiten, die der Integration des psychotherapeutischen Tuns dienen sollen. Wurde zu Beginn nicht geklärt, was »psychische Gestörtheit« sein soll, kann nun nicht angegeben werden, welche Verhaltens- und Verarbeitungsweisen beim Klienten (wieder) hergestellt werden sollen. Ohne diese Bestimmung bleibt die Festlegung des Therapieziels und die Darstellung von Verfahren formal. Dieses Dilemma wird besonders im Kapitel 3 deutlich, wo der Autor einen Überblick über wichtige Ergebnisse und Probleme der Psychotherapieforschung geben will. Er kommt dabei über eine Aneinanderreihung einzelner Untersuchungen nicht hinaus. Als eine wichtige Aufgabe der komparativen Psychotherapieforschung betrachtet Quekelbergh die Entmythologisierung, d.h. z.B. die Enthüllung von unhaltbaren Theoriedoktrinen. Der Autor zeigt Schwachpunkte verschiedener psychotherapeutischer Theorien auf und weist auf Fehleinschätzungen von Phänomenen hin (wie z.B. über »spontane Remission«). Zudem stellt er Untersuchungen über den Therapieabbruch dar und geht auf beeinflussende Faktoren ein, ohne jedoch ein Bedingungsgefüge aufzeigen zu können. Im Anschluß daran versucht der Autor einen »Bezugsrahmen« zu entwickeln, der dazu befähigen soll, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Psychotherapien herauszuarbeiten. In »kognitiver Wiederaufbereitung« sollen Behandlungsformen rekonstruiert werden. Die Behandlungsformen werden anhand von fünf Niveaus dargestellt: therapeutischer Handlungsraum, Therapie-technik, Therapietheorie, Persönlichkeits- bzw. Verhaltenstheorie, Metatheorien. Die Niveaus will er als flexible Hierarchie verstanden wissen.

Schließlich beschreibt der Autor eine »Differentielle Psychotherapie«, die sich entsprechend dem Problemlösungs-Paradigma gestaltet und diskutiert ihr Verhältnis zu anderen therapeutischen Ansätzen. Hier werden Begründungen für Übereinstimmungen mit anderen Therapieformen formuliert. Allerdings bleibt die Darstellung zu holzschnittartig.

Jörg Ebeling (Gießen)

**Tomaszewski, Tadeusz:** Tätigkeit und Bewußtsein. Beiträge zur Einführung in die polnische Tätigkeitspsychologie. Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 1978 (140 S., br., 18,— DM).

In einer Sammlung von sechs Aufsätzen wird ein guter Einblick gegeben in die auf materialistischer Grundlage entwickelte polnische Psychologie, die ihren Gegenstand bestimmt als »Wissenschaft von den menschlichen Tätigkeiten und vom Menschen als deren Subjekt.« (25) Unterschieden werden drei Teiltheorien: die Situations-, die Persönlichkeits- und die Tätigkeitstheorie. Letztere wird als Regulationstheorie verstanden, deren Basis ist, »daß der Mensch seine Beziehungen mit der physischen und sozialen Umwelt *regulieren* muß und daß von den Ergebnissen dieser Regulation das Überleben, das richtige Funktionieren und die Entwicklung des menschlichen Individuums abhängen.« (8) Gegenüber den tierischen Organismen, deren Verhalten im wesentlichen reaktiv ist, zeichnet sich die menschliche Tätigkeit durch ihren gerichteten Verlauf aus, »der auf das Erreichen eines bestimmten (antizipierten) Endzustandes hin tendiert.« (63) Tomaszewski zerlegt das menschliche Zielverhalten zunächst in seine einzelnen Teiloperationen und gelangt von dort zur Analyse der an der Tätigkeit beteiligten Subsysteme des menschlichen Organismus: »das Orientierungssystem, das Informationen aufnimmt, das zentrale System, das die Informationen in Aufgaben, Modelle, Pläne und Entscheidungen umformt, und das Ausführungssystem« (74). Dementsprechend sieht er die Regulationsmechanismen der Tätigkeit in bestimmten Reizen, denen der Mensch unterworfen ist, im Vorhandensein einer entsprechenden Energie (Motivation) und in der Decodierung empfangener Reize auf dem Hintergrund eines orientierend-programmierenden Systems. Zu letzterem gehören das erworbene Wissen, »das System der Ansichten und Meinungen, das Weltbild, die Selbsteinschätzung, auch das System der Pläne und Programme, Handlungsmethoden, Strategien usw.« (83). Diese innere Organisation, die dem Verhalten eine gewisse Autonomie gegenüber den eintreffenden Reizen verschafft und ihm gleichzeitig den gerichteten Verlauf verleiht, bezeichnet er als »Persönlichkeit« (19). Im Bereich der Persönlichkeitspsychologie scheint mir eines der fruchtbarsten Forschungsfelder der polnischen Tätigkeitspsychologie zu liegen. Tomaszewski versucht von seinem Ansatz aus, Ergebnisse der traditionellen Psychologie kritisch zu interpretieren und zeigt, wie bspw. von der Lewinschen Feldtheorie oder vom Behaviorismus erforschte Zusammenhänge als zwar nicht wesentliche, doch modifizierende Bedingungen menschlichen Handelns integrierbar werden.

Dagegen scheint mir die Regulationstheorie noch stark in der Denkfigur des traditionellen S-R-Schemas verhaftet: nach wie vor steht der Empfang diffuser Reize am Anfangs-, die Reaktion darauf am Endpunkt der Tätigkeit. Zwar wird menschliches Verhalten als verändernd und zielgerichtet angesehen, doch ist es nicht der Mensch selbst, der die Ziele des Handelns setzt. Deutlich wird dies vor allem in der Frage der Handlungsmotivation, wo Tomaszewski von einem reaktiven Bedürfnisbegriff ausgeht. Der Mensch wird hier nicht im Wissen um seine Bedürftigkeit vorsorgend tätig; erst die Störung des Gleichgewichts zwischen Umwelt und Organismus ruft »einen aktiven Zustand hervor, ein Bestreben, den Gleichgewichtszustand wiederherzustellen. Die Prozesse der Wiederherstellung des immer aufs neue gestörten Gleichgewichts nennen wir Regulationsprozesse« (53).

Auch in der Situationstheorie scheint mir das genannte theoretische Defizit identifizierbar. Die Situation wird bestimmt als System der wechselseitigen Beziehungen des Menschen »mit anderen Elementen seiner Umwelt zu einem bestimmten Zeitpunkt« (31). Zwar wird der Mensch als Subjekt der Situation begriffen, sein Verhalten in dieser als jeweils zielbewußte Lösung einer bestimmten Aufgabe, doch es bleibt ungeklärt, woher die Aufgabe entspringt. Dieses Problem ist vom Ausgangspunkt Tomaszewskis aus, der Analyse der *individuellen* Tätigkeit, allerdings auch nicht zu lösen. Über die

Ziele und Notwendigkeiten menschlicher Tätigkeiten wird stets auf gesellschaftlicher Ebene entschieden; und von der Beschaffenheit dieser gesellschaftlichen Ziele hängt ab, inwieweit das Individuum — in Verfolgung dieser Ziele — die Bestimmung über seine Lebensbedingungen ausdehnen, also sein Subjektsein tatsächlich verwirklichen kann.

Wenn die Auseinandersetzung mit der polnischen Tätigkeitspsychologie dennoch empfohlen werden kann, so deshalb, weil sie in ihrer offenen Konzeption Raum läßt zur theoretischen Weiterentwicklung. Erwin Seyfried (Berlin / West)

van Ussel, Jos: Intimität. Focus-Verlag, Gießen 1979 (299 S., br., 22,— DM).

Das bereits 1975 in den Niederlanden veröffentlichte Werk des belgischen Historikers setzt die 1970 in seiner Studie zur Geschichte bürgerlicher Sexualfeindschaft und -aufklärung begonnene Kritik »sexualisierter Sichtweise« konstruktiv fort: »Ein sexualisierter Blick auf den intimen Kontakt zwischen Menschen stimmt nicht mit der Wirklichkeit überein.« (19) Häufig erscheint der genitale Kontakt als die soziale Notwendigkeit, ohne die Selbstbestätigung und Wertschätzung innerhalb einer interpersonellen Beziehung nicht realisierbar sind (88, 111). Sexualität nimmt somit häufig Stellvertreterfunktion ein für die im Prinzip nicht-sexuelle Erwartung der Individuen, Geborgenheit durch den wechselseitigen Austausch über Erfahrungen und Bedürfnisse zu erlangen.

Die »multisektorielle Grenzüberschreitung« (189, 263) strebt an, die durch die bürgerliche Entwicklung verursachte Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, der die Spaltung des Individuums zwischen psychischem »innen« und gesellschaftlichem »außen« (75) entspricht, dadurch aufzuheben, daß die Partner den äußeren »Sektor des Daseins« in ihre verbale und nonverbale Kommunikation miteinbeziehen. Voraussetzung hierfür sei die bewußte antihierarchische Organisation interpersoneller Beziehung nach den Maßstäben egalitärer Machtverteilung und selbstbestimmter Subjekte (228ff.). In der Praxis scheiterte die »Grenzüberschreitung« an dem verinnerlichten Leistungsprinzip der Menschen, die mit einer »mechanischen«, aber nicht partnerzentrierten »Tu-was Haltung« ins Bett gehen (217). Sexuelle Schwierigkeiten entstehen »nicht an den sexuierten Organen«, sondern durch Störungen in den interpersonellen Beziehungen und in dem Verhältnis der Individuen »zur Körperlichkeit und Sinnlichkeit und in der Bewertung der Wollust.« (30) Weil die traditionelle Verwendung des Begriffs Sexualität eine medizinisch und genital verkürzte Erkenntnisystematik impliziert, könne die Sexuologie nicht zu den Ursachen sexueller Probleme vordringen. Sie bleibe durch den »sexualisierten Blick« auf das komplexe soziale Verhalten notwendig systemkonforme Krisenwissenschaft, wenn die sich in den individuellen, sexuellen Problemen widerspiegelnden ökonomischen und politischen Mechanismen unerörtert bleiben (75, 139).

Trotz dieser wichtigen Hinweise gehören die Versuche van Ussels, gemäß dem eigenen Anspruch, den gebrochenen Erlebnisbezug des Menschen zum eigenen und fremden Körper durch eine politökonomisch fundierte Interaktionstheorie zu klären, zu den schwächeren Teilen seiner Studie. Zwar veranschaulichen die mit der Kategorie der »Verbürgerlichung« (50ff.) charakterisierten Beispiele, daß die entstehende Fetischisierung des Arbeitsethos Lusterlebnis zunehmend als unproduktiv und störend empfinden läßt und daß die Privatheit der Familien und der Individuen den »intimen Kontakt« nur durch den Widerstand gegen die Funktionalisierung eigener und fremder Körperlichkeit (54) ermöglicht. Jedoch verschüttet die Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensausrägungen verallgemeinernde Kategorie die auch hinsichtlich der Verhaltenskonsequenzen bestehenden Unterschiede zwischen einfacher und erweiterter Warenproduktion. Die Frage bleibt offen, welche Auswirkungen die noch nicht vom Kapital deklassierte Kleinwarenproduktion, die in ihrer Konstitutionsphase die herrschafts-

freien Postulate Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hervorbrachte, auf die Interaktionsformen der Individuen hatte.

Statt der unfruchtbaren Subsumtion unterschiedlicher Verhaltensmodellierungen wäre eine sexualwissenschaftliche Aufarbeitung klassen- und schichtenspezifischer Verkehrsformen unter Beachtung der auch psychische Erkenntnisqualität besitzenden Kategorien politischer Ökonomie wünschenswert. Eine vom interaktionstheoretischen Interesse geleitete und »multisektorielle Grenzüberschreitung« intendierende Untersuchung hätte besonders die mit der Auflösung einfacher Warenproduktion und agrarischer Hauswirtschaft einhergehende wachsende Geschlechterpolarität zu betrachten. Während die bürgerliche Frau durch die Privatheit des Hauses in die gesellschaftliche Isolation gerät, wird der Kapitalist durch die Sicherung erweiterter Reproduktion und progressiver Bereicherung Ernährer der Familie. Zwar sind sowohl der proletarische Mann als auch die proletarische Frau dem persönlichkeitsbildenden Zwang unterworfen, die Arbeitskraft fortwährend unter gleichbleibenden Bedingungen zu realisieren, trotz dieser »Gleichheit in der Unterdrückung« erscheint die Frau dem Mann objektiv und subjektiv als Konkurrentin auf dem Arbeitsmarkt. Welche Bedeutung hat diese Situation für die Beziehung der Geschlechter?

Forschungsstrategisch bedeutsam ist die Forderung von Ussels, daß die Sexualforschung sich von der genitalfixierten Sichtweise und somit vom »Einfluß außerwissenschaftlicher Faktoren« (50) emanzipieren müsse. Die genitalorientierte Sexuologie ist historisches Resultat des objektiv aus der »propagandistischen Tendenz des Kapitals« (Marx) und subjektiv aus dem Anspruch des Bürgertums als Stand par excellence sich entwickelnden Interesses an Populationszuwachs. Daraus folgt von Ussel die bekannte jedoch auch umstrittene These von der Konstituierung der monogamen Ehe als bürgerliche Reproduktionsgruppe, die die Einengung der Sexualität auf die Betätigung heterosexueller Fortpflanzungsorgane verlangte (59f.). In Übereinstimmung mit Foucault, der in »Sexualität und Wahrheit« seit dem 17. Jahrhundert eine »diskursive Explosion um den Sex« feststellte, konstatiert von Ussel ein aus der Konfliktsituation verdrängter Sexualität resultierendes stimuliertes Bewußtsein (62f.). Dieses unter der Hülle tabuisierter Geschlechtsorgane sich ausprägende Interesse für den Genitalbereich findet in der heutigen »sexualisierten Sichtweise« einen Kulminationspunkt. So werden Erektionen i.d.R. sexuell interpretiert, obwohl sie auch »als Folge von Angst, Aufregung, Strafen, Examen, stramm sitzender Kleidung usw.« (132) entstehen können. Die mit dem bürgerlichen Fortpflanzungsinteresse verkoppelte »sexualisierte Sichtweise«, die »die Geschlechtsteile ins Zentrum« (152) rückt, festigt den Gegensatz zwischen Heterosexualität und Homosexualität und legt einen Grundstein für die Diskriminierung der Homosexuellen. Statt genitalfixierter Terminologie fordert von Ussel eine Begrifflichkeit und Erkenntnisystematik, die das soziale Verhalten der Individuen mit sozialen Kategorien betrachtet. Diese müßten »stärker sensibilisiert sein für dasjenige, was der Mensch mit dem Menschen macht, auch in intimen Beziehungen.« (12) Eine Entstigmatisierung der Homosexuellen wird dann erleichtert, wenn die gemeinsame Arbeit mit Gleichgeschlechtlichen oder gleichgeschlechtliche Freundschaften als öffentliche Homozialität und Homokultur anerkannt würden. »Menschen gehen mit Menschen um, eine Trennungslinie aufgrund der Geschlechtsorgane zu ziehen, ist etwas lächerlich.« (149)

Der plausibel geführte Nachweis, daß eine wissenschaftskritische Überprüfung sexualologischer Termini nicht nur erkenntnistheoretischen Wert, sondern auch gesellschaftspolitische Implikate hat, gehört zum Vermächtnis des verstorbenen Historikers von Ussel.

Norbert Hatebur (Münster)



**McClelland, David:** *Macht als Motiv. Entwicklungswandel und Ausdrucksformen.* Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 1978 (313 S., br., 29,— DM).

Der Autor, vor Jahren mit dem Titel »Leistungsgesellschaft« hervorgetreten, wo er insbesondere Strategien entwickelt hatte, wie Motivationsprobleme innerhalb des Unternehmens angegangen werden könnten, hat auch in seinem neuen Buch praktische Probleme im Visier. Er widmet sich dem Studium des Bedürfnisses nach Macht, das er definiert, als »die Vorstellung, *Einfluß* zu haben« (20), und er hofft, daß seine »Untersuchung des Machtmotivs zu einem besseren Verständnis des Führungsverhaltens in Verwaltung, Gesellschaft und Politik verhelfen« wird (187). Im Anschluß an seine frühere Problemstellung geht es ihm vor allem darum, wie das Verhalten von Managern aussehen muß, die sowohl motivieren, als auch führen können. Die Schwierigkeiten, beides zusammenzubringen, weil die Entstehung motivierten Handelns an das Maß selbständiger Zielbestimmung geknüpft ist, versucht er zu beheben.

Entsprechend den Entwicklungsphasen in der psychoanalytischen Theorie unterscheidet McClelland verschiedene Ausprägungsformen des Machtbedürfnisses. Im ersten Stadium, der oralen Phase, empfängt man Stärke von den anderen, verleiht sie sich ein und fühlt sich dadurch mächtig. In der analen Machtphase werden die Quellen der Macht im eigenen Selbst gefunden; es kommt zur Anhäufung von Dingen, zur Präsentation von Besitztümern, die als Teil des Selbst empfunden werden. Danach folgt die phallische Phase, in der Macht dadurch demonstriert wird, daß man etwas geschehen lassen kann; sie impliziert eine Konkurrenzhaltung und enthält, als ihr negatives Spiegelbild, auch die großzügig gewährte Hilfeleistung. In der genitalen Machtphase schließlich transzendiert der Mensch alle subjektiven Machtgelüste. In Überantwortung an eine höhere Autorität tut er seine Pflicht: »die eigenen Interessen irgendeinem höheren Ziel unterzuordnen, ohne das Gefühl zu haben, daß man sich in diesem Prozeß selbst 'verliert'« (37), ist Anzeichen höchster Reife.

Auf gesellschaftlicher Ebene sieht McClelland die Ausübung von Macht meist negativ bewertet. Deshalb versucht er Kriterien zur Beurteilung von neutraler Machtausübung anzugeben. Wirkliche Führerschaft, so macht er mit Verweis auf seine Machthierarchie deutlich, hat nichts mit der primitiven Praxis persönlicher Machtherrschaft zu tun; die Rolle eines guten Führers »beinhaltet vielmehr die Aufgabe, den Menschen das Gefühl der Macht und Größe zu vermitteln, ihnen das Gefühl einzuflößen, daß sie die Akteure und nicht die Marionetten des gesellschaftspolitischen Systems sind« (194). Guten Managern, so stellt er in einer empirischen Studie fest, macht es »selbst Freude, Organisationen anzugehören« (236), und sie sehen ihre Aufgabe darin, auch die Arbeitenden für die Ziele des Unternehmens zu gewinnen, ihnen innerhalb dieses Rahmens aber möglichst freien Raum zur Selbstbestimmung zu lassen, um ihnen dadurch das »Gefühl« zu vermitteln, Einfluß zu haben. An verschiedenen historischen Beispielen versucht McClelland dann zu belegen, daß immer dann, wenn es Führer verstanden, den Individuen Ziele vorzugeben, denen sie sich unterordneten, die sie aber dennoch selbständig verfolgten, »in der Regel eine Großmacht oder ein Weltreich« (242) entstand.

Durch die Auswertung von empirischen Materialien (Romanen, Schulbüchern, Kirchenliedern, usw.), in denen entsprechende Machtmotive vorkommen, versucht er auch zu zeigen, »daß es von der Gesinnung eines Landes abhängt, ob es Krieg führt oder nicht« (278).

So wenig man seinen kausalen Erklärungen wird folgen können, so lehrreich ist doch seine Untersuchung, weil sie zeigt, welcher Mittel und Motive sich die Indienstnahme und Organisierung der Individuen von oben bedient, um sie für Zwecke zu gewinnen, die ihren eigentlichen Interessen widersprechen. Erwin Seyfried (Berlin/West)

## Soziale Bewegung und Politik

**Deppe, Frank, Willi Gerns und Heinz Jung (Hrsg.):** *Marxismus und Arbeiterbewegung. Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag.* Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1980 (375 S., br., 19,80 DM).

Der Band enthält 25 Aufsätze von Wissenschaftlern und Politikern überwiegend aus der DKP und ihrem politischen Umfeld. Die Autoren behandeln Themen, »die in Beziehung zu den Debatten in der Arbeiterbewegung und generell der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland stehen« (9), und gehen dabei von marxistischen Positionen aus. Um drei Themenbereiche, »die auch im Zentrum der wissenschaftlichen und publizistischen Arbeit Josef Schleifsteins stehen« (9), gruppieren sich die Kurzbeiträge.

Der Geschichte der Arbeiterbewegung ist der erste Themenkreis gewidmet. Thematisiert werden die Novemberrevolution in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung (*J. Harrer*), die Einheitsfront-Politik der KPD 1927 in Hamburg (*G. Fülberth*), 1933-1945 (*K. Bachmann*) und nach 1945 in den Westzonen (*F. Krause*). Eine erkenntnisreiche und differenzierte Analyse der RGO-Politik am Ende der Weimarer Republik entwickelt *Lothar Peter*. *G. Judick/B. Hartmann* reflektieren Erfahrungen aus den demokratischen Bewegungen der fünfziger und sechziger Jahre — wobei die in diese Zeit zurückreichenden Wurzeln demokratischer Bewegungen der siebziger Jahre (neue Frauenbewegung, Umwelt-Bewegung, Bürgerinitiativen u.ä.) leider unberücksichtigt geblieben sind. *Wolfgang Abendroth* rundet diesen Themenbereich mit einem Blick auf die Renaissance des Austromarxismus in SPOe und SPD gegen Ende der siebziger Jahre ab.

Der zweite Problemkreis steht unter dem Titel *Ideologie und Arbeiterklasse*. Eine informative historisch-politologische Analyse der Totalitarismustheorie legt *Reinhard Opitz* vor. *H.J. Sandkühler* (Sozialdemokratie und kritischer Rationalismus) und *C. Butterwege/H. Jung* (Staatsfrage und Revisionismus) setzen sich kritisch mit ideologischen Vorstellungen der SPD, besonders mit deren Orientierungsrahmen '85 auseinander. In einer aufschlußreichen Darlegung neosyndikalistischer Tendenzen in der aktuellen Gewerkschaftsdiskussion weisen *G. Hautsch/K. Pickshaus/W. Rossmann* nach, daß die Entgegensetzung ausschließlich betriebsfixierter »Basismobilisierung« und außerbetrieblicher »politischer Mobilisierung« praktisch wie theoretisch falsch ist. *R. Faust/J. Goldberg/W. Schwarz* befassen sich mit Keynesianismus und Politischer Ökonomie der Arbeiterklasse, während *H. Holzer/R. Steigerwald* das kapitalistische Pluralismuskonzept — allerdings etwas salopp — zerpflücken. Aus dem Beitrag von *H.H. Holz* über die Auflösung des Begriffs in der Kritischen Theorie spricht ein marxistischer, aber nur schwer verständlicher Philosoph. Anregend und lehrreich sind die Beiträge von *H. Lange/A. Leisewitz* (Materialistische Dialektik und Naturwissenschaftler), *W.F. Haug* (Brechts Beitrag zum Marxismus) — ein intellektueller Genuß — und *F. Hützer* (Notizen zu Lage und Bewußtsein der Kulturschaffenden).

Den dritten Teil des Buches bilden Aufsätze zur Strategie und Taktik des Klassenkampfes heute. Dabei fällt auf, daß zwar über politische und ökonomische Fragen geschrieben wird: *W. Gerns/F. Rische* über die antimonopolistische Orientierung der DKP; *E. Dähne/B. Gütber/K. Priester* über neue gewerkschaftliche Kampffelder; *H. Bömer/J. Huffschnid/A. Sörgel* über die »Memoranden« zur alternativen Wirtschaftspolitik. Kaum jedoch wird das neue bedeutsame Feld der Klassenauseinandersetzungen, nämlich die Ökologie-Frage, der »Widerspruch zwischen Mensch und Natur« (Bahro), erwähnt, geschweige denn untersucht. Zwei Aufsätze behandeln das kollektive und individuelle Arbeiterbewußtsein (*J.H.v. Heiseler/H. Werner* und *K. Maase*). Einen selbstkritischen Beitrag zu Demokratieabbau und Gegentendenzen in der BRD hat *Herbert Lederer* verfaßt, der zu größerer Lernbereitschaft innerhalb der Linken —

eingeschlossen der Kommunisten — auffordert. Schließlich skizzieren *L. Knorr* und *K. Steinhaus* einige internationale Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung (Entspannung, Rüstung, Weltwirtschaft), der letztgenannte mit einigen interessanten Statistiken zur bundesdeutschen Ökonomie.

Die einzelnen Aufsätze sind von unterschiedlicher Qualität, was Informationsgehalt, methodische Bearbeitung und Lesbarkeit betrifft. Positiv ist zu vermerken, daß nicht nur Hochschullehrer, sondern auch Publizisten und Funktionäre der Arbeiterbewegung zum Buchthema beigetragen haben. Die kurzen Arbeiten sind mit wenig Ausnahmen auch für Nicht-Akademiker, Nicht-Fachleute lesbar. Es handelt sich auch um keine übliche »Festschrift«, wo sich Prominenz die Feder zu kultähnlicher Personenverehrung reicht. Reverenz wird der Person *Josef Schleifsteins*, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M., neben einer Kurzbiographie und einer wertvollen ausführlichen Bibliographie durch die Wahl der Verfasser erwiesen, die aus der marxistischen Intelligenz der Hochschulen, der DKP und dem IMSF stammen, »Bereiche, die für die Arbeits- und Diskussionszusammenhänge Josef Schleifsteins in den letzten Jahren am wichtigsten sind« (9). Allerdings kann man sich fragen, ob eine Ausweitung des Autorenspektrums (in Richtung linke SPD, parteiunabhängige marxistische Intelligenz, grüne Bewegung etc.) dem von Schleifstein vertretenen breiten Bündniskonzept nicht besser entsprochen hätte. Der Begriff Arbeiterbewegung ist, was Autorenwahl und Themenbearbeitung betrifft, m.E. doch etwas eng gefaßt. Bedauerlich ist auch, daß unter 38 Männern einzig zwei Frauen — beide mit Kollektivbeiträgen — vertreten sind, und damit die für die Arbeiterbewegung und den Marxismus wichtige Geschlechterfrage völlig wegfällt. Trotz solcher Lücken scheint mir die Aufsatzsammlung als »Schulungsband« im Sinne des Wirkens von Josef Schleifstein nützlich.

Urs Rauber (Zürich)

**Cerroni, Umberto:** Gramsci-Lexikon. Zum Kennen- und Lesenlernen. VSA-Verlag, Hamburg 1979 (192 S., br., 19,80 DM).

Umberto Cerronis Gramsci-Lexikon gliedert sich in fünf Teile. Einführend wird Gramscis Lebenslauf kurz dargestellt. Ergänzungen der VSA-Redaktion sorgen für eine wenigstens ansatzweise Einordnung von Gramscis Leben in seine historischen Rahmenbedingungen.

Daran schließt sich das eigentliche »Lexikon« an. 132 Stichworte sollen das festhalten, was Cerroni »bei sorgfältiger Lektüre von Gramsci als das Wesentliche aufgefallen ist« (9). Die Stichworte werden überwiegend durch Gramsci-Zitate erläutert. Dies bringt zwar viele Literaturhinweise und hilft dem schon etwas eingearbeiteten Gramsci-Interessenten, seine Begriffsbestimmung zu überprüfen oder die Bedeutung von symbolisch gesetzten Begriffen wie z.B. »Kutscherfliege« zu klären. Der unbedarfte Gramsci-Interessent wird jedoch oftmals eher irritiert als orientiert werden. Die Stichworte sind sehr eigenwillig ausgewählt. So kann man beispielsweise Gramscis Meinung über »Geometrie und Raffinesse«, »Nomadentum« oder über »Heuchelei« erfahren. Wer aber Gramscis Sicht von »Basis und Überbau« oder »Rätebewegung« kennenlernen will, sucht vergebens.

Teil 3 (»Einführung in Gramsci«) besteht aus drei verschiedenen Aufsätzen Cerronis. Der erste Aufsatz beschreibt die Schwierigkeiten der Gramsci-Rezeption und möchte die vier »originalsten und fruchtbarsten Elemente des politischen Denkens Gramscis« (103) vorstellen: »a) das Wesen der Politik; b) die Regierungslehre; c) die Theorie der sozialistischen Revolution; d) die Parteitheorie« (103). Die »Hauptfrage der Politik« sei, »ob man das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, d.h. den Zustand der nicht nur sozialen, sondern auch politischen Zerrissenheit erhalten oder aufheben möchte.« (105). Der Sozialismus dürfe somit nicht »zu einem Sozialismus im Namen

des Volkes, sondern zu einem Sozialismus durch das Volk« (106) werden. In seinem zweiten Aufsatz rechnet Cerroni mit der »orthodoxen Version eines kodifizierten Marxismus« (113) ab, in dem bloß nach dem »Leninismus Gramscis« gefahndet worden sei. Cerroni zeigt anhand Gramscis Analysen der italienischen Geschichte auf, wie dieser mit seiner Erweiterung des Staatsbegriffes um den Hegemoniaspekt über Lenins Staatskonzeption hinausgeht (118f.). Wie im ersten Aufsatz gelangt Cerroni abschließend zu Gramscis neuem Modell für die Revolution in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens: dem »Stellungskrieg«, der alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen soll.

Im dritten Aufsatz stößt Cerroni zur zentralen Fragestellung der »Universalisierung« vor. Er zeigt auf, daß die Bourgeoisie die erste herrschende Klasse in der Geschichte ist, die ihre Klasseninteressen umfassend verallgemeinern kann. Diese »Verallgemeinerung« setzt aber auch ihre gegnerische Klasse in die Lage, einen neuen »historischen Block« aufzubauen. Der neue historische Block könne jegliche Spaltung der Menschen — z. B. in Regierende und Regierte — überwinden und so auch das Absterben des Staates herbeiführen (151).

Jeder der drei Aufsätze arbeitet die Originalität des Denkens Gramscis heraus. Zwar gelangt Cerroni stellenweise zu verquer wirkenden Aussagen wie von der schon im Kapitalismus prinzipiell in die richtige, sozialistische Richtung drängenden Kultur (145) oder der schlichten »Gesetzmäßigkeit« (129) der Geschichte, insgesamt handelt es sich jedoch um interessante und engagierte Beiträge zur Gramsci-Debatte. Einer Einführung hätte allerdings ein stringent geschriebener Gesamttext mehr gedient als die Nebeneinanderstellung dreier, zu anderen Anlässen ausgearbeiteter Aufsätze, von denen auch nur die ersten zwei bewußt leichtverständlich gehalten sind.

Teil 4 bringt »Gramsci original«. Es handelt sich dabei um einen längeren Auszug der von Gramsci 1926 erarbeiteten Fragmente zur »Südtalientischen Frage«. Dies war übrigens der erste in Deutsch zugängliche Text von Gramsci, er erschien 1955 in der DDR. Nicht zufällig: Gramsci war Mitte der 20er Jahre der Komintern-Linie theoretisch und praktisch am nächsten. So fehlt z. B. noch die in den Kerkerheften erarbeitete Hegemoniekonzeption. »Intellektuelle«, so Gramsci in der »Südtalientischen Frage«, könne sich das Proletariat »erst nach der Eroberung der Staatsmacht schaffen« (189). Dennoch zeigt der Text zentrale Ansätze der Schriften im Kerker: Gramscis Analyse der Klassenbündnisse und die von ihm vorgeschlagene »Verallgemeinerungs«strategie der Arbeiterklasse. Abschließend verzeichnet die Redaktion die deutschsprachige Gramsci-Literatur.

»Zum Kennen- und Lesenlernen« von Gramsci kann das Lexikon nur schwer verhelfen. Das Stichwortverzeichnis ist lückenhaft, die Texte des Verfassers haben nur streckenweise einführenden Charakter. Wer über entsprechende Sprachkenntnisse verfügt, wird nach wie vor besser auf das französische »Lire Gramsci« von D. Grisoni und R. Maggiori (Paris 1973) zurückgreifen. »Lire Gramsci« verfügt über eine übersichtlichere Gliederung und Zeittafel. Sein Stichwortverzeichnis bringt eine bessere Begriffserklärung.

Alfred Georg Frei (Konstanz)

**Gramsci, Antonio:** Zu Politik, Geschichte und Kultur (Hrsg. Guido Zambis). Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1980 (400 S., br., 4,— DM).

Die in der DDR entstandene Auswahl von Schriften Gramscis stellt den Parteiführer ins Zentrum. Der Schwerpunkt der Ausgabe liegt daher auf den bis zu Gramscis Verhaftung 1926 entstandenen politischen Analysen, aus diesem Zeitraum werden eine Reihe von Texten erstmals in deutscher Sprache zugänglich. Relativ knapp wird dagegen der marxistische Theoretiker dargestellt, die »Kerkerhefte« sind nur mit wenigen Texten vertreten. Alle Texte wurden für diese Ausgabe neu übersetzt und mit zahlreichen Anmerkungen versehen.

Eckhard Volker (Berlin/West)

**Domhoff, G. William:** *The Powers That Be. Processes of Ruling-Class Domination in America.* Random House-Vintage, New York 1979 (206 S., br., 2,95 \$).

Der Autor, Professor für Psychologie und Soziologie an der Universität von Kalifornien, Abt. Santa Cruz, und Mitstreiter Tom Haydens für die Erweiterung des Einflusses der sozialistischen Fraktion innerhalb der Demokratischen Partei, möchte ein neues theoretisches Erklärungsmodell des »Herrschaftsmechanismus in den Händen der Eigentümer und Manager der Großbanken und Monopole« (xi) in den USA geben, wobei er eigene Vorarbeiten zur soziologischen Struktur der herrschenden Klasse (*Who Rules America?* 1967), zur Formulierung und Umsetzung wichtiger Strategien derselben (*The Higher Circles*, 1970), zur Funktionalität des Zweiparteiensystems im Dienste des Monopolkapitals (*Fat Cats and Democrats*, 1972), zur Kohäsion und dem Klassenbewußtsein der herrschenden Klasse (*The Bohemian Grove and Other Retreats*, 1974) und zur Monopolstrategie in der Lokalpolitik (*Who Really Rules*, 1978) zur Grundlage nimmt, um das »Beziehungsgefüge der herrschenden Klasse mit dem Regierungsapparat und den unterdrückten Klassen« (9) zu analysieren.

Domhoff unterscheidet in der staats- bzw. herrschaftssoziologischen Diskussion drei Strömungen: a) das in den USA vorherrschende »pluralistische« Erklärungsmodell, das von der Fragmentierung gesellschaftlich relevanter Gruppen ausgeht, das ein Herrschaftsmodell im Prozeßcharakter der Wechselwirkungen dieser Gruppen erstellt und folglich die Existenz und den empirischen Beleg einer herrschenden Klasse verneint (Dahl), bzw. mit der Kategorie der »Revolution der Manager« (T. Parsons, Bell, Galbraith) die Irrelevanz traditioneller Herrschaftserklärung mittels der Kategorie des Privateigentums an den Produktionsmitteln nachzuweisen sucht; b) die Konzeption einer »Machtelite« in der Tradition C. Wright Mills', die jedoch den Klassenbegriff auflöst in der reinen Funktionsanalyse »organisatorischer Interessen umfangreicher bürokratischer Institutionen« (xiv); c) das Erklärungsmodell der »Klassenhegemonie«, dem sich Domhoff zugehörig fühlt, und unter das er auch die Marxisten gruppiert. Diesen wirft er jedoch vor, sie kämen auf dem Hintergrund europäischer Erfahrungen zu vorschnellen Urteilen über den Machtmechanismus in den USA. Er zitiert hier als einzige Vertreter Poulantzas (22/23) und insbesondere Offe, dessen These von der »relativen Autonomie« des Staatsapparats als Funktion der Koordinierung des gesamt kapitalistischen Interesses (57/58) er mit dem empirischen Beleg der Besetzung zentraler staatlicher Instanzen durch Funktionsträger monopolkapitalistischer Zentralisation zu revidieren versucht. Ein weiterer Kritikpunkt Domhoffs an den Marxisten ist deren Schwergewicht auf dem revolutionären Potential der Arbeiterklasse. Er sieht ebenso wie Horowitz in der herrschenden Kapitalistenklasse im Rahmen des gegenwärtigen Systems den »Hauptinitiator« im Klassenkampf (xiv), von woher er auch seinen Ansatz rechtfertigt.

Anhand zahlreichen Zahlenmaterials belegt Domhoff die Kontinuität und Konsolidierung der ökonomischen Hegemonie der Monopolbourgeoisie. Mit der Definition der Kategorien des »Staates« und der »herrschenden Klasse« betont Domhoff seine Nähe zur marxistischen Position: auf der Grundlage des Besitzes der und der Kontrolle über die Produktionsmittel dehnt die herrschende Klasse ihre Hegemonie auch auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen des Staates aus und ordnet sich die politischen Funktionen der Regierung unter (12). Im folgenden versucht der Verfasser die institutionelle und personelle Verzahnung und Verflechtung von Monopolbourgeoisie (und ihren Funktionären) und staatlichem und politischem Mechanismus anhand eines Syndroms von vier allgemeinen Prozessen nachzuweisen: 1) auf dem Gebiet des »Prozesses der Durchsetzung spezieller Interessen«. Hier zeigt er am Beispiel des DuPont-Konzerns und von Versicherungsgesellschaften, wie Anti-Trust-Auflagen und andere Beschränkungen durch die Konzerne unwirksam gemacht werden, und wie etwa das

vom Verteidigungsministerium eingerichtete »Industrial Advisory Council« zum Treibriemen für die Geschäftsinteressen der Rüstungskonzerne wurde; 2) auf dem Gebiet der »Formulierung der Politik«, wo eine Vielzahl von Institutionen die Aufgabe übernehmen, »den Konsens innerhalb der Machtelite herzustellen und deren (Gesamt)Politik« zu formulieren (62); die wichtigste darunter ist das unmittelbar — durch Personalunion — durch das Finanzkapital und die mächtigsten Monopolgruppen kontrollierte »Council on Foreign Relations« (CFR), das während der letzten 20 Jahre mit fast 1/3 seiner 1500 Mitglieder in allen Regierungen vertreten war, und aus dem heraus Carter 1977 fast alle wichtigen Regierungsämter besetzte. Zusammen mit dem »Committee for Economic Development« (CED), dem »Conference Board« (CB) und dem »Business Council« (BC), die alle untereinander und mit weiteren Organen verzahnt sind, stellt es das »Zentrum der nationalen Machtstruktur« (73) dar. Domhoff belegt anschaulich den bestimmenden Einfluß dieser Organe auf die Ausformulierung und die Durchsetzung amerikanischer Globalpolitik im Interesse des Finanz- und Monopolkapitals am Beispiel der Pläne für die Gründung des Weltwährungsfonds und der Weltbank, des Marshall-Plans, der Gründung der UNO als politisches Instrument in den Händen der imperialistischen Führungsmacht USA, und des Vietnam-Krieges, die alle hier ausgearbeitet wurden, um später als offizielle Regierungspolitik übernommen zu werden.

Neben einer Aufzählung der einzelnen Funktionen dieser Organe in der Strategie der herrschenden Klasse untersucht Domhoff drei Strömungen innerhalb derselben, die er als (a) sozialintegrativ-gemäßigte (CFR-CED-BD), (b) ultrakonservative (National Association of Manufacturers, Chamber of Commerce, American Enterprise Institute), und (c) »lose Koalition« des mittleren und Kleinbürgertums und der Gewerkschaften bezeichnet, wobei der jeweilige Haupteinfluß von (a) beim Präsidenten und seinem Regierungsapparat, und von (b) im Kongreß liegt, und in welchem Spannungsfeld sich die wesentliche Innen- und Außenpolitik formiert.

3) Im Kapitel über die »Auswahl der Kandidaten« weist der Verfasser die Abhängigkeit beider großen Parteien vom »big business« nach, sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht. 4) Auch der »Ideologische Prozeß« ist den Interessen der Monopole untergeordnet und dient insbesondere der »breiten Verankerung« der Ideologie der herrschenden Klasse im allgemeinen, als auch in Hinsicht auf die Mobilisierung der Unterstützung für konkrete politische Schritte. Hierbei wird die Propagierung der konservativ-reaktionären Ausdeutung des »Amerikanismus«, besonders anlässlich der 200-Jahr-Feiern 1976, flankiert von Institutionen wie der CFR-abhängigen »Foreign Policy Association« und dem dem CED verbundenen »Council on Economic Education«, die auf den Gebieten der Außen- und Wirtschaftspolitik die »ideologische Breitenarbeit« (177, 182) zu leisten haben. Diese ist jedoch nicht in dem gewünschten Maße erfolgreich, so daß die Hauptaufgabe des ideologischen Instrumentariums in der »Schaffung von Verwirrung, Fragmentierung und Inkonsistenz in Meinungssystemen« (Sallach) besteht, damit sich keine grundlegende gesellschaftliche Alternative entwickelt (192). Domhoff teilt nicht die Position, welche die Hauptaufgabe des Staates als seine repressive Funktion im Dienste der herrschenden Klasse bestimmt. Er zitiert jedoch die Bandbreite der Methoden von der persönlichen Einschüchterung bis zum Mord mit der Schlußfolgerung: »Diese Aktionen sind Bestandteile des ideologischen Prozesses und sie zeigen, daß die Machtelite zu den drastischsten Mitteln greift, um ihre Position aufrechtzuerhalten.« (196)

Zusammenfassend betont Domhoff die langfristige Problematik des kurzfristigen Krisenmanagements, zeigt sich jedoch skeptisch, denn: »die politische Organisation der Arbeiterklasse, die die Klassenherrschaft im monopolistischen Amerika beenden könnte, ist noch nicht in Sicht.« (200) Er widerlegt insbesondere durch sein Anschauungsmaterial und trotz des bei amerikanischen Theoretikern öfter zu beobachtenden unklaren

methodisch-kategoriellen Apparates die Positionen der »Pluralisten«, etwas zaghafter auch der »Elite«-Schule. Er liefert so Argumente, die zumindest auf dem Teilgebiet des politischen Überbaus — nicht jedoch in einer umfassenden typologischen Definition — denen der Vertreter des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« parallel laufen, ohne daß er deren Position näher zu kennen scheint, wie überhaupt offenbar eine mangelnde Information über den Stand der europäischen marxistischen Diskussion über die Rolle des Staates besteht. Ein zweiter Mangel des Buches liegt in der Reduktion auf die Hegemonie der Monopolbourgeoisie und der Ausklammerung des ökonomischen Funktionsmechanismus monopolkapitalistischer Herrschaft. Trotz der Beschränkung auf amerikanisches Material unterbleibt die Analyse der Spezifik der fortschreitenden staatsmonopolistischen Verzahnung in bezug auf ihren Charakter als einer »materiellen Vorbereitung des Sozialismus, seiner *unmittelbaren Vorstufe*« (LW 25, 370) und bedingt die Skepsis hinsichtlich der strategischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung selbst. Faktenmaterial und Teilerkenntnisse machen das Buch zur lohnenswerteren Lektüre insbesondere für Sozialwissenschaftler, aber auch Amerikanisten, die eine verstärkte Diskussion unter den Linkskräften über den Atlantik hinweg einleiten könnte.

Wolf Kindermann (Köln)

**Autorenkollektiv (Barabaschew, G.W., u.a.): Der politische Mechanismus der Monopoldiktatur.** Staatsverlag Berlin/DDR 1977 (319 S., Ln., 18,— M).

Daß »der« Marxismus und auch die Stamokap-Theorie ein politiktheoretisches Defizit haben, ist mittlerweile bekannt. So durfte man gespannt sein auf ein Buch, das sich mit den politischen Systemen der kapitalistischen Gesellschaften sehr differenziert befaßt — zumindest, was seinen Aufbau betrifft: nach einer Charakterisierung der »Hauptfunktionen des kapitalistischen Staates der Gegenwart« (politische, ökonomische, soziale, ideologische Funktion) folgt je ein Kapitel über das Parteiensystem, die Regierungsmacht, das Parlament, das Wahlrecht, den Föderalismus und den »bürgerlichen Municipalismus«, also die Kommunalpolitik. Die Lektüre ist jedoch enttäuschend. Statt begrifflicher und theoretischer Differenziertheit findet sich lediglich eine empirische Beschreibung politischer Phänomene.

Für die amerikanischen Parteien z.B., deren Spezifikum gerade darin besteht, keine Programmparteien zu sein, konstatieren die Autoren eine »Tendenz«, nämlich die einer »Verstärkung der ideologischen Tätigkeit«; Begründung: »Während das erste Programm der Demokratischen Partei 520 Wörter enthielt, besteht eines der letzten aus 15 000 Wörtern.« (104) Überhaupt strotzen die politischen Systeme nur so von Tendenzen. Eine Tendenz ist etwas, das »sich zeigt« und sprachlich in der Regel einen Komparativ nach sich zieht, oft in Verbindung mit dem Wörtchen »immer«. Z.B. »zeigt« die Parteienstruktur »die Tendenz zu einer immer stärkeren Reglementierung, zu einer immer größeren Einschränkung der Verhaltensfreiheit des Individuums« (111). Weiter gibt es die »Tendenz zur wachsenden 'Ideologisierung' der Parteien«, die sich allerdings nur »schwerlich statistisch ausdrücken (läßt)« (104). Die Organe der politischen Unterdrückung werden »immer umfassender«, ihre Tätigkeit »immer weniger« ans Recht gebunden (47). Kurz: anstelle einer genetischen Theorie tritt der Tendenz-Empirismus (»Die Erfahrungen des politischen Lebens ... zeigen, daß ...«, 141). Da nun aber die empirische Realität widersprüchlich ist, kommt es auch schon mal zu widersprechenden Tendenzen: eine »vorherrschende Tendenz« ist in den USA etwa die Stärkung der Präsidialgewalt gegenüber dem Kongreß (136); »In jüngster Zeit jedoch ist die Tendenz (...) zur Stärkung der Position des Kongresses zu beobachten.« (146)

Dieser Empirismus ist die Konsequenz eines viel weitergehenden theoretischen Defizits: wo die Autoren die Erscheinungen des politischen Lebens »erklären«, geschieht dies rein einflußtheoretisch aus den Handlungen des Monopolkapitals. »Ernste Mei-

nungsverschiedenheiten zwischen Monopolen und Staatsorganen« enden »stets mit der Kapitulation der Regierung oder ihrem Rücktritt« (24). »Die Monopolbourgeoisie wählt die Mittel und Formen der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft äußerst vorsichtig aus, besonders in den Fällen, wo es um eine Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige oder auch nur einzelner Unternehmen geht.« (55) »Mit ihrer verstärkten Einflußnahme auf den Staatsapparat führen die Monopole auch (!) solche Tätigkeitsformen und Entscheidungsmethoden ein, die ihren Bedürfnissen am meisten entsprechen.« (157) Dieser Ökonomismus, der alles Politische aufs Ökonomische reduziert, ist die Kehrseite bzw. die Grundlage für den eingangs kritisierten Empirismus der Autoren: wenn nämlich eine Eigengesetzlichkeit des Politischen gar nicht existiert, so kann die Mannigfaltigkeit der politischen Formen nur noch durch Hinsehen und empirisch-statistisches Klassifizieren strukturiert werden.

Erwähnenswert scheinen mir nur noch die strategischen Elemente kommunistischer Politik, z. B. der Bündnispolitik, soweit sie in dem Buch angedeutet werden. Da heißt es über die französischen Sozialisten: »In organisatorischer Hinsicht ist die Sozialistische Partei nicht besonders gefestigt, da laut Statut (...) die Bildung oppositioneller Strömungen, die mit der Position der Mehrheit nicht übereinstimmen, möglich ist.« (129) Ist es diese fehlende »Gefestigkeit«, welche die PS überhaupt zum Untersuchungsobjekt der Autoren werden läßt? Denn es fällt auf, daß zwar alle (potentiellen) Bündnispartner der Kommunisten analysiert werden, nicht jedoch die kommunistischen Parteien. Wieso nicht? Weil letztere (gewissermaßen umfangslogisch) nicht Bestandteil des »politischen Mechanismus der Monopoldiktatur« sind? Dann muß man wohl im Umkehrschluß folgern, daß alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien — auch solche, die mit den Kommunisten Bündnisse praktizieren — bürgerliche Parteien sind. Was soll bloß aus denen im Sozialismus werden? Karl-Ernst Lohmann (Berlin/West)

**Kraus, Willy:** Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 1979 (738 S., Ln., 148,— DM).

**Klenner, Wolfgang:** Ordnungsprinzipien im Industrialisierungsprozeß der VR China. Planung — Organisation — Unternehmenskonzept. Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg 1979 (364 S., br., 42,50 DM).

**Menzel, Ulrich:** Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Westdeutscher Verlag Opladen 1978 (788 S., br., 64,— DM).

Alle drei Arbeiten verweisen auf einen neuen Trend in der Analyse des gegenwärtigen China. Nicht mehr allein das Entwicklungskonzept Mao Zedongs steht im Mittelpunkt, sondern ebenso sehr die entwicklungspolitischen Alternativen, die sich mit Namen wie Liu Shaoqi, Chou Enlai, Deng Xiaoping oder Hua Guofeng verbinden lassen, nicht mehr allein das Konzept steht im Mittelpunkt, sondern in verstärktem Maße wird versucht, empirische Befunde für die Analyse der chinesischen Gesellschaftsentwicklung fruchtbar zu machen — soweit die Datenlage dies zuläßt.

Der Bochumer Sinologe W. Kraus hat es sich zur Aufgabe gemacht, die chinesische Entwicklungspolitik seit Gründung der Volksrepublik China in ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen darzustellen. Ins Zentrum seiner Fragestellungen will Kraus »die harte Wirklichkeit Chinas« rücken, während »ideologische Postulate und Streitpunkte« nur soweit Berücksichtigung finden sollen, wie sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der konkreten Entwicklungspolitik stehen (3).

Diesem Zugriff entsprechend richtet sich die Gliederung des Werkes nicht an den spektakulären Umschwüngen der Entwicklungspolitik aus, sondern an der Konzipierung der chinesischen Fünfjahrespläne. Nach Darstellung der Wiederaufbauphase



1949-52 unterscheidet Kraus im Rahmen der jeweiligen Planabschnitte zwischen 1. Grundkonzepten, 2. Zielvorstellungen, 3. entwicklungspolitischen Maßnahmen und 4. Ergebnissen; innerhalb dieser Gliederung findet sich wiederum durchgängig eine Auf-fächerung in Gesellschaftspolitik, entwicklungsrelevante Innenpolitik und Wirtschaftspolitik. In einem abschließenden Kapitel werden die Möglichkeiten der Nutzung chinesischer Entwicklungserfahrungen für die Dritte Welt diskutiert sowie die Neuorientierungen erörtert, die im Zuge der gegenwärtig praktizierten Modernisierungspolitik erfolgt sind. Ergänzt wird die datenreiche Arbeit durch zahlreiche Tabellen im Text (die leider in der überwiegenden Mehrzahl nicht interpretiert werden) und einen ausführlichen statistischen Anhang zur Entwicklung in den wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen seit 1949.

Unter theoretisch-systematischen Gesichtspunkten weist die Arbeit zwei Mängel auf: sie betreffen einerseits den unzureichenden Einbezug der entwicklungspolitischen Kontroversen, andererseits die Darstellung des »sozialen Wandels« in China. Die Konzentration des Autors auf die harte Wirklichkeit führt zu einer weitgehenden Ausblendung des Kampfes um die Durchsetzung unterschiedlicher entwicklungspolitischer Konzeptionen. Die Härte gerade dieser Auseinandersetzungen scheint in ein allzu sanftes Licht getaucht, wenn zusammengefaßt wird: »Für die Entwicklungspolitik der VR China insgesamt war es geradezu kennzeichnend, daß recht flexibel wechselnde entwicklungspolitische Zielvorstellungen verfolgt und unterschiedliche Wege zu ihrer Realisierung eingeschlagen wurden.« (468) Diese analytische Unschärfe führt dazu, daß Kraus in der Gegenüberstellung von »Zielsetzungen« und »Ergebnissen« der einzelnen Planjahrfünfte nurmehr das Vorher und Nachher der jeweiligen entwicklungspolitischen Situation abbildet, nicht jedoch das Spannungsfeld von Theorie und Praxis der konträren Entwicklungskonzeptionen auszuloten vermag.

Im Vergleich zur Darstellung der Wirtschaftsentwicklung erscheint der Bereich der Gesellschaftspolitik, der sich hauptsächlich mit den Aspekten Bevölkerungsentwicklung, Bildungspolitik, Gesundheit und soziale Sicherung befaßt, weniger vollständig und strukturiert. Probleme der Sozialstrukturentwicklung werden kaum aufgegriffen, der Sinn einer Abgrenzung zwischen »Gesellschaftspolitik« und »entwicklungsrelevanter Innenpolitik« wird nicht recht deutlich. Wenngleich dem Autor zugutegehalten werden kann, daß der Bereich der sozialen Entwicklung in der bisherigen Literatur sehr viel weniger bearbeitet worden ist als die chinesische Wirtschaftspolitik, hier also in gewissem Sinne Neuland beschritten worden ist, so bleibt doch unverstänlich, weshalb nicht zumindest der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Wandel stärker berücksichtigt wurde.

Die Stärken dieser Arbeit liegen zweifellos in der übersichtlichen Präsentation des außerordentlich detailreichen Werkes, das wohl als umfassendste deutschsprachige Auswertung europäischsprachiger Literatur zur Entwicklungspolitik der VR China bezeichnet werden kann; es ermöglicht einen Gesamtüberblick der behandelten Problematik ebenso wie eine rasche Information über die Entwicklung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einzelbereiche.

Mit der Darlegung der Organisationsformen im Industriebereich und der Gründe für ihren Wandel will W. Klenner einen Beitrag zum Verständnis der chinesischen Entwicklungspolitik in einem konkret eingrenzbaeren Gebiet leisten. Er greift damit nicht nur ein bisher wenig bearbeitetes Thema auf, sondern auch eines von höchster Aktualität, wird doch gegenwärtig in der VR China das Problem der Neuordnung der Wirtschaftsverwaltung breit diskutiert.

In der Anlage seiner Arbeit orientiert Klenner sich an den entwicklungspolitischen Kontroversen, wie sie für den Wandel der Organisationsformen im Industriebereich ausschlaggebend waren. In einem ersten Teil der Arbeit werden die ordnungspoliti-

schen und strukturellen Grundlagen der chinesischen Wirtschaftsplanung, der Industrie- und Betriebsstrukturen sowie der Wirtschaftsverwaltung gezeigt, die in den fünfziger Jahren herausgebildet wurden und in ihrem Kern bis heute Gültigkeit behalten haben. Die Gründe für die Anlehnung an die sowjetische Entwicklung und die sich daraus ergebenden Charakteristika der Betriebsorganisation (Einmannleitung), der Planung und Lenkung (starre Zentralisierung) und des Unternehmenskonzeptes (Großbetriebe) stehen im Mittelpunkt des zweiten Teils. Dem werden anschließend die ordnungspolitischen Konzepte gegenübergestellt, die der Autor als spezifisch chinesischen Beitrag zur Entwicklungspolitik versteht und die sich stichwortartig zusammenfassen lassen als Dreiverbindungen von Technikern, Arbeitern und Kadern, als Teilnahme der Kader an der körperlichen Arbeit und der Arbeiter an der Verwaltung, Dezentralisierung der Planung und Aufbau einer lokalen Kleinindustrie. Vor diesem Hintergrund werden im vierten und letzten Teil der Arbeit die entwicklungspolitischen Auseinandersetzungen diskutiert, in deren Rahmen auf die im zweiten und dritten Teil der Arbeit dargelegten Organisationsformen zurückgegriffen wurde.

Den zentralen Punkt der Kontroversen um unterschiedliche ordnungspolitische Lösungsansätze bilden nach Meinung Klenners »vor allem voneinander abweichende Vorstellungen hinsichtlich Effizienz und Revolutionierung...« (338) Während das Ziel wirtschaftlicher Effektivität von den »industriellen Führungseliten in Partei, Verwaltung und Unternehmen« vertreten würde, zählt er zu den Verfechtern einer demokratischen Revolutionierung die »lokale(n) Parteikader sowie aktive(n) und dynamische(n) Arbeiter, die in der Entwicklungsphase des Großen Sprungs die wirtschaftliche Initiative an sich gerissen hatten« (287).

Mit dieser Zuspitzung fällt der Autor in gewissem Sinne hinter seine eigene Untersuchung zurück: Auf der Grundlage der Auswertung einer Vielzahl chinesischer Originalquellen arbeitet Klenner sorgfältig die Trennlinien zwischen vertikalen und horizontalen Ordnungsstrukturen heraus und zeigt sehr viel differenzierter auf, wie z. B. eine zu stark zentralisierte Planung die wirtschaftliche Effizienz beeinträchtigen kann, wie andererseits die Dreiverbindungen nur beschränkt Möglichkeiten boten, die Arbeiter zur Teilnahme an der betrieblichen Leitung zu qualifizieren (303).

In einem Vorwort beschreibt Dieter Senghaas den theoretischen Kontext des Buches von U. Menzel: »Dabei verstehen wir unter 'autozentrierter Entwicklung' einen eigenbestimmten politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Entwicklungsweg, dessen Ergebnis sich in einer sukzessiven Binnenmarkterschließung bei gleichzeitiger Herausbildung von gesellschaftlich relevanten Leiterorientierungen, von politischen Kräften und sozialen Institutionen mit einem hohen Ausmaß an Selbststeuerungsfähigkeit (K.W. Deutsch 1966) dokumentiert.« (VI/VII) Der theoretische Rahmen strukturiert den Aufbau der Arbeit: Ausgehend von einer Untersuchung der spezifischen Ausprägung der Unterentwicklung, wie sie im vorrevolutionären China ausgebildet wurde (Teil I), stellt der Autor die verschiedenen Entwicklungslinien, die seit Gründung der Volksrepublik zum Tragen kamen, zunächst als theoretische Konzepte unter den Stichworten »Maoismus« und »Liuismus« vor (Teil II), um dann ihre Realisierung in der Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells aufzuzeigen (Teil III).

Das Anliegen des Autors ist so außerordentlich weit gefächert, es wird eine ganze Palette von grundlegenden Fragestellungen der Erforschung sowohl der traditionellen wie der sozialistischen chinesischen Gesellschaftsentwicklung berührt, daß dies fast zwangsläufig zu Lasten der empirischen Genauigkeit und wissenschaftlichen Exaktheit in der Behandlung der einzelnen Problemkomplexe geht. Das Interessante an dieser Arbeit besteht daher weniger in ihrer empirischen Fundierung (in der überdies auf chinesische Quellen nicht zurückgegriffen werden konnte), als vielmehr in ihren Thesen zur Interpretation der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft.

Das Spezifikum der Unterentwicklung der vorrevolutionären Gesellschaft in China besteht nach Menzel in einem Dualismus von Problemen, die einerseits durch das Eindringen des Imperialismus und den peripheren Kapitalismus hervorgerufen wurden, die andererseits aber im gleichen Maße das Ergebnis der stagnierenden traditionellen Wirtschaft waren, deren Erklärung Menzel in der asiatischen Form der tributgebundenen Produktionsweise sucht. Die zentrale Frage, ob dieser Dualismus eine prägende Wirkung auf die beiden vorherrschenden Entwicklungskonzeptionen hatte bzw. ob diese in der Lage waren, auf die sich hieraus ergebenden Probleme adäquat zu reagieren, beantwortet der Autor positiv. »Das maoistische Modell (bevorzugt) mit seiner Konzeption von Dezentralisierung, regionaler Autarkie, Einkommensnivellierung und dem Vertrauen auf die eigene Kraft die Ökonomie des Hinterlandes und damit die Masse der Bauern, während das liuistische Modell qua Zentralisierung, Arbeitsteilung, Einkommensdifferenzierung, Vertrauen auf Experten und Ausbildung von qualifizierten Kopf- und Handarbeitern die Ökonomie der modernen Städte und damit die Industriearbeiter und Intellektuellen, also die Manager, Wissenschaftler, Bürokraten, Parteiführer und Offiziere in erster Linie an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen läßt... Der konzeptionelle Gegensatz zwischen Liuismus und Maoismus ist ein Reflex der partiell dualistischen und partiell strukturell heterogenen Beziehungen zwischen dem peripherisierten und dem traditionellen China.« (433/434) Nicht nur als ursächliche Begründungszusammenhänge sind für Menzel die Zuordnung von Maoismus und traditionalem, landwirtschaftlichem Sektor einerseits, Liuismus und modernem industriellen Sektor andererseits von Bedeutung, in dieser Zuordnung sieht er zugleich das positive Wirkungsfeld der jeweiligen Entwicklungskonzeption.

So griffig Menzels Thesen auf den ersten Blick scheinen mögen, so sehr ist die Verkürztheit zu kritisieren, mit der die entwicklungspolitische Kontroverse auf die Spaltung der chinesischen Volkswirtschaft reduziert wird und sozioökonomische und historische gewachsene Problemlagen einer Personifizierung unterworfen werden.

Trotz der unterschiedlichen Annäherungen an die Analyse von Theorie und Praxis der entwicklungspolitischen Kontroverse (man vergleiche nur die von Menzel und Klenner angeführten sozialen Gruppen, die jeweils die beiden Richtungen tragen sollen) stimmen doch alle drei Autoren in zwei wesentlichen Punkten überein:

- Die Auffassung der chinesischen Entwicklungsstrategie als eines geplanten und für die Länder der Dritten Welt übertragbaren Modells wird übereinstimmend abgelehnt.
- Die Gesamtheit der entwicklungspolitischen Maßnahmen wird letztlich positiv im Sinne von Flexibilität, Ausgleich und Ergänzung eingeschätzt (Kraus, 467/68; Klenner, 342; Menzel 648/49).

Die Übereinstimmung dieser Aussagen legt eine Harmonie in der Praxis der entwicklungspolitischen Konzepte in China nahe, die jedoch eher aus der Legitimierung der Ergebnisse der chinesischen Entwicklung zu resultieren scheint, als aus der Analyse der realen Prozesse, die zu diesen Ergebnissen geführt haben.

Bettina Gransow (Berlin/West)

**Meyns, Peter:** Befreiung und nationaler Wiederaufbau von Mozambique. Studien zu Politik und Wirtschaft 1960-1978. Arbeiten aus dem Institut für Afrika-Kunde Nr. 18. Hamburg 1979 (279 S., br., 14,- DM).

Meyns legt mit dieser Studie die bislang einzige umfassende Untersuchung der gesellschaftlich relevanten Aspekte und gegenwärtigen Probleme Mozambiques in deutscher Sprache vor. Der Autor — früher Dozent in Dar es Salaam, mit Aufenthalten in Maputo und seit neuestem an der Universität Zambia in Lusaka tätig — hat intime

Kenntnisse der Dekolonisationsproblematik afrikanischer Nationalstaaten. Behindert wird der Versuch zur Erarbeitung eines fundierten Überblicks jedoch durch einen gravierenden Mangel an zuverlässigen empirischen Daten zur Wirtschafts- und Sozialstruktur Mozambiques. Dieser objektive Tatbestand — Folge des kolonialen Erbes — schlägt sich auch im Bereich der ökonomischen Planung des mozambikanischen Staates nieder. So konstatiert Meyns »das fast vollkommene Fehlen zuverlässiger gesamtwirtschaftlicher Daten über Produktion, Handel, Bevölkerungsgröße, usw. ... Schon allein aus diesem Grund ist daher vor Anfang der 80er Jahre die Aufstellung eines Entwicklungsplanes in Mozambique gar nicht möglich« (128). Zur Füllung dieser Datenlücke ist Meyns natürlich nicht in der Lage. Das bereits vorhandene Material einer deutschsprachigen Leserschaft in verständlicher Form darzubieten und materialistisch zu analysieren, gelingt ihm dagegen in erfreulicher Klarheit. Auch scheut er sich nicht, vorhandene Schwierigkeiten im gegenwärtigen Stadium des Entwicklungsprozesses aufzuzeigen.

Dabei erwächst Mozambique durch die Stellung als Frontstaat gegenüber den weißen Rassenregimes westlich und südlich seiner Landesgrenzen ein zusätzliches Hindernis auf dem Weg zu einer mehr als formalen Unabhängigkeit. Allein aus dem Boykott des rhodesischen Siedlerregimes sind dem mozambikanischen Staat jährliche Kosten in Höhe von schätzungsweise 108 bis 134 Millionen US Dollar erwachsen (112f.) — Besonderes Augenmerk richtet Meyns auf die Gefahr der Entstehung neuer und/oder der Konservierung bzw. Restaurierung alter Abhängigkeiten. Ein Großteil seiner Arbeit handelt von der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der FRELIMO und den daraus resultierenden politischen Entscheidungen in gesellschaftlichen Bereichen von zentraler Bedeutung. Insbesondere auf das Verhältnis von industrieller und ländlicher Entwicklung sowie die Frage der Anwendung von Technologie und deren Stellenwert im Verhältnis zum Menschen wird dabei ausführlich eingegangen. Leider ist Meyns' Behandlung ideologisch unterschiedlicher Positionen manchmal zu deskriptiv: Wunschenken und Realität geraten an einigen Punkten seiner Interpretation in Kollision. Dies wird deutlich, wenn er sich darauf beschränkt, seines Erachtens richtige programmatische Äußerungen der Parteiführung zu zitieren (die »korrekte Linie«), ohne deren bisherige Umsetzung genauer zu untersuchen. Vor allem eher deklamatorische Formulierungen über Grundsätze politischer und ökonomischer Emanzipation in Reden Samora Machel's werden oftmals herangezogen, ohne dabei zugleich in bezug auf die reale Situation kritisch hinterfragt (und möglicherweise entsprechend relativiert) zu werden. So ersetzen mitunter Appelle die Analyse — beispielsweise hinsichtlich des Wechselverhältnisses zwischen Industrialisierungsprozeß und Arbeiterbewußtsein (126f.), bezüglich der Wirtschaftsplanung (130) und tendenziellen Außenabhängigkeiten (147f.). Demselben ideellen politischen Anspruch entspringt die durchgängige Betonung der Avantgarde-Funktion der Arbeiterschaft sowie der ständige Verweis auf das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft als Grundlage unabhängiger nationaler Entwicklungsstrategie. — Dieser teilweise Mangel an realistischer Überprüfung politischer Ansprüche (möglicherweise wiederum beeinflusst durch das lückenhafte Datenmaterial und der allzu kurzen historischen Zeitspanne seit Erlangung der Unabhängigkeit) wird jedoch durch den Informationsgehalt der vielfältigen in der Arbeit erschlossenen Quellen und die bei weitem überwiegenden Passagen mit erfreulich nüchterner Darstellung (die auch einer Idealisierung des gegenwärtigen Prozesses der Entwicklung entgegenwirken) aufgewogen.

Daß in Mozambique aufgrund der mittlerweile nur vierjährigen formalen Unabhängigkeit noch keine endgültige Aussage über die künftige Entwicklung möglich ist, entspricht der Komplexität der Situation. Daß Peter Meyns in Anerkennung dieser Situation Prognosen nur zurückhaltend wagt, ist eher positiv zu werten. Die Bedeutung die-

ser empfehlenswerten Arbeit für die Befassung mit Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung in Ländern der Dritten Welt hat im übrigen der Autor selbst in einem Schlußabschnitt treffend dargestellt: »Die Erfahrungen aus dem bewaffneten Befreiungskampf hat Mozambique den meisten anderen Ländern Afrikas natürlich voraus. Sie beinhalten im Kern, daß der Kampf gegen den Kolonialismus oder auch gegen den Neokolonialismus letzten Endes nur erfolgreich geführt werden kann auf der Grundlage einer politischen Linie, die die Interessen der breiten Volksmassen — und nicht einer privilegierten Minderheit — widerspiegelt und die deshalb in der Lage ist, die Volksmassen zusammenzuschließen und die nationale Einheit herzustellen. Diese Lehre versucht Mozambique auch heute, nach der Unabhängigkeit, in seiner Entwicklungsstrategie zu verwirklichen. Eine ganze Reihe von afrikanischen Staaten hat diese Lehre in der Schärfe, wie es in Mozambique der Fall ist, noch nicht erfaßt. Gerade deshalb aber haben ... die Erfahrungen Mozambiques, die positiven wie die negativen, eine besondere Relevanz für die allgemeine Diskussion ...« (199) Henning Melber (Berlin / West)

## Ökonomie

**Altwater, Elmar, Jürgen Hoffmann und Willi Semmler:** Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Verlag Olle & Wolter, Berlin/West 1979 (430 S., br., 34.— DM).

Ein Rundumschlag: Die reale Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft, die Probleme der Kapitalbewegung — Konzentration und Zentralisation des Kapitals, seine technische und organische Zusammensetzung, der Fall der Profitrate, die innere Zusammensetzung der Produktionsstruktur, der Weltmarktzusammenhang usw. —, in ihrem Zusammenhang zur Kapitalverwertung als Triebkraft jeder Entwicklung im Kapitalismus; die Arbeiterklasse als Objekt und Subjekt der Prozesse in ihrer Entwicklung; die Entwicklung der ökonomischen Theorien; die Wirtschaftspolitik und Alternativen der Wirtschaftspolitik usw. — das alles wird miteinander verknüpft. Die Verknüpfung ist spannend, die Aufgabe teilweise gut gelöst, aber der Umkreis der Problematik doch so groß gezogen, daß manches oberflächlich bleiben muß. Dabei gehen die Autoren in mancher Hinsicht über alles hinaus, was sie bisher geschrieben haben. Das gilt z. B. für die Entwicklung des Kapitalverhältnisses zum Monopol, das auch nach Meinung der Autoren mit Notwendigkeit dem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals entspringt, wobei zugleich das Herrschaftspotential des Kapitals wächst (155; 302 u. a.). Schade nur, daß die Autoren dabei gegen einen Golem kämpfen, der behaupten soll, daß das Monopol die ökonomischen Gesetze aufhebe. Es wäre fruchtbringender gewesen, sie hätten Gedanken über die Formen verarbeitet, in denen sich das Wertgesetz unter monopolistischen Bedingungen durchsetzt. Auch die Grenzen staatlicher Eingriffe wären dann klarer hervorgetreten, denn diese Grenzen liegen zwar auch quantitativ in den ökonomischen Potenzen des Staates, aber doch vor allem qualitativ in seiner Einbindung in die Gesetzmäßigkeiten der gegebenen Produktionsverhältnisse; er kann wohl ihre Durchsetzungsformen beeinflussen, sie aber nicht aufheben. Die Autoren geben einen sehr guten Abriss der Wirtschaftspolitik in der BRD, wobei sie die Einbindung des Staates in die gegebenen, also monopolistischen Reproduktionsverhältnisse zeigen. Die andere Seite der Produktionsverhältnisse betrifft die Arbeiterklasse. Die Autoren bemühen sich, sie gleichzeitig als Objekt der Ausbeutung und der Kapitalbewegung, als Moment der Kapitalakkumulation, und zugleich als handelndes Subjekt der Entwicklung, diese selbst beeinflussend, darzustellen. Eine sehr differenzierte Betrachtungsweise. Gleichzeitig aber eng. Sicherlich ist die westdeutsche Arbeiterklasse durch ihre eigene historische Erfahrung geprägt, die Restauration des Kapitalismus und

seine ökonomische Expansion, aber das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der BRD wird eben nicht nur dadurch bestimmt, sondern eben auch durch die Entstehung und Entwicklung der DDR bzw. die Aufhebung und den Zerfall imperialistischer Herrschafts- und Machtstrukturen in der ganzen Welt. Man kann Weltzusammenhänge nicht nur ökonomisch, als Weltmarktzusammenhänge, sehen. Man könnte jetzt hier die ganze Leninsche Imperialismustheorie hineinpacken, um die Lücke zu füllen, die die Autoren lassen. Beispielsweise ist ja die chronische Krise Englands u. a. auf das Kolonialmonopol zurückzuführen. Englands Kolonialmonopol führte zur Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion in die Kolonien, zur Ausbildung der koloniale Rohstoffe verarbeitenden Industrien in England, zur Ausbildung einer parasitären Struktur der englischen Volkswirtschaft (43 % aller Erwerbstätigen waren Ende der zwanziger Jahre in den unproduktiven Bereichen tätig, in Deutschland dagegen nur 27 %), zur Vernachlässigung der Produktivkraftentwicklung (in England wurde weit weniger Elektroenergie erzeugt als in Deutschland). Mit dem Zerfall des Kolonialsystems mußte genau diese Struktur und diese Zurückgebliebenheit Krisen auslösen. Das deutsche Monopolkapital mußte dagegen, gerade wegen des Kolonialmonopols der anderen Staaten, auf eigene Rohstoffe zurückgreifen, Kohle, Eisen etc., die Produktivkräfte entwickeln, und darauf bauten sich dann die Industrien auf, Eisen und Stahl, Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau usw., die Wachstumsindustrien werden mußten und für die die ökonomische Entwicklung der freigewordenen Kolonien Expansionspielraum bot. Die hohe Warte einer schnell expandierenden kapitalistischen Wirtschaft trübt natürlich den Blick, aber sie hebt den Einfluß der Grundprozesse auf das Kräfteverhältnis nicht auf — und diese Grundprozesse sind eben Entwicklung des Sozialismus in der Welt und Zerfall des Kolonialsystems. Übrigens zeigen die Beispiele, daß das Monopol sowohl zur Grundlage von Stagnation und Parasitismus als auch einer schnellen Produktivkraftentwicklung wird. Lenin hat beides gesehen und es heißt wiederum einen Golem zur Kritik aufbauen, wenn man ihm unterstellt, er habe letzteres übersehen. Schließlich sind die Beispiele auch konkreter Ausdruck monopolistischer Konkurrenz und der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, die zur Aushöhlung monopolistischer Machtstrukturen führt, zugleich ein Prozeß, der zeigt, wie sich das Wertgesetz unter diesen Umständen durchsetzt.

Es gibt noch eine Reihe anderer Kritikpunkte. Man hat den Eindruck, daß ein gewisses Abgrenzungsbestreben die Autoren dazu verführt, die Kritik zu überziehen, wodurch sie gleichzeitig die Problemeinsicht in mancher Hinsicht hemmen. Deutlich zeigt sich dies im Abschnitt »Alternativen der Wirtschaftspolitik«. Es nutzt nichts, das Memorandum der gewerkschaftsorientierten Wirtschaftswissenschaftler massiv zu kritisieren und ihrer »Unterkonsumtionstheorie« eine »Überakkumulationstheorie« gegenüberzustellen. Beides sind Kehrseiten ein und derselben Medaille. Beide können als selbständige Theorien nicht bestehen. Unterkonsumtion wie Überakkumulation — und übrigens auch Überproduktion und Disproportionalität — entspringen der Kapitalbewegung, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhang der Produktion nicht kümmert. Privates Profitstreben wird als Überakkumulation in Erscheinung treten, wenn sich die Kapitale massiv auf lukrative Produktionen stürzen und die Kapazitäten explosiv expandieren, weil jedes ein möglichst großes Stück von dem Kuchen ergattern will. Es wird als Unterkonsumtion in Erscheinung treten, wenn sie ihr Ziel durch Lohn- druck oder Freisetzung von Arbeitskräften erreichen wollen. Je nach den konkreten Gegebenheiten spielt beides eine Rolle. Wenn man aber erreichen will, daß der Staat sich in seiner Wirtschaftspolitik nicht an den Interessen des Kapitals, sondern an denen der Lohnabhängigen orientiert, dann muß man eine Gegenkraft gegen das Monopolkapital aufbauen, die den Staat in diese Richtung zwingt. Dazu ist aber eine Darstellung, die die Bedürfnisse der Lohnabhängigen in den Vordergrund rückt, bestens geeignet. Dies

ist das Bestreben der Memorandum-Wissenschaftler, nicht aber, eine »Unterkonsumtionstheorie« zu etablieren.

Im übrigen ist das Buch zu empfehlen. Bei aller Kritik ist es wegen seiner Materialfülle und seines Problembewußtseins wertvoll als Grundlage eigener Arbeit.

Robert Katzenstein (Berlin/West)

**Lambert, N.:** Arbeitsmarktpolitik in der Wirtschaftskrise.

Informationsbericht des IMSF 33, Frankfurt/M. 1979 (82 S., br., 8.— DM).

Wir befinden uns im sechsten Jahr anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Seit zwei Jahren zeigt sich, daß statistische Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nahezu exakt mit der Erhöhung der nicht registrierten Arbeitslosigkeit (Stille Reserve) einhergehen. Eine zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitsmarkt gespaltene Konjunktur, Tendenzen zu massenweiser Aussonderung aus dem Arbeitsmarkt, die sozialen und individuellen Folgewirkungen der Dauerarbeitslosigkeit, restriktive Tendenzen auch gegenüber den Beschäftigten im Betrieb sowie spezifische Mechanismen der Problemverdrängung im öffentlichen Bewußtsein sind Anzeichen anhaltender ökonomischer Destabilisierung und eines verschärften politischen Klimas.

Trotz der in den letzten Jahren erheblich angeschwollenen Literatur zu Arbeitsmarktproblemen, füllt der Informationsbericht eine Lücke — insofern er die genannten Tendenzen zum Anlaß nimmt, den gesellschaftlichen Charakter der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zu durchleuchten. Denn gerade in dieser Hinsicht schien die Arbeitsmarktpolitik lange Zeit durch einen »sozialen Konsens« weitgehend abgeschirmt. Es zeigt sich dabei, daß die staatliche Arbeitsmarktpolitik in ihren grundlegenden Strategien, Instrumenten und institutionellen Strukturen durchaus nicht primär Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern Mobilitätsvorgänge organisiert, nicht primär Qualifikationsförderung und Erhöhung der sozialen Sicherheit betreibt, nicht primär berufliche und soziale Ansprüche realisiert, sondern ökonomische Allokationsvorgänge absichert. Die Förderung der beruflichen Mobilität ist das Kernstück der Arbeitsmarktstrategie, der ständig »flexible und mobile Arbeitsmarkt« das Ziel. Der gesellschaftliche Inhalt der staatlichen Arbeitsmarktpolitik soll hierbei deutlich werden — durch die Tatsache des direkten Zugriffs auf die individuelle Arbeitskraft, ihre Motivationen, Ansprüche und rechtlichen Verpflichtungen, bei zugleich lediglich indirekter Anreizpolitik gegenüber den Unternehmen und ihrer Personalpolitik; durch die Umverteilung finanzieller Mittel aus Steuern in die private Verfügung von Unternehmen; durch die einseitige Verteilung der Lasten der sozialen Unsicherheit (7ff.): »Das konstant hohe Niveau der Arbeitslosigkeit seit mehreren Jahren ist deshalb *nicht* auf die *Unfähigkeit* der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Vollbeschäftigung herzustellen, *obwohl* sie dies zum Ziel hätte, sondern auf den Klassencharakter der Arbeitsmarktpolitik, deren *Ziel und Funktion* die *Herstellung von Vollbeschäftigung vorrangig gar nicht ist, sondern die staatliche Förderung der Kapitalakkumulation unter den Bedingungen von Krise und Massenarbeitslosigkeit*« (12).

In Zeiten ökonomischer Krise äußert sich dies in der faktischen Unterstützung der betrieblichen Strategien zur »Entschlackung« ihrer Belegschaften. Die umfangreichen Umschichtungen von Beschäftigten und Arbeitslosen werden von Seiten der Arbeitsverwaltung mithilfe spezifischer Ausgliederungsstrategien und der praktizierten »Entkopplung von Qualifikationen und Berechtigungen« erleichtert. Das Arbeitslosenpotential wird dadurch praktisch kaum reduziert, sondern lediglich in größerer Geschwindigkeit umgeschichtet und durchsiebt. Im Ergebnis zeichnet sich die Tendenz zu einer »Amerikanisierung« des Arbeitsmarktes ab: ein gespaltener Arbeitsmarkt mit qualifizierten, leistungs- und anpassungsfähigen Arbeitskräften und Kernbelegschaften einerseits und dequalifizierten, degradierten Arbeitskräften mit Leistungseinschränkungen,

geringem Einkommen und Status und stets kurzfristigen Arbeitsverhältnissen andererseits. Vom insgesamt beschleunigten Umschlags- und Selektionsprozeß scheinen letztlich gleichwohl beide Arbeitskräftegruppen betroffen.

Die These über die Verteilung von Haupt- und Nebenfunktionen der Arbeitsmarktpolitik wird ausgeführt anhand des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und der aktuellen Arbeitsmarktpolitik. Zunächst erscheint das Arbeitsförderungsgesetz in seiner deklarierten Zielsetzung als sozialpolitisch fortschrittlich. Die Nagelprobe der Massenarbeitslosigkeit zeigt jedoch, daß es jenseits dessen auch in der Krise instrumentell funktioniert — zur Selektion und beschleunigten Allokation der Arbeitskräfte bei Reduktion ihrer Einkommenserwartungen und sozialen Ansprüche (29ff.). Hier setzten auch die Reformen der letzten vier Jahre an, die das AFG über fünf Novellen im Sinne beschleunigter Arbeitskräfteallokation und Anspruchsreduktion effektivierten. Hierzu zählen die Beschleunigung der Vermittlungstätigkeit (ohne qualitative Wirkungskontrolle der Vermittlungsakte: »Geschäftigkeit als Legitimation«), die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, die Integration der Arbeitslosen in Umschulungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungssysteme, die Anpassung der finanziellen Leistungen an die jeweiligen Ziele der Selektion und Anspruchsreduktion (Wer soll gefördert werden? Wie lange? In welcher Höhe?). (Übrigens wurden die Gewerkschaftsvertreter bei der letzten AFG-Novellierung in der Bundesanstalt für Arbeit von den Ministerial- und Unternehmerrepräsentanten wiederholt überstimmt.)

Bei alledem verschweigt die Studie nicht die soziale Ambivalenz der Einzelmaßnahmen, die durchaus Ansatzpunkte für einen Ausbau im Interesse der Betroffenen bieten: Neben einer Verschärfung des Zwangscharakters der Arbeitsmarktpolitik (Beispiel Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung) ist zugleich aber auch eine Verstärkung prozeduraler Steuerung unter Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern (dies gerade im Anschluß an die Unruhe um die fünfte AFG-Novelle) feststellbar (63ff.). Während neuerlich verordnete »Vermittlungsoffensiven« der BA auch in Zukunft nur begrenzten Erfolg beim Abbau der Arbeitslosigkeit haben werden, da die Unterordnung der Tätigkeit der Arbeitsämter unter die Kalküle und Kriterien der betrieblichen Personalpolitik nicht durchbrochen wird, wächst allerdings die Tendenz, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf gesellschaftlich irrationalen und/oder gefährlichen Wegen zu versuchen: die Studie behandelt sozialpädagogische »Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsbereitschaft«, das sind beschäftigungstherapeutische Programme der BA unter dem Titel »Arbeitsmarkttrainings«, und Militarisierungstendenzen in der Arbeitsmarktpolitik als Beispiele dafür (66ff.).

Die Studie soll einen Beitrag zur Diskussion um die »Klassenfunktion staatlicher Sozialpolitik« (Vorwort) darstellen. Dies wurde sicherlich in den Diskussionen der letzten Jahre noch zu wenig thematisiert.

Wolfram Elsner (Bielefeld)

**Kock, Heinz, Eduard Leifert, Alfons Schmid, Ludwig Stirnberg:** Konzepte der Konjunktursteuerung. Von der globalen zur strukturellen Orientierung. Bund-Verlag, Köln 1977 (140 S., br., 14,80 DM).

In ihrem Vorwort gehen die Autoren, Mitglieder einer Augsburger Studiengruppe, davon aus, daß zunehmende Instabilitäten der wirtschaftlichen Entwicklung seit Beginn der siebziger Jahre das Konzept der globalen Wirtschaftssteuerung in Frage gestellt haben, indem es die entscheidenden Stabilitätsursachen, insbesondere strukturelle Fehlenwicklungen, nicht beachtet. Gerade aber dieser Zusammenhang ist es, der die Begründung einer Ablösung von einer globalen kurzfristig orientierten Wirtschafts politik zugunsten einer längerfristigen strukturellen Orientierung liefert. Dementsprechend muß es Aufgabe einer Umorientierung in wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen



gen und Maßnahmen sein, globale und strukturelle Ursachen wirtschaftlicher Instabilitäten umfassend zu erforschen.

Die vorgenommene Deskription globaler Ursachen nennt als Faktoren die in der Vergangenheit eingetretenen wie in Zukunft zu erwartenden Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der EG-Mitgliedsstaaten, die Transmissionsmechanismen ausländischer Inflation auf die Binnenwirtschaft und das prozyklische Verhalten der Fiskalpolitik. Zur Analyse des fiskalpolitischen Verhaltens verweisen die Autoren insbesondere auf diejenigen theoretischen Ansätze, die die Basis der Fiskalpolitik generell in Frage stellen, wie die monetaristische Kritik und jene, die die Prämissen eines funktionierenden Marktprozesses nicht akzeptieren, als auf technokratische Ansätze, die ein prozyklisches Verhalten des Staates auf Handlungs- und Wirkungsverzögerungen einer konsensbedürftigen Politik zurückführen.

Am Beispiel der Veränderungen der Produktionsstruktur vertreten die Autoren die These, daß die im Zuge des industriellen Strukturwandels sich verschärfende Konzentration begleitet sei von einer kurzfristigen Beschäftigungsinflexibilität bei langfristig steigender Arbeitslosenquote und darüber hinaus die kurzfristige Preisflexibilität bei Nachfrageschwankungen angesichts eines steigenden Inflationssockels zurückgehe. Den Anspruch auf Originalität für die Beschreibung dieser Phänomene erheben die Autoren freilich nicht. Den als *ratchet effect* bekannten Zusammenhang von Preissteigerungen auf Märkten mit Übernachfrage bei Preisinflexibilitäten auf anderen Märkten hat bereits Ackley beschrieben. In Anlehnung an die von Fourastié entwickelte These eines Wandels der Gesellschaft von einer Produktions- in eine Dienstleistungsgesellschaft geht es der Autorengruppe um den Nachweis eines Zusammenhangs von Strukturverschiebungen zugunsten des tertiären Sektors und der Entwicklung des Inflationsniveaus. Ihrer Ansicht nach schafft die Tatsache einer gegenüber den anderen Sektoren geringeren Arbeitsproduktivität des tertiären Bereichs bei gleichzeitig fehlender Kompensationsfunktion in der Preisgestaltung durch den sekundären Sektor ein steigendes Inflationsniveau. Das Vordringen des produktivitätsschwachen tertiären Sektors verlangsamt somit bei sonst gleichbleibenden Branchen- und Sektorproduktivitäten das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Ein Zusammenhang zwischen Branchenkonzentration und dem Auftreten ökonomischer Instabilitäten läßt sich weiter dadurch herstellen, daß kurzfristige Kostenänderungen und Nachfrageschwankungen für die Preiskalkulation in konzentrierten vermachteten Märkten kaum eine Rolle spielen. Sind Preise nach unten inflexibel, so werden Nachfrageeinbrüche über die Mengenkompente aufgefangen. Konzentrierte Branchen reagieren danach auf Nachfragerückgänge eher mit Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen als mit Preissenkungen.

Für die Einschätzung von wirtschaftspolitischen Instrumenten ergibt sich somit für die Autoren, daß die Beeinflussung globaler Nachfrageaggregate nur in einer Wettbewerbsordnung mit für alle Sektoren gleichen Preis- und Mengenverhalten auf die Mikroeinheiten, die einzelnen Nachfrager und Anbieter, durchschlagen und zum beabsichtigten Erfolg führen.

Gerade aber das für die Entstehung struktureller Krisen unterschiedliche Preis- und Mengenverhalten innerhalb der volkswirtschaftlichen Sektoren begründet die Notwendigkeit einer Ausweitung der bislang praktizierten wirtschaftspolitischen Konzepte auf eine strukturorientierte selektive Angebots- und Nachfragesteuerung. Als Annäherung an das Problem schlagen die Autoren eine selektive Ausgestaltung von Konjunkturprogrammen als einem ersten Schritt vor. Statt globale Steuerentlastungen, Investitionszulagen etc. sollten Programme in regionaler und sektoraler Differenzierung angelegt werden, soweit Aussagen über einen künftigen Strukturwandel der Wirtschaft möglich sind und konsensfähige Strukturvorstellungen erarbeitet werden können. An dieser Stelle wird zugleich der Mangel des Buches deutlich. Zwar wird als entscheidendes Hin-

dernis für die Weiterentwicklung und effiziente Anwendung strukturpolitischer Instrumente die mangelnde Zielfixierung genannt, eine Problematisierung dessen, welche Interessen und in welcher Weise auf die strukturpolitischen Ziele wie Beseitigung von (struktureller) Arbeitslosigkeit und Erhaltung von Arbeitsplätzen einwirken können, wird nicht geleistet.

Insgesamt sind die unterschiedlichen Erklärungsansätze und Wirkungszusammenhänge für strukturelle Instabilitäten zwar angesprochen, wichtige Kontroversen, wie etwa die zwischen Fiskalisten und Monetaristen und jene zwischen Anhängern der Vorstellung von den allokativen Fähigkeiten von Marktprozessen und ihren Kritikern fehlen fast vollständig oder sind nur rudimentär angedeutet.

Seinen unbestreitbaren Wert erhält das Buch allerdings aus der Fülle von Literaturhinweisen zu den angesprochenen Problembereichen. Detlev Ehrig (Bremen)

**Stamatis, Georgios:** Beiträge zur Kritik der neoricardianischen und neoklassischen Theorie. Verein zur Förderung gesellschaftstheoretischer Studien, Göttingen 1979 (196 S., br., 18,— DM).

Nachdem in der letzten Zeit verschiedene Aufsatzsammlungen (H.G. Nutzinger/E. Wolfstetter: Die Marxsche Theorie und ihre Kritik; Mehrwert 13; Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 13) erschienen sind, in denen die Marxsche Theorie — speziell die Werttheorie — einer Kritik unterzogen wird, stellt das vorliegende Buch von Stamatis den Versuch dar, eine Kritik dieser neoricardianischen Ansichten zu liefern. Darüber hinaus wird in dem Buch noch ein neuerer Versuch, die neoklassische Kapitaltheorie zu rehabilitieren, diskutiert.

Der erste Beitrag betrifft die in den letzten Jahren viel diskutierte Frage der sogenannten »negativen Werte«. Es geht um den von Steedman gelieferten »Beweis« der Existenz von negativen Werten bei Kuppelproduktion. Steedman hat »gezeigt«, daß in linearen quadratischen Kuppelproduktionssystemen »negative Arbeitswerte« — verstanden als Marxsche Durchschnittswerte — bei positivem Profit auftauchen können. Würden diese »negativen Werte« aber wirklich existieren, so wäre die Marxsche Erklärung des Profits als einer Erscheinungsform des Mehrwerts hinfällig. Steedman zieht aus seinem »Nachweis« der Existenz negativer Werte auch entsprechend den neoricardianischen Schluß, daß der Profit — entgegen der Ansicht von Marx — keine gesellschaftliche, sondern eine produktionstechnische Größe ist. Stamatis' methodische Vorgehensweise besteht darin, aufgrund einer Rekonstruktion der Steedmanschen »Beweisführung« den Nachweis zu erbringen, daß in dem Modell keine negativen Werte auftreten können. Er zeigt, daß die negativen Werte, die bei Steedman auftauchen, die Folge der von Steedman nicht explizierten Annahme sind, wonach die individuellen Werte der Waren in allen Prozessen gleich sind. Genau diese Annahme widerspricht aber nun, wie Stamatis zeigt, in den Fällen, in denen sich nach Steedman negative Werte ergeben, den sonstigen Annahmen des Modells. Läßt man diese inkonsistente Annahme nun aber fallen, dann sind die Werte zwar nicht eindeutig bestimmt, aber immer positiv. Neben der Rekonstruktion des Steedmanschen Modellansatzes geht Stamatis auch noch auf die Lösungsversuche von Moroshima und Flaschel ein. Bei Moroshima besteht die Methode zur Vermeidung der »negativen Werte« darin, die Werte als optimale Werte — im Gegensatz zu den Marxschen Durchschnittswerten — zu berechnen. Damit geht er von einer Gesellschaft aus, in der ein Gesamtkapitalist den Arbeitsaufwand minimiert. Dieses Vorgehen hat allerdings zur Folge, daß die Produkte nicht als Waren existieren und es folglich auch überhaupt keine Werte gibt. Zudem sind Moroshimas »Werte« nicht additiv. Flaschel versucht in seinem Ansatz, die nicht eindeutig bestimmten Werte bei Kuppelproduktion dadurch zu bestimmen, daß er sie implizit den bekannten Produktionspreisen proportional setzt. Durch diese Erklärung der Wert-

größe aus der Preisgröße verkehrt er aber die Marxsche Wert- und Preistheorie in ihr Gegenteil, d.h. in eine Theorie, der zufolge die Preise die Werte bestimmen. Die Kritik von Stamatis zielt in diesem Rahmen auf eine grundsätzliche Klärung des methodischen Stellenwerts der Bestimmung der Werte in der Marxschen Theorie.

Der Gegenstand des zweiten Beitrags ist die Untersuchung der neoricardianischen Behauptung, daß die durchschnittliche Profitrate von der Wertzusammensetzung im unreproduktiven Sektor unabhängig ist. Die Bestätigung dieser Ansicht würde die Marxsche Behauptung, daß die durchschnittliche Profitrate fällt, wenn — *ceteris paribus* — die durchschnittliche Wertzusammensetzung des Kapitals steigt, widerlegen. Stamatis zeigt, daß diese These der Neoricardianer unbegründet ist. Denn die Profitrate ist im neoricardianischen Modell implizit nicht als durchschnittliche Profitrate aller Sektoren, sondern als durchschnittliche Profitrate der reproduktiven Sektoren bestimmt. Daß diese Profitrate von der Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor unabhängig ist, ist aber tautologisch und besagt keineswegs, daß die allgemeine Profitrate aller reproduktiven — und unreproduktiven Sektoren von der Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor nicht abhängt. Zusammengefaßt kann man sagen, daß diese beiden Beiträge im Rahmen der in Mode gekommenen Kritik der Marxschen Werttheorie immanent wichtig sind. Ein nicht unerheblicher Teil der in den oben genannten Sammelbänden veröffentlichten Artikel ist nach der Herausgabe dieses Buches jedenfalls hinfällig. Was speziell die Hinfälligkeit der Existenz von »negativen Werten« bei Kuppelproduktion betrifft, so wurde sie unabhängig von Stamatis (sogar früher) auch von J. Hengstenberg und M. Fay in dem Aufsatz »Joint Production and 'Negative Values': The Weakness of Steedmans Attack on the Labour Theory of Value« gezeigt. In dem Editorial des genannten Sammelbandes »Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 13« kann man allerdings lesen, daß »eine Arbeit von J. Hengstenberg über Kuppelproduktion und negative Werte... in diesem Heft nicht aufgenommen werden (konnte)«. M. a. W.: Die Kritik der Marxschen Werttheorie ist von den Herausgebern anscheinend zum Prinzip erhoben worden.

Im letzten Teil seines Buches beschäftigt sich Stamatis mit einem neueren Versuch, die neoklassische Kapitaltheorie zu rehabilitieren. Die neoklassische Theorie besteht letztlich in der These, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch das Kapital ein wertschaffender Faktor ist. Dies versucht sie zu zeigen, indem sie die Einkommen dieser Faktoren als Beiträge dieser Faktoren zur Produktion darstellt. Die Teile des Nettoprodukts, die sich die Faktoren »Arbeit« und »Kapital« aneignen, sind der neoklassischen Theorie zufolge mit den produktiven Beiträgen dieser Faktoren identisch. Das Arbeitseinkommen ergibt sich als das Produkt aus der Arbeitsmenge und dem Preis einer Mengeneinheit der Arbeit. Das Kapitaleinkommen ergibt sich als das Produkt aus der Kapitalmenge und dem Preis für die Nutzung einer Mengeneinheit des Kapitals. Dabei wird der Preis einer Arbeitseinheit als der »Wert« des physischen Grenzprodukts des Faktors Arbeit, der Preis für die Nutzung einer Mengeneinheit des Kapitals als der »Wert« des physischen Grenzprodukts des Faktors Kapital bestimmt. Diese Bestimmung (und Rechtfertigung) des Profits stößt allerdings auf Schwierigkeiten. Sie ist nur dann möglich, wenn unter Kapital die Produktionsmittelmengen verstanden wird. Dies setzt wiederum voraus, daß die Produktionsmittelmengen eine homogene und kardinal meßbare Größe ist. Besteht nämlich die Produktionsmittelmengen, wie in der Realität, aus heterogenen Produktionsmitteln, so ist es offenbar nicht möglich, den Preis für die Nutzung einer Mengeneinheit des Kapitals als den Wert des Grenzprodukts des Kapitals aufzufassen. Diese Tatsache, daß die neoklassische Ökonomie — speziell die makro-ökonomische Produktionsfunktion — nur in einer Ein-Gut-Wirtschaft Gültigkeit hat, ist das Ergebnis der vor allem von den Neoricardianern geführten »Cambridge-Debatte«. Dennoch hat es seit Samuelsons Scheitern, eine Surrogat-Produktionsfunktion

aufzustellen, immer wieder Versuche gegeben, eine allgemeingültige Produktionsfunktion aufzustellen. Einer der letzten Versuche ist der Beitrag von R. Linde »Die Definition der realen Faktorentlohnung und die Eigenschaft der Surrogat-Produktionsfunktion eines linearen Zweissektoren-Wachstumsmodells«, den Stamatis einer ausführlichen und gründlichen Kritik unterzieht. Basierte die Aufstellung der Samuelson'schen Surrogat-Produktionsfunktion auf der impliziten Annahme, daß bei jeder Produktionstechnik die technische Kapitalintensität in allen Sektoren gleich hoch ist, so versucht Linde, ohne diese restriktive Annahme eine allgemeingültige Produktionsfunktion aufzustellen. Allerdings muß er — wie Stamatis zeigt — noch heroischere Annahmen als Samuelson treffen: Er faßt nicht nur den Lohn als Reallohn und die Profitrate als das Verhältnis des Realprofits zur Produktionsmittelmenge auf, sondern unterstellt implizit, daß eine Abfolge von Standardsystemen vorliegt, in denen erstens nicht nur das reale Nettoprodukt und die Produktionsmittelmenge, sondern auch der Reallohn und folglich auch der Realprofit aus *derselben* Standardware bestehen und die sich zweitens voneinander nur hinsichtlich der Arbeitsproduktivität und der Kapitalintensität unterscheiden. Er unterstellt also eine perfekte Ein-Produkt-Ökonomie, wobei es sich allerdings bei dem einzigen Produkt nicht um ein einfaches, sondern um ein zusammengesetztes Produkt handelt.

Wichtig ist dieser letzte Beitrag von Stamatis nicht nur deswegen, weil sich dieser Rehabilitierungsversuch von den bisherigen unterscheidet, sondern auch unabhängig davon, weil die »Cambridge-Debatte« in der BRD bisher kaum stattgefunden hat und mit Ausnahme einzelner Dissertationen kaum Veröffentlichungen darüber vorliegen.

Insgesamt muß man sagen, daß der vorliegende Band zur unverzichtbaren Lektüre aller gehören sollte, die sich mit der neueren Diskussion um die Marx'sche Werttheorie sowie mit der neoklassischen Theorie auseinandersetzen wollen.

Michael Funke (Göttingen)

**Sohmen, Egon:** Allokationstheorie und Wirtschaftspolitik. J.C. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1976 (XVI, 468 S., br., 39,— DM, Ln., 64,— DM).

Angesichts des Scheiterns einer weitgehend vulgarisierten makroökonomischen Wirtschaftspolitik kommt die Renaissance der Mikroökonomik nicht unerwartet. Nach Helmut Schneiders *Mikroökonomie* (1972) ist mit dem vorliegenden Werk ein zweites umfassendes Lehrbuch entstanden, das »ein zutreffendes Bild von der Bedeutung der Allokationstheorie (so übersetzt der Verfasser »welfare economics« ins Deutsche) und dem augenblicklichen Stand der Diskussion in diesem Bereich« (XII) geben will. Der Verfasser plädiert für eine Wirtschaftspolitik, die sich bei ihren Entscheidungen statt nach »allzu simplizistischen, nur an makroökonomischen Aggregaten orientierten Vorstellungen« (XII) mehr nach den aus der »wohlfahrtsökonomischen Analyse« abgeleiteten Kriterien ausrichtet.

Nach zwei kurzen einführenden Kapiteln folgen in traditionell üblicher Weise die Ableitungen der Wohlfahrtsfunktionen und -kriterien sowie die Darstellung der paretianischen Wohlfahrtstheorie und des Pareto-Optimums im Konkurrenzgleichgewicht (Kapitel 2 bis 4). Das allgemeine Konkurrenzgleichgewicht hat für Sohmen die Funktion eines hypothetischen Referenzsystems für Allokationsentscheidungen, an dem die »Unvollkommenheit der realen Welt und die daraus resultierenden Effizienzverluste ... zu messen« (11) seien. Der Hinweis, daß die vollkommene Konkurrenz die Realität nicht abbilde, sei daher zwar richtig, aber irrelevant. Die Behandlung von »Effizienzverlusten«, die als Folge der Abweichungen vom Konkurrenzgleichgewicht (u.a. aufgrund von differenzierten Verbrauchssteuern auf verschiedene Güter, von unvollkommenem Wettbewerb sowie der Existenz von Zwischenprodukten, Zöllen und Außen-

handel) und der sog. »technischen« externen Effekte auftreten, nimmt somit einen großen Teil des Werkes ein (Kapitel 5 und 7). Sohmen unterläßt hierbei die Unterscheidung zwischen ineffizienten und suboptimalen Situationen, d.h. von Effizienzverlusten, die wirtschaftspolitisch korrigiert werden können, und solchen, die im theoretischen Kalkül als gegeben hingenommen werden müssen (Beispiel: steuerliche Diskriminierung der Verwendung bestimmter Energieträger, die wirtschaftspolitisch erwünscht ist).

Diese Differenzierung hätte sich nicht nur bei der Behandlung der externen Effekte, sondern auch der intertemporalen Allokation (Kapitel 6) angeboten. Die »externen Effekte« teilt Sohmen ausschließlich in Inputexternalitäten (Beispiel: Umweltverschmutzung durch den Einsatz eines bestimmten Input-Faktors) und Outputexternalitäten (Luftverschmutzung durch die lokale Konzentration der Produktion) ein. Somit umgeht er zwar die z.T. verwirrenden Marshall-Pigou-Meade usw. Unterscheidungen von externen Effekten und vereinfacht die Darstellung von Problemen der optimalen Korrektur, der Internalisierung externer Effekte usw. Doch bleiben dem Leser die Ursachen für die anhaltende Kontroverse auf diesem Gebiet verschlossen.

Bei der Behandlung der intertemporalen Effizienzbedingungen beschränkt sich der Autor darauf, im Zusammenhang mit der Optimierung der Kapitalakkumulation sowie der Kapitalstruktur die zeitliche Dimension zu erfassen. Mit dem Kapitel 8 über Kollektivgüter sind die eigentlichen allokationstheoretischen Probleme abgehandelt. Eine auf Annäherung an das — stets hypothetisch bleibende — Referenzsystem des allgemeinen Konkurrenzgleichgewichts ausgerichtete Wettbewerbspolitik ist die wichtigste wirtschaftspolitische Schlussfolgerung des Verfassers.

Der Frage nach der Eignung der Wohlfahrtsfunktionen als gesellschaftliche Entscheidungshilfen ist das Kapitel 10 gewidmet, wobei der Leser mit Wiederholungen aus dem Kapitel 2 über Wohlfahrtsfunktionen und -kriterien konfrontiert wird. Überhaupt scheint Kapitel 2 nachträglich eingefügt zu sein. Wiederholungen treten übrigens zu oft auf, so z.B. im Kapitel 15, Abschnitt 1, wo der Leser eine ausführliche Erörterung des Inhalts von Kapitel 1, Abschnitt 2, ohne wesentlich neue Erkenntnisse wiederfindet. Problematisch erscheint die Behauptung des Autors, daß das Pareto-Optimum nicht »stumpf« gegenüber Asymmetrien in der Einkommens- und Vermögensverteilungen sei (31). Damit fällt Sohmen hinter den Stand der Diskussion in dieser Frage zurück. Verteilungsfragen werden im übrigen nur im Kapitel 8 über Kompensationskriterien und Indexziffernvergleiche nebenbei behandelt. Konsequenzen unterschiedlicher Verteilung bleiben auch hier außer Betracht. Da nicht alle Bedingungen für die effiziente Allokation immer gleichzeitig erfüllt sind, folgt im vorletzten Kapitel eine Diskussion der Second-best-Optimierung, wobei Sohmen eine Wohlfahrtsökonomik des Zweitbesten entschieden ablehnt. Er sieht hierin die Gefahr einer Tabuisierung institutioneller, Gruppenegoismen deckender Wettbewerbsbeschränkungen, die dem wettbewerbspolitischen Zugriff entzogen würden. Sohmen schließt mit einigen Bemerkungen zu Wirtschaftsordnungen.

Der Leser vermißt die Behandlung wichtiger Probleme wie die Quantifizierung von Wohlfahrtsverlusten bei Verletzungen der Optimalbedingungen, die Modifikationen durch die Standorttheorie. Kriterien für eine wünschenswerte Verteilung von Einkommen und Vermögen, Zusammenhang von pareto-optimaler Allokation und den makroökonomischen Problemen der Unterbeschäftigung, Inflation usw. — Fragen, die zwar von der »welfare economics« noch nicht beantwortet worden sind, die jedoch aus den überzogenen Anforderungen Sohmens an die Allokationstheorie resultieren. Eine überzeugende Begründung und systematische Ableitung der Wirtschaftspolitik aus der Mikroökonomik ist nach Sohmen nicht gelungen. Dennoch hat der Verfasser mit der

vorliegenden Arbeit noch kurz vor seinem Tode am 8. März 1977 ein Werk geschaffen, das die vorhandenen Lehrbücher der Mikroökonomie in vieler Hinsicht ergänzt und bereichert.  
Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)



Stamokap-Theorie. Krisenpolitik.  
Nationalisierungsprogramm BRD.  
Demokratische Wirtschaftsplanung  
Italien. Albers, Goldschmidt, Jung.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Staatstheorie. Staatsgenese. Klassen-  
gegensatz und Staatsfunktionen.  
Nationalstaat. Strategie der Arbeiter-  
bewegung. F. Deppe, K.H. Tjaden.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Kontroversen über: Wirtschaftstheoreti-  
sche Grundlagen, Krise/Arbeitslosig-  
keit/Arbeitsmarkttheorie, Alternative  
Regionalpolitik. Bolle, Hickel, Huff-  
schmid, Kisker, Riese, Vogt.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



## BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

### 5 '80

- A. Ramos: El Salvadors Junta wird scheitern  
 O.A. Romero: Kirche im Befreiungskampf  
 Interview mit Humberto Ortega  
 H. Denk/J. Weber: Gärungsprozess in der Karibik  
 M. Bishop: Grenadas demokratische Revolution  
 J.v. Freyberg: 5 Jahre befreites Vietnam  
 Kommuniqué der Außenminister Vietnams, Laos' und Kampuchea  
 H. Vortisch: Pakistan und der Afghanistan-Konflikt  
 N. Biver: Neuer Waffengang im Tschad  
 H. Mayer: Übergang zur Zivilherrschaft in Nigeria  
 W. Brönnert/P. Maaskola: Die Ölkrise (III)

### 6 '80

- J. Ostrowsky: Massenmobilisierung in Südafrika  
 M. Piliso: Streiks und Guerilla in Südafrika  
 Th. Mbeki: Strategie und Taktik des ANC  
 H. Mayer: Nach Zimbabwe — interne Lösung für Namibia?  
 Grundsatzerklärung der Ägyptischen Nationalen Front  
 Norman Peach: Afghanistans problematische Lage  
 W. Ritter: Pleite der US-Luftlandeinvasion im Iran  
 H.-E. Gross: Neue Karibikkrise um »Massenflucht«?  
 F. Castro: Kubas Position zur Auswanderung  
 11. Jg. 1980

### 3 '80

- Ökologischer Humanismus oder stalinistische Diktatur über die Bedürfnisse*  
 Sozialistische Politik im Sozialstaat —  
 Thesen zur strategischen Orientierung der sozialistischen Linken  
 Was tun gegen Strauß?  
*Die BRD im Wahljahr*  
 Stabilitätsinsel BRD? Ökonomische Trends und Labilität des Kredit systems  
 Ein Linkes Programm bei den Grünen?  
 Einwände zum Saarbrücker Parteiprogramm  
 Auflagen für die Monopole = wirksamer Umweltschutz? Vorschläge der DKP  
 DGB offensiv: Neues sozialpolitisches Programm  
 Neue soziale Bewegung? Zur Fortschreibung der »Göttinger Thesen«

- Gewerkschaften*  
 Solidarität im Elend hilft keinem. Das Ausländerproblem und der DGB  
 Ausländische Arbeitskräfte und Gewerkschaften  
 Frauenpolitik im DGB. Frauenemanzipation und gewerkschaftlicher Kampf seit 1950  
 Sozialpolitik muß heißen: Qualitativer Einfluß auf den Arbeitsprozeß  
 Restauration und Gewerkschaftsmacht.  
 Thesen zur Nachkriegsentwicklung in der BRD

- Ökonomisch-politische Reviews*  
 FLAT und die Umgestaltung der Gesellschaft  
 Die USA in der Rezession  
 6. Jg. 1980

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. Erscheint monatlich. Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahressabo 20,— DM. AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahressabo DM 44,—, VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26

blätter des informationszentrums  
**dritte welt**

# Demokratie und Recht

## 82/1979

### *Information als Deformation*

Über die Vorherrschaft der westlichen Nachrichtenagenturen

Chile: »Die Unterdrückung bleibt, aber wir haben keine Angst mehr.«

Brasilien: Multis und Repression

Kamerun: Stabilität durch Unterdrückung

## 83/1980

Afghanistan: Expansion oder brüderliche Hilfe?

Welthandel: Wem nützt die OPEC?

Medien: Wernet Herzog in Peru

Brasilien: »Erkämpft, was allen gehört!«

## 84/1980

### *Tourismus in der Dritten Welt*

Tourismus — ein Weg zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit?

Afghanistan und die Folgen

Argentinien: Wirtschaftswachstum, soziale Verarmung und Widerstand

Außerdem: Nachrichten und Berichte zu: Kenia, Sahel, Zimbabwe, Südafrika, Iran, Türkei, Kolumbien

## 1 '80

P. Schötter: Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des »Juristensozialismus«

S. Insunza: Eine faschistische Verfassung für Chile?

J. Welp: Die Verteidigung — Bericht über einen Gesetzentwurf des Arbeitskreises Strafprozeßreform

D. Deiseroth: NS-Justiz auf der Anklagebank — In Sachen: Volksgerichtshof und Reichstagsbrandprozeß (nebst ausführlichem Dokumententeil)

M. Kutschka: Rechtsgrenzen des Verfassungsschutzes

### *Entscheidungen:*

Beamtenrecht (Verfassungstreue, Tragen einer Anti-Atom-Plakette im Schuldienst), Buback-Nachruf

## 2 '80

W. Seibel: »Gesetzesflut«, konservative Staatsrechtslehre und kritische Sozialwissenschaft

M. Breitbach/F. Hase: Die neue Rechte im Verfassungsrecht

D. Fabricius: Beratung und Vertretung »Sozialschwacher, Integration von Juristen in die psychosoziale Versorgung

E. Blankenburg: Alternativ-Entwurf für ein »Beratungshilfegesetz«

K.-H. Ladeur: Anmerkungen zum politischen Strafrecht der DDR

### *Entscheidungen:*

Politisches Strafrecht, Berufsverbote

8. Jg. 1980

Jahresabonnement mit 8 Nummern nur 50 bis 60 Seiten: DM 35,- (für Studenten, Zivilisten, erste und andere Einkommensschwache Gruppen nach Schöterschatzung: DM 25,-) — Informationszentrum Dritte Welt Postfach 5528, D-7800 Freiburg, Tel.: 0761/74-05

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Küdder — Vierteljährlich — Einzelheft 7,- DM, im Jahresabonnement 24,- DM für Studenten 5,- DM. Paul-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5300 Köln 57



# 3. WELT MAGAZIN

---

## 1 / 2 / 3 '80

L.A. Heinrich: Die 2. Schlacht von Obud

B. Messaoud: USA und Marokko

A. Adel: Der Privatsektor in der Wirtschaft Algeriens

3 WM-Interviews: Mobutu ist schlimmer als Bokassa

U. Hunk: Islamische Revolution

K.E. Heinz: Die Verfassung der Islamischen Republik Iran

L.A. Heinrich: Islamische Bewegung im Senegal

L.A. Heinrich: Saudi Arabien nach der Moscheebesetzung

P. de Coq: Zur Palästinapolitik Saudi Arabiens

S. Banerjee: Indiens Kommunisten

Interview mit dem Chief Minister von Westbengalen

M. Stötzel: Im Kampf gegen die angebliche Besetzung Kampuchas will jeder sein Profitchen machen

Interview mit dem Generalsekretär des nicaraguanischen Innenministers und dem Direktor des Agrarreforminstituts

H. Gomez: Demokratie auf kolumbianisch

K. Fischer: Massenprozesse gegen die M-19

6. Jg. 1980

---

Redaktion: D. Habicht-Bentzen, D. Haude, A. Häger, N. Paeh, B. Sommer, U. Seewin, D. Ziegen (Bildredaktion) D. u. K. Kietzkowski - Einzelheft 4,- DM, Jahresabo 48,- DM, vergünstigt 32,- DM - P.O. Büschelstraße 20, 5300 Bonn 1

# NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
ENGAGIERTER CHRISTEN  
UND SOZIALISTEN

---

## 315 / 316

J. Dvorak: Bald ist Weltuntergang

K. Blecha: Gottes rote Markierungen

M. Siegert: Straußianer an der Front  
Fluch/Krobath: Jesus in der Zelle. Gefängnisbriefe

E. Pfisterer: Schmerzobjekt. Abtreibungsgeschichten vor und nach 75

H. Pataki: Fristenlösung zurückpudern?

Abtreiberinnen auf der Anklagebank

N. Tertulian: Lukács im Eck. Briefe aus dem Nachlaß

R. Khomeini: Lieber Ajatollah Wajtyla! Briefe an den Papst

F. Geyrhofer: Berliner Blues: P.-P. Zahls RAF-Roman

## 317 / 318

J. Elsässer: Bunt statt Grün! Ein Linker packt aus

M. Panella: Wir brauchen mehr Kleinbürger

Engel/Schulte-Derne: Mondscheinbauern. Die Großen wern größer und kleiner die Kleinen

W. Vogt: Die Untoten des Doktor Gross

H. Pataki: Hoppla, wir sterben! NDP-Burgers Auftritt in Pechtoldsdorf

Prostitution ist kein Verbrechen sondern eine Dienstleistung

U. Trostowitsch: Im Meer von Blut kein Grund. Ursprünge des Sowjeteinmarschs (Afghanistan)

27. Jg. 1980

---

Herausgeber: Günther Neunig - Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki - 12 Hefte im Jahr - Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 329 ÖS, Studentenabo 32,- DM, 240 ÖS - Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

# positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

---

3'80

Gewerkschaften heute

J. Reusch: China und die »Afghanistan-Krise«

*Zum Thema*

L. Müller: Gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung

G. Blum: Einheitsgewerkschaft — Errungenschaft und Kraftzentrum der Arbeiterbewegung

L. Schüller: Gewerkschaftliche Programmatik und Praxis

W. Petschick: Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren — Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?

H. Vossen: Angriffe des Großkapitals auf die Einheitsgewerkschaften

H. Schneider: Gewerkschaften und Entspannung

G. Hautsch/K. Pickshaus: In der Tarifpolitik stellen sich neue Aufgaben

G. Siebert: Demokratische Mitbestimmung bleibt auf der Tagesordnung

W. Moshajew: Zusammenarbeit der Gewerkschaften

W. Sagladin: Vereinigung der revolutionären Theorie mit der revolutionären Politik

V. Wrona: Wider pseudo-sozialistische Theorien

B.v. Mutius: Krise des Marxismus oder Krise der Sozialdemokratie?

18. Jg. 1980

---

Hrsg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orszkowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner — Red.: F. Krause — Alle zwei Monate Einzelpreis 4,— DM, Jahresabo 18,— DM, Studenten 20% Ermäßigung. - Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67a, 6000 Frankfurt/Main 50.

---

26/27

Fetz / Stebler: Patriarchalische Ausbeutung und Beherrschung der Frau im Kapitalismus und die Frauenprotesthaltung

D. Vischer: Zur Entwicklung der Generalliniendiskussion in der POCH (I)

A. Herzog: Regierungsrichtlinien und Finanzplan im Nationalrat — Bemerkungen zur Rolle der POCH im eidgenössischen Parlament

W. Gerster: Sozialdemokraten und Kommunisten in der Konfrontation 1927-33

Schert / Gloor: Gewerkschaftliche Fremdarbeiterpolitik gestern und heute

*Dokumentation*

R. Debray: Der Radikalismus der Schwachen

T. Heilmann: Blockfreiheit — nur für Trikont?

R. Petkovic: Richtiges und Falsches bei R. Debray

*Rezensionen*

T. Heilmann: E. Kardelj. Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft

H. Hecht: D. Hayes. Alternative Energien  
April 1980

---

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 2,50, Doppelheft Fr. 3,50 — Abo: Schweiz Fr. 13,—, Ausland Fr. 16,—, Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel

# PROBLEMI DEL SOCIALISMO

---

17'80

Nodi storici e strutturali del »Socialismo Reale« in URSS

F.Z.: Presentazione

G. Amyot: Contraddizioni economiche e sistema politico nei paesi dell' Europa orientale

J. Halevi/L. Haddad: Struttura economica e meccanismi di pianificazione del sistema economico sovietico

L. Foa: Considerazioni sulle politiche del lavoro in Urss

A. Guerra: L'intervento in Afganistan e i nodi irrisolti del socialismo sovietico

M. Telò: Passato e presente nel giudizio dei comunisti italiani sull' Urss

A. Di Biagio: Stalin e Trotskij: dopo la rivoluzione (1921-1923)

A. Natoli: L'attuazione del I piano quinquennale e il consolidamento del potere staliniano

F. Benvenuti: Stalinismo e stachanovismo (1935)

## Recensioni

L. Foa: »Le origini dello stalinismo« di Aldo Natoli

D. Archibugi: »La rivoluzione russa: da Lenin a Stalin (1917-1929)« di Edward H. Carr

E. De Marchi: »La fine della prosperità in America« di Harty Magdoff e Paul M. Sweezy

21. Jg. 1980

---

Herausgeber: Lelio Basso. — Vierteljahresschrift. — Einzelheft 3.500 £. Jahresabo 15.600 £. — Via della Dogana Vecchia 5, I-00186 Roma

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik




---

39

Ökologie, Technologie und Arbeiterbewegung

H. Glaser: Die 'friedliche' Nutzung der Atomenergie als Beispiel kapitalistischer Technologieentwicklung

L. Hieber: Ist der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt noch demokratisch kontrollierbar?

Ch. Neusüß: Der 'freie Bürger' gegen den Sozialstaat — Sozialstaatskritik von rechts und der Alternativbewegung

Roundtable-Gespräch: Die Arbeiter sind nicht bereit sich einem wahnwitzigen Arbeitstempo zu unterwerfen, um Autos zu produzieren, die von vornherein reif für den Müll sind

T. Hahn: Heraus aus dem Elend mit allen Mitteln. Alternativen des ADGB in der Krise 1928-33.

S. Heimann: Die DGB-Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften — ein kritischer Bericht

A. Krölls: Lohn für Hausarbeit — Anmerkungen zu Helga Manthey

10. Jg. 1980

---

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM. im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

**spw**

7'80

*Aktueller Kommentar*

L. Spira: F.J. Strauß aus österreichischer Sicht

*Diskussionsschwerpunkt: »Wahlentscheidung gegen Rechts«*

Autorenkollektiv der spw: Schmidt gleich Strauß?

K. Krusewitz: »Zehn gute Gründe für die SPD«. Zur Umwelt- und Friedensprogrammatische der SPD-Wahlplattform

S. Zofka: Eine ernsthafte Alternative? Zur aktuellen Auseinandersetzung mit den Grünen

G. Mackenthun: Nach der ökologischen Verschmutzung jetzt die geistige?

*Außerhalb des Schwerpunktes*

B. Pollmeyer: Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

J. Hindels: Bruno Frei und der Austromarxismus

M. Krätke: Die Vernichtung des Austromarxismus. Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels

*Berichte*

R. Frank: Landtagswahlen 1980: Überraschung in Baden-Württemberg?

A. Horstmann / B. Pollmeyer: Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen

*Dokumentation*

A. Horstmann: Die Aufgaben der Jungsozialisten im Bundestagswahlkampf 1980. Referat auf der Landeskonferenz der Berliner Jungsozialisten am 15.3.1980

3. Jg. 1980

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albricht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thumny, Klaus-Peter Wolf, Redaktion: H. Beitzert, J. Beitzert, R. Brogeher, E. Henningrich, M. Katznig, E. Raßmies, Chr. Ras-Mackennan, D. Schulz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Heften jährlich. Preis: Heft DM 7,70, im Jahresabn DM 30,- zuzüglich Post und Versand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Mühlentstraße 23, D-1000 Berlin 67.

**tendenzen**  
Zeitschrift für engagierte Kunst

129

*Kulturarbeit*

O. Riem: Zur Debatte um Kulturarbeit

E. Maertin: Projekt Michelin — Kulturarbeit von Kollegen für Kollegen

M. Goldmann: Ein Stadtteil entdeckt seine Geschichte

V. Hilgert: Der Weg aus dem Elfenbeinturm

U. Hanke: Ruhrwerkstatt e.V. — Kulturarbeit im Revier

W. Fauler: Zur Entstehungsgeschichte der Ruhrwerkstatt

H.J. Ruile: Bürgerhaus Kreflesmühle in Augsburg

H. Wöhrers: »Eh, biste von der Kirche?« — Kulturarbeit als Methode in der Jugendarbeit

W. Grape: Willi-Müller Hufschmidt — antifaschistische Kunst

R. Hiepe: Als Zeichner muß ich der Faden sein der durch die Nadel geht — Richard Ziegler

T. Millroth: Auf dem Weg. Über eine Arbeit des Schweden Hans Karlowski

H. Kurz-Goldenstein: Werkstattatmosphäre auf dem Volksfest. Zu einem Gemeinschaftsbild des Arbeitskreises Realismus in Wien

P. Rautmann: Rock gegen Rechts - Rechts gegen Rock. Über die Zerstörung eines Wandbildes

B. Bickel: Kunst und Kartoffeln. Das Experiment von »Kunstverein Schrobenhausen«

21. Jg. 1980

Redaktion: Das Baumhaus, L. Strauß 1, 1000 Berlin, H. Lieber, H. Sopp, K. N. u. W. Maronick, Nieme, C. Schellenschanz, E. Senekamp, G. Spitz, u. a. Zeitung

erschienen alle zwei Monate. Preis: Heft 7,70 DM, Jahresabn 30,- DM, plus 2,- DM für den Versand. Verlag: Dörner-Verlag, L. Strauß 1, 1000 Berlin 67.

# Unterrichtseinheiten für Schule und Jugendbildung

Ab sofort lieferbar :

## *Heft 1*

*Peter Faulstich/Ralph Lüdtkke/Arnulf Weinmann*

### **Arbeitslosigkeit**

Erfahrungen – Ursachen – Handlungsmöglichkeiten

Geeignet ab 9. Hauptschulklasse und für gewerkschaftliche Schulungsarbeit mit Jugendlichen. 64 Seiten, 8,- DM

## *Heft 2*

*Jörg Berlin/Dierk Joachim/Rainer Scheppelmann*

### **Wie kam Hitler an die Macht?**

Ein Arbeits- und Quellenbuch zur Vorgeschichte der faschistischen Macht-ergreifung

Geeignet für Sekundarstufe II, Volkshochschulen und gewerkschaftliche Bildungsarbeit; als Quellensammlung auch für die Sekundarstufe I. 70 Seiten, 9,- DM

## *Heft 3*

*Rainer Herse*

### **Rüstung und Abrüstung**

64 Seiten, 8,- DM

Die Unterrichtseinheiten werden von der *Demokratischen Erziehung* herausgegeben. Sie eignen sich für den Schulunterricht und für außerschulische Bildungsarbeit. Sie enthalten eine didaktische Planung, Arbeitsblätter und ausgewählte Materialien mit Arbeitsanweisungen. Format DIN A 4.

Jährlich erscheinen vier bis sechs Unterrichtseinheiten. Die nächsten Themen: Streik und Aussperrung; Heinrich Mann; Der Untertan; Urgesellschaft; Geschichte der deutschen Spaltung.

Lieferung erfolgt Rechnung plus Versandkosten.

### **Bestellcoupon**

Von den Unterrichtseinheiten bestelle ich

..... Expl. Nr. 1; ..... Expl. Nr. 2;

..... Expl. Nr. 3.

Name .....

Adresse .....

Unterschrift .....

Kunden-Nr. ....

Bestellungen bitte an:

**Pahl-Rugenstein Verlag**

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

## Über die Autoren

- Alfs, Günter*, geb. 1953; Studium der Pädagogik; arbeitet an einem Forschungsvorhaben der Uni Oldenburg zur Evaluation der einphasigen Lehrerausbildung.
- Ammon, Ulrich*, geb. 1943; Prof. Dr. phil., Hochschullehrer in Duisburg. Wichtigste Veröff.: *Probleme der Soziolinguistik* (1977<sup>2</sup>), *Dialektprechen* (1978). Mitglied in GEW und BdWi.
- Bahadır, Sefik Alp*, geb. 1946. Dr. rer. pol., Veröff.: *Allokation der Produktivkräfte und gesamtwirtschaftliche Stabilität* (1978); Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Wirtschaftstheorie, Außenwirtschaft, Vorderer Orient.
- Berking, Helmut*, geb. 1950; wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Soziologie der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Sozial- und Wissenschaftsgeschichte; soziologische Theorien.
- Behrens, Manfred*, geb. 1952; Studium der Germanistik und Politologie an der FU Berlin. Veröff.: *Politik als Sprachkampf* (zus. mit anderen; 1979). Mitglied der GEW.
- Bischoff, Joachim*, geb. 1944; Dr. rer. pol. Wichtigste Veröff.: *Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik* (1980), *Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines dritten Weges* (1980). Mitglied der Sozialistischen Studiengruppen (SOST).
- Bosch, Herbert*, geb. 1953; Studium von Französisch und Geschichte. Arbeitsgebiete: Ideologietheorie, Sprachwissenschaft. Mitglied in ADS und ÖTV.
- Deppe, Frank*, geb. 1941; Prof. Dr., Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Uni Marburg. Wichtigste Veröff.: *Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung* (1977). *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse* (1979). Arbeitsgebiete: Politische Theorie; Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung; Gewerkschaften; Westeuropäische Integration. Mitglied in GEW und BdWi.
- Ebeling, Jörg*, geb. 1953; Studium der Psychologie in Gießen.
- Ebrig, Detlev*, geb. 1951; Dipl. Volkswirt, Mitglied der ÖTV.
- Elfferding, Wieland*, geb. 1950; Dipl. Pol., Staatsexamen in Sozialkunde und Russisch; Redaktion und Sekretariat des *Argument*-Verlages. Arbeitsgebiete: Produzentendemokratie in der Sowjetunion; Ideologie-Theorie; Politik-Theorie; Mitglied in GEW und DVPW.
- Elsner, Wolfram*, geb. 1950; Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirt. Wichtigste Veröff.: *Die sozialökonomische Lage und ihre Beeinflussung durch die westeuropäische Integration* (1978). Arbeitsgebiete: Mehrdimensionale Wohlfahrtsbestimmung; Arbeitsmarkt; Alternativen der Wirtschaftspolitik. Mitglied der GEW.
- Ernst-Poerksen, Michael*, geb. 1951; Dipl. Volkswirt, wiss. Ass. an der TU Berlin.
- Ewers, Ulrich*, geb. 1948; Dr., Dipl. Chemiker, wiss. Angest.; Arbeitsgebiet: Umwelttoxokologie.
- Funke, Michael*, geb. 1956. Student. Wichtigste Veröff.: *Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik*. (1980). Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie; aktuelle Wirtschaftspolitik.
- Frei, Alfred G.*, geb. 1954; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der Universität in Konstanz. Wichtigste Veröff.: *Antonio Gramsci. Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus* (1978). Mitglied der ÖTV und SPD.
- Garz, Detlef*, geb. 1949; Dipl. Päd., Doktorand. Arbeitsgebiete: Sozialisationsforschung; Kritische Theorie der Erziehungswissenschaft.
- Gransow, Bettina*, geb. 1949; M.A., wiss. Ass. am Inst. f. Soziologie der FU Berlin; Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Sozialismusanalyse, bes. VR China. DDR. Mitglied der ÖTV.
- Hall, Stuart*, bis 1979 Leiter des Centre for Contemporary Cultural Studies (Birmingham), jetzt Prof. an der 'Open University' (engl. Fern- und Fernsehuniversität), Milton Keynes GB. Wichtigste Veröff.: *Policing the Crisis* (1978; vgl. Rez. in *Argument* 119); *On Ideology* (in: Working Papers in Cultural Studies 10). Arbeitsgebiete: Probleme und Fragen der Ideologie. Mitglied der Hegemony Research Group, London.
- Hampicke, Ulrich*, geb. 1944; Dr. agr., Dipl. Ing. agr. Wichtigste Veröff.: *Landwirtschaft und Umwelt* (1977). Arbeitsgebiete: Umweltprobleme der Landwirtschaft und politisch-ökonomische Bewältigungsstrategien; Energieprobleme; globale Umweltprobleme.
- Hatebur, Norbert*, geb. 1954; Doktorand, Volkshochschuldozent. Arbeitsgebiete: Probleme gesellschaftl. Synthesis; Theorie des Subjekts. Mitglied der Gesellschaft zur Förderung sozialwiss. Sexualforschung (GFFS).
- Hauck, Gerhard*, geb. 1939; Dr. phil., wiss. Ass., Privatdozent. Wichtigste Veröff.: *Klassengesellschaft und Kastennwesen* (in: C. Sigrist u. a., *Indien, Bauernkämpfe*. 1976). Arbeitsgebiete: Dritte Welt, Soziologische Theorie; Entsehung von Klassengesellschaften. Mitglied in GEW und BdWi.

- Haupt, Michael*, geb. 1951; Doktorand. Arbeitsgebiete: Marxistische Erkenntnis- und Handlungstheorie, Materialistische Literaturtheorie. Mitglied in der GEW.
- Hinz, Manfred*, geb. 1952; Dipl. rer. pol., Arbeitsgebiete: Politik im deutschen Idealismus; Bündnis avantgardistischer Kunst und reaktionärer Politik in Italien.
- Hoerning, Erika M.*, geb. 1941; Dr. rer. pol., Dipl. Soz., wiss. Angest. im MPIB. Arbeitsgebiet: Soziologie und Sozialpsychologie der Statuspassage im Lebenslauf. Mitglied der ÖTV.
- Honneth, Axel*, geb. 1949; M.A., wiss. Ass. am Inst. f. Soziologie der FU Berlin.
- Jaeggi, Urs*, geb. 1931; Prof. für Soziologie an der FU Berlin. Wichtigste Veröff.: *Theorien des Historischen Materialismus* (zus. mit Honneth, 1977); *Brandeis* (1978).
- Katzenstein, Robert*, geb. 1928; Dr. rer. oec. habil., freier Wissenschaftler. Wichtigste Veröff.: *Technischer Fortschritt* (in: *Argument-Sonderband AS 6*), *Vollbeschäftigung oder Dauerarbeitslosigkeit* (in: *Konsequent 3/79*). Arbeitsgebiete: Staatsmonopolistischer Kapitalismus; Wertgesetze und »Neue ökonomische Logik«.
- Kindermann, Wolf*, geb. 1951; Doktorand. Arbeitsgebiete: Rechtskräfte; Arbeiterbewegung; Minderheiten. Mitglied der GEW und VVN.
- Lohmann, Karl-Ernst*, geb. 1946; Dipl. Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am FB 10 der FU Berlin. Arbeitsgebiet: Sozialistische Planung. Mitglied der ÖTV.
- Machut, Thomas v.*, geb. 1949; Studienrat an einem Oberstufengymnasium und einer Gesamtschule in Hessen. Mitglied der GEW.
- Miller, Gisela*, geb. 1942; Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin im Fachbereich Pädagogik der Hochschule der Bundeswehr, Hamburg. Arbeitsgebiete: Historische Pädagogik, Anthropologie.
- Rehmann, Jan C.*, geb. 1953; Studium von Französisch und Geschichte. Arbeitsgebiet: Ideologietheorie.
- Richter, Ulrich*, geb. 1942; Dr. phil., Mentor an der Fernuniv. Hagen. Veröff.: *Der unbegreifbare Mythos - Musik als Praxis Negativer Dialektik* (1974). Arbeitsgebiete: Kritische Theorie; Deutscher Idealismus von Kant bis Marx. Mitglied der SPD.
- Robak, Brigitte*, geb. 1946; Dr. phil., Dipl. Soz., Mitarbeiterin der Gesellschaft für Arbeitsschutz und Humanisierungsforschung mbH, Volkholz und Partner.
- Sève, Lucien*, Prof. f. Philosophie, Leiter des Verlages edition sociales; Mitglied des ZK der KPF. Letzte Veröff.: *Über die materialistische Dialektik* (1976); *Marxistische Analyse der Entfremdung* (1978). Arbeitsgebiete: Philosophische Probleme der Persönlichkeitstheorie; Geschichte der Dialektik.
- Seyfried, Erwin*, geb. 1950; Pädagogisch-therapeutische Tätigkeit im Vorschul- und Schulbereich im Rahmen eines Projekts des Psych. Inst. der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Pädagogische und Entwicklungspsychologie.
- Sirénung, Horst-Dieter*, geb. 1940; Dr. phil., Oberstudienrat. Wichtigste Veröff.: *Ethischer Sozialismus. Zur Entstehungsgeschichte des sozialdemokratischen Grundwertverständnisses* (1978). Arbeitsgebiete: Philosophie; Ideologiegeschichte der Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg.
- Treock, Werner van*, geb. 1943; Mitglied der Forschungsprojekte »Verwaltungsautomation« an der GH Kassel und »Automation und Qualifikation« an der FU Berlin. Veröff. zur Industrie- und Verwaltungssoziologie, zur Bildungsplanung und Kulturosoziologie. Mitglied der ÖTV.
- Volker, Eckhard*, geb. 1948; Dr. phil., Studienrat. Arbeitsgebiete: Literaturtheorie; Ideologietheorie. Mitglied der GEW.
- Wille, Hartmut*, geb. 1944; Dr. phil., wiss. Ass. Wichtigste Veröff.: *Literaturunterricht als Funktion von Allgemeinbildung* (1978). Arbeitsgebiete: Curriculumentwicklung des Deutschunterrichts; Literaturdidaktik. Mitglied der GEW, des BdWi und GGG.
- Woetzel, Harold*, geb. 1953; arbeitet im Institut f. Deutsche Sprache in Mannheim.
- Ziegler, Jürgen*, geb. 1941; Dr. phil., wiss. Ass. an der GH Duisburg. Wichtigste Veröff.: *Kommunikation als paradoxer Mythos* (1977). Arbeitsgebiet: Linguistischer Zeichenbegriff. Mitglied der GEW.

---

Erratum: Im Argument-Studienheft SH 33 von W.F. Haug (Ideologie / Warenästhetik / Massenkultur) muß es auf S. 14 am Schluß der These 16 folgendermaßen heißen:

... — billigend / mißbilligend — auf sich selber blicken wird.

---

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Leuninger, Helen:</i> Reflexionen über die Universalgrammatik ( <i>J. Ziegler</i> )	595
<i>Geier, Manfred, u. a.:</i> Sprachbewußtsein ( <i>J. Ziegler</i> )	597
<i>Sitta, Horst, und Hans Josef Tymister:</i> Linguistik und Unterricht ( <i>U. Ammon</i> )	598
<i>Rudloff, Holger:</i> Literaturunterricht in der Diskussion ( <i>H. Wille</i> )	599
<i>Klein, Ulrich:</i> Elemente einer Fachdidaktik Deutsch ( <i>T. v. Machui</i> )	601

**Soziologie**

<i>Greffrath, Mathias (Hrsg.):</i> Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern ( <i>U. Jaeggi</i> )	602
<i>Dubiel, Helmut:</i> Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie ( <i>H. Berking, A. Honneth</i> )	604
<i>Söllner, Alfons:</i> Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942 ( <i>H. Berking, A. Honneth</i> )	604
<i>Lüschen, Günther (Hrsg.):</i> Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug ( <i>W. van Treeck</i> )	608

**Erziehungswissenschaften**

<i>Meyer, Hilbert:</i> Leitfaden zur Unterrichtsvorbereitung ( <i>G. Alfs</i> )	610
<i>Grell, Jochen, und Monika Grell:</i> Unterrichtsrezepte ( <i>G. Alfs</i> )	610
<i>Kohlberg, L., u. a.:</i> Standard Form Scoring Manual ( <i>D. Garz</i> )	612

**Psychologie**

<i>Quekelberghe, Renaud van:</i> Systematik der Psychotherapie ( <i>J. Ebeling</i> )	614
<i>Tomaszewski, Tadeusz:</i> Tätigkeit und Bewußtsein ( <i>E. Seyfried</i> )	616
<i>van Ussel, Jos:</i> Intimität ( <i>N. Hatebur</i> )	617
<i>McClelland, David:</i> Macht als Motiv ( <i>E. Seyfried</i> )	619

**Soziale Bewegung und Politik**

<i>Deppe, Frank, u. a. (Hrsg.):</i> Marxismus und Arbeiterbewegung ( <i>U. Rauber</i> )	620
<i>Cerroni, Umberto:</i> Gramsci-Lexikon ( <i>A. G. Frei</i> )	621
<i>Gramsci, Antonio:</i> Zu Politik, Geschichte und Kultur ( <i>E. Volker</i> )	622
<i>Domhoff, G. Williams:</i> The Powers That Be. Processes of Ruling-Class Domination in America ( <i>W. Kindermann</i> )	623
<i>Autorenkollektiv:</i> Der politische Mechanismus der Monopoldiktatur ( <i>K.-E. Lohmann</i> )	625
<i>Kraus, Willy:</i> Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China ( <i>B. Gransow</i> )	626
<i>Klenner, Wolfgang:</i> Ordnungsprinzipien im Industrialisierungsprozeß der VR China ( <i>B. Gransow</i> )	626
<i>Menzel, Ulrich:</i> Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells ( <i>B. Gransow</i> )	626
<i>Meyns, Peter:</i> Befreiung und nationaler Wiederaufbau von Mozambique ( <i>Henning Melber</i> )	629

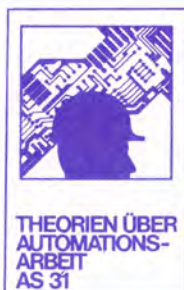


## Ökonomie

<i>Altwater, Elmar, u.a.</i> : Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise ( <i>R. Katzenstein</i> ).....	631
<i>Lambert, N.</i> : Arbeitsmarktpolitik in der Wirtschaftskrise ( <i>W. Elsner</i> ).....	633
<i>Kock, Heinz, u.a.</i> : Konzepte der Konjunktursteuerung ( <i>D. Ehrig</i> ).....	634
<i>Stamatis, Georgios</i> : Beiträge zur Kritik der neoricardianischen und neoklassischen Theorie ( <i>M. Funke</i> ).....	636
<i>Sohmen, Egon</i> : Allokationstheorie und Wirtschaftspolitik ( <i>S.A. Bahadir</i> ).....	638



Untersuchung von 425 automatisierten Arbeitsplätzen. Empirische Methode, Auswertung u. Erkenntnis; Automationsbegriff; Hand- u. Kopfarbeit: Vorzüge praktischen Denkens; Sinnlichkeit u. Abstraktion; Angst u. Handlungsfähigkeit; Problem der Zeit; Wege zum Kollektiv. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)



Projekt Automation und Qualifikation. Kategorien: Qualifikation, Kooperation, Autonomie. Belastung, Beanspruchung, kognitive Prozesse. Positionen: Kern/Schumann, Mickler, Fricke, SOFI. Übersicht: Untersuchungen zur Automationsarbeit. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)



Automation führt zur Höherqualifikation. Bildungsbegriff. Freiheit und Planung. Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch entwickeln? SH 37 118 S. 8,00 DM.